

Verfassungsschutzbericht 1999



Freistaat  Sachsen

Staatsministerium des Innern
Landesamt für Verfassungsschutz

Impressum: Herausgegeben vom Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI), Archivstraße 1, 01097 Dresden und dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Neuländer Straße 60, 01129 Dresden

Redaktionschluss: 31.12.1999

Fotos Titelseite: ZB

Hinweis: Der Verfassungsschutzbericht 1999 ist auch über das Internet abrufbar: <http://www.sachsen.de/verfassungsschutz/>

Gestaltung, Satz, Druck und Weiterverarbeitung:

Meissner Druckhaus AG, Lorenzgasse 5, 01662 Meißen, Tel.: (0 35 21) 46 02-0, Fax: (0 35 21) 45 44 60

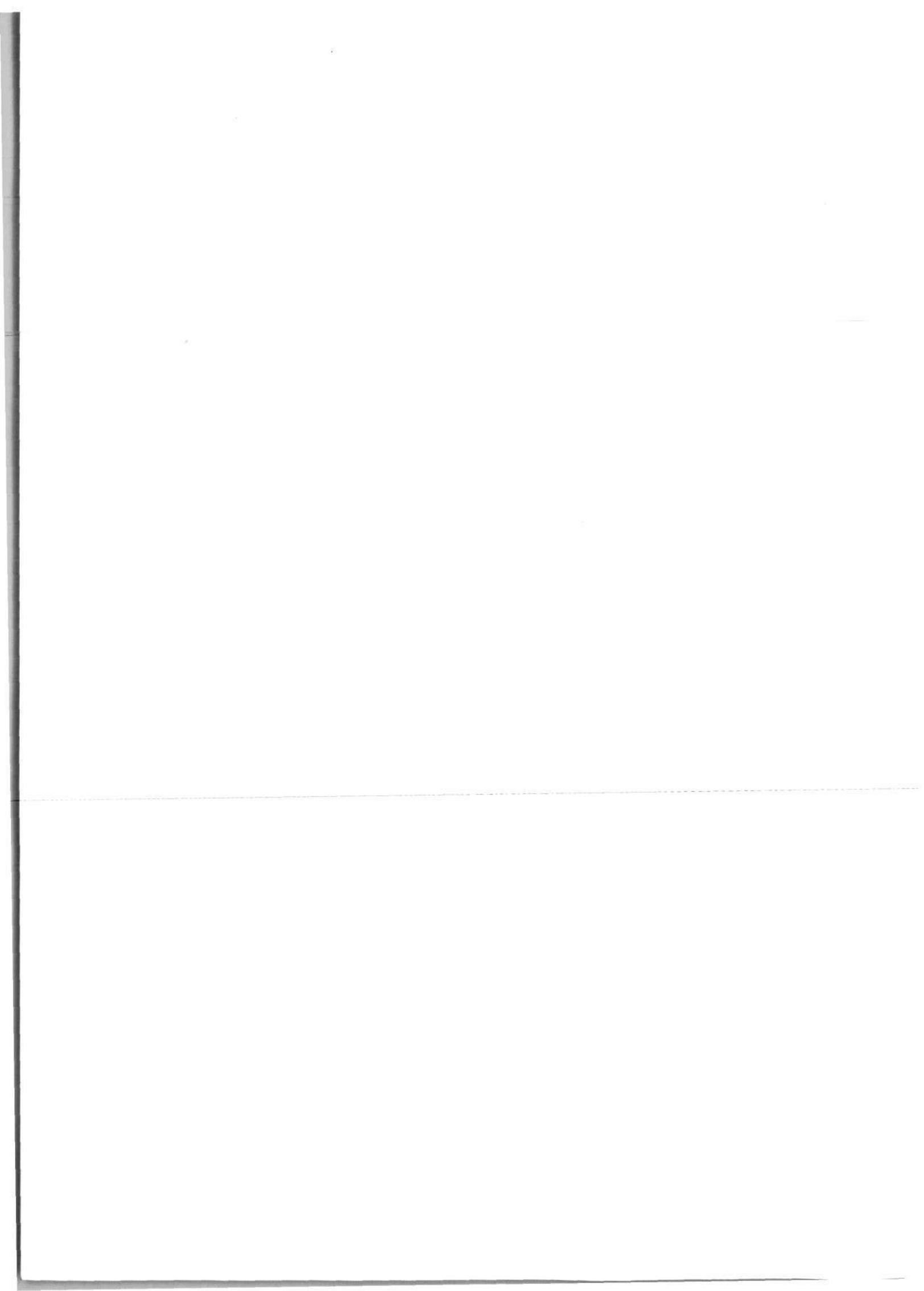
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier, Auflage: 10.000 Exemplare

Bezug: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, PF 10 02 42, 01072 Dresden, Telefon (03 51) 8 58 50

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.

Verteilerhinweis:

Diese Informationsbroschüre wird vom Sächsischen Staatsministerium des Innern und dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.



Vorwort

Das Grundgesetz und unsere Sächsische Verfassung erhalten ihren Wert und ihre Bedeutung nicht nur aus sich heraus, sondern vor allem auch dadurch, dass sie lebendig werden, indem die ihnen zu Grunde liegenden Wertmaßstäbe und Grundüberzeugungen nicht nur von den Staatsgewalten, sondern gerade auch von den Bürgern angenommen und im täglichen Leben umgesetzt werden. Die so genannte „gelebte Verfassungswirklichkeit“ ist Grundvoraussetzung für die Realisierung, Stabilisierung und den Schutz der freiheitlich-parlamentarischen Demokratie und der Menschenwürde, um aus den Werten der Verfassung nur einige herauszugreifen. Der Verfassungsschutzbericht vermittelt die notwendigen Informationen zur Aufklärung, zum Nachdenken, aber vor allem auch zum aktiven bürgerschaftlichen Engagement in der Gesellschaft und zur öffentlichen Auseinandersetzung – beispielsweise an Schulen – mit den Werten der Verfassung sowie der Verfassungswirklichkeit.

Der Verfassungsschutzbericht gibt einen Überblick über verfassungsfeindliche Bestrebungen im Freistaat Sachsen und informiert über Ziele und Aktivitäten extremistischer Gruppierungen. Er zeigt, dass es Extremisten – gleich welcher Couleur – auch 1999 nicht gelungen ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung ernsthaft zu gefährden. Gleichzeitig macht er aber deutlich, dass die Entwicklungen weiterhin aufmerksam beobachtet werden müssen.

Der Verfassungsschutzbericht 1999 macht unter anderem auf folgende Schwerpunkte und Tendenzen aufmerksam:

Der Rechtsextremismus besitzt nach wie vor für einige Jugendliche eine große Anziehungskraft. Dies spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen rechtsextremistischer Parteien bei der Landtagswahl 1999 wider. Zwar hatten rechtsextremistische Parteien mit insgesamt 2,9 % im Vergleich mit Landtagswahlen in anderen Bundesländern nur wenige Stimmen auf sich vereinigen können, hierunter waren jedoch überdurchschnittlich viele Jungwähler.

Im linksextremistischen Bereich stellen vor allem Aktivitäten gewaltbereiter linksextremistischer Autonomer eine Gefahr dar. Insbesondere in ihrem Kampf gegen Staat und Gesellschaft, dem so genannten „Antifaschismuskampf“, liegt ein ernst zu nehmendes Gefährdungspotenzial.

Im Bereich Ausländerextremismus bestimmte 1999 vor allem die Festnahme und Verurteilung des Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Öcalan, das Geschehen.

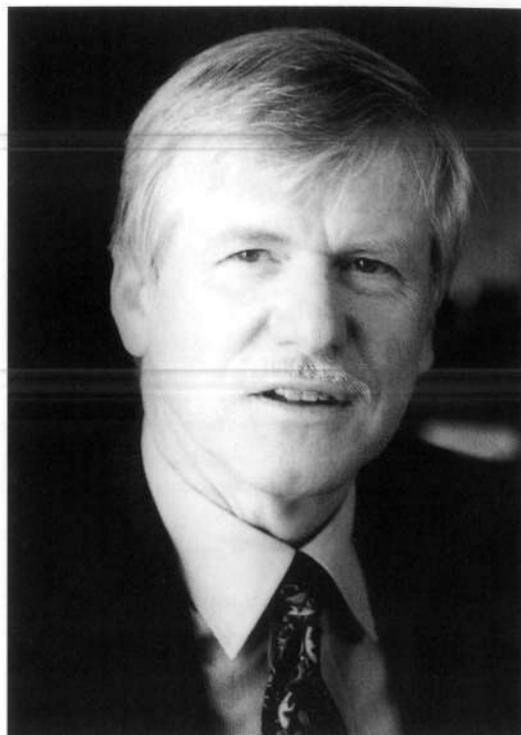
Ferner informiert der Verfassungsschutzbericht über die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Scientology-Organisation (SO).

Dargestellt werden schließlich die Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste sowie die Entwicklung im Bereich der Wirtschaftsspionage im Wirtschaftsstandort Sachsen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen danke ich für ihre engagierte Arbeit.



Klaus Hardraht
Sächsischer Staatsminister des Innern



Inhaltsverzeichnis

Definitionen	7
Der Beobachtungsauftrag des Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen	8

Rechtsextremismus

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der rechtsextremistischen

Bestrebungen	9
-------------------------------	---

Überblick in Zahlen	10
--------------------------------------	----

Entwicklungstendenzen im Bereich Rechtsextremismus	13
---	----

Rechtsextremistische Szenen im Freistaat Sachsen	15
---	----

Rechtsextremistische Skinheads	15
--	----

Kameradschaften	21
---------------------------	----

Aktivitäten, Kampagnen und Aktionsfelder rechtsextremistischer Szenen	22
---	----

Neonationalsozialistische Bestrebungen

NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI/AUSLANDS- UND AUFBAUORGANISATION (NSDAP/AO)	23
---	----

HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG)	25
--	----

NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB)	27
---	----

WANDERJUGEND GIBOR (WJG)	28
------------------------------------	----

Nicht militante rechtsextremistische Parteien

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)	31
---	----

DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)	38
-------------------------------------	----

DIE REPUBLIKANER (REP)	42
----------------------------------	----

Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen

JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO)	46
--	----

Die Neue Rechte	47
---------------------------	----

Rechtsextremistische Publikationen (Auswahl)	49
---	----

Linksextremismus

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der linksextremistischen Bestrebungen

Überblick in Zahlen	52
--------------------------------------	----

Entwicklungstendenzen im Bereich Linksextremismus	55
--	----

Linksextremistische Autonome	56
---	----

Marxistisch-leninistische Bestrebungen

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)	67
--	----

MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)	68
--	----

Linksextremistische Strömungen in der PDS	70
---	----

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM (KPF)	71
--	----

MARXISTISCHES FORUM (MF)	73
------------------------------------	----

Linksextremistische Publikationen (Auswahl)	75
--	----

Ausländerextremismus

Allgemeines	77
Politisch motivierte Ausländerkriminalität	77
Kurdischer Extremismus	
ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)	77
Islamischer Extremismus	
KALIFATSSTAAT (HILAFET DEVLETI)	82
ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT – MILLI GÖRÜS (IGMG)	83
Iraner	
NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI)	84
Kosovo-Albaner	85

SCIENTOLOGY-ORGANISATION

SCIENTOLOGY-ORGANISATION	87
--------------------------------	----

Spionageabwehr

Spionageabwehr	92
----------------------	----

Ereignisse

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund	98
Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund	100
Chronik – Dokumentation ausgewählter Ereignisse sowie verbotener Veranstaltungen mit extremistischem Hintergrund 1999	102

Hintergründe

Wahlkampf und Wahlergebnisse extremistischer Parteien im Freistaat Sachsen bei den Wahlen 1999	110
Bündnisbestrebungen und Wahlabsprachen	110
Europawahl am 13. Juni 1999	110
Kommunalwahlen am 13. Juni 1999	113
Zusammenfassung der Europa- und Kommunalwahlen	114
Landtagswahl am 19. September 1999 im Freistaat Sachsen	114
Nutzung des Internets durch Extremisten	117
Allgemeines	117
Nutzung des Internets durch Extremisten	117

Vorteile und Bedeutung des Internets und Bedeutung dieses Mediums für sächsische Extremisten	118
Fazit	121
Rechtsextremisten und der Sozialismus	121
Einleitung	121
Historische Wurzeln des „nationalen Sozialismus“	121
Die Sozialismuskussion der NPD und ihre Entwicklung	122

Verfassungsschutz allgemein

Verfassungsschutz durch Aufklärung – Öffentlichkeitsarbeit	126
Verfassungsschutz im Internet	128
Verfassungsschutz auf einen Blick	128
Aufgaben und Organisation	128
Mittel der Aufgabenerfüllung	130
Verfassungsschutz und Polizei	130
Kontrollorgane	131
Grundlegende Unterschiede zwischen Verfassungsschutz und Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (MfS)	132

Gesetze

Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen	133
Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses	142
Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen	149

Stichwortverzeichnis

Stichwortverzeichnis	150
----------------------------	-----

Definitionen

Folgende Begriffe sind erläuterungsbedürftig:

1. Straftaten mit extremistischem Hintergrund

Unter diese Kategorie zählt das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen Straftaten, mit denen erwiesenermaßen oder mutmaßlich rechts- oder linksextremistische Ziele verfolgt werden. Das extremistische Ziel ist erwiesen, wenn der Täter diese Zielrichtung zugibt oder sie sich aus sonstigen Erkenntnissen über ihn sicher ergibt. Von einem mutmaßlichen extremistischen Hintergrund wird ausgegangen, wenn Ziel oder Umstände der Tat eine extremistische Zielsetzung möglich erscheinen lassen. In diesen Fällen kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Ermittlungen zu dem Ergebnis führen, dass die Tat keinen extremistischen Hintergrund hatte.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und andere Verfassungsschutzbehörden bezeichnen diese Straftaten als Straftaten mit erwiesener oder zu vermutender extremistischer Motivation.

2. Fremdenfeindliche Straftaten

Die Polizeibehörden des Bundes und der Länder erfassen fremdenfeindliche Straftaten nach folgender Definition: „Fremdenfeindliche Delikte sind Straftaten, die gegen Personen gerichtet sind, denen der Täter (aus intoleranter Haltung heraus) aufgrund ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes ein Bleibe- und Aufenthaltsrecht in seiner Wohnumgebung oder in der gesamten Bundesrepublik Deutschland bestreitet.“¹

3. Gewalttaten

Gewalttaten sind u. a.:

- Tötungsdelikte
- Körperverletzungen
- Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte
- Landfriedensbruch

4. Sonstige Straftaten

Sonstige Straftaten sind u. a.:

- Sachbeschädigung mit Gewaltanwendung
- Sachbeschädigung ohne Gewaltanwendung (z. B. Schmierereien)
- das Verbreiten von Propagandamaterial und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
- Nötigung, Bedrohung mit und ohne Waffen
- Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten
- Beleidigung

5. Bestrebungen

Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzes sind in § 3 Abs. 1 Sächsisches Verfassungsschutzgesetz (SächsVSG) definiert.

Danach sind Bestrebungen vor allem ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen (einzelner Personen), in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.

Der Begriff geht davon aus, dass die verfassungsfeindliche Aktivität grundsätzlich über einen Personenzusammenschluss, d. h. eine Organisation verfolgt wird. Regelmäßig steht der Begriff daher für das Zusammenwirken von Personen in einer verfassungsfeindlichen Organisation und deren Unterstützung. Das Gesetz trägt damit dem Umstand Rechnung, dass eine verfassungsfeindliche Aktivität regelmäßig erst durch das Zusammenwirken mehrerer eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder ist (§ 3 Abs. 1 SächsVSG).

Das Verhalten von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss tätig sind, sieht das Verfassungsschutzgesetz nur dann als Bestrebung an, wenn dieses auf Gewalt ausgerichtet oder in seiner Wirkungsweise geeignet ist, ein im Verfassungsschutzgesetz genanntes Schutzgut (z. B. freiheitliche demokratische Grundordnung) erheblich zu beschädigen.

6. Mitgliederzahlen

Die im Bericht genannten Mitgliederzahlen sind Schätzungen des LfV.

¹ Dokumentation Rechtsorientierte/fremdenfeindliche Straftaten im Freistaat Sachsen 1995, Landeskriminalamt Sachsen, S. 3.

Der Beobachtungsauftrag des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen beobachtet rechts-, links- und ausländerextremistische Bestrebungen, die SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO), Spionagetätigkeiten fremder Staaten sowie fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR.

Im Teil Gruppierungen wird ein Überblick über im Freistaat Sachsen bedeutende Bestrebungen und Tätigkeiten gegeben, soweit sie im Berichtszeitraum feststellbar waren:

Zunächst werden die **rechts- und linksextremistischen Bestrebungen** dargestellt.

Eine Bestrebung ist nur dann rechts- oder links-extremistisch, wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder beseitigen will oder zumindest Anhaltspunkte darauf hindeuten. Es muss tatsächliche Anhaltspunkte dafür geben, dass die obersten Werte der Verfassungsordnung, d. h. die Grundsätze, die unsere Demokratie und damit die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland überhaupt erst funktionieren lassen, beeinträchtigt oder beseitigt werden sollen. Verfassungsschutz ist Schutz des Kernbestandes der Verfassungsordnung. Das Sächsische Verfassungsschutzgesetz listet die obersten Verfassungsgrundsätze in § 3 Absatz 2 auf.

Danach wird ein Überblick über **ausländerextremistische Bestrebungen** gegeben.

Ausländerextremistische Bestrebungen haben ihre Ursache regelmäßig in Konflikten in den Heimatländern der Ausländer. Das LfV beobachtet solche ausländerextremistischen Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Weiterhin wird über die Erkenntnisse auf dem Gebiet der **Spionageabwehr** berichtet.

Die Spionageabwehr hat die Aufgabe, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten von Nachrichtendiensten fremder Staaten in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen und aufzuklären.

Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz setzt nicht voraus, dass die Bestrebung gewalttätig ist oder sonst gegen Strafgesetze verstößt.

Die Wachsamkeit und die politische Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen sind nicht nur Angelegenheit staatlicher Stellen und demokratischer Parteien. Auch und vor allem die verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürger müssen einen Beitrag zum Schutz und Erhalt der freiheitlichen demokratischen Ordnung leisten. Zu diesem Zweck unterrichten das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen – wie in diesem Bericht – die Öffentlichkeit über Zielsetzung, Organisation und Aktivitäten extremistischer Bestrebungen.

Rechtsextremismus

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der rechtsextremistischen Bestrebungen

Rechtsextremistische Bestrebungen sind im Wesentlichen durch folgende **Merkmale** geprägt:

- eine auf rassistischen Grundlagen aufbauende Vorstellung von einer völkischen Gemeinschaft, die Vorrang vor den Freiheitsrechten des Einzelnen hat;
- aggressive Fremdenfeindlichkeit als Ausdruck von Rassismus und Antisemitismus;
- mangelnde Distanz zum „Dritten Reich“ in der gesamten Spannbreite von Verharmlosung bis Verherrlichung des Nationalsozialismus;
- Diffamierung demokratischer Institutionen und ihrer Repräsentanten.

Im Einzelnen untergliedern sich rechtsextremistische Bestrebungen in:

- nicht militante rechtsextremistische Parteien,
- neonationalsozialistische Gruppierungen und
- rechtsextremistische Szenen, insbesondere rechtsextremistische Skinheads.

Ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen ist der Revisionismus. Er ist eine Form rechtsextremistischer Agitation mit dem Ziel, die Geschichtsschreibung über die Zeit des Nationalsozialismus zu verändern. Es wird versucht, den Völkermord im „Dritten Reich“ sowie Kriegsverbrechen und die Kriegsschuld Deutschlands zu leugnen bzw. zu relativieren. Der Revisionismus existiert nicht als politische Organisation. Er ist vielmehr ein Ideologieelement, das in zahlreichen rechtsextremistischen Publikationen verbreitet und von den extremistischen Organisationen oder einzelnen Personen aufgegriffen und propagiert wird.

Die **nicht militanten rechtsextremistischen Parteien** versuchen in ihrer politischen Agitation - obwohl sie sich öffentlich zum Grundgesetz bekennen - wesentliche Grundprinzipien des freiheitlichen demokratischen Staates zu schwächen oder zu beseitigen. Der demokratische Rechtsstaat sowie seine Repräsentanten und Einrichtungen werden diffamiert, um das Vertrauen in die demokratische Staatsform zu untergraben. In ihrer Propaganda sind übersteigerte, den Gedanken der Völkerverständigung missachtender Nationalismus und menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit enthalten. Ausländer werden als minderwertig, kriminell, faul, schmarotzend und

betrügerisch dargestellt. Auch in der auf die Auslöschung der Grundrechte abzielenden pauschalen Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Rechte und Freiheiten des Einzelnen ist die verfassungsfeindliche Zielsetzung dieser Parteien erkennbar.

Darüber hinaus greifen die Parteien auch zunehmend soziale und wirtschaftliche Themen auf. In der Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen werden dabei zum Teil sozialistische Thesen unter nationalistischem Vorzeichen übernommen.

Die **neonationalsozialistischen Gruppierungen** orientieren sich am Nationalsozialismus. Sie wollen einen totalitären, nationalistischen und rassistischen Führerstaat mit einer Einheitspartei nach dem Vorbild des „Dritten Reiches“ errichten. Ihre Ideologie orientiert sich dabei in verschiedenen Punkten am Programm der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP) aus dem Jahr 1920. Darin werden nationale Interessen auf Kosten der Rechte anderer Nationen und des Einzelnen überbewertet. Die „deutsche Rasse“ wird als Elite dargestellt, alles Andersartige als minderwertig eingestuft. Neben den neonationalsozialistischen Bestrebungen, die sich am Vorbild Hitlers ausrichten, gibt es auch einige Neonationalsozialisten, die sich an antikapitalistischen und sozialrevolutionären Strömungen im Nationalsozialismus orientieren.

Zu den rechtsextremistischen Szenen gehören die **rechtsextremistischen Skinheads, die Kameradschaften** und die **sonstigen militanten Rechtsextremisten**. Die frühere Klassifizierung der Skinheads nach ihrem äußeren Erscheinungsbild ist heute nicht mehr möglich. Das skinheadtypische Aussehen - kurzgeschorene Haare, Bomberjacke und Springerstiefel - ist unter Jugendlichen immer mehr auch zu einer allgemeinen Modeerscheinung geworden.

Die rechtsextremistischen Skinheads grenzen sich durch ihre politische Einstellung von anderen Jugendlichen ab. Sie verfügen jedoch nicht über eine geschlossene Ideologie. Ihre Weltanschauung ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- extreme Fremdenfeindlichkeit,
- sehr stark ausgeprägter Rassismus und Antisemitismus sowie
- Verherrlichung von Elementen des Nationalsozialismus, insbesondere seiner Führungspersonen und Symbole.

Auf Grund ihrer Gewaltbereitschaft sind rechts-

extremistische Skinheads und von dieser Subkultur beeinflusste andere Jugendliche häufig an Straftaten mit rechtsextremistischem, insbesondere fremdenfeindlichem Hintergrund beteiligt.

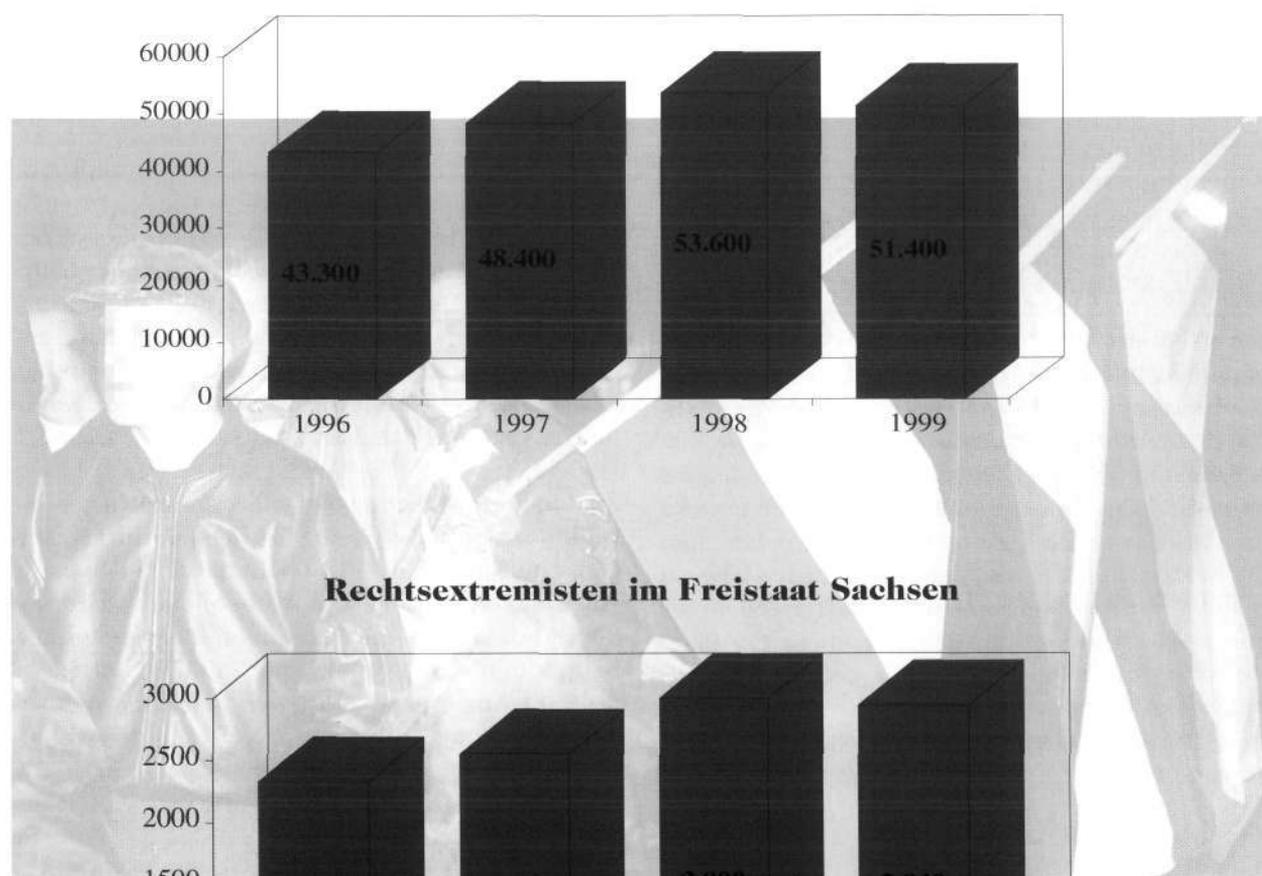
Überblick in Zahlen

In den Jahren 1996 bis 1998 stieg die Zahl der Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland von 43.300 auf 53.600 Personen.

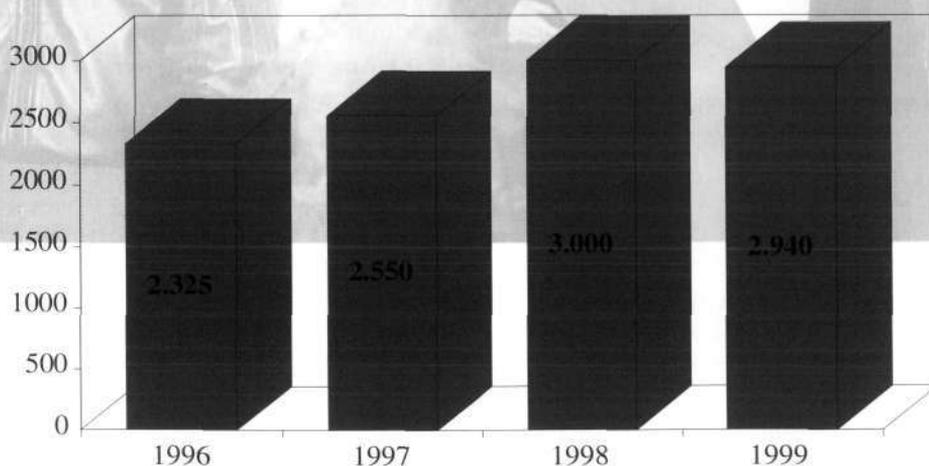
Im Jahr 1999 verringerte sich die Anzahl der Rechtsextremisten im Vergleich zu 1998 um ca. 4 % auf etwa 51.400² Personen.

Im Freistaat Sachsen verringerte sich die Anzahl der Rechtsextremisten im Berichtsjahr auf ca. 2.940 Personen. Im Vergleich zu 1998 ist das eine Abnahme um 2 %.

Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland



Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



² Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften.
Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Setzt man die Anzahl der Personen in den einzelnen Teilbereichen des Rechtsextremismus zu 100.000 Einwohnern in Relation, ergibt sich folgender Vergleich:

Anzahl der Rechtsextremisten in der Bevölkerung auf jeweils 100.000 Einwohner bezogen ³	bundesweit		Freistaat Sachsen	
	1999	1998	1999	1998
Personen in nicht militanten rechtsextremistischen Parteien	45	47	40	48
Personen in neonationalsozialistischen Bestrebungen	3	3	1	1
rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	11	10	25	20
davon: rechtsextremistische Skinheads	keine Angabe	keine Angabe	18	17

Den größten Teil des rechtsextremistischen Potenzials bilden die Mitglieder in nicht militanten rechtsextremistischen Parteien. Das sind bundesweit ca. 72 % und im Freistaat Sachsen ca. 61 % aller Rechtsextremisten.

Bundesweit war in diesem Bereich im Jahr 1999 im Vergleich zum Vorjahr ein Mitgliederrückgang von insgesamt ca. 5 % festzustellen. Die Gesamtzahl der Mitglieder der rechtsextremistischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland verringerte sich von etwa 39.000 im Jahr 1998 auf etwa 37.000 im Berichtsjahr.

Im Freistaat Sachsen hatten die nicht militanten rechtsextremistischen Parteien in diesem Jahr einen noch deutlicheren Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Die Mitgliederzahlen fielen um ca. 18 % von etwa 2.200 Personen im Jahr 1998 auf etwa 1.800 im Jahr 1999.

Die Anzahl von Personen in neonationalsozialistischen Bestrebungen verringerte sich 1999 im Vergleich zu 1998 (2.400 Personen) bundesweit um ca. 8 % auf 2.200 Personen.

Im Freistaat Sachsen sank 1999 die Zahl der Neonationalsozialisten auf etwa 40 Personen ab. Im Vergleich zu 1998 (45 Personen) ist dies ein Rückgang um ca. 11 %. Neonationalsozialistische Rechtsextremisten sind im Freistaat Sachsen

deutlich unter dem Bundesdurchschnitt vertreten.

Die Gesamtzahl der Skinheads und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten erhöhte sich im Jahr 1999 bundesweit im Vergleich zu 1998 (8.200 Personen) um ca. 10 % auf etwa 9.000 Personen.

Im Freistaat Sachsen stieg die Zahl der Skinheads und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten um ca. 22 % von etwa 900 Personen 1998 auf ca. 1.100 Personen 1999 an. Die Anzahl der rechtsextremistischen Skinheads erhöhte sich um ca. 7 % von ca. 750 im Jahr 1998 auf etwa 800 Personen im Jahr 1999 und die Zahl der sonstigen militanten Rechtsextremisten um ca. 67 % von ca. 150 1998 auf etwa 250 Personen im Berichtsjahr. Damit bleibt die Anzahl der rechtsextremistischen Skinheads und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen deutlich über dem Bundesdurchschnitt, was allerdings auch für andere neue Bundesländer gilt.

Die Zahlen zeigen, dass der Anstieg der Anzahl der militanten Rechtsextremisten nicht mit einer Zunahme der Gesamtzahl an Rechtsextremisten einhergeht. Im Gegenteil, diese ist leicht gesunken. Der Zunahme der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene steht ein etwas stärkerer Mitgliederschwund bei der NPD gegenüber.

³ Einwohnerzahl Bundesrepublik Deutschland: 82.037.011
Einwohnerzahl Freistaat Sachsen: 4.489.415
(Stand: Oktober 1999) aus „Statistisches Jahrbuch Sachsen 1999“.

Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen

insgesamt ca. 2.940 Personen (1998: ca. 3.000)⁴
 bundesweit ca. 51.400 Personen (1998: ca. 53.600)⁵

Nicht militante rechtsextremistische Parteien

Mitglieder:

Sachsen: ca. 1.800
 (1998: ca. 2.200)
 bundesweit: ca. 37.000
 (1998: ca. 39.000)

Neonationalsozialistische Bestrebungen

Mitglieder:

Sachsen ca. 40
 (1998: ca. 45)
 bundesweit ca. 2.200
 (1998: ca. 2.400)

Rechtsextremistische Skinheads, sonstige gewalt- bereite Rechtsextremisten und Kameradschafts- angehörige

Sachsen: ca. 1.100
 (1998: ca. 900)
 bundesweit: ca. 9.000
 (1998: ca. 8.200)

davon:

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Sachsen: ca. 1.000
 (1998: ca. 1.400)
 bundesweit: ca. 6.000
 (1998: ca. 6.000)

HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG)

Sachsen: ca. 20
 (1998: ca. 15)
 bundesweit: ca. 500
 (1998: ca. 450)

Rechtsextremistische Skinheads

Sachsen: ca. 800
 (1998: ca. 750)
 bundesweit: keine Angaben
 (1998: keine Angaben)

DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)

Sachsen: ca. 500
 (1998: ca. 500)
 bundesweit: ca. 17.000
 (1998: ca. 18.000)

NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI/AUSLANDS- UND AUFBAUORGANISATION (NSDAP/AO)

Sachsen: Einzelne
 (1998: ca. 20)
 bundesweit: keine Angaben
 (1998: keine Angaben)

sonstige militante Rechtsextremisten

Sachsen: ca. 250
 (1998: ca. 150)
 bundesweit: keine Angaben
 (1998: keine Angaben)

DIE REPUBLIKANER (REP)

Sachsen: ca. 300
 (1998: ca. 300)
 bundesweit: ca. 14.000
 (1998: ca. 15.000)

NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB)

Sachsen: ca. 20
 (1998: ca. 10)

Kameradschaften

Sachsen: ca. 250
 bundesweit: keine Angaben

WANDERJUGEND GIBOR (WJG)

Sachsen: keine Angaben
 bundesweit: keine Angaben

4 Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften.

5 Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften.

Die Zahl beinhaltet auch Mitglieder sonstiger rechtsextremistischer Vereinigungen.

Entwicklungstendenzen im Bereich des Rechtsextremismus

1999 bestimmten Wahlen in besonderem Maße das Handeln der rechtsextremistischen Parteien. Die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und DIE REPUBLIKANER (REP) traten im Freistaat Sachsen am 13. Juni 1999 zu den Europa- und Kommunalwahlen sowie am 19. September 1999 zur Landtagswahl an.

Mit zusammen 2,1 % der Stimmen bundesweit zur Europawahl (davon REP: 1,7 %; NPD: 0,4 %) und 2,9 % der Stimmen bei der Landtagswahl im Freistaat Sachsen (davon REP: 1,5 %; NPD: 1,4 %) blieben die Ergebnisse deutlich hinter den Erwartungen der Parteien zurück.

Beide Parteien führten einen ausgeprägten Jungwähler-Wahlkampf. Von den Jungwählern, die sich für die Wahl einer rechtsextremistischen Partei entschieden, konnte besonders die NPD profitieren. Bei den Kommunalwahlen gelang es den rechtsextremistischen Parteien, im Freistaat Sachsen in 10 Städten und Gemeinden sowie einem Landkreis insgesamt 12 Mandate zu erringen.

Die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) trat im Freistaat Sachsen nicht zu den Wahlen an.

Die NPD hatte den Landtagswahlkampf zum Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit erklärt. Die damit verbundenen politischen Orientierungen prägten im Berichtszeitraum maßgeblich die Entwicklung dieser Partei. Die taktischen Überlegungen der NPD beruhten im Wesentlichen auf zwei Prämissen:

1. Die NPD versuchte, sich während des Wahlkampfes in Kommunen und landesweit als wählbare Protestpartei zu präsentieren. Deshalb verzichtete sie auf provokative Auftritte ihrer Anhängerschaft in der Öffentlichkeit. Doch mit dieser Maßnahme verprellte sie vor allem die jugendliche Parteibasis. Die NPD hatte in den vorangegangenen Jahren vor allem durch ihre aktionistisch ausgerichtete Politik gerade solche Jugendliche an sich gebunden, die auf die Straße drängten. Die Reduzierung öffentlichkeitswirksamer Auftritte hatte zur Folge, dass der Zustrom zur Partei aus der Skinheadszene ausblieb und junge Mitglieder aus der NPD austraten. Im Berichtszeitraum verringerte sich der Mitgliederbestand der NPD gegenüber 1998 um ca. 28 % auf ca. 1.000 Personen (1998: 1.400 Mitglieder).
2. Die NPD versuchte im Rahmen des Wahlkampfes, durch antikapitalistische Parolen Wähler zu gewinnen, wobei Bundes- und Landesvorstand antikapitalistische Aussagen zunehmend mit dem Sozialismusbegriff koppelten. Dadurch sollten neue Wähler jenseits der üblichen Anhängerschaft mobilisiert werden. Jedoch fanden gerade diese Optionen keineswegs die ungeteilte Zustimmung der Basis. Ein Großteil der Mitglieder lehnte die Sozialismusidee, insbesondere die stärkere Anlehnung an das Sozialismusmodell der DDR, entschieden ab. Die Sozialismuskonversation führte zu erheblichen Konflikten zwischen Parteivorstand und Basis und trug ebenfalls zum Rückgang des Mitgliederbestandes im Freistaat Sachsen bei. Als Reaktion darauf korrigierte der Landesvorstand seine Position zum Sozialismus. In einem Aufruf an alle Mitglieder heißt es, dass der Begriff Sozialismus in Zukunft vermieden werden solle, da er von der Basis als „Linksruck“ angesehen und abgelehnt werde. Damit sei die Debatte beendet.

Nach wie vor bemüht sich die NPD, Jugendliche an die Partei heranzuführen. Sie ist innerhalb des rechtsextremistischen Parteiengefüges eine Organisation, die einen hohen Anteil junger Mitglieder und Wähler hat. Allerdings ist die Jugendarbeit der NPD derzeit nicht sehr erfolgreich. Der sächsische Landesverband der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) löste sich nach schweren Zerwürfnissen im JN-Bundesvorstand auf. Am 7. Juni 1999 erklärten der damalige Landesvorsitzende Oliver HÄNDEL und der restliche JN-Landesvorstand Sachsen geschlossen den Rücktritt von allen Ämtern.

Mit dem BILDUNGSWERK DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT (BDVG) – Sitz in Eschweiler/Nordrhein-Westfalen – wurde eine Auffangorganisation für ehemalige JN-Mitglieder gegründet. Obgleich im Freistaat Sachsen mehrere gut besuchte Veranstaltungen des BDVG stattfanden, sind Strukturen dieser Organisation im Berichtszeitraum nicht bekannt geworden.

Obwohl die steile Aufwärtsentwicklung der vergangenen Jahre abebbte und 1999 zum Erliegen kam, ist die NPD trotz Mitgliederschwund und innerparteilicher Konflikte noch immer die dominierende rechtsextremistische Organisation im Freistaat Sachsen. Die beiden anderen rechtsextremistischen Parteien REP und DVU vermochten aus dem Mitgliederverlust der NPD keine Vorteile zu ziehen. Beide Parteien spielen im Freistaat Sachsen weiterhin nur eine geringe Rolle.

Im Berichtszeitraum setzte sich die Reihe der Wahlniederlagen bei den REP fort. Wenn auch Jungwähler ihre wichtigste Zielgruppe im Wahlkampf waren, gelang es den REP nicht, diese Wähler in einem nennenswerten Umfang von ihren Positionen zu überzeugen. Darüber hinaus dauert der parteiinterne Richtungsstreit um Art und Umfang der Kooperation mit NPD, DVU oder anderen rechtsextremistischen Gruppen nach wie vor an und führte bundesweit zu einem leichten Rückgang der Mitgliederzahlen.

Nach dem unerwarteten Wahlerfolg der DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 ist es der Partei zur Bürgerschaftswahl in Bremen am 6. Juni 1999 und zur Landtagswahl am 5. September 1999 in Brandenburg erneut gelungen, in zwei Landesparlamente einzuziehen. An der Landtagswahl im Freistaat Sachsen beteiligte sich die DVU entgegen ihrer Ankündigung nicht. Das zog vor allem im zweiten Halbjahr einen Rückgang der Aktivitäten der sächsischen Mitglieder nach sich.

Die Partei VEREINIGTE RECHTE (VR) trat 1999 im Freistaat Sachsen nicht öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Obwohl auf einem Parteitag am 10. Januar 1999 in Stuttgart/Baden-Württemberg Kandidaten für die Europawahl nominiert worden waren, nahm sie nicht an der Wahl teil.

Auf die JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO) wird erstmals im sächsischen Verfassungsschutzbericht eingegangen. Bei ihr haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass es innerhalb des Landesverbandes Sachsen-Niederschlesien rechtsextremistische Strömungen gibt, die in der Lage sind, die Aktivitäten des Landesverbandes entscheidend zu beeinflussen.

Die Bedeutung neonationalsozialistischer Bestrebungen nahm 1999 im Freistaat Sachsen – trotz des leichten Rückgangs der Mitgliederzahlen – geringfügig zu. Im Gegensatz zum Vorjahr entfaltete der NATIONALE JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB) wieder eigenständige Aktivitäten. Er trat erneut mit Sonnenwendfeiern und der Beteiligung an Gedenkmärschen an die Öffentlichkeit. Damit hat er seine frühere Bedeutung als Bindeglied zwischen den verschiedenen lokalen rechtsextremistischen Skinheadszenen wieder hergestellt. Die Aktivitäten des NJB trugen im Berichtszeitraum entscheidend dazu bei, dass die rechtsextremistische Szene in der Zittauer Region weiteren Zulauf erhielt.

Im Freistaat Sachsen etablierte sich darüber hinaus die neonationalsozialistische Kleingruppe WANDERJUGEND GIBOR. Sie wurde Mitte der 90er Jahre im Raum Cottbus/Brandenburg gegründet. Die Gruppe stellt sich zwar nach außen als unpolitischer, unabhängiger Zusammenschluss von Naturfreunden dar, greift jedoch u. a. in ihrer Zeitschrift „echt knorke“ auf Elemente der nationalsozialistischen Ideologie zurück.

Andere neonationalsozialistische Organisationen wie die HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG) und die NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI/AUSLANDS- UND AUFBAUORGANISATION (NSDAP/AO) spielen im Freistaat Sachsen weiterhin lediglich eine marginale Rolle.

Im Bereich der rechtsextremistischen Skinheads und sonstiger gewaltbereiter Rechtsextremisten zeigten sich im Berichtszeitraum einige neue Tendenzen.

Die Anzahl der diesem Bereich zuzurechnenden Personen erhöhte sich von 900 auf 1.100 Personen. Dieser Zuwachs beruht einerseits auf einer Zunahme bei den rechtsextremistischen Skinheads. Deren Anzahl stieg von ca. 750 Personen im Jahr 1998 auf 800 im Jahr 1999 an. Nach wie vor sind es überwiegend sehr junge Personen, die u. a. über die rechtsextremistische Skinhead-Musik den Einstieg in die Szene finden. Die übergreifenden Organisationsstrukturen, die sich zu Beginn der 90er Jahre innerhalb der Skinhead-Szene in Form der BLOOD & HONOUR-Bewegung und der HAMMERSKINS entwickelten, wurden im Berichtszeitraum ausgebaut.

Zusätzlich entstanden 1999 eine ganze Reihe unabhängiger Kameradschaften. Da die NPD 1999 auf öffentlichkeitswirksame Aktionen verzichtete, verlor die Skinhead-Klientel das Interesse an dieser Partei. Wer sich dennoch aus der Szene stärker organisieren wollte, tat dies in Form von unabhängigen Kameradschaften.

Im Berichtszeitraum entstanden im Freistaat Sachsen ca. ein Dutzend Kameradschaften, denen etwa 250 Mitglieder, überwiegend Jugendliche, angehören. Insbesondere die Kameradschaften aus dem Skinhead-Milieu sind sehr aktionistisch orientiert.

Deren Ziel besteht hauptsächlich darin, in Form der Anti-Antifa-Arbeit eine Gegenmacht zum politischen Gegner aufzubauen.

Andere Kameradschaften sind bemüht, unter dem Deckmantel der Brauchtumpflege bisher unorganisierte Jugendliche an den Rechtsextremismus heranzuführen. Da die NPD nach wie vor an der Werbung Jugendlicher interessiert ist, hält sie enge Kontakte zur Kameradschaftsszene wie beispielsweise zur Gruppierung SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) im Raum Pirna. Diese Gruppe rekrutiert sich hauptsächlich aus 14- bis 18-jährigen Jugendlichen, die für rechtsextremistische Anschauungen anfällig sind. Der SSS zuzurechnende Personen beteiligten sich im Berichtszeitraum an Veranstaltungen der NPD.

Die Zahl der sonstigen militanten rechtsextremistischen Gewalttäter stieg von 150 im Jahr 1998 auf 250 im Jahr 1999 an.

Trotz der gestiegenen Zahl militanter Rechtsextremisten ergaben sich im Berichtsjahr im Freistaat Sachsen keine Anhaltspunkte für die Existenz rechtsterroristischer Gruppierungen. Dennoch darf das Gefahrenpotenzial in diesem Bereich nicht unterschätzt werden. Die Gefahr einer geplanten Gewaltanwendung durch Einzelpersonen oder konspirative Kleingruppen ist jederzeit gegeben.

Rechtsextremistische Szenen im Freistaat Sachsen

Rechtsextremistische Bestrebungen im Freistaat Sachsen haben viele Gesichter:

Neben den rechtsextremistischen Parteien gibt es neonationalsozialistische Organisationen, Kameradschaften und rechtsextremistische Skinheads. In den beiden zuletzt genannten Gruppen sind insbesondere Jugendliche zu finden.

Bei der Loslösung vom Elternhaus ist für junge Menschen häufig die Clique in der Schule, im Wohngebiet, im Jugendclub ein wichtiger sozialer Bezugspunkt. Dort können sie ihr Verhalten testen, ihre Kräfte messen; es gilt, den Platz, die Position in der Gruppe zu „erkämpfen“ und die eigenen Möglichkeiten, aber auch Grenzen zu erfahren.

Eine Jugend-Szene entsteht meist aus kleinen, oft diffusen und schwer durchschaubaren Anfängen. Durch wiederholte Treffen an bestimmten Orten gewinnt sie an Kontur. Gerade in Plattenbausiedlungen der Großstädte, in strukturschwachen Gebieten und kleinen Dörfern nutzen Jugendliche

öffentliche Plätze oder auch ganze Wohngebiete mit dem Anspruch, dies als ihr Revier gegenüber anderen Jugendlichen zu behaupten. Oft dienen Bahnhöfe, Tankstellen, Imbissbuden, Marktplätze und Jugendclubs als Treffpunkte. Intern setzt ein Prozess der Profilierung ein, um sich von Konkurrenten abzusetzen. Dies geschieht in Jugendkulturen häufig durch Musik, Kleidung und Symbolik. Vor allem durch Gruppensymbole und Gruppenrituale grenzen sie sich bewusst von anderen ab und versuchen zu provozieren.

Dies kann auch bei rechtsextremistischen Jugenddelikten beobachtet werden.

Dort wird durch rechtsextremistische Symbolik Aufsehen erregt und Gewaltbereitschaft – vor allem gegen Fremde – gefördert. Bereits 13- oder 14-Jährige können in „rechten“ Cliques erstmals mit rechtsextremistischen Symbolen und Parolen in Kontakt kommen. Zu den Standardsymbolen, mit denen rechtsextremistische Jugendliche die Zugehörigkeit zur Gruppe bekunden, gehören Tätowierungen, meist kurz geschorene Haare, aber auch NS-Devotionalien und Militaria-Gegenstände.

Form und Struktur „rechter“ Jugendszenen sind sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Skala reicht von der rechtsextremistischen Skinhead-Szene als auffälligster und zahlenmäßig stärkster Jugendsubkultur bis hin zu den Kameradschaften, deren Mitglieder eine ausgeprägte rechtsextremistische Weltanschauung vertreten und teilweise eng mit rechtsextremistischen Parteien und Organisationen zusammenarbeiten. Letztere versuchen, Einfluss auf die Gruppen zu gewinnen, um unter Jugendlichen für ihre Ziele zu werben und Nachwuchs zu rekrutieren.

Rechtsextremistische Skinheads

Der seit einigen Jahren feststellbare deutliche Zulauf in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene im Freistaat Sachsen setzte sich 1999 fort. Die Zahl der Jugendlichen, die im Freistaat Sachsen zu dieser Szene gehören, stieg im Berichtsjahr auf rund 800 an (1998: 750).

Diese weitere Zunahme verdeutlicht, dass die rechtsextremistische Skinhead-Szene ihre Stellung als Jugend-Subkultur ausbauen konnte. Für eine wachsende Zahl der Jugendlichen ist es inzwischen normal, zu einer solchen Gruppierung zu gehören und dies auch nach außen zu zeigen.

Der Einstieg wird durch szenetypische Medien, die von Musik bis zu Szenezeitschriften reichen, gefördert. Vor allem die Skinhead-Musik findet eine immer größere Verbreitung. Über den Besuch von Skinhead-Konzerten finden viele Jugendliche den Zugang in die Skinhead-Bewegung. Hier wird das Zusammengehörigkeitsgefühl, das viele Jugendliche suchen, ausgelebt. Nach dem Einstieg folgt häufig eine feste Einbindung in die Szene.



Foto: ZB

1998 waren Chemnitz und der Raum Dresden regionale Schwerpunkte der rechtsextremistischen Skinhead-Szene in Sachsen. 1999 ist die Region Sächsische Schweiz als weiterer Schwerpunkt hinzugekommen.

Die übergreifenden Organisationsstrukturen, die sich seit Mitte der 90er Jahre innerhalb der Skinhead-Szene in Form der BLOOD & HONOUR-Bewegung und der HAMMERSKIN-Bewegung entwickelten, wurden im Berichtszeitraum ausgebaut.

Der in den letzten Jahren feststellbare Zulauf rechtsextremistischer Skinheads zu rechtsextremistischen Organisationen, insbesondere zur NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD), setzte sich nicht fort. Im Gegenteil: Es kam zu vermehrten Austritten von Skinheads aus der NPD.

Innerhalb der Szene zeigt sich verstärkt die Tendenz, selbst mehr oder weniger strukturierte Gruppen zu bilden, die sich teilweise als Kamerad-

schaften bezeichnen. Beispiele für solche Strukturen sind die SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS), die WHITE WARRIOR CREW Sebnitz und die WHITE TERROR SKINS in Leipzig.

Entstehung und politische Einstellung der Skinhead-Bewegung

Die Skinhead-Bewegung entstand in der Bundesrepublik Deutschland Ende der 70er Jahre. Ihren Ursprung hatte sie in Großbritannien. Aus einer Protestbewegung von Jugendlichen gegen die bürgerliche Gesellschaft, die mit Symbolen wie kurz geschorenem Haar, Jeans und Stahlkappenschuhen verdeutlicht wurde, entstand mit der Zeit eine variantenreiche Jugend-Subkultur.

Seit den Ursprüngen hat sich eine vielschichtige Entwicklung vollzogen. Das Spektrum reicht von den rechtsextremistischen Skinheads, linken/teils linksextremistischen „Red“- und S.H.A.R.P.⁶-Skins bis hin zu den weitgehend unpolitischen „Oi“-Skins. Der Begriff „Oi“-Skin leitet sich aus der punkähnlichen „Oi“-Musik ab.

Die politische Einstellung rechtsextremistischer Skinheads ist geprägt von übersteigertem Nationalbewusstsein, Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus. In Fanzines⁷, Mailboxen, in Liedtexten und im Internet werden diese politischen Themen behandelt.

Oft skandieren rechtsextremistische Skinheads bei öffentlichen Konzerten „Sieg Heil!“ und „Heil Hitler!“ oder zeigen den Hitlergruß. Um strafrechtlicher Verfolgung zu entgehen, verwenden sie als Bekenntnis zum Nationalsozialismus und zum Führerkult Kennzeichen, die verbotenen ehemaligen nationalsozialistischen Kennzeichen ähnlich sehen, oder erfinden eigene Symbole. Zu diesen Szeneintern in ihrer Bedeutung allgemein bekannten Darstellungen gehören die hakenkreuzähnliche Triskele der BLOOD & HONOUR-Bewegung und Symbole wie die Zahlen „18“ (= 1. und 8. Buchstabe des Alphabetes: A und H = Adolf Hitler) und „88“ (Heil Hitler). Die rechtsextremistische Skinhead-Szene ist grundsätzlich gewaltbereit. Die Gewalttaten werden meist aus der Gruppe spontan und unter Alkoholeinfluss begangen.

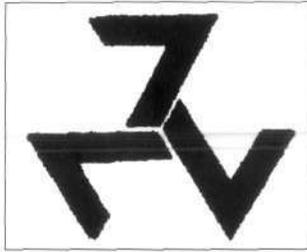
BLOOD & HONOUR-Bewegung

Die BLOOD & HONOUR-Bewegung hat ihren Ursprung in Großbritannien. Der Begriff BLOOD &

⁶ Skinhead Against Racial Prejudice - Skinheads gegen rassistische Vorurteile.

⁷ Fanzine - Zusammensetzung der englischen Begriffe „fan“ und „magazine“. Dieses Wort gilt auch in anderen Jugendkulturen als Begriff für Publikationen für Insider.

HONOUR entstand in Anlehnung an die „Blut und Ehre“-Parole der Hitlerjugend (HJ). Das Symbol der BLOOD & HONOUR-Bewegung ist die Triskele.



BLOOD & HONOUR wurde Anfang der 80er Jahre von Ian STUART, dem verstorbenen Leadsänger der ehemaligen britischen Skinhead-Band „Skrewdriver“, gegründet. Unter dem Motto „Rock Against Communism“ (R.A.C.) wurden zunächst Konzerte für nationalistische und rassistische Bands organisiert. BLOOD & HONOUR sieht in der Musik das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen; besser als in politischen Veranstaltungen könne auf diesem Weg Ideologie transportiert werden. Dementsprechend ist das Hauptziel der BLOOD & HONOUR-Bewegung die Organisation von Konzerten und der Vertrieb von Skinhead-Materialien.

Ian STUART, der 1993 bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam, ist zur Kultfigur der Skinhead-Bewegung geworden.

Die BLOOD & HONOUR-Bewegung ist seit 1995 in Deutschland aktiv. Deutschlandweit bezeichnet sie sich als BLOOD & HONOUR-Division. Ihre Mitgliederzahl beträgt mindestens 200 Personen. Regional gliedert sie sich in einzelne Sektionen. 1998 gehörte die BLOOD & HONOUR-Sektion Sachsen noch zu den bedeutendsten Sektionen in der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings trat nach Streitigkeiten mit anderen BLOOD & HONOUR-Sektionen ein Großteil der sächsischen Mitglieder aus dieser Bewegung aus. Sie sind als eigenständige Struktur weiterhin aktiv und üben nach wie vor nachhaltigen Einfluss auf die Skinhead-Szene aus. Das zeigt sich beispielsweise darin, dass sie Skinhead-Konzerte organisieren, die großen Anklang in der Szene finden.

Durch die Organisation rechtsextremistischer Skinhead-Konzerte übt BLOOD & HONOUR starken ideologischen Einfluss auf die gesamte Skinhead-Szene aus. Bei der Organisation von Konzerten arbeiten die einzelnen Sektionen eng zusammen. Während die eine Sektion z. B. die Skinhead-Bands einlädt, mietet eine andere das Veranstaltungsort an oder übernimmt andere Aufgaben wie den Ordnerdienst.

BLOOD & HONOUR ist außerdem am Aufbau eines weltweiten Vertriebssystems für Publikationen,



CDs und Skinhead-Utensilien beteiligt. Einer der bekanntesten Vertriebe war „NS 88“ in Dänemark, der 1999 von der BLOOD & HONOUR SCANDINAVIA übernommen wurde.

Das eigene Kommunikationsnetz wird durch das deutsche BLOOD & HONOUR-Fanzine unterstützt.

Der Zugang zu BLOOD & HONOUR ist für Außenstehende nur über Personen möglich, die bereits Mitglied bei BLOOD & HONOUR sind. Mitglied kann nur der werden, der eine halb- oder einjährige Probezeit besteht.

BLOOD & HONOUR-Mitglieder sind eng mit der Szene verwachsen und besitzen oftmals Kontakte zu anderen Szene-Mitgliedern in ganz Deutschland und teilweise weltweit. Dies erklärt den fast immer überregionalen Zulauf bei Skinhead-Konzerten. Auch viele Mitglieder rechtsextremistischer Skinhead-Bands und Fanzine-Hersteller gehören zu BLOOD & HONOUR.

HAMMERSKINS

Die in den USA entstandene HAMMERSKIN-Bewegung ist eine Vereinigung elitär, rassistisch und z. T. neonationalsozialistisch eingestellter

Skinheads. Die zwei gekreuzten Zimmermannshämmer, das Symbol dieser Bewegung, sollen Kraft und Stärke des „weißen Arbeiters“ versinnbildlichen. Das Ziel der HAMMERSKINS ist die Errichtung einer ideellen, unter rassistischen Gesichtspunkten „reinen“ Gemeinschaft, der so genannten „HAMMERSKIN-Nation“.



Die HAMMERSKINS haben im Freistaat Sachsen nur eine untergeordnete Bedeutung. Sowohl ihre Anzahl als auch ihr Einfluss sind gering. 1999 erschien keine Ausgabe der bisher einflussreichsten Publikation der sächsischen

HAMMERSKINS, des Fanzines *Hass Attacke*.

Die sächsischen HAMMERSKINS stehen in enger Verbindung mit HAMMERSKINS in anderen Bundesländern sowie mit den BOHEMIA HAMMERSKINS in der Tschechischen Republik. Darüber hinaus bestehen auch Verbindungen in die Schweiz, nach Kanada und Australien.

Skinhead-Musik

Die rechtsextremistische Skinhead-Musik ist nach wie vor das wichtigste Medium der Szene. Sie vermittelt die Lebensart und das Selbstverständnis der Skinheads.

Zur Zeit entstehen immer mehr Kleinstfirmen, die sich mit der Produktion und dem Vertrieb von Skinhead-Musik beschäftigen. Eine große Anzahl von Tonträgern wird im Ausland produziert, insbesondere dann, wenn es sich um Inhalte handelt, die in der Bundesrepublik Deutschland strafbar sind. Ein noch größerer Teil dürfte über private Kopien verbreitet werden.

Die rechtsextremistische Skinhead-Musik dient der Stabilisierung der meist ungefestigten ideologischen Einstellung sowohl von Jugendlichen, die der Szene bereits angehören, aber auch derer, die sich zu ihr hingezogen fühlen.

Den Stil der Skinhead-Musik prägen vor allem die einhämmernden Rhythmen und die aggressiven Texte. Mit den Texten werden häufig rassistische oder gewaltverherrlichende Inhalte transportiert und das NS-Regime verherrlicht. Beispiele hierfür lieferte etwa die CD „Deutsche Wut Rock gegen oben“ der Gruppe „Landser“.

In dem Lied „Polacken-Tango“ heißt es:

„Wenn ich das seh', bin ich echt sauer.
Polackenlummel schreien ‚White Power!‘.
Oh, wie ich dieses Scheißvolk hasse.
Seit wann gehören Polacken zur arischen Rasse?“

In dem Lied „Rudolf Heß“ wird der Hitler-Stellvertreter Rudolf HEß verherrlicht:

„Rudolf Heß, dein Glaube war stärker als Kerker
und Schmerzen.
Rudolf Heß, du lebst weiter in unseren Herzen.“

Neben dem Verbreiten von rassistischem und neonationalsozialistischem Gedankengut wird in den Texten auch Gewalt propagiert.

Auf Grund strafrechtlicher Maßnahmen gegen die Verbreitung von Tonträgern mit strafrechtlich relevanter rechtsextremistischer Skinhead-Musik in der Bundesrepublik Deutschland und Indizierung vieler Tonträger gingen einige Musikgruppen dazu über, entsprechende Textstellen auf den Tonträgern mit Piep-Tönen zu versehen. Das soll andeuten, dass an dieser Stelle etwas Verbotenes gesungen werden soll.

Viele Tonträger mit rechtsextremistischem Inhalt werden bei den entsprechenden Konzerten verkauft. Daneben sorgen auch im Freistaat Sachsen mehrere Skinhead-Vertriebe, Szeneläden und Einzelpersonen für den kommerziellen Handel mit rechtsextremistischer Skinhead-Musik.

Rechtsextremistische Skinhead-Bands

Skinhead-Bands bringen teilweise unverhohlen rechtsextremistische und neonationalsozialistische Überzeugungen in ihren Texten und in ihrem Auftreten zum Ausdruck. Insbesondere diese Bands sind in der Szene beliebt.

Das LfV Sachsen stuft im Jahr 1999 zehn sächsische Skinhead-Bands als rechtsextremistisch ein. Dies sind die Gruppen:

„AEG“ (Auf eigene Gefahr) aus Chemnitz,
„14 Nothelfer“ aus Pirna,
„Odessa“,
„Schwurbrüder“,
„Solution“ und
„Gestapo“ aus Leipzig,
„Frontschwein“ aus Kamenz,
„Westsachsengesocks“ aus Zwickau,
„Ostara“ aus Leipzig sowie
„Staatsfeind“ aus Chemnitz.



Die zuletzt genannte Band veröffentlichte bereits mehrere Tonträger, tritt aber nicht bei Konzerten auf.

Die bisher aktivste und beständigste sächsische rechtsextremistische Skinhead-Band „Die weißen Riesen“ aus Riesa hat sich 1999 aufgelöst. Einige Mitglieder spielen inzwischen in einer anderen Band.



Rechtsextremistische Skinhead-Konzerte

1999 stieg die Anzahl der rechtsextremistischen Skinhead-Konzerte im Freistaat Sachsen im Vergleich zum Vorjahr an.

Die Organisation von Skinhead-Konzerten läuft sehr konspirativ ab. „Strohänner“ mieten mehrere Lokale (Gaststätten, Turnhallen) unter Vortäuschung falscher Tatsachen (angebliche Geburtstags- oder Hochzeitsfeiern) an, damit das Konzert als Skinhead-Konzert unerkannt bleibt. Mehrere Lokale werden angemietet, um Ausweichmöglichkeiten zu haben, falls das Konzert an einem Ort untersagt wird.

Die Erstinformation über das Konzert erreicht das Publikum fast immer durch Mundpropaganda, wobei nur eine Region als Veranstaltungsort genannt wird. Auch das Internet wird verstärkt als Medium zur Mobilisierung eingesetzt.

Am Veranstaltungstag erfahren einzelne Konzertteilnehmer über eine geheim gehaltene Handy-Nummer einen Vortreffort, meist Autobahnraststätten, Tankstellen oder Einkaufszentren. Mittels schriftlicher Nachricht auf dem Handy (SMS⁸) werden dann alle anderen Teilnehmer im Schneeballsystem über den Vortreffort informiert und von dort erst kurz vor Veranstaltungsbeginn zum Veranstaltungsort gelotst.

Während der Konzerte werden vom Publikum und von den Bands häufig neonationalsozialistische und rassistische Parolen gerufen. „Sieg Heil!“, „Heil Hitler!“- und „Ausländer raus!“-Rufe und das Zeigen des Hitlergrüßes gehören zu den „Ritualen“ rechtsextremistischer Skinhead-Konzerte. Wenn bekannte Titel mit äußerst aggressi-

⁸ Short Messages Service - Sendung von Textnachrichten.

vem rechtsextremistischen Inhalt gesungen werden wie z. B.:

„Blut muss fließen, knüppelhaigedick,
wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.

Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig,
lasst sie flutschen in den Judenleib“,

grölt meist der ganze Saal mit.

Am Rande der Konzerte verkaufen Skinhead-Vertriebe oder Einzelpersonen Skinhead-Bekleidung, -Fanzines und -Tonträger. Den Verkäufern bieten diese Geschäfte meist lukrative Gewinne.

Skinhead-Vertriebe

Oft haben Skinhead-Vertriebe ein eigenes Label⁹, das die Herstellung einschlägiger Tonträger organisiert. Tonträger mit strafrechtlich relevantem Inhalt werden häufig im Ausland hergestellt.

Der Verkauf der Tonträger erfolgt – gegebenenfalls unter dem Ladentisch – sowohl in einigen Platten- oder Szene-Läden, als auch in so genannten „Militaria-Shops“.

Die Bestellkataloge der Skinhead-Vertriebe werden in der Szene von Hand zu Hand weitergegeben.

Daneben gibt es einen beachtlichen Handel mit rechtsextremistischer Musik unter der Hand in Form von Demo-Tapes oder Konzertmitschnitten.

Die Verbreitung strafrechtlich relevanter Texte und Covergestaltungen wird durch Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt. Häufig besteht der Verdacht des Verbreitens und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und der Volksverhetzung. Bei Durchsuchungen einschlägiger Szene-Läden im Freistaat Sachsen stellte die Polizei immer wieder große Mengen einschlägiger Tonträger sicher.

Auch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS) kann mit einer so genannten „Indizierung“ eingreifen. Diese hat zur Folge, dass die betroffenen Tonträger, Schriften oder Filme Kindern und Jugendlichen nicht mehr zugänglich gemacht werden dürfen. Das schließt ein Werbeverbot und ein Verbot des Vertriebes durch den Versandhandel mit ein. Informationen zu den indizierten Tonträgern bzw. auch Schriften werden regelmäßig im Mitteilungsblatt „BPjS-Aktuell“ veröffentlicht¹⁰.

Neben dem Verkauf von Tonträgern bieten die Vertriebe und Szene-Läden auch andere

Skinhead-Utensilien wie Bomberjacken, T-Shirts, Stiefel und Publikationen an. Eine wichtige Funktion erfüllen sie auch als Informationsbörse zu Konzertterminen, internen Veranstaltungen und Skinhead-Treffen.

Skinhead-Fanzines

Ein wichtiges Kommunikationsmedium der Szene sind selbstgefertigte Magazine, so genannte Fanzines. Sie werden in der Regel von Skinheads für Skinheads und Gleichgesinnte gemacht und sind das Sprachrohr der Szene.

Fanzines können sowohl unpolitisch als auch extremistisch ausgerichtet sein. Die Auflagenhöhe beträgt meist einige hundert Stück, bei manchen werden aber auch Auflagen bis zu 1.000 Stück erreicht. Die Preise liegen in der Regel zwischen 3,- und 7,- DM.

Derzeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland über 30 rechtsextremistische Fanzines.

In letzter Zeit sind zunehmend professionelle Aufmachungen der Fanzines feststellbar.

Fanzines beinhalten in erster Linie Berichte über Konzertbesuche, Skinhead-Treffen und -Partys oder lokale Skinhead-Szenen. Auch Anzeigen von Skinhead-Labels, Rezensionen zu Tonträgern und Werbung für Szene-Artikel sind in ihnen zu finden. Viele Fanzines befassen sich zudem mit germanischer Mythologie, insbesondere der Runenkunde.

Einige Fanzine-Hersteller sympathisieren mit der neonationalsozialistischen HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG). Im Auftrag der HNG werden so genannte „Gefangenenlisten“ in den Fanzines veröffentlicht. Die Listen enthalten Namen von Szeneangehörigen, die meist wegen Staatsschutzdelikten zu Haftstrafen verurteilt wurden. Die Leser werden aufgefordert, mit den Inhaftierten in Briefwechsel zu treten oder sie anderweitig zu unterstützen, damit diese den Kontakt zur Szene nicht verlieren. Außerdem soll dadurch Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl demonstriert werden. Die Fanzine-Hersteller versenden häufig kostenlose Exemplare ihrer Magazine in die Justizvollzugsanstalten.

Skinhead-Fanzines werden bei Konzerten oder in Szeneläden angeboten bzw. über Skinhead-Vertriebe verschickt. Neuerdings ist bei einigen Fanzines eine Bestellung per Internet möglich. Inner-

⁹ Tonträgerfirma, Marke.

¹⁰ Die Adresse der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften lautet: Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, Kennedy-Allee 105-107, 53175 Bonn, Tel.: (02 28)37 66 31 oder 32.

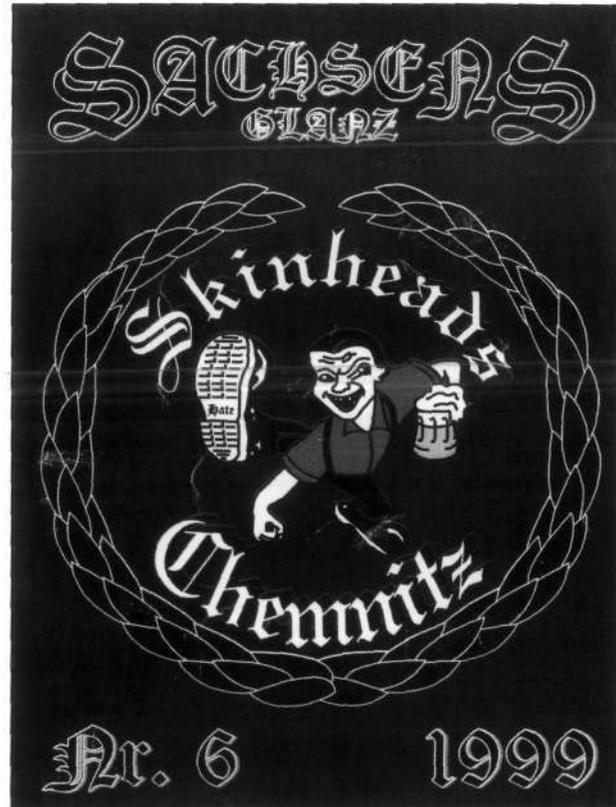
halb der rechtsextremistischen Skinhead-Szene werden Fanzines von Hand zu Hand, auch als Kopie, weitergegeben.

Im Freistaat Sachsen werden z. B. folgende rechtsextremistischen Fanzines herausgegeben:



Der Foiersturm (Dresden)

Dieses Fanzine beinhaltet neben den fanzinetypischen Beiträgen u. a. in einer Ausgabe einen Aufruf an alle Fanzine-Herausgeber, darauf zu achten, bei Konzertberichten auf detaillierte Hinweise zum Veranstaltungsort zu verzichten, um so staatliche Maßnahmen gegen rechtsextremistische Konzerte und deren Teilnehmer zu erschweren.



Sachsens Glanz (Chemnitz)

Dieses Magazin beinhaltet überwiegend Konzertberichte und Interviews mit Bandmitgliedern.

Gerade für Einsteiger in die rechtsextremistische Skinhead-Szene bilden gut aufgemachte Fanzines die erste Informationsquelle. Konzertkritiken und einschlägige Veranstaltungstipps, CD-Rezensionen, Interviews mit in- und ausländischen Skinhead-Bands sollen „Appetit auf mehr“ machen. Dass dies Erfolg hat, zeigt die große Zahl von jungen Menschen, die an Wochenenden Hunderte von Kilometern zum nächsten rechtsextremistischen Skinhead-Konzert zurücklegen.

Kameradschaften

Die Bildung von Kameradschaften geht auf ein Konzept von Neonationalsozialisten zurück. Nachdem seit 1992 einige neonationalsozialistische Organisationen verboten worden waren, hieß die Strategie „Organisierung ohne Organisation“. Ein Netzwerk kleiner unabhängiger Zellen sollte die „angreifbaren“ Organisationsformen ersetzen.

Im Freistaat Sachsen entstanden zunächst nur wenige Kameradschaften. Dies hat sich im Berichtsjahr geändert. Es kam verstärkt zur Grün-

dung von rechtsextremistischen Kameradschaften. Derzeit gibt es im Freistaat Sachsen etwa ein Dutzend dieser Kameradschaften, denen ca. 250 Mitglieder angehören.

Die Ursachen für die Entstehung der Kameradschaften sind vielschichtig. In den Jahren 1996 bis 1998 hatte die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) vor allem aus der Klientel der rechtsextremistischen Skinheads und Neonationalsozialisten neue Mitglieder gewonnen. Gerade Mitglieder aus diesem Personenkreis zeigten sich nach ihrem Eintritt in die NPD enttäuscht von der Parteilarbeit, von der sie sich mehr Möglichkeiten zu Aktionen versprochen hatten. Der Zustrom für die NPD aus diesen Szenen verebbte. Wer sich heute organisieren will, tut das eher in Form von selbständigen Kameradschaften.

Kameradschaften sind im Gegensatz zur Skinhead-Szene stärker politisch geprägt. Das Ziel besteht häufig darin, in Form der Anti-Antifa-Arbeit eine Gegenmacht zum politischen Gegner aufzubauen. Dies ist insbesondere dort anzutreffen, wo sich die Kameradschaften aus dem rechtsextremistischen Skinhead-Milieu rekrutieren. In anderen Kameradschaften sollen bisher unorganisierte Jugendliche unter dem Deckmantel der Brauchtumpflege an den Rechtsextremismus herangeführt werden.

Angesichts dieser Entwicklung hält die NPD enge Kontakte zur rechtsextremistischen Kameradschaftsszene, da sie nach wie vor an der Gewinnung Jugendlicher für ihre Partei interessiert ist. Stärkere Kontakte unterhält die NPD beispielsweise zur Gruppierung SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) im Raum Pirna. Für diese Gruppe werden vor allem Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren, die mit rechtsextremistischen Anschauungen sympathisieren, rekrutiert. Eine Anwartschaft mit nachfolgender Wartezeit von drei bzw. sechs Monaten führten zur vollständigen Mitgliedschaft.

Innerhalb der Organisation führen einzelne Mitglieder spezielle Aufgaben aus, von denen sich eine Reihe von Aktivitäten der SSS ableiten lassen wie z. B. Fahrtenorganisator oder HNG¹¹-Verantwortlicher.

Mitglieder der SSS hatten sich bereits am 1. Mai 1998 an der von der NPD organisierten Kundgebung in Leipzig beteiligt. Ihre Nähe zur NPD zeigt sich auch darin, dass Mitglieder der SSS regelmäßig zu Ordnerdiensten bei NPD-Veranstaltungen

der Region eingesetzt werden und dass sie den Wahlkampf der NPD im Freistaat Sachsen unterstützen.

Aktivitäten, Kampagnen und Aktionsfelder rechtsextremistischer Szenen

Obwohl Unterschiede vor allem in Struktur und Organisationsform bestehen, gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Das auffälligste gemeinsame Merkmal ist die Orientierung auf Aktionen. Rechtsextremistische Kameradschaften und Skinhead-Gruppen setzen auf spontane Aktionen. Sie bringen sich auch in regionale und überregionale rechtsextremistische Kampagnen ein.

Eine bedeutende Kampagneform, die die rechtsextremistischen Szenen verbindet und sie gemeinsam agieren lässt, ist die Heldenverehrung. Die jährlichen Aktionen von Rechtsextremisten zum Gedenken an den „Märtyrer für Deutschland“ Rudolf HEß an dessen Todestag am 17. August sowie anlässlich des Volkstrauertages¹² sind Ausdruck dieser Heldenverehrung.

Im Freistaat Sachsen kommt seit 1992 noch der jährlich stattfindende so genannte Holger-MÜLLER-Gedenkmarsch hinzu. MÜLLER wurde 1992 bei einer Auseinandersetzung mit einem Ausländer getötet. Am 3. Juli 1999 nahmen etwa 300 Rechtsextremisten an diesem Aufmarsch teil. Seit 1997 organisiert der NPD-Kreisverband Löbau-Zittau diese Veranstaltung.

Angehörige der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene sind zudem häufig für Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verantwortlich. Die meisten Gewalttaten sind von Spontaneität geprägt und werden in alkoholisiertem Zustand begangen.

Wie brutal gegen Ausländer vorgegangen wird, zeigt z. B. die folgende Straftat in Groitzsch (Lkr. Leipziger Land): Am 19. September 1999 wurden drei ausländische Bürger an einer Tankstelle zunächst beschimpft und anschließend mit Fäusten geschlagen. Nachdem die Ausländer mit ihrem Pkw flüchten wollten, versuchten die Täter, mit einem Baseballschläger die Tür einzuschlagen.

Auch die Gefahr, einen Menschen zu töten, schreckt rechtsextremistische Gewalttäter nicht ab. So wurde beispielsweise am 14. Januar 1999 ein Brandanschlag auf eine türkische Gaststätte

¹¹ HNG - HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. - Organisation von Neonationalsozialisten, die sich das Ziel gesetzt hat, inhaftierte Gesinnungsgenossen ideell und materiell zu unterstützen.

¹² Den Volkstrauertag instrumentalisieren Rechtsextremisten für ihre Zwecke, indem sie u. a. diesen Tag in Anlehnung an einen Feiertag aus der Zeit der Hitler-Diktatur „Heldengedenktag“ nennen und Aktionen durchführen.

in Leipzig verübt. Zur Tatzeit befanden sich in dem Anwesen vier Erwachsene und zwei Kinder.

Cliquen der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene nutzen private Orte (Clubs, Bars etc.) und öffentliche Plätze (Tankstellen, Marktplätze etc.) als Treffpunkte mit dem Anspruch, diese als ihr „Revier“ gegenüber anderen Personen zu behaupten. In diesen Gebieten können Angehörige der rechtsextremistischen Skinhead- oder Kameradschaftsszene Einfluss in räumlicher, sozialer, geistiger und kultureller Hinsicht ausüben. Das führt dort zur Meinungsvorherrschaft rechtsextremistischer Parolen und Ideologieelemente.

Dies versuchen rechtsextremistische Parteien, insbesondere die NPD, oder einzelne Rechtsextremisten auszunutzen bzw. zu forcieren und für das Konzept der so genannten „national befreiten Zonen“ zu nutzen. Ziel dieses Konzeptes ist es, eine politische und kulturelle Dominanz zu schaffen, die für Andersdenkende und Fremde keinen Raum lässt. Insbesondere Jugendzentren werden von Rechtsextremisten als Plätze zur Durchsetzung dieses Konzeptes genutzt. Die gezielte Einflussnahme durch Rechtsextremisten auf Jugendclubs oder Freizeittreffs wirkt sich auf die Aktivitäten dieser Einrichtungen aus, die zunehmend rechtsextremistisch ausgerichtet werden. Das zeigt sich z. B. in entsprechenden Vortragsveranstaltungen oder in Konzerten mit rechtsextremistischen Liedermachern.

Ein wichtiges verbindendes Element der rechtsextremistischen Szenen geht von der so genannten Anti-Antifa-Arbeit aus. Ziel ist die Bekämpfung des politischen Gegners. Durch Sammlung und Veröffentlichung von Personaldaten und der von ihnen genutzten Einrichtungen sollen politische Gegner zumindest eingeschüchtert werden. Die Anti-Antifa organisiert den Aufbau informeller Gruppen, d. h. den Zusammenschluss von Rechtsextremisten ohne formale Mitgliedschaft und ohne hierarchisch gegliederte Strukturen. Die Gruppen werden von regional anerkannten Führungsfiguren gegründet und angeleitet. Die so vorgenommene Konzentration auf einen gemeinsamen Gegner bietet die Möglichkeit, die Rechtsextremisten „organisatorisch“ zu verflechten.

Zunehmende Bedeutung gewinnt – insbesondere in den rechtsextremistischen Szenen der neuen Bundesländer – das Aufgreifen alter germanischer Symbolik (z. B. die Verwendung des Zeichens von „Thors Hammer“ oder des Gruppennamens

„Odins Legionen“ in Anlehnung an germanische Götter) sowie germanischer Riten wie Sonnenwendfeiern.

Eine solche Sonnenwendfeier fand in der Nacht vom 24. zum 25. Juli 1999 statt. Ca. 400 Rechtsextremisten hielten sich auf dem Gelände eines Tagebaues im Landkreis Delitzsch auf. Neben einem Festzelt befand sich ein Fahnenmast mit schwarz-weiß-roter Fahne sowie einer schwarzer Fahne mit weißer Faust und der Aufschrift „White Power“. Bei letzterem handelt es sich um ein rassistisches Skinheadsymbol. Im Laufe der Veranstaltung wurde ein Kreuz in Brand gesteckt. Dabei riefen die Teilnehmer „Heil-Hitler!“ und „Ku-Klux-Clan!“.

Neonationalsozialistische Bestrebungen

NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI AUSLANDS- UND AUFBAUORGANISATION (NSDAP/AO)

Gründung:	1972
Sitz:	Lincoln/Nebraska (USA)
Mitglieder 1998	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	etwa 20
Mitglieder 1999	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	Einzelne
Publikation:	NS KAMPFRUF
Präsenz im Internet:	eigene Homepage

Die NSDAP/AO entstand 1972 in den USA. Ziel der Gruppierung ist die Wiederzulassung der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP) in der Bundesrepublik Deutschland.

Die NSDAP/AO ist ein weltweit agierender Produzent und Verteiler von NS-Propagandamaterial. Ihr Gründer, Gary Rex LAUCK, nahm 1999 nach der Verbüßung einer vierjährigen Haftstrafe in der Bundesrepublik Deutschland seine Tätigkeit als „Propagandaleiter“ der NSDAP/AO in den USA wieder auf.

Über ihre Auslandszentrale in Lincoln/Nebraska (USA) versorgt die NSDAP/AO auf konspirativen Wegen auch Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland mit großen Mengen an Hakenkreuzaufklebern, Kleinplakaten und Handzetteln mit Aufschriften wie:

„AUSLÄNDER RAUS!“,
„DIE JUDEN SIND UNSER UNGLÜCK“,
„NS-VERBOT AUFHEBEN“,
„ROTFRONT VERRECKE“,
„WIR SIND WIEDER DA!“.



Im Gegensatz zur Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland ist in den USA die Herstellung von nationalsozialistischem Propagandamaterial nicht verboten.

Neben ihrem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland entfaltet die NSDAP/AO auch in anderen europäischen Ländern Aktivitäten. Ihre Schriften werden in deutscher, englischer, schwedischer, italienischer, spanischer, französischer, portugiesischer, holländischer, dänischer und ungarischer Sprache verbreitet. Zumeist werden diese Publikationen unter Mitwirkung von führen-

den Neonationalsozialisten in den einzelnen Ländern erstellt. Die wichtigste Publikation der NSDAP/AO ist der deutschsprachige NS KAMPFRUF, der rassistische, antisemitische und teilweise auch militante Agitation beinhaltet. Seit Herbst 1999 stellt die NSDAP/AO eine leicht veränderte Version des NS KAMPFRUF unter dem Namen NS-Nachrichten in mehreren Sprachen ins INTERNET ein.

Politische Zielsetzung

Die NSDAP/AO bekennt sich eindeutig zum Nationalsozialismus. Sie „(...) führt einen entschlossenen Kampf gegen das NS-Verbot und erstrebt die Zulassung der NSDAP als eine wahlberechtigte Partei in Deutschland und in der Ostmark“.¹³

Sie bezeichnet sich selbst als die größte nationalsozialistische Untergrundorganisation im heutigen Deutschland, die auf Grund der augenblicklichen politischen Verhältnisse im „besetzten“ Deutschland als Organisationsform das Zellen-system gewählt habe.

Es sollen unabhängig voneinander agierende und aus nur wenigen Personen bestehende konspirative Stützpunkte geschaffen werden. Durch die ständige Erweiterung dieses Netzes ist beabsichtigt, eine neonationalsozialistische Bewegung zu schaffen, die, wenn sie eines Tages schlagkräftig genug sei, die politische Macht in der Bundesrepublik Deutschland übernehmen soll.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Im Jahr 1999 sind sieben Ausgaben der Publikation NS KAMPFRUF erschienen. Gestaltung und Inhalt der letzten fünf Ausgaben lassen erkennen, dass LAUCK nach seiner Haftentlassung im März 1999 wieder die Federführung übernommen hat. Mit der Rückkehr zum alten Layout und der Wiedereinführung eines 2-monatlichen Herausgabezyklus versucht er, die alte Kontinuität wiederherzustellen. Die ersten drei Ausgaben unter der Leitung LAUCKs enthalten neben Beiträgen zu historischen Themen die Aufforderung an die Aktivisten, durch die Übermittlung von Informationen zur Aufklärung von vermeintlichen Menschenrechtsverletzungen und sonstigen „Untaten“ gegen die „Nationalsozialistische Opposition“ sowie zur Identifizierung und strafrechtlichen Verfolgung der Verantwortlichen beizutragen. Die Beiträge in der Septemбераusgabe zeigen, dass die Szene dieser Aufforderung nachkommt, wobei

¹³ NS KAMPFRUF, Nr. 118, August 1997, S. 9.

Mit der Bezeichnung „Ostmark“ dürfte Österreich gemeint sein.

sich die Artikel wieder zunehmend gegen demokratische Institutionen richten. So bezeichnet beispielsweise ein Stuttgarter Rechtsextremist unter der Überschrift „Frontberichte“ das Verbot des NPD-Marsches am 1. Mai 1999 in Bremen als „Staatsterror des BRD-Systems“ und droht: „(...) Unsere Stunde wird einst kommen! Dann wird mit jedem einzelnen dieser Schweine abgerechnet. Unser Banner wird strahlend am Horizont wehen. Der Sieg wird unser sein! Heil Hitler! (...)“¹⁴

NS KAMPFRUF
KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI AUSLANDS – UND AUFBAUORGANISATION
Nummer 128 September/Oktober 1999 (110)

Die GEGENoffensive!

Die U.S.-Bundesregierung hat Gerhard Lauck zum "versteckten Vizekanzler" erklärt - ausschließlich wegen seiner viktorienwürdigen Verurteilung in der BRD wegen des legendären Hanseburger einer Zolllage in dem GSA!

Diese äußert immer Frechheit der U.S.-Regierung hat immer Kameraden Gerhard Lauck die aktive Unterstützung der mächtigsten - und sehr gut finanzierten - Menschenrechtsorganisationen Amerikas, der "American Civil Liberties Union" (ACLU) gewonnen.

Das ist die strategische Erfolg ersten Rang! Denn ohne eine solche Unterstützung wäre dieser Rechtskampf kaum zu bewahren.

Siehe mich nicht wegen meiner Meinung ärmlich machen, und achte gar nicht auf die eigenen Regierung, sagt Lauck. Die Entlassensuchen sind sehr gering.

Sowohl das amerikanische Recht sowie auch die amerikanische Moralität sind auf unserer Seite. Sogar die Strafgesetze! In den USA hat sich offen hinter Lauck Anspruch auf Meinungs- und Pressefreiheit gestellt.

Die erste Instanz auf Orkade - das eine Forenfall, die eine antirassistische Gerichtsverfahren - ist am 26. Juli ausgesetzt abgelehnt. Der Rechtsanwalt auf beiden Seiten gesteht ganz offen, daß dieser Fall gar möglich zum Obersten Gericht Amerika gehen könnte (GZA)!

Dieser Rechtskampf wird zwangsläufig - wenn in den USA und später auch im Ausland - zum steigenden Interesse der U.S.-Menschenrechtsanwälte konzentrierte. Dieser Fall wird der wichtigste Menschenrechtsprozess hier in die Jahre hundert Jahren sein.

Dabei werden die Menschenrechte

Laucks Entführung und ihrer Helfer im In- und Ausland entlarvt werden und den Politikern in Bonn und Washington einen tiefen politischen Schaden zufügen.

Um den Rechtskampf modernisieren zu erklären, sind verschiedene politische Aktionen geplant.

Der vorerklärte BRD-Politiker, der sich zu Unrecht einem "demokratischen Rechtsstaat" nennt, wird jetzt mit einem Kampf konfrontiert, wozu er gar nicht vorbereitet ist. Wieder das BRD-Verbotssystem auch der Verfassungsschutz können ihn helfen.

Die Feinde der Meinungs- und Pressefreiheit müssen erkennen daß alles, was nur auf unsere gegen sie verwendet werden kann und verwendet werden wird und zwar vor allem durch, "aktive Lauck".

NUN ERST RECHT!

Freunde überall ...

Sehr geehrter Herr Lauck!

In diesem kleinen Päckchen befinden sich ein Wappen der Polizei Hamburg sowie eine Handball-Mütze. Ich wünsche dir ihnen. Mütze und Wappen sind nicht nur lieblich gemeint, sondern sollen Ihnen sagen, daß durchaus nicht alle Hamburger Polizisten die verlogene rechtliche Situation im "Freiheitlichen Rechtsstaat" billigen. Es soll sagen welche gehen, die sich dafür schämen, wie man in diesem Lande mit deutschstämmigen Menschen mit nichtdeutschem Paß umgeht. Der Fall "Teuchen" ist das jüngste Negativ-Beispiel. Ich würde mich ebenfalls freuen, wenn beide Gegenstände einen angemessenen Platz in Ihrer Wohnung finden. Mit freundlichen Grüßen!

Ken Wunder, daß das Braun-Regime immer mehr drückend vorrückt. Es kann sich wider auf eine Bürger noch auf, sollte Beunruhigt verlassen. Sein Ende ist noch nur eine Frage der Zeit. - die Redaktion

Ähnlich lautenden Äußerungen eines russischen Aktivisten folgt ein Kommentar, der die besondere Rolle der russischen Kameraden in der nationalsozialistischen Bewegung hervorhebt. Ihr Kampf werde „(...) die bestehende, plutokratische Weltordnung zum Sturz bringen und die Rettung der weissen Rasse sichern (...)“¹⁵.

Ebenso sieht sich LAUCK im Kampf gegen die Regierung der USA. Im Leitartikel der Zeitung verkündet er, dass er mit Hilfe der amerikanischen Menschenrechtsorganisation „American Civil Liberties Union“ seinen Rechtskampf gegen die amerikanische Regierung aufgenommen habe. Er wolle die Machenschaften seiner „Entführer“ und deren Helfer im In- und Ausland entlarven und „(...) den Politgangstern in Bonn und Washington (...)“¹⁶ bedeutenden politischen Schaden zufügen.

¹⁴ NS KAMPFRUF, Nr. 128, September / Oktober 1999, S. 4.

¹⁵ NS KAMPFRUF, Nr. 128, September / Oktober 1999, S. 4.

¹⁶ NS KAMPFRUF, Nr. 128, September / Oktober 1999, S. 1.

HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG)

Gründung: 1979

Sitz: Frankfurt/Main (Hessen)

Mitglieder 1998

bundesweit: etwa 450
Sachsen: etwa 15

Mitglieder 1999

bundesweit: etwa 500
Sachsen: etwa 20

Publikation:

NACHRICHTEN DER HNG

Präsenz im Internet:

Ankündigung der NACHRICHTEN DER HNG mit dem Hinweis: „Zur Zeit nicht abrufbar!“

Kennzeichen:



Die 1979 gegründete HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG) ist eine bundesweit agierende neonationalsozialistische Organisation. Sie stellt mit ihren etwa 500 Mitgliedern den mitgliederstärksten Zusammenschluss von Neonationalsozialisten in der Bundesrepublik Deutschland dar. Seit 1991 wird die HNG von Ursula MÜLLER aus Mainz (Rheinland-Pfalz) geleitet. Die Organisation gibt die NACHRICHTEN DER HNG als Publikation heraus.

Politische Zielsetzung

Der Verein beschäftigt sich vor allem mit der ideologischen und finanziellen Betreuung „nationaler politischer Gefangener“ und deren Rechtsberatung. Die Arbeit zielt darauf ab, die Gesinnung der Inhaftierten trotz „Umerziehungsversuchen der Anstaltsleitungen“ zu erhalten, um sie nach ihrer Haftentlassung wieder in die rechtsextremistische Szene zu integrieren. Ein wichtiges Mittel dazu ist die vereinseigene Publikation NACHRICHTEN DER HNG, die an Mitglieder, aber auch an inhaftierte „Kameraden“ verschickt wird. Die Zeitschrift stellt das Bindeglied zwischen den Inhaftierten und den HNG-Mitgliedern außerhalb der Gefängnisse dar. In ihr werden politisch motivierte Straftaten verharmlost und Staatsorgane verunglimpft. Inhaftierte rechtsextremistische Straftäter werden als politisch verfolgte „Regimegegner“¹⁷ dargestellt.



Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Die inhaltliche Arbeit der HNG steht seit 1998 unter dem Motto „Nationale Freiheitskämpfer drinnen und draußen – eine Front“.

Dementsprechend richten sich die Aktivitäten auf die politische Arbeit in den Haftanstalten, in denen Projekte wie „Knastkameradschaften“ und von Gesinnungsgenossen erstellte „Knastzeitschriften“ unterstützt werden sowie auf Öffentlichkeitsarbeit außerhalb der Haftanstalten. Diesem Zweck dient die monatlich erscheinende

Publikation NACHRICHTEN DER HNG. In der Zeitschrift wird dazu aufgerufen, die Verbindung zu inhaftierten Kameraden aufrecht zu erhalten und sie zu unterstützen. In einer Liste von über 60 Inhaftierten, die Briefkontakte wünschen, befinden sich 12 „Kameraden“ aus sächsischen Strafvollzugsanstalten.

Zur Öffentlichkeitsarbeit der HNG gehört auch die Durchführung von Kundgebungen. Die größte Protestkundgebung dieser Art soll anlässlich der Inhaftierung von Frank SCHWERDT in Berlin stattgefunden haben¹⁸. Bei dieser sei erstmals „die Freilassung militanter Regimegegner wie Kay DIESNER gefordert“¹⁹ worden. Kay DIESNER war 1998 wegen Mordes und Mordversuches an einem Polizisten zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

An der Jahreshauptversammlung der HNG 1999 beteiligten sich etwa 250 Personen, darunter ehemalige Funktionäre verbotener neonationalsozialistischer Organisationen und rechtsextremistische Skinheads. Auf dieser Versammlung soll ein Skinhead den bewaffneten Kampf befürwortet und Kay DIESNER zu seinem Vorbild erklärt haben.

Der Schriftleiter der NACHRICHTEN DER HNG, Hans-Christian WENDT, kündigte in der Januar-Ausgabe 1999 an, dass die Rechtsberatung „politischer Gefangener“ zukünftig ein Schwerpunkt sein werde. Hierzu erschien im selben Monat eine 32-seitige Sonderausgabe der NACHRICHTEN DER HNG unter dem Titel „Wichtige Rechtshinweise für politische Gefangene“, die sich mit dem Thema Strafvollzugsgesetz beschäftigt. Die Broschüre enthält neben einem Auszug aus dem Strafvollzugsgesetz mit Kurzkomentar auch Musteranträge z. B. auf Verlegung in den offenen Vollzug. Die HNG bemüht sich nach eigenen Angaben um eine Vernetzung aller „nationalen“ Gefangenenhilfegruppen und pflegt Kontakte zu entsprechenden Initiativen im Ausland. Regelmäßig aktualisierte Gefangenenlisten der HNG werden auch in anderen Publikationen, z. B. im Publikationsorgan der NSDAP/AO, dem NS KAMPFRUF, oder in Skinhead-Fanzines verbreitet.

Über das Internet warb das rechtsextremistische BÜNDNIS RECHTS FÜR LÜBECK für ein „SKINHEAD FESTIVAL IN SUEDEDEUTSCHLAND“. Dieses wurde als „WEIHNACHTS-BENEFIZ KONZERT FÜR DIE HNG“, bezeichnet. Im Text des Veranstaltungsaufzuges wurde die Bedeutung der Solidarität mit den „inhaftierten Kameraden“ hervorgehoben. Das Konzert fand nicht statt. Die

¹⁷ NACHRICHTEN DER HNG, Sonderausgabe 1999 „Wichtige Rechtshinweise für politische Gefangene“, Seite 29.

¹⁸ NACHRICHTEN DER HNG, Januar 1999, Nr. 216, S. 17.

¹⁹ NACHRICHTEN DER HNG, August 1999, Nr. 223, S. 17.

Organisatoren gaben in einer Ansage des NIT Rheinland vom 11. Dezember 1999 als Grund für die Absage zu befürchtende Polizeimaßnahmen an.

Die beabsichtigte Einstellung der NACHRICHTEN DER HNG ins Internet wurde bisher nicht realisiert.

NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB)	
Gründung:	Januar 1992
Sitz:	Zittau (Lkr. Löbau-Zittau)
Mitglieder 1998	
Sachsen:	etwa 10
Mitglieder 1999	
Sachsen:	etwa 20
Präsenz im Internet:	an einer eigenen Homepage wird gearbeitet

Nach einem starken Rückgang der Aktivitäten in den Jahren 1997 und 1998 hat der NJB seine frühere Bedeutung als neonationalsozialistische Organisation im Raum Ostsachsen im Berichtszeitraum wiedererlangt und seine Funktion als Bindeglied zwischen rechtsextremistischen Gruppierungen und rechtsextremistischer Skinheadszene wiederhergestellt.

Seit seiner Gründung im Jahr 1992 bis zur Wahl eines neuen Vorstandes und damit verbundenen weiteren personellen Veränderungen im Jahr 1996, war der NJB Organisator zahlreicher rechtsextremistischer Veranstaltungen im ostsächsischen Raum. Er führte Sonnenwendfeiern, Sommerfeste und Lagerfeuer durch. Daran beteiligten sich neben Vereinsmitgliedern auch Angehörige anderer rechtsextremistischer Organisationen sowie Skinheads. Der NJB versuchte, durch Flugblattverteilungen rechtsextremistisches Gedankengut in die Öffentlichkeit zu tragen. Einige Gründungs- und Vorstandsmitglieder wurden wegen verschiedener Delikte mit rechtsextremistischem Hintergrund verurteilt.

Bei einer Durchsichtung der Vereinsräume beschlagnahmte die Polizei 1996 Handzettel, Plakate und Broschüren mit neonationalsozialistischem und revisionistischem Inhalt sowie Kataloge für rechtsextremistische Publikationen, Bild- und Tonträger. Seitdem war eine merkliche Zurückhaltung der Organisation in der Öffentlichkeit festzustellen. Der Verein rückte als eigenständige Organisation in den Hintergrund. Die Mitglieder engagierten sich in von der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) dominierten Aktionsbündnissen. Seine Aktivitäten beschränkten sich auf einige interne Veranstaltungen wie Diskotheken und Partys. Dabei war der NJB bestrebt, keine rechtsextremistischen Bezüge mehr erkennen zu lassen.

Seit 1999 tritt der Verein jedoch wieder mit Aktionen wie Sonnenwendfeiern und der Beteiligung an Gedenkmärschen in der Öffentlichkeit als eigenständige rechtsextremistische Organisation auf.

Politische Zielsetzung

Der NJB sieht seine Aufgabe nach wie vor darin, national gesinnte Jugendliche zu sammeln. Die vom Verein genutzten Räume in Zittau, Südstr. 8, werden als Kommunikationszentrum für Gleichgesinnte und die vom NJB veranstalteten Feste als Podium für den Austausch rechtsextremistischen Gedankenguts genutzt. Dabei werden die Räumlichkeiten auch von Skinheads, Neonationalsozialisten und sonstigen Rechtsextremisten aufgesucht.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Der Verein organisierte 1999 seit längerer Zeit wieder eigenständig Veranstaltungen bzw. unterstützte die NPD bei der Durchführung ihrer Aktionen.

So rief der NJB mittels eines Flugblattes zur Teilnahme an einer Sommersonnenwendfeier in Zittau auf. Neben der Einladung selbst enthielt das Papier bezeichnenderweise folgenden Hinweis „ (...) Waffen und andere Spielereien, welche uns den schon reichlich vorhandenen Staatsschmutz auf den Hals hetzen, müssen leider zu Hause bleiben“. Auch im weiteren Text wurde versucht, die Polizei zu diskreditieren. An der Feier nahmen zwischen 50 und 100 Personen teil.

Der NJB war auch in diesem Jahr wieder Mitorganisator des Gedenkmarsches anlässlich des Todestages von Holger MÜLLER²⁰. Die Veranstaltung, an der sich etwa 300 Rechtsextremisten beteiligten, fand am 3. Juli 1999 in Zittau statt.

Die Sammlungsbemühungen des NJB trugen im Berichtszeitraum entscheidend dazu bei, dass die rechtsextremistische Szene in der Zittauer Region weiteren Zulauf erhielt.

So stehen die vom NJB genutzten Räume rechtsextremistischen Jugendlichen der Region sowie auch Gästen aus anderen Bundesländern für Partys und Sonnenwendfeiern offen.

Die Räume wurden zudem als Veranstaltungsort einer NPD-Aktion genutzt. Während des von Linksextremisten beeinflussten „antirassistischen Grenzcamp“ im August 1999 in Zittau hatten sich zeitweilig zwischen 50 und 100 Personen der rechtsextremistischen Szene im NJB-Gebäude zu einem „Internationalen Friedenscamp“ zusammengefunden. Die Veranstaltung, zu der die NPD auch über das Internet aufgerufen hatte, sollte eine Protestkundgebung gegen das Grenzcamp darstellen.

Der NJB unternahm 1999 zudem den Versuch, sich in der Öffentlichkeit durch Internetpräsenz darzustellen und kündigte in einer Homepage eine eigene Internetseite an.

WANDERJUGEND GIBOR (WJG)	
Gründung:	1996
Sitz:	Cottbus/ Brandenburg
Organisation im Freistaat Sachsen:	Leitstelle Sachsen (in Dresden)
Publikation:	„echt knorke!“ „Freie Zukunft“ „Märkische Jugendwarte“
Präsenz im Internet:	eigene Internetseite

Die WANDERJUGEND GIBOR (WJG) ist eine neonationalsozialistische Kleingruppe.

Sie bietet Jugendlichen eine „deutsche Freizeitgestaltung“. Im Rahmen von Wanderungen, Lagerfeuerabenden und anderen Veranstaltungen wird teils offen, teils verdeckt an Traditionen und Denkmuster des Nationalsozialismus angeknüpft.

Die WJG will dabei keine geschlossene Organisation sein; eine Mitgliedschaft im klassischen Sinn soll es nicht geben, nur einen Kern und ein Freundesumfeld. Die Gruppe versteht sich als Sammlungsbewegung, die ihre Anhänger anhält, in anderen Gruppen, Parteien oder Vereinen mitzuarbeiten, um dort Einfluss zu nehmen.

Die Gruppierung hatte sich Mitte der neunziger Jahre im Raum Cottbus (Brandenburg) gebildet. Im Jahr 1998 erweiterte sie ihren Wirkungskreis auf andere Bundesländer, darunter auf den Freistaat Sachsen.

In unregelmäßigen Abständen werden als Mitteilungsblätter oder Rundbriefe bezeichnete Publikationen herausgegeben. Auch im Internet präsentiert sich die WJG umfangreich.

Die WJG hat in Sachsen, Brandenburg, Niedersachsen, Berlin und Thüringen so genannte „Leitstellen“ mit Postfachadressen eingerichtet. Diese „Leitstellen“ dienen als Anlaufadressen für Interessenten und sind für die Herausgabe der Rundbriefe und die Koordinierung von Veranstaltungen verantwortlich.

Politische Zielsetzung

Unter dem Deckmantel von Kameradschaft und naturverbundener Freizeitgestaltung versucht die WJG, junge Leute für den Rechtsextremismus zu rekrutieren.

Der Rückgriff auf Elemente der nationalsozialistischen Ideologie ist in einzelnen Schriftbeiträgen erkennbar.

Die WJG beschreibt ihre Internetseite als „Netzseite der deutschen Jugend“, über die man „(...) in die Gedanken- und Lebenswelt der deutschen Minderheit in der BRD“ eintauchen könne.

²⁰ Holger MÜLLER kam bei einer Auseinandersetzung mit Ausländern 1992 ums Leben. Bereits in den Jahren 1992-1994 und 1997/98 fanden in Zittau Veranstaltungen anlässlich des Todestages von Holger MÜLLER statt. In der Vergangenheit waren diese Veranstaltungen vom NATIONALEN JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB) organisiert worden. Seit 1997 tritt der NPD-Kreisverband Löbau/Zittau als Organisator in Erscheinung.

Die einzelnen Links²¹ tragen Namen in provozierendem NS-Jargon wie z. B. „Reichspost“, „Erholungswerk 'KdF'²²“ und „Reichskulturkammer“. Letztere sei notwendig geworden, „(...) um dem degenerierten Müll der postmodernen Fäkalkünstler etwas entgegenzuschleudern“. Auch an anderen Stellen in Publikationen der WJG finden sich typische Begriffe aus dem Sprachgebrauch des Nationalsozialismus wie z. B. „arteigen“, „Blut und Boden“, „Völkervermischung“ oder „Volksgemeinschaft“.

Die WJG befasst sich intensiv mit der Ideologie des Nationalsozialismus und versucht, dieses Gedankengut in die Gegenwart zu projizieren. Im Internet²³ wurde der Beitrag „Die Idee Europa“ mit einem Hinweis „In Gedenken an Werner Daitz²⁴“ verbreitet. Nach dem Artikel ist „die Idee des vereinten Europa am Anfang der vierziger Jahre geboren, als der Kampf zwischen lebensgesetzlicher Neuordnung und globaler Nivellierung tobte. Der zweite Weltkrieg war kein bloßer Wirtschaftskrieg zum 'Beutemachen', sondern entwickelte sich zum totalen Weltanschauungskrieg in wirtschaftlichen und sittlichen Fragen!“ Der Zweite Weltkrieg wird als notwendiger Akt dargestellt, um das „Ordnungsgefüge der Einzelfamilie-Volksfamilie-Völkerfamilie“ gegen eine zerstörerische Weltordnung zu verteidigen. Die anstehende Einigung Europas wird begrüßt. Aber: „Noch steuern (in Verwesung begriffene) liberalistische Kräfte die Vereinigung, übernehmen oder vollenden aber müssen sie andere.“ Im Zuge des sich einigenden Europas sieht die WJG wiederum die Hegemonie Deutschlands im Vordergrund. Sie schlussfolgert: „Dieses Erbe des deutschen Philosophen Werner Daitz gilt es zu verinnerlichen und anzutreten.“

Der neonationalsozialistischen Denkweise der WJG ist die parlamentarische Demokratie des Grundgesetzes fremd. In einer Ausgabe von „echt knorke!“²⁵ erläutert der Verfasser, dass die derzeitige Gesellschaftsordnung aus einer von der Natur gegebenen Grundordnung ausbreche und

damit den „Nährboden für die Ochlokratie - die Diktatur der Schlechten“ bereite. Dieser Ochlokratie²⁶ soll entgegengearbeitet werden, indem „(...) wir von der Wanderjugend (...) das Gegensätzliche von dem tun, was die Ochlokraten von uns fordern“.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

In ihren Rundbriefen und im Internet weist die WJG auf künftige Vorhaben²⁷ hin und berichtet über stattgefundene Aktivitäten. Die WANDERJUGEND GIBOR unternahm z. B. mehrtägige Wanderungen, veranstaltete selbst oder beteiligte sich an Sonnwendfeiern, widmete sich Umweltaktionen und nahm an Kulturveranstaltungen teil.

Öffentlichkeitswirksam ist ein Trauermarsch am 13. Februar 1999 geworden, dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Jahre 1945. Die JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO) hatte eine Gedenkveranstaltung mit einer Teilnehmerzahl von 30 Personen angemeldet. An diesem Trauerzug beteiligten sich dann mehr als 100 Personen, darunter auch zahlreiche Anhänger der WJG. Die enge Zusammenarbeit beider Organisationen zeigte sich auch bei gemeinsamen Wanderungen und anderen Zusammenkünften, z. B. Vortragsveranstaltungen. So führten sie gemeinsam eine Sonnwendfeier mit 50 Teilnehmern durch.

Zu den Veröffentlichungen der WJG im Berichtsjahr gehört ein als Rundbrief für „alle Freunde und deren Freunde“ bezeichnetes Liederheft mit dem Titel „Sing mit! – Liederheftlein der deutschen Gibor-Jugend, Frühling 1999“. Es enthält über 60 Liedtexte, die sich überwiegend mit den Themen Kampf, Soldatentum, Lebensraum und Heimat befassen.

Etwa ein Drittel dieser Lieder wa im SS-Liederbuch, herausgegeben von der Reichsführung SS, enthalten.

²¹ Link = automatisierte Verbindung zu anderen Dateninhalten (sowohl eigen als auch fremd) im Internet.

²² KdF = „Kraft durch Freude“ war als Sonderdienststelle der nationalsozialistischen Gemeinschaft „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) zuständig für Urlaubs- und Freizeitgestaltung. Die DAF wurde mit Kontrollratsgesetz Nr. 2 am 10.10.1945 aufgelöst.

²³ Internet-Seite der WJG, Stand 15.10.99.

²⁴ Werner Daitz wird von der WJG als „Reichsamtseiter“ (1944) vorgestellt. Daitz war vehementer Vertreter einer „kontinentaleuropäischen Großraumwirtschaft“ unter deutscher Vorherrschaft, was nichts anderes als die Umschreibung der nationalsozialistischen Expansionsziele war.

²⁵ „echt knorke!“, 17. Ausgabe, Nebelung (November) '98.

²⁶ „Ochlokratie“ (greh.), so viel wie Pöbelherrschaft; nicht an Verfassung und Gesetze gebundene Massen- oder Pöbelherrschaft.

²⁷ Im Internet wurde zu Beginn des Jahres 2000 ein Beitrag veröffentlicht, in dem erklärt wird, die WJG stelle mit dem 1.1.2000 ihre eigenständige Tätigkeit ein. Sie sei „trotz ihres immer wieder bekundeten Desinteresses an Politik“ in eine politische Ecke gedrängt worden. Ihre Jugend- und Kulturarbeit werde in neuer Form weitergeführt. Das Netzangebot werde vorerst bestehenbleiben.

Die Umsetzung dieser Ankündigung bleibt abzuwarten.



Dazu gehört auch das Lied der „Hitlerjugend“ (HJ). Nicht alle diese Lieder sind nationalsozialistischen Ursprungs, sie wurden jedoch für die damalige Ideologie missbraucht.

In einem Lied mit dem Titel „Restdeutschland“ kommt man nach der Feststellung in der ersten Strophe:

„Du wunderschönes deutsches Land, wie bist du klein geworden!
Zerstückelt und in Feindeshand, besetzt von fremden Horden, ...“
in der dritten zu folgender Erkenntnis über Hitler und die Ursachen des 2. Weltkrieges:

„Und schob die Schuld auf jenen Mann, der nur den Frieden wollte,
und dem sein Volk, verblendet dann, nur schnöden Undank zollte, ...“

In ihren Internet-Seiten verweist die WJG über Links auf die Internet-Seiten anderer Rechtsextremisten.

Im September hat sie unter der Überschrift „Deutschfreundliche Musik“ Dateien der beiden rechtsextremistischen Liedermacher Jörg HÄHNEL und René HEIZER zum Herunterladen angeboten.

Nicht militante rechtsextremistische Parteien

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Gründung:	1964
Gründung in Sachsen:	September 1990
Sitz:	Stuttgart (Baden-Württemberg)
Teil-/Nebenorganisationen:	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND (NHB)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen, 22 Kreisverbände, Ortsverbände
Mitglieder 1998	
bundesweit:	etwa 6.000
Sachsen:	etwa 1.400
Mitglieder 1999	
bundesweit:	etwa 6.000
Sachsen:	etwa 1.000
Publikation:	
bundesweit:	Deutsche Stimme
Sachsen:	SACHSEN STIMME
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Kennzeichen:


Die NPD nahm trotz Mitgliederverlust auch im Jahr 1999 gegenüber den anderen nicht militanten rechtsextremistischen Parteien im Freistaat Sachsen eine dominierende Stellung ein.

Schwerpunkt der Aktivitäten der NPD im Jahr 1999 waren die Wahlkämpfe für die Kommunal-, Europa- und vor allem die Landtagswahlen. Ihre medienwirksamen Aktivitäten hat sie 1999 stark eingeschränkt. Bis auf einen Gedenkmarsch des NPD-Kreisverbandes Löbau/Zittau im Juli in Zittau wurden im Freistaat Sachsen keine größeren Kundgebungen/Demonstrationen durchgeführt. Im Rahmen der Wahlkämpfe trat die Partei vorzugsweise mit Infoständen und Flugblattverteilungen an die Öffentlichkeit.

Trotz einer relativ großen Mitgliederzahl, einer fast flächendeckenden Struktur und Unterstützung durch Rechtsextremisten aus anderen Bundesländern gelang es der NPD nicht, einen erfolgreichen Landtagswahlkampf zu führen. Mit 1,4 % der Wählerstimmen verfehlte sie das anvisierte Ziel – den Einzug in den Landtag – bei weitem. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen zeigen jedoch, dass die Partei in Regionen, in denen sie aktiv ist und vorzeigbare Kandidaten hat, punktuelle Erfolge erzielen kann. Es gelang ihr, im Stadtrat von Königstein 2 Mandate und in den Stadt- bzw. Gemeinderäten von Sebnitz, Riesa, Meißen, Wurzen, Trebsen und Hirschfelde je ein Mandat zu erlangen. Ein Mitglied erhielt ein weiteres Mandat im Kreistag Sächsische Schweiz (siehe auch Hintergrundbeitrag „Wahlkampf und Wahlergebnisse extremistischer Parteien im Freistaat Sachsen bei den Wahlen 1999“). Bei der Europawahl erhielt die NPD im Freistaat Sachsen 1,2 % der Stimmen.

Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) hat im Freistaat Sachsen keine Strukturen mehr. Der ehemalige Vorsitzende der JN erklärte im Juni 1999 den Rücktritt des gesamten Landesvorstandes und die Selbstauflösung des sächsischen Landesverbandes. Damit ist der seit Jahren vorangetriebene Versuch der JN, auch in Sachsen eine Struktur aufzubauen, gescheitert.

Historie und Strukturentwicklung

Die 1964 gegründete NPD ist aus der ehemaligen DEUTSCHEN REICHSPARTEI (DRP) hervorgegangen. Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) wurde 1969 gegründet.

Nachdem Mitglieder der NPD aus den alten Bundesländern 1989 bei Leipziger Montagsdemonstrationen Flugblätter verteilt hatten, gründeten Aktivisten am 24. März 1990 in der Messestadt die Organisation MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN (MND). Am 2. September 1990 gründeten die Mitglieder der MITTELDEUTSCHEN NATIONALDEMOKRATEN den sächsischen Landesverband der NPD und wählten den heutigen stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Jürgen SCHÖN aus Leipzig zum ersten Landesvorsitzenden. In Erfurt/Thüringen fand am 7. Oktober 1990 ein Vereinigungsparteitag statt, auf dem sich die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neu gegründeten NPD-Verbände mit den Landesverbänden der alten Bundesländer zu einer Gesamtpartei zusammenschlossen.

In den folgenden Jahren schwankte die Zahl sowohl der Kreisverbände als auch der Mitglieder im Freistaat Sachsen stark. In den ersten Jahren nach der Gründung hatte die NPD über 400 Mitglieder, die in rund 16 Kreisverbänden organisiert waren. Bis 1994 sank die Mitgliederzahl auf unter 100 Personen. Erst nach einer organisatorischen Straffung im Jahr 1995 auf 7 Kreisverbände und durch intensive Werbung im Rahmen von so genannten „Freundeskreisveranstaltungen“ gelang es der NPD, neue Mitglieder zu gewinnen. Der Mitgliederbestand und die Strukturen weiteten sich kontinuierlich aus. Im Jahr 1996 gab es neun Kreisverbände mit ca. 300 Mitgliedern. Im darauf folgenden Jahr verdreifachte sich diese Zahl auf rund 900 Personen, die in 17 Kreisverbänden organisiert waren. Den Zenit dieser Entwicklung überschritt der sächsische NPD-Landesverband Mitte 1998 mit ca. 1.400 Mitgliedern und 20 Kreisverbänden. Bis Ende des Jahres 1998 veränderte sich diese Zahl nicht mehr. Trotz des Ausbaus der Struktur im Jahr 1999 auf 22 Kreisverbände ist die Mitgliederzahl zurückgegangen – sie sank auf rund 1.000 Mitglieder.

Schwerpunkte von Aktivitäten und Mitgliederstrukturen der NPD liegen in und um Leipzig, der Sächsischen Schweiz und in der Region Dresden/Meißen/Riesa. In der ostsächsischen Region zeigt die NPD in Zittau/Löbau die meisten Aktivitäten.

Politische Zielsetzung

Die Ziele der NPD sind gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet. Sie strebt eine völkisch-kollektivistische Staats- und Gesell-

schaftsordnung an. Im Zentrum dieser Staatsidee steht nicht der einzelne Mensch, sondern die „Volksgemeinschaft“. Oberstes Gebot für den Staat ist nicht die Achtung der Menschenwürde und der Freiheitsrechte, sondern die Wahrung der Volksinteressen, denen sich alles unterzuordnen hat. Ein solcher Staat bestimmt das Gemeinwohl nicht in einem demokratischen – Mehrheiten und Minderheiten berücksichtigenden – Prozess, sondern er hat die von vornherein definierten „Volksinteressen“ umzusetzen.

Die NPD bekennt sich offen zu dem Ziel, die parlamentarisch-demokratische Verfassung der Bundesrepublik zu Gunsten dieser völkischen Ordnung abzuschaffen. Sie will ein neues Reich errichten:

Autoren in der NPD-Zeitschrift Deutsche Stimme fordern die „Schaffung einer neuen Ordnung als die Alternative zum liberal-kapitalistischen System des BRD-Deutschlands der Westalliierten“²⁸.

„Das neue Reich wird das Chaos (...) ablösen und an seine Stelle die völkische Ordnung setzen.“²⁹.

„Führt eine Spur in der Briefbombenaffäre in linksextreme Kreise?“ Seite 3

Deutsche Stimme

Nationaldemokratische Zeitung

1. Jahrgang, Mai 1998, 24. Jahrgang, 6. HEFT, 600.000 Stück, Preis 2,50 €

Trauer zu Amtseid und BRD-Gesetz

Angriffskrieg mit Dienstleid nicht zu vereinbaren

NPD-Parteipräsident bezieht klar Stellung

Die Stunde der Heuchler

Die NPD-Parteipräsidentin, Dr. Beatrix Bränding, hat sich zum Amtseid und zum BRD-Gesetz geäußert. Sie bezeichnet diese als Angriffskrieg und ist nicht bereit, sie anzuerkennen. Sie fordert die Bürger auf, sich nicht an dem Scheitern der BRD zu beteiligen.

Bürgermeister verliert EN

Die NPD hat sich für die Wahl zum Bürgermeister in Leipzig eingesetzt. Die NPD-Kandidatin, Dr. Beatrix Bränding, hat die Wahl verloren. Die NPD ist enttäuscht über das Ergebnis und fordert die Bürger auf, sich für die NPD zu engagieren.

Scharfe Kritik an Verbotsexpraxis

Die NPD kritisiert die Verbotsexpraxis der Bundesregierung. Sie fordert die Abschaffung der Verbotsexpraxis und die Einführung einer demokratischen Verfassung.

NPD tritt in Bremen ein

Die NPD hat sich für die Wahl zum Bürgermeister in Bremen eingesetzt. Die NPD-Kandidatin, Dr. Beatrix Bränding, hat die Wahl gewonnen. Die NPD ist stolz über das Ergebnis und fordert die Bürger auf, sich für die NPD zu engagieren.

Sonderratskommando stürmt NPD-Büro in Bremen / Neue Demo angekündigt

Die NPD hat sich für die Wahl zum Bürgermeister in Bremen eingesetzt. Die NPD-Kandidatin, Dr. Beatrix Bränding, hat die Wahl gewonnen. Die NPD ist stolz über das Ergebnis und fordert die Bürger auf, sich für die NPD zu engagieren.

²⁸ Deutsche Stimme, Ausgabe 6/98, Seite 2.

²⁹ Deutsche Stimme, Ausgabe 7/98, Seite 12.

Die parlamentarische Demokratie wird von der NPD grundlegend in Frage gestellt. „Das System hat keinen Fehler, das System ist der Fehler (...)“, stellt der Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz, Uwe LEICHSENRING aus Königstein, in seinem Infoblatt „Klartext“ fest. An einer parlamentarischen Demokratie findet er nichts „deutsches“: „Die Bonner Republik ist längst zur häßlichen Karikatur auf einen deutschen Staat geworden.“

Er sieht nach dem Fall der Mauer keine Existenzberechtigung mehr für dieses System.

Eine Chance, durch Wahlen Verantwortung zu erlangen, sieht LEICHSENRING offenbar nicht. Unter „der Fremdherrschaft der sogenannten Siegermächte“ hätten die „Etablierten“ ein Parteien- und Wahlgesetz errichtet, „das ihre Macht beinahe ewig erscheinen läßt“. In einem Zeitungsartikel wird LEICHSENRING mit folgendem Satz zitiert: „Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung. (...) Aber es geht auch darum, Strukturen aufzubauen, um bereit zu sein, wenn es mal zum Aufstand Ost kommt.“³⁰

Nach dem Menschenbild der NPD hat der Einzelne nur als Teil der Volksgemeinschaft einen Wert, „Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen“³¹. Steht er außerhalb (seiner) Volksgemeinschaft, so verliert der Mensch offenbar sein Anrecht auf den Schutz des Staates. Eine Politik, die auf die Integration von Fremden abzielt, wird als „menschenfeindlich“ beschrieben. Aus diesen Auffassungen ergeben sich eine ausländerfeindliche Haltung und ein schwelender Rassismus.

Das im Grundgesetz verankerte Asylrecht entspringt nach Meinung der NPD Plänen der Alliierten des Zweiten Weltkrieges, um kriegerische Erbanlagen der Deutschen wegzuzüchten: „Nur aus diesem Grund wurde zum Zweck einer langfristig eingeplanten Umzüchtung der germanischen Rasse der Art. 16 (Asylparagraph) in das von den Siegern maßgeblich mitgestaltete Grundgesetz eingebaut.“³²

„Grundlegende politische Veränderungen müssen die menschenfeindliche Überfremdungspolitik des BRD-Regimes beenden, damit die Substanz unseres Volkes erhalten bleibt. (...) Die auf die Vernichtung unseres Volkes ausgerichtete Ausländer- und Asylpolitik der Lizenzparteien³³ hat eine Lage geschaffen, die einer Zeitbombe gleicht.“³⁴

Die sächsische NPD behauptet: „Die sogenannte multikulturelle Gesellschaft ist kein Ziel, sondern ein Mittel, um einen Staat und sein Staatsvolk zugrunde zu richten.“³⁵

Seit seiner Wahl zum neuen NPD-Bundesvorsitzenden im Frühjahr 1996 thematisiert Udo VOIGT (Brandenburg) mit Nachdruck eine sozialistische Komponente (siehe auch Hintergrundbeitrag „Rechtsextremismus und Sozialismus“). Dabei verbindet die NPD Ideologieelemente des Sozialismus und der Volksgemeinschaft zu einer These, die sie als „volksbezogenen deutschen Sozialismus“ beschreibt. Die ideologische Ausrichtung der Partei veränderte sich vom „besitzbürgerlichen Deutschnationalismus“ hin zu einem „deutsch-völkischen Sozialismus“. Im Gegensatz zum „linken“ Sozialismusverständnis, das auf einer marxistisch-internationalistischen Theorie basiert, hebt die NPD die kulturell-geistige Wurzel des Nationalismus hervor. Die Sozialismusvorstellung der NPD weist einen von Fremdenfeindlichkeit geleiteten völkischen Charakter auf, deren Ziel die Schaffung einer nationalistischen „Volksgemeinschaft“ ist, der sich auch die ökonomischen Abläufe unterzuordnen haben. Diese Vorstellungen von einem Sozialismus sind vergleichbar mit Positionen der Anhänger des „antikapitalistischen Flügels“ der NSDAP.³⁶

Als Konsequenz dieser ideologischen Wandlung traten die früheren revisionistisch geprägten Aussagen in den Hintergrund. Zunehmend bilden nunmehr sozialpolitische Aussagen Schwerpunkte in der Öffentlichkeitsarbeit. In den Flugblättern, Publikationen und Demonstrationen finden sich Parolen wie:

³⁰ Sächsische Zeitung vom 2. September 1998.

³¹ Programm der NPD 1997, ohne Seitenangabe.

³² Mitteilungsblatt des NPD-Landesverbandes Thüringen.

³³ Der Begriff wird von Rechtsextremisten für die etablierten Parteien verwendet, um sie als von ausländischen Mächten kontrollierte Einrichtungen zu diffamieren.

³⁴ Deutsche Stimme, Ausgabe 6/98, Seite 2.

³⁵ Klartext, Ausgabe Nr. 3, ohne Seitenangabe.

³⁶ Einer der Anhänger dieser Positionen war Otto Strasser (1897-1974). Er vertrat eine stark antikapitalistische Variante des Nationalsozialismus. Er war der Kopf einer Gruppierung innerhalb der NSDAP, die versuchte, sozialistische Thesen in die Partei zu bringen. Strasser vertrat die Theorie eines „nationalen Sozialismus“. In seiner Staatsauffassung griff er national-konservative Anschauungen auf, in der Wirtschaftspolitik lehnte er sich an den Kommunismus an und trat für die Verstaatlichung von Banken und Industrie ein.

- „ARBEIT zuerst für Deutsche“,
- „GEGEN GLOBALISIERUNG & Überfremdung“
- „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre!
Volksgemeinschaft statt EU-Diktatur!“.



Die NPD will mit diesem „Bewusstseinswandel“ das Image einer Splitterpartei ablegen und sich gleichzeitig von den übrigen rechtsextremistischen Parteien wie DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) und DIE REPUBLIKANER (REP) abgrenzen. Sie ist bestrebt, Rechtsextremisten jeglicher Couleur an sich zu binden, um sich als führende Kraft im „nationalen Lager“ zu präsentieren. Darüber hinaus versucht sie, auch die potenzielle Wählerschaft linker Parteien für sich zu gewinnen.

Aktivitäten

Bundesrepublik Deutschland

Die dargestellten politischen Ziele sind innerhalb der NPD nicht unumstritten. So trägt die von einem sozialismusfeindlichen Politik- und Wirtschaftsverständnis geprägte Parteibasis der westdeutschen Landesverbände die neue Richtung nicht mit. Die unterschiedlichen Auffassungen zum Sozialismus bilden ein innerparteiliches Konfliktfeld. Der Bundesvorstand bemüht sich zwar um Ausgleich zwischen den beiden Flügeln, vertritt intern jedoch mit Nachdruck die „Sozialismus-Linie“. Dafür sprechen nicht nur die Äußerungen im Parteiorgan Deutsche Stimme in den letzten Jahren, sondern auch die Tatsache, dass die Aufnahme von Ideologen der sozialistischen Linie in ostdeutsche Landesverbände geduldet wurde.

Seitdem VOIGT Parteivorsitzender ist, setzt er auf eine konsequente Verjüngung der Parteispitze. Mitglieder der JN übernahmen Funktionen im

NPD-Bundesvorstand. VOIGT ließ diesen jungen Kadern genügend Entscheidungsfreiheit und Freiräume und vermied damit den Fehler des ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter DECKERT, eigenständige Initiativen der Funktionäre zu unterdrücken. Zum Beispiel entwickelten die jungen Kader die so genannte „Drei-Säulen-Strategie“ mit. Das auf dem Bundesparteitag 1997 beschlossene Konzept, welches die Schlagwörter „Kampf um die Straße – Kampf um die Köpfe – Kampf um die Parlamente“ enthielt, bildet die Richtschnur für die Strategie der NPD im Kampf um die Vormachtstellung im rechtsextremistischen Lager:

Zahlreiche Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet, so z. B. am 27. Februar 1999 in Angermünde (rund 400 Teilnehmer), am 17. April 1999 in Frankfurt/Oder (etwa 250 Personen) oder am 2. Oktober 1999 in Köln (ca. 450 Teilnehmer) zeigen die Bemühungen der NPD um eine führende Rolle im rechtsextremistischen Lager. Dabei ging sie Aktionsbündnisse mit Neonationalsozialisten ein und scheute sich auch nicht, ihnen ein Rederecht auf den Veranstaltungen einzuräumen. Bei derartigen Veranstaltungen griff die NPD meist Themen auf, die für Rechtsextremisten jeglicher Couleur einen hohen Interessenwert hatten, wie z. B. die Kampagne gegen die so genannte „Wehrmachtausstellung“.

Die Vielzahl der von der NPD organisierten Demonstrationen im Bundesgebiet weist auf eine weitgehende Umsetzung ihrer Strategie hin. Sie können jedoch nicht als Indiz für eine Meinungsführerschaft der NPD gewertet werden. Im Jahr 1999 gab es auch Demonstrationen, bei denen man den Eindruck gewann, dass nicht die NPD die Neonationalsozialisten einband, sondern dass sich letztere unter dem Deckmantel der NPD und unter Ausnutzung ihrer Logistik Podien für öffentliche politische Kundgebungen erschlossen haben:

- Am 17. April 1999 fand eine Demonstration der NPD in Magdeburg mit ca. 800 Teilnehmern unter dem Motto „Keine deutschen Pässe für Ausländer“ statt. Als Hauptredner sprach der Hamburger Neonationalsozialist Christian WORCH. Die Teilnehmer trugen Spruchbänder gegen Ausländer und skandierten Rufe wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS!“.
- Der Vorsitzende des NATIONALDEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUNDES (NHB)³⁷ meldete auf Initia-

³⁷ Der NHB ist ein 1967 in Tübingen gegründeter Studentenverband der NPD mit Sitz in Nürnberg (Bayern).

tive der bekannten Hamburger Neonationalsozialisten Thomas WULFF und Christian WORCH eine Demonstration für den 5. Juni 1999 in Hamburg anlässlich der Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ an. Diese Veranstaltung wurde verboten. Erst im zweiten Versuch gelang es den Neonationalsozialisten, am 10. Juli 1999 die Veranstaltung in Hamburg durchzuführen. Wieder fungierte der NHB als Anmelder. Den rund 700 Personen zählenden Teilnehmerkreis dominierten Skinheads und Neonationalsozialisten.

Auch um die Umsetzung des zweiten Punktes ihrer Strategie, des „Kampfes um die Köpfe“, bemüht sich die NPD. Mit Schulungen zu den Themen Ideologie, Weltanschauung, Verhalten bei Konflikten mit der Polizei oder Kommunalpolitik versucht die NPD, insbesondere junge Kader heranzubilden und den in die Kommunalparlamente gewählten NPD-Mandatsträgern fachliches Wissen zu vermitteln.

Die Teilnahme an fast allen Wahlen im Jahr 1999 verdeutlicht die Umsetzung des letzten Punktes der Strategie der NPD. Allerdings sind die Erfolge geringer ausgefallen als von der Partei erhofft. Die NPD blieb trotz Kurswechsels zum „deutschen Sozialismus“ und öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten im Rahmen des Wahlkampfes eine unbedeutende Splitterpartei, auch wenn sie in den neuen Bundesländern in geringem Umfang regionale Erfolge erzielen konnte.

Für das Jahr 2000 zeichnet sich eine Veränderung bei Verlag und Versand der DEUTSCHE STIMME-VERLAGSGESELLSCHAFT mbH ab: Der Herausgeber der NPD-Publikation Deutsche Stimme wird seinen Sitz von Sinning (Bayern) nach Sachsen verlagern. In Riesa hat der Verlag eine Halle gekauft, die in der Vergangenheit von einer in Konkurs gegangenen Firma eines NPD-Funktionärs genutzt wurde.

Freistaat Sachsen

Im Unterschied zu den Aktivitäten der NPD in anderen Bundesländern wich der sächsische NPD-Landesverband von der oben genannten „3-Säulen-Strategie“ ab. Im Jahr 1999 verzichtete die NPD auf den Straßenaktivismus der Jahre zuvor. Die Funktionäre befürchteten negative Auswirkungen auf die Wahlergebnisse. Dieser Umstand,

finanzielle Probleme und Konflikte mit der Basis hinsichtlich der neuen ideologischen Orientierung führten im Jahr 1999 zu Mitgliederverlusten. Vorzeigefähige Funktionäre gibt es nur vereinzelt und die Wahlerfolge blieben begrenzt auf regionale Erfolge bei den Kommunalwahlen. Die Hoffnung der NPD-Sachsen auf einen Einzug in den Landtag hat sich mit dem erzielten Ergebnis von 1,4 % der Wählerstimmen nicht erfüllt. Dabei wurde deutlich, dass die NPD insbesondere Jugendliche ansprach – etwa 6,4 % der Erstwähler entschieden sich im Freistaat Sachsen für die NPD. Auch die Mitgliederstruktur in Sachsen zeigt, dass die NPD überwiegend Jugendliche an sich binden konnte.

Interne Entwicklung

Wohl aus wahltaktischen Gründen führte die NPD keine öffentlichkeitswirksamen Großdemonstrationen mehr durch. Gleichzeitig sprach sich der stellvertretende NPD-Bundvorsitzende Jürgen SCHÖN aus Leipzig in der Presse gegen Skinheads innerhalb der NPD aus. Demonstrationen und Skinheads, so befürchteten die Funktionäre, würden der Partei ein Negativ-Image verleihen und das Wahlergebnis zu Ungunsten der NPD beeinflussen. Allerdings wurden Skinheads und Neonationalsozialisten weiter in die Partei aufgenommen.

Der Kurs der sächsischen NPD-Führung beeinflusste offenbar die Mitgliederentwicklung. Ging noch bis zum Sommer 1998 die Mitgliederzahl nach oben, so stagnierte sie in der 2. Hälfte des Jahres 1998. Seit Anfang 1999 sank sie sogar. Mitglieder, die sich innerhalb der NPD ein aktives Parteileben und Auftritte bei Großdemonstrationen erhofft hatten, verließen die Partei. Auch der weitere Aufbau von Kreisverbänden – von 20 auf 22 – konnte angesichts teilweiser inaktiver Strukturen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Abwärtstrend eingesetzt hatte. Gerade die Parteibasis bestand und besteht zum größten Teil aus Jugendlichen, welche zu starkem Straßenaktivismus neigen. Die plötzlich verordneten Beschränkungen in dieser Hinsicht führten zu Unverständnis und sogar zu Austritten.

Schließlich erlitt die NPD im Freistaat Sachsen finanzielle Einbußen: Der wichtigste Sponsor stellte seine Zahlungen weitgehend ein. Dieser soll nach Angaben aus rechtsextremistischen Kreisen in der Vergangenheit nicht nur dafür gesorgt ha-

ben, dass Jürgen SCHÖN als bezahlte Vollzeittkraft den sächsischen Landesverband aufbauen konnte, sondern ebenso fehlende Beiträge des Kreisverbandes Leipzig ausgeglichen haben. Auch die Bundespartei profitierte von seiner Unterstützung - im Jahr 1998 sind von ihm über 100.000 DM als Spende auf das Konto der NPD geflossen. Die neue ideologische Orientierung der NPD hatte nachhaltige Auswirkungen auf den sächsischen Landesverband. Die sächsischen Funktionäre konnten die von ihnen mitgetragene sozialistisch ausgerichtete Politik nicht der Basis vermitteln - zu stark ist der Begriff „Sozialismus“ mit dem DDR-Regime assoziiert. Maßgeblichen Einfluss hatte auch die Aufnahme des ehemaligen DDR-Ideologen Prof. Dr. NIER aus Frankenbergr in den sächsischen NPD-Landesverband. Dieser war kurz vor dem Ende der DDR noch Professor für „Dialektischen und Historischen Materialismus“ an einer sächsischen Hochschule.

als ‚Linksruck‘ gesehen und abgelehnt“. Der Landesverband erklärte die Debatte für beendet. Man wolle nunmehr Positionen vertreten, „die von den Mitgliedern gewünscht werden“. Der Begriff „Sozialismus“ sollte zukünftig vermieden werden, „da er Irrungen hervorrief, obwohl wir mit Sozialismus nicht den der DDR meinen!“³⁸.

Einige Anhänger des Sozialismuskurses innerhalb der NPD-Sachsen wollten dies jedoch nicht akzeptieren. Sie halten Sozialismus für ein Gegengewicht gegen „globalen und zunehmend volks- und kulturzerstörend wirkenden Kapitalismus“. Am 1. Mai 1999 gründeten sie eine Arbeitsgruppe „Sozialisten in der NPD“.

Der sächsische Landesverband der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) hat im Berichtsjahr seine Auflösung erklärt. Am 7. Juni 1999 trat der damalige Landesvorsitzende Oliver HÄNDEL (ehemals Dresden) zusammen mit dem restlichen JN-Landesvorstand Sachsen von allen Ämtern zurück. HÄNDEL trat gleichzeitig aus der JN aus und erklärte den erst im November 1998 gegründeten JN-Landesverband und alle Stützpunkte in Sachsen (Dresden, Kamenz und Bischofswerda) für aufgelöst. Alle Mitglieder und Anwärter wurden aufgefordert, ebenfalls aus der JN auszutreten.

Als Grund für diese Auflösung der JN im Freistaat Sachsen gab Oliver HÄNDEL schwere Zerwürfnisse mit dem Bundesvorstand der JN an. Streitpunkt sei u. a. die Mitgliedschaft eines Ausländers in der JN. So heißt es in einer Mitteilung der JN-Sachsen: „Wer die multikulturelle Gesellschaft bekämpft, kann selbst nicht multikulturell sein.“^{39a} Auch ein angeblicher Wahlbetrug bei der Wahl des JN-Bundesvorsitzenden Sascha ROßMÜLLER (Bayern) im April 1999 soll mit zu diesem Schritt beigetragen haben.

Gleichzeitig mit dem Rücktritt gaben die Funktionäre die Gründung einer „Auffangorganisation“ für ehemalige JN-Mitglieder bekannt. Laut Pressemitteilung des zurückgetretenen sächsischen Landesvorstandes vom 7. Juni 1999 sei man zukünftig über die Internetadresse des BILDUNGSWERK DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT (BDVG) mit Sitz in Eschweiler zu erreichen.

Strukturen dieser Organisation sind im Freistaat Sachsen im Berichtsjahr nicht bekannt geworden. Allerdings zeigten auch in Sachsen durchgeführte Informationsveranstaltungen, dass das BDVG bemüht ist, Anhänger zu gewinnen.

SACHSEN STIMME

UNKOSTENBEITRAG: 2 DM

Okt. - Dez. 1999 Ausgabe 4, August / September war eine Sonderausgabe zum Landtagswahlkampf in Sachsen in 1,5 Mio Exemplaren Jahrgang V, 5. Ausgabe

Otto von Bismarck



Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.

Jr. Schüler, „Rittlingskur“ aus „Wilhelm Tell“, zitiert von Bismarck am 18. Juni 1892 in Dresden am Theaterplatz.

Wenn wir nicht in Bismarcks Sinne zu-fammenhalten, bleiben wir ewig Unterdrückte im eigenen Land! Zuviel geistige „Knechte“, Mitleider und Dudensünder leben in ihrer vom Wahlstand erzeugten Rückgratlosigkeit und der Illusion, die ihnen gewährte Scheinfreiheit von Sex, „Fun“ und Ausleten sei die wahre Befreiung des Menschen. So erst ermöglichen sie den Feinden wahrer Freiheit ihr frevelhaftes Tun gegen detailliertes Land und Volk. Wie schlimm muß es noch kommen, bis es von Wirkung ist? *o&u*

IN EIGENER SACHE:

Wir BITTEN hiermit ausdrücklich um Spenden, denn davon hängt das weitere Erscheinen ab!! Bitte spenden Sie auf folgendes Konto: NPD-Landesverband Sachsen, Stichwort: „Spende Sachsenstimme“, Kto.-Nr. 110 006 99 72, bei der Sparkasse Leipzig, BLZ 860 555 92. Spendenzuflüsse werden auf Wunsch ausgestellt. Wir danken im Voraus bzw. „in Hoffnung“.
Eure Sachsenstimme-Redaktion

INHALT:

- Seite 1/16: Kleine Erinnerung an Bismarck
- Seite 2: Betrifft „Sachsenstimme“ (WICHTIG)
- Seite 3 - 5: Erst denken, dann handeln - für die Gesundheit und eine bessere Umwelt
- Seite 6/7: Mißbrauch des Verfassungsschutzes
- Seite 7: Zu den Landtagswahlen in Sachsen
- Seite 8/9: Wirtschaftsreformler G. Feder - Teil 1
- Seite 10/11: Erinnerung an Königberg
- Seite 12: Verschiedenes
- Seite 13: Die deutschen Schriften - Teil 1
- Seite 14/15: Für jüngere Kameraden
- Seite 16: Die letzte Seite

In der Erkenntnis, dass die „Sozialismuskonversation“ der NPD mehr Schaden als Nutzen gebracht hatte, zog der sächsische NPD-Landesvorstand im April 1999 die „Notbremse“. In einem Aufruf an alle Mitglieder verkündeten die Funktionäre, die „Erkenntnis, dass unsere und kommunistische Positionen ähnlich sein können, wurde vielfach

³⁸ Aufruf der NPD an alle Mitglieder, abgedruckt in der Publikation „DECKERT-STIMME“ Nr. 16 / Mai + Juni 1999, ohne Seitenangabe.

^{39a} Sächsische Zeitung vom 9. Juni 1999

Wahlkampf der NPD

Die NPD war im Landtagswahlkampf gezwungen, Schwerpunkte zu setzen. Die prekäre eigene Finanzlage, die geringer als erhofft ausgefallene finanzielle Unterstützung durch den Bundespartei-vorstand und die geringe Zahl von Mitgliedern, die sich aktiv am Wahlkampf beteiligten, ließen es nicht zu, flächendeckend zu werben, insbesondere zu plakatieren.

So konzentrierte sich die NPD auf Regionen, in denen sie Erfolge bei den Kommunalwahlen erzielt hatte. Umfangreiche Plakatierungen führten die Aktivisten u. a. in Riesa, der Sächsischen Schweiz und in Dresden durch (siehe auch Hintergrundbericht zu den Wahlen).

Unterstützung erhielt die NPD-Sachsen durch Rechtsextremisten anderer Bundesländer, die sich zeitweilig während des Wahlkampfes in Sachsen aufhielten. Auch bekannte Neonationalsozialisten wie der ehemalige Bundesvorsitzende der verbotenen FREIHEITLICHEN DEUTSCHEN ARBEITER-PARTEI (FAP) Friedhelm BUSSE aus München und der Neonationalsozialist Christian WORCH halfen dem NPD-Landesvorstand.

Nach der Niederlage bei der Landtagswahl im Freistaat Sachsen (1,4 % der Wählerstimmen) kommentierte WORCH den Wahlkampf der NPD. Dabei stellte er den führenden sächsischen NPD-Mitgliedern ein vernichtendes Urteil aus. In seine Schusslinie geriet dabei neben dem Wahlkampfleiter Matthias PAUL („der Fehlbesetzung des Jahrzehntes“) vor allem Jürgen SCHÖN. Es sei zwar seinen Aktivitäten zu verdanken, dass die NPD-Sachsen in der Vergangenheit einen enormen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatte, jedoch – so schätzt dies WORCH ein – versäumte es



die NPD-Landesleitung, aus den Mitgliedern einen „arbeitsfähigen“ Verband zu formen. Der sächsische NPD-Landesverband sei nichts anderes als „eine gigantische Seifenblase“, welche in einem Prozess der „Gesundshrinkung“ wieder zusammenfallen werde. Allerdings rechnet WORCH mangels Alternativen nicht mit einer Neubesetzung des Landesvorstandes.

Öffentlichkeitswirksame Aktionen

Auf einem außerordentlichen Bundesparteitag wählte die NPD am 23./24. Januar 1999 im sächsischen Mulda ihre Kandidaten für die Europawahl. Die Veranstaltung der NPD war Anlass linksextremistischer Gegenaktivitäten.

Den Jahrestag der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1999 nahmen wie jedes Jahr auch Rechtsextremisten zum Anlass für Kranzniederlegungen vor der Frauenkirche. Die NPD führte am gleichen Tag einen themenbezogenen Videovortrag durch, an dem sich ca. 100 NPD-Mitglieder bzw. Sympathisanten beteiligten.

Vor dem Sitz des Verteidigungsbezirkskommandos 76 in Dresden brachten ca. 20 NPD-Mitglieder im Rahmen einer Mahnwache am 27. März 1999 ihren Protest gegen den Einsatz deutscher Soldaten im Kosovo-Konflikt zum Ausdruck. Schon zwei Tage zuvor hatten vier Aktivisten vor dem Zittauer Rathaus Flugblätter mit der Aufschrift „Deutschland, schäm dich, NPD“ verteilt. In einem im Internet verbreiteten Appell des Parteipräsidiums der NPD an alle „deutschen Soldaten und Beamten“ stellt sie den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo als „Verbrechen“ dar.

Der NPD-Kreisverband Löbau-Zittau organisierte wieder einen Gedenkmarsch anlässlich des Todestages des im Jahr 1992 bei einer Auseinandersetzung mit einem Asylbewerber ums Leben gekommenen Holger MÜLLER. Erstmals beschränkte sich die Mobilisierung nicht nur auf den Freistaat Sachsen. Bundesweit wiesen Infotelefone und Internetseiten auf den Termin hin. Trotzdem blieb es bei einer regionalen Veranstaltung. Etwa 300 Rechtsextremisten – zumeist aus dem Freistaat Sachsen – versammelten sich am 3. Juli 1999 in Zittau.

Im Rahmen des Wahlkampfes trat die Partei vorzugsweise mit Flugblattverteilungen und Infoständen an die Öffentlichkeit.

Bei der Präsentation der NPD-Sachsen im Internet spielt der Kreisverband Löbau-Zittau eine besondere Rolle. Er versucht insbesondere mit Hilfe des Internets, sich in der ostsächsischen Region als „Bürgeranwalt“ und „Interessenvertreter“ darzustellen. Die NPD sei die einzige Kraft – so seine Darstellung –, die sich für Recht und Ordnung einsetze. Er nutzte die Situation in Zittau während des „Antirassistischen Grenzcamp 99“ (siehe Beitrag „Linksextremistische Autonome“ unter Aktionsfeld „Antirassismus“) im Zeitraum vom 7. bis 15. August 1999 für Selbstdarstellungen im Wahlkampf aus. Durch permanente Berichte im Internet sowie entsprechende Flugblattverteilungen über die Provokationen, das Erscheinungsbild und die Angriffe der Campteilnehmer auf „national“ eingestellte Personen, erzeugte die NPD den Eindruck, die staatlichen Behörden würden in dieser Situation versagen und die Partei wäre in der Region die einzige Kraft, die in der Lage sei, die Ordnung wiederherzustellen.

Neben diesem Kreisverband nutzen zunehmend auch andere NPD-Strukturen diese Art zur Selbstdarstellung.

Der NPD-Kreisverband Zwickau kündigt in seiner Homepage Termine an. Pressemeldungen informieren über die Meinungen der NPD.

Die Seite des NPD-Stadtverbandes Meißen, die neben einer kurzen Selbstdarstellung Hinweise auf Termine enthielt, hatte im Internet nur eine kurze Lebensdauer.

Die ursprüngliche Seite des NPD-Kreisverbandes Dresden, die schon 1998 in das Internet eingestellt worden war, wurde nach der Auflösung der JN-Sachsen vom BILDUNGSWERK DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT (BDVG) übernommen. Der NPD-Kreisverband Dresden ist aber wieder unter der Bezeichnung Kreisverband Dresden & Osterzgebirge mit einer Seite im Internet präsent.

DEUTSCHE VOLKSLUNION (DVU)

Gründung:	1987 als Partei DVU-LISTE D 1991 Umbenennung in DVU
Sitz:	München
Teil-/Nebenorganisationen (Aktionsgemeinschaften):	DEUTSCHE VOLKSLUNION e. V. (DVU e. V.) INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG (I.f.A.) EHRENBUND RUDEL AKTION ODER-NEISSE (AKON)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen
Mitglieder 1998	
bundesweit:	etwa 18.000
Sachsen:	etwa 500
Mitglieder 1999	
bundesweit:	etwa 17.000
Sachsen:	etwa 500 ^{39b}
Publikationen:	bis September 1999: Deutsche Nationalzeitung (DNZ) Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) ab September 1999: National Zeitung/ Deutsche Wochenzeitung (NZ)
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Kennzeichen:



Nach dem unerwarteten Wahlerfolg der DVU 1998 bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ist es der Partei bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen am 6. Juni 1999 und den Landtagswahlen am 5. September 1999 in Brandenburg erneut gelungen, in zwei Landesparlamente einzuziehen. An den Landtagswahlen im Freistaat Sachsen nahm die DVU entgegen ihrer Ankündigung vom Januar 1999 nicht teil, was vor allem im zweiten Halbjahr 1999 einen Rückgang der Aktivitäten des sächsischen Landesverbandes nach sich zog.

Die Partei wurde 1987 auf Initiative des Münchner Verlegers Dr. Gerhard FREY in engem Zusammenwirken mit der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) unter der Bezeichnung DEUTSCHE VOLKSUNION – LISTE D gegründet und 1991 in DVU umbenannt. Vorsitzender der Partei ist seit der Gründung Dr. Gerhard FREY. Unter seiner Führung haben die 16 Landesverbände kaum Handlungsspielraum für Eigeninitiativen.

Bereits 1971 war durch Dr. FREY der Verein DVU e. V. als Sammelbewegung und Auffangbecken für ehemalige NPD-Mitglieder gegründet worden. Im Rahmen dieses Vereins entstanden in den nachfolgenden Jahren verschiedene Aktionsgemeinschaften. Zwischen dem DVU e. V. und der Partei DVU besteht ein enger Zusammenhang. So können Vereinsmitglieder, sofern sie über 16 Jahre alt sind und dagegen nicht ausdrücklich Widerspruch einlegen, als Neumitglieder der Partei DVU vorgeschlagen werden.⁴⁰ Aufgrund dieser Regelung dürfte ein großer Teil der Vereinsmitglieder ebenfalls Mitglied der Partei sein.

Im Zusammenhang mit der Neuwahl des Vorstandes des DVU e. V. wurde Anfang 1999 eine Satzungsänderung beschlossen. Demnach besteht der DVU e. V. künftig nur noch aus der INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG (I.F.A.) und dem EHRENBUND RUDEL. Die bis dahin bestehenden Aktionsgemeinschaften DEUTSCHER SCHUTZBUND FÜR VOLK UND KULTUR wurde in die INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG (I.F.A.) und die VOLKSBEWEGUNG GEGEN ANTIDEUTSCHE PROPAGANDA (VOGA) sowie die AKTION DEUTSCHES RADIO UND FERNSEHEN (ARF) wurden in den EHRENBUND RUDEL überführt.

Im Freistaat Sachsen ist der Organisationsgrad der Partei gering. Die Aktivitäten der meisten Parteimitglieder beschränken sich auf den Bezug der wöchentlich erscheinenden DVU-Publikationen, die von Dr. FREY herausgegeben werden, sowie

den gelegentlichen Besuch so genannter „Stamm-tische“.

Mit der Ausgabe Nr. 36 vom 3. September 1999 wurden die beiden bisherigen DVU-Publikationen Deutsche National-Zeitung (DNZ) bzw. Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) zusammengelegt und erscheinen seitdem als eine Zeitung unter dem Titel National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ). Gleichzeitig wurde der Umfang von bislang 14 auf 18 Seiten erhöht. Diese Publikationen werden von der privatwirtschaftlichen DSZ-Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) herausgegeben. Inhaber des Verlags ist Dr. Gerhard FREY. Die Ehefrau des Dr. FREY leitet die FZ-Freiheitliche Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag).

Juden: Wie groß ist ihre Macht?
National-Zeitung
 Deutsche Wochen-Zeitung
 Millionen Türken rein, Milliarden DM raus

Geißlers Dolchstoß gegen Kohl
Die wahren Folgen des türkischen EU-Beitritts
Wie Glogowski austrastete

Schwärzer Barban gehen in die Knie
National-Zeitung über Gewissen der Nazis
Schüler als Prophet

Spitzen des Eisbergs

In Wahlkämpfen hat die DVU Werbung versandt, die die enge Verknüpfung der Partei mit diesen privatwirtschaftlichen Verlagen und den damit verbundenen privaten wirtschaftlichen Interessen deutlich macht.

Der Werbung waren Antwortpostkarten beigelegt, die an den FZ-Verlag adressiert waren und mit denen sowohl die Mitgliedschaft in der Partei DVU oder im Verein DVU e. V. (bzw. einer seiner Aktionsgemeinschaften) beantragt als auch eine Zeit-

⁴⁰ Vgl. § 4 der Satzung des DVU e. V.

schrift aus dem DSZ-Verlag abonniert und Waren des FZ-Verlages bestellt werden konnten. Dabei ist bemerkenswert, dass die Mitgliedschaft in einer Partei über eine Postkarte an einen privatwirtschaftlichen Verlag beantragt werden kann.

Im Internet wirbt die DVU für ihre Publikationen und berichtet über ihre Wahlerfolge sowie über die DVU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt.

Politische Zielsetzung

Die ideologischen und politischen Grundpositionen der DVU werden weniger in ihrem Parteiprogramm als in ihren Publikationen deutlich. Im Parteiprogramm bekennt sich die DVU zwar formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zum Grundgesetz, in den Parteizeitungen verbreitet sie aber rechtsextremistisches Gedankengut.

Kennzeichnend für die extremistischen Inhalte der Publikationen sind:

- eine rassistisch geprägte Kampagne, die sich insbesondere gegen Asylbewerber richtet,
- die Verunglimpfung von Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland,
- eine von antisemitischen Äußerungen begleitete Relativierung der NS-Verbrechen.

Die Zeitungen des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard FREY greifen regelmäßig Tagesthemen auf und kommentieren diese auf der Grundlage langjährig entwickelter Feindbilder wie der „kriminellen Asylbewerber“, der „faulen Polen“ oder der „die Deutschen erpressenden Juden“.

Es werden revisionistische Positionen bezogen und mit antisemitischen Anschauungen verbunden. Neben der Relativierung der Verbrechen des NS-Regimes und der Kriegsschuld Deutschlands wird den Lesern immer wieder suggeriert, „die Juden“ zwingen andere fortwährend und auf kriminelle Art zu überhöhten Wiedergutmachungsleistungen.

Fast wöchentlich werden in der FREY-Presse Holocaust-Mahnmale und Entschädigungszahlungen an NS-Opfer thematisiert. Dabei wird das Bild einer auf die Deutschen zurollende „Mahnmal-Lawine“ gezeichnet und von „Unsummen“ für die Förderung von Gedenkstätten oder „dauerhaft in Beton gegossene(n) Schuldanklagen“ gesprochen. Gleichzeitig werden die Verbrechen des NS-Regimes relativiert, die Opferzahlen des Holocaust angezweifelt und im Gegenzug Gedenkstätten für die „vielen entsetzlichen Menschheitsverbrechen am deutschen Volk“ gefordert.⁴¹

Mit Aussagen wie „Für die Beschwörung deutscher Schuld ist unseren 'Volksvertretern' nichts zu teuer (...)“⁴² wird den Parlamentariern vorgeworfen, dass sie mit der Errichtung von Holocaust-Mahnmalen zu einer einseitigen Vergangenheitsbewältigung beitragen würden. So schreibt die DNZ am 26. Februar u. a.: „Daß mehr als 10 Millionen Deutsche im Zweiten Weltkrieg und bei den damit verbundenen und in der Nachkriegszeit anschließenden Untaten der Sieger ihr Leben verloren, interessiert unter den tonangebenden Politikern und in der Journaille niemanden. Jedoch bleibt keine Möglichkeit außer acht, unentwegt Deutschland anzuklagen und dabei möglichst auch kommende Generationen unseres Volkes in Kollektivverantwortung und Kollektivhaftung zu nehmen.“⁴³

Für soziale Probleme in der Bundesrepublik Deutschland werden pauschalierend die hier lebenden Ausländer verantwortlich gemacht. Die Deutschen werden als Minderheit im eigenen Land dargestellt. Durch Aussagen wie:

- „Türken fordern Vorrechte - Darf Deutschland nicht deutsch bleiben?“⁴⁴
- „Kommen Hunderttausende Balkan-Zigeuner? Was Deutschland bevorsteht“⁴⁵
- „Ausländer – die wahren Kosten. Verheimlichte Milliarden-Kosten“⁴⁶
- „Ausländerbanden im Vormarsch“⁴⁷
- „Masseneinwanderung 'falscher' GUS-Juden“⁴⁸
- „Darf's denn noch ein Ali mehr sein?“⁴⁹

⁴¹ DWZ/DA Nr. 27 vom 2. Juli 1999, S. 4.

⁴² DWZ/DA Nr. 28 vom 9. Juli 1999, S. 5.

⁴³ DNZ Nr. 9 vom 26. Februar 1999, S. 1.

⁴⁴ DWZ/DA Nr. 12 vom 19. März 1999, S. 1.

⁴⁵ DWZ/DA Nr. 35 vom 27. August 1999, S. 1.

⁴⁶ DWZ/DA Nr. 31 vom 30. Juli 1999, S. 1.

⁴⁷ DNZ Nr. 14 vom 2. April 1999, S. 1.

⁴⁸ DNZ Nr. 15 vom 9. April 1999, S. 8.

⁴⁹ DNZ Nr. 19 vom 7. Mai 1999, S. 4.

– „Die Albaner kommen! Hunderttausende wollen nach Deutschland“⁵⁰

– „Zu viele Ausländer! Kurdenkrieg war nur der Anfang“⁵¹

wird dem Leser eine existenzielle Gefahr suggeriert. In fast jeder Ausgabe der Zeitungen werden Ausländer/Asylbewerber mit einer steigenden Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung gebracht. Diese ständig wiederkehrenden Schuldzuweisungen werden mit Kostangaben über Sozialleistungen an Ausländer verquickt, um so die behauptete Bedrohungssituation durch Ausländer zu untermauern.

Außerdem werden in den Zeitungsartikeln die Verfassungsorgane diskreditiert und demokratische Politiker verunglimpft. So wird diesen u. a. vorgeworfen, sie betrieben eine Europapolitik, „die auf die Abschaffung der Bundesrepublik“ und zunehmende „Überfremdung“ hinauslaufe.⁵²

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Im Rahmen des Bundesparteitages der DVU am 16. Januar 1999 in München wurde Dr. Gerhard FREY in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Gleichzeitig wurde der übrige DVU-Bundesvorstand neu gewählt, wobei dem erst im Dezember 1998 zum sächsischen DVU-Landesvorsitzenden gewählten Peter RÖTTGEN die Funktion eines Beisitzers im DVU-Bundesvorstand übertragen wurde.

Bei der anschließenden Sitzung des Bundespartei-vorstandes wurde die Teilnahme an den Landtagswahlen 1999 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen beschlossen.

Entgegen dieser Ankündigung trat die DVU zur Landtagswahl am 19. September 1999 im Freistaat Sachsen nicht an. Ein Grund dafür dürfte vor allem die Konkurrenz der NPD in Sachsen gewesen sein. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass sich die Partei aufgrund ihrer finanziell sehr aufwendig geführten Wahlkämpfe auf diejenigen Bundesländer beschränkte, in denen sie sich die größten Erfolge versprach.

Gleichzeitig sicherte die DVU in dem Beschluss des Parteivorstandes vom Januar 1999 der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) Unterstützung bei ihren Kandidaturen zu den Landtagswahlen in Berlin und im Saarland zu.

Während Dr. FREY über das Verhältnis zu den REP vom „Anfang einer Normalisierung“ spricht, distanziert er sich von der NPD. Sie stehe unter ihrer derzeitigen Führung der DVU „in Todfeindschaft gegenüber“. Eine Zusammenarbeit mit dieser Partei lehnt FREY auf jeglicher Ebene ab.⁵³

Auf ihre ursprünglich angekündigte Kandidatur zur Europawahl am 13. Juni 1999 verzichtete die DVU. Statt dessen konzentrierte sich die Partei zunächst auf den Wahlkampf zur Bremer Bürgerschaftswahl am 6. Juni 1999. Wie schon zur Landtagswahl 1998 in Sachsen-Anhalt, führte die DVU dort einen aufwendigen Wahlkampf, der sich vor allem durch eine flächendeckende Plakatierung und aggressive Wahlwerbeslogans auszeichnete. So gelang es der Partei schließlich, mit 3,1 % der Stimmen⁵⁴ einen Abgeordneten in das Landesparlament zu bringen.

Die DVU trat auch zu den Landtagswahlen am 5. September 1999 in Brandenburg sowie am 12. September 1999 in Thüringen an.

Während die DVU bei der Landtagswahl in Thüringen mit 3,1 % der Stimmen an der 5 %-Klausel scheiterte, gelang ihr in Brandenburg erneut der Einzug in ein Landesparlament der neuen Bundesländer. Die Partei hatte mit ihrem Wahlkampfbudget von etwa 2,5 bis 3 Mio. DM wiederholt auf die bewährte Zweitstimmenstrategie gesetzt und mit 5,3 % der Stimmen insgesamt 5 Mandate erreicht. Mit aggressiven Slogans wie „Lass Dich nicht zur Sau machen“, „Kriminelle Ausländer raus“ und „Wehrt Euch am Wahltag“ sprach die Partei u. a. gezielt Protestwähler an.

Nach Jahren der Inaktivität und Stagnation begann der DVU-Landesverband Sachsen das Jahr 1999 mit großer Betriebsamkeit. Insbesondere in der ersten Hälfte des Jahres bemühte sich der neugewählte sächsische Landesvorstand, die Parteistrukturen im Freistaat Sachsen auszubauen. Dies ging mit einer deutlichen Zunahme

⁵⁰ DNZ Nr. 26 vom 25 Juni 1999, S. 1.

⁵¹ DWZ/DA Nr. 10 vom 5. März 1999, S. 1.

⁵² DWZ/DA Nr. 27 vom 2. Juli 1999 S. 4.

⁵³ Rundschreiben von Dr. FREY an alle Mitglieder vom 16. Juni 1999.

⁵⁴ Auf Grund einer Besonderheit im Bremer Wahlrecht ist es ausreichend, in einem der beiden Wahlbereiche Bremen oder Bremerhaven die 5 %-Klausel zu überwinden. Die DVU erreichte am 6. Juni 1999 in Bremen 2,6 % und in Bremerhaven 6,0 % der Stimmen.

von Stammtischveranstaltungen in Chemnitz und Dresden einher. Gleichzeitig fanden erstmals DVU-Stammtische in Bautzen und Niesky statt. Schon im Frühjahr 1999 trat jedoch wieder eine Trendwende ein, als der sächsische DVU-Landesvorsitzende Peter RÖTTGEN zurücktrat. Die Aktivitäten der DVU gingen wieder deutlich zurück. Die Gründe dafür dürften zum einen in internen Querelen innerhalb des Landesvorstandes, aber auch im Nichtantritt der DVU zur sächsischen Landtagswahl zu finden sein, was auf Unverständnis einiger DVU-Mitglieder in Sachsen stieß. Den Vorsitz im sächsischen DVU-Landesvorstand führt 1999 kommissarisch der ehemalige Landesvorsitzende und im Dezember 1998 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählte Arnold PAPE aus Bayern.

Großveranstaltungen der DVU fanden 1999 im Freistaat Sachsen nicht statt. Jedoch nahmen DVU-Mitglieder aus Sachsen an einigen Parteiveranstaltungen in benachbarten Bundesländern teil wie zum Beispiel am 27. Februar 1999 in Bad Kösen (Sachsen-Anhalt). Die sächsischen DVU-Mitglieder wurden zu den Veranstaltungen schriftlich von der DVU-Parteizentrale in München eingeladen und konnten sich dann an verschiedenen Treffpunkten einfinden, von denen sie mit Bussen zum vorher nicht bekannt gegebenen Veranstaltungsort gebracht wurden. Im Rahmen dieser Veranstaltungen trat in der Regel der Bundesvorsitzende Dr. FREY als Hauptredner auf.

Am 25. September 1999 fand die traditionelle Großkundgebung der DVU in der Passauer Nibelungenhalle statt.

Die mit Abstand bedeutendste Veranstaltung für Mitglieder und Sympathisanten der Partei diente vor allem Dr. Gerhard FREY zur Selbstdarstellung. Im Vergleich zum Vorjahr (ca. 3.000 Teilnehmer) nahmen an der Veranstaltung, die diesmal unter dem Motto „Wir lieben Deutschland“ stand, mit rund 2.000 Teilnehmern deutlich weniger Personen teil. Der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard FREY, der im Veranstaltungsbericht der NZ als „Hoffnungsträger für ungezählte Verratene dieser Gesellschaft“ dargestellt wird, trat als Hauptredner auf und polemisierte gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung, der er eine „durch nichts gerechtfertigte Überfremdung unseres Vaterlandes“ vorwarf.⁵⁵

Im Freistaat Sachsen gab es 1999 keine öffentlichen Auftritte der DVU. Lediglich am 13. Februar 1999 legten Mitglieder der DVU einen Kranz an der Dresdner Frauenkirche zum Gedenken an die Opfer der Bombardierung Dresdens nieder.

DIE REPUBLIKANER (REP)

Gründung:	November 1983
Sitz:	Berlin
Teil-/Nebenorganisationen:	REPUBLIKANISCHER BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENTETEN (RepBB) REPUBLIKANISCHE JUGEND (RJ) REPUBLIKANISCHER BUND DER FRAUEN (RBF) REPUBLIKANISCHER HOCHSCHULVERBAND (RHV)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen Kreisverbände, Ortsverbände
Mitglieder 1998	
bundesweit:	etwa 15.000
Sachsen:	etwa 300
Mitglieder 1999	
bundesweit:	etwa 14.000
Sachsen:	etwa 300
Publikationen:	DER Neue REPUBLIKANER
Präsenz im Internet:	
bundesweit:	eigene Homepage
Sachsen:	eigene Homepage
Kennzeichen:	



Im Jahr 1999 war die Entwicklung der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) von Wahlniederlagen geprägt. Die innerparteiliche Kritik am offiziellen Abgrenzungskurs der Partei gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien dauerte fort. Beides führte bundesweit zu einem leichten Rückgang der Mitgliederzahl.

Die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) wurde am 27. November 1983 in München von zwei aus der CSU ausgetretenen damaligen Bundestagsabgeordneten sowie dem Publizisten Franz SCHÖNHUBER gegründet. SCHÖNHUBER war bis zu seinem Rücktritt auf dem Bundesparteitag am 17./18. Dezember 1994 Bundesvorsitzender der Partei. Seine Nachfolge trat der ehemals stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER aus Baden-Württemberg an, der zuletzt auf dem Bundesparteitag im November 1998 in seinem Amt bestätigt wurde.

Bundesweit hat die Partei etwa 14.000 Mitglieder. Der sächsische Landesverband verfügt über etwa 300 Mitglieder. Er ist in Kreis- und Ortsverbände gegliedert. Seine Geschäftsstelle wechselte Anfang Oktober 1999 von Audenhain (Lkr. Torgau-Oschatz) nach Heynitz (Lkr. Meißen).

Seit 1993 existiert auf Bundesebene der REPUBLIKANISCHE BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENTETEN (RepBB), der sich als Schutzorganisation für die im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder der REP versteht. Die Partei verfügt zudem über die Jugendorganisation REPUBLIKANISCHE JUGEND (RJ). Der REPUBLIKANISCHE BUND DER FRAUEN (RBF) besteht seit 1995. Der seit Jahren inaktive REPUBLIKANISCHE HOCHSCHULVERBAND (RHV) wurde Anfang 1997 wieder belebt, nachdem ihm der Einzug in das Marburger Studentenparlament gelungen war.

Die RJ zeigt in Sachsen vereinzelte Aktivitäten. Am 4. September 1999 fand in Eula bei Leipzig der Deutschlandtag der RJ statt. Hier wurde erstmals ein Bundesvorstand der RJ gewählt. Die Organisationen RepBB, RBF und RHV sind im Freistaat Sachsen bisher nicht in Erscheinung getreten.

Die Parteizeitung der REP ist seit 1998 DER Neue REPUBLIKANER.

Sowohl der Bundes- als auch der Landesverband der REP präsentieren sich im Internet mit einer eigenen Homepage.

DER Neue REPUBLIKANER
„Nein“ zu Doppel-Paß und Masseneinbürgerung – Seite 7

Offizielle Organ der Bundespartei

REP

Nummer 12/1999 DM 1,-
21.11.99

Bürgerkrieg in Deutschland

Deutschland kapituliert vor dem kurdischen Terror

Einblick:
Gold: Wie Ignaz Bubis vom dem König der Dinosaurier aus der Finanzwelt
Wahlen: Die Republikaner haben Kritik geäußert, aber kein Landtags-Einzug
Umfrage: Das Antifa-Thema ist unklar, nicht Gegenstand der Wahlumfrage
Bundesliga: Ausländische Agenten verdrängen deutsche Richter aus den Verhandlungen
Ziel: Die Partei will den deutschen Rechtsstaat als „Eindringling“



Unsere Sofortmaßnahmen gegen Ausländer-Terror!
 (Text continues with a list of demands for action against perceived threats from foreigners.)

Ausländische Polizisten als Provokation

... die Schlampe arbeitet mit den deutschen Schweinen zusammen!



Die Polizei arbeitet mit den deutschen Schweinen zusammen! ...

⁵⁶ DER Neue REPUBLIKANER, 6/99, S. 7.

Politische Zielsetzung

Bei der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) bestehen nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Der Bundesvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER bemüht sich zwar um ein rechtskonservatives Erscheinungsbild der Partei und die REP bekennen sich in ihrem Programm von 1993 formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Gleichwohl gibt es aber Anhaltspunkte, dass einflussreiche Funktionäre und Gruppen der Partei den demokratischen Rechtsstaat ablehnen. So wird beispielsweise das Menschenbild des Grundgesetzes angegriffen, indem Gleichberechtigung, Toleranz, Solidarität und Antirassismus als „Pseudowerte“ bezeichnet werden, die in den vergangenen Jahrzehnten des Ost-West-Konfliktes die überlieferten „ideellen Werte“⁵⁶ verwässert hätten.

In ihrer Agitation greifen die REP immer wieder die im Rechtsextremismus verbreitete These einer Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch Ausländer und Asylbewerber auf. In diesem Zusammenhang werden Forderungen demokrati-

scher Parteien nach Integration von Ausländern mit dem für Rechtsextremisten typischen Agitationmuster – wonach interkulturelle Vielfalt mit Chaos gleichgesetzt und in Deutschland lebende Ausländer als existenzielle Bedrohung dargestellt werden – abgelehnt.

Exemplarisch für diese Auffassung ist ein Artikel in der Zeitschrift EXPLOSIV des REP-Landesverbandes Berlin. Darin heißt es über Menschen, die aus anderen Kulturkreisen kommen und in der Bundesrepublik Deutschland leben: „Es reicht. Raus mit ihnen und zwar schnell!“⁵⁷

Darüber hinaus beschränken sich die Artikel in der Parteizeitung DER Neue REPUBLIKANER nicht nur darauf, die Aufnahme und Integration von Ausländern als Existenzbedrohung darzustellen, sondern die demokratischen Parteien werden auch beschuldigt, planvoll diese „Bedrohung“ aufzubauen. So wird beispielsweise unterstellt, „(...) daß die etablierten Kräfte offenbar alles tun, um die Zerstörung des deutschen Volkes – seines ethnischen Kerns – durch demographische Veränderungen, Demontage des Rechtsstaates sowie Durchlöcherung von Ordnung und Sicherheit in absehbarer Zeit auch in Mitteleuropa zu erreichen“.⁵⁸ In einem Informationsblatt für Mandatsträger wird die Novellierung des Ausländerrechts als ein „Staatsstreich von oben“ bezeichnet, der zur „schrittweisen Auswechslung des deutschen Staatswerkes“⁵⁹ führe.

Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bei den REP ergeben sich nicht nur aus entsprechenden Äußerungen in Publikationen, sondern auch aus der Zusammenarbeit mit anderen Rechtsextremisten. Entgegen dem Abgrenzungsbeschluss der Partei gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen⁶⁰ nehmen Funktionäre oder Mitglieder der REP immer wieder an rechtsextremistischen Veranstaltungen teil oder rufen dazu auf. So mobilisierte der stellvertretende Landesvorsitzende der REPUBLIKANISCHEN JUGEND (RJ) Hessen und Beisitzer im REP-Landesvorstand Hessen zur Teilnahme an einem „Europäischen Kameradschaftsabend“ am 28./29. August 1999 in Flandern, anlässlich der „Ijserbeedevaart 1999“⁶¹ in Duiksmuide/Belgien.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Nachdem bereits das Ergebnis der REP bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr mit 1,8 % der Stimmen deutlich unter den Erwartungen lag, bekam die Partei auch zur Europawahl am 13. Juni 1999 nur – für sie enttäuschende – 1,7 % der Stimmen. Bei den Landtagswahlen im Freistaat Sachsen konnte die Partei mit 1,5 % zwar einen leichten Stimmengewinn gegenüber der Landtagswahl von 1994 (1,3 %) verzeichnen, blieb aber weit von ihrem Ziel, die 5 %-Hürde zu überschreiten, entfernt.

Der Abgrenzungskurs der REP gegenüber rechtsextremistischen Organisationen blieb innerhalb der Partei nach wie vor umstritten und führte zu einer Schwächung der Partei. Während der Bundesvorsitzende Dr. SCHLIERER weiterhin Verfechter des Abgrenzungskurses ist, treten Teile der Partei für eine Öffnung gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien ein. So lehnen vereinzelte Mitglieder den Abgrenzungsbeschluss nicht nur ab, sondern setzen sich auch darüber hinweg und werben für eine Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten. Beispielhaft sind die vom REP-Landesverband Hamburg ausgesprochene Einladung zu einer Veranstaltung an den Rechtsextremisten Harald NEUBAUER⁶² sowie die folgende Erklärung vom 3. August 1999: „In voller Kenntnis des Maulkorberlaßes des Bundesvorstandes der REPUBLIKANER und seiner möglichen Folgen erklärt der Kreisvorstand des Ennepe-Ruhr-Kreises der Partei mit voller Unterstützung aller angesprochenen Mitglieder und Sympathisanten, daß er Herrn Harald NEUBAUER zu einer semi-öffentlichen Veranstaltung eingeladen hat.“⁶³ Gegen Mitglieder des Kreisvorstandes des Ennepe-Ruhr-Kreises wurden daraufhin Ordnungsmaßnahmen beantragt.

Der REP-Landesverband Sachsen konnte auch 1999 nicht an Bedeutung gewinnen. Grund dafür war das fehlende Potenzial an engagierten Mitgliedern, was eine mangelnde Basisarbeit nach sich zog. Der Landesverband Sachsen besitzt nach wie vor nur einen kleinen Kern von aktiven Funktionären.

⁵⁷ EXPLOSIV, Publikation des REP-Landesverbandes Berlin, S. 3.

⁵⁸ DER Neue REPUBLIKANER, 8/99, S. 3.

⁵⁹ kurz & aktuell, Nr. 32.

⁶⁰ Auf dem Bundesparteitag der REP im Juli 1990 in Ruhstorf wurde beschlossen, dass niemand, der in extremistischen und verfassungsfreundlichen Organisationen eine aktive Rolle gespielt hat, in Zukunft eine Funktion bei den REP übernehmen darf.

⁶¹ Regelmäßiges internationales Treffen von Rechtsextremisten in Duiksmuide (Belgien).

⁶² Mitherausgeber der rechtsextremistischen Zeitschrift „Nation & Europa - Deutsche Monatshefte“.

⁶³ Erklärung des REP-Kreisverbandes Ennepe-Ruhr vom 3. August 1999.

Am 20. Februar 1999 führte der REP-Landesverband Sachsen in Weidenhain (Lkr. Torgau-Oschatz) seinen Parteitag durch. Auf diesem wurde Herbert NEHRING aus Audenhain (Lkr. Torgau-Oschatz) zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der bisherige Landesvorsitzende ROHLEDER war beim letzten Bundesparteitag im November 1998 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden und hatte deshalb nicht mehr für den Landesvorsitz kandidiert.

NEHRING trat am 9. Oktober 1999 von der Funktion als Landesvorsitzender zurück. Amtierende Vorsitzende des REP-Landesverbandes Sachsen war 1999 die stellvertretende Landesvorsitzende Kerstin LORENZ aus Heynitz (Lkr. Meißen). Für das Jahr 2000 kündigte die Partei die Wahl eines neuen Vorstandes an.

Ein großer Teil der diesjährigen Aktivitäten des sächsischen Landesverbandes der REP stand im Zusammenhang mit den im Jahr 1999 stattgefundenen Wahlen. Die REP beteiligten sich sowohl an der Europawahl als auch an der Kommunal- und Landtagswahl im Freistaat Sachsen.

Die Partei führte mit Unterstützung des Bundesvorstandes der REP einen zentral organisierten Wahlkampf durch. Auf mehreren öffentlichen Veranstaltungen im Landtagswahlkampf, so u. a. in

Hainichen, Zwickau und Oschatz, trat der Bundesvorsitzende der REP Dr. Rolf SCHLIERER auf. Vom 20. bis 22. August führten die REP ein „Sommertreffen“ mit Wahlkampfeinsatz durch, das vom Kreisverband Mittweida organisiert wurde.

Im Wahlkampf trat die Partei u. a. mit folgenden Slogans auf:

- „REParieren“
- „Wählen statt meckern“
- „Richtung wechseln“ und
- „In Sachsen droht die Unterwelt zur Oberwelt zu werden“.

Die Partei erhielt im Freistaat Sachsen zur Europawahl 2,5 % und zur Landtagswahl 1,5 % der Stimmen. Bei der Kommunalwahl konnte die Partei drei Mandate – in Chemnitz, Freital und Hainichen – erringen.

Überdurchschnittliche Wahlergebnisse erreichten die REP im Regierungsbezirk Chemnitz sowie im Landkreis Torgau-Oschatz und im Weißeritzkreis. In den drei Gebieten ist die Partei mit Kreisverbänden vertreten.

Der sächsische Landesverband der REP wird auf Grund des Wahlergebnisses zur Landtagswahl an der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien (Wahlkampfkostenerstattung) beteiligt.

An alle Haushalte mit Tagespost

Glauben Sie weiter den Versprechen der Altparteien?

Wählen statt meckern!



DIE
REPUBLICANER



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

zum zweiten Mal in diesem Jahr haben Sie am 19. 9. die Qual der Wahl. Und die wird einem nicht leicht gemacht: CDU und SPD überbieten sich gegenseitig mit schönen Reden einerseits und gährender Einfallslosigkeit bei den drängenden Fragen andererseits. Die rot-grüne Bundesregierung, im letzten Jahr mit großen Hoffnungen gewählt, hat zwar mit CDU-Unterstützung bereits einen rechtswidrigen Angriffskrieg geführt, ansonsten aber bisher wenig Zählbares zustande gebracht.

Viele sind deshalb zur Europawahl gar nicht mehr wählen gegangen oder haben wieder CDU gewählt. Doch CDU heißt: weiter wie bisher. Gigantische Arbeitslosigkeit, steigende Verbrechenraten, immer mehr Pleiten kleiner Firmen.

Weiter wie bisher – wollen Sie das wirklich?

Es muß jetzt eine Partei in den Landtag, die den Altparteien auf die Finger klopf – eine Partei, die mehr bringt als nur Protest, eine Partei mit neuen Ideen: DIE REPUBLICANER.



Kerstin Lorenz, 37,
aus Nossen, Mutter von 3 Kindern,
Stellv. Republikaner-Vorsitzende

Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen

JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO)

Gründung:	April 1991
Sitz:	Hamburg
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen-Niederschlesien
Mitglieder 1998	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	keine Angaben
Mitglieder 1999	
bundesweit:	ca. 1.000 (davon ca. 50 Rechtsextremisten)
Sachsen:	Einzelne
Publikationen:	Fritz
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Die JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN ist ein eingetragener Verein, der sich – laut Satzung – „zu besonderer Solidarität gegenüber der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen (...)“ verpflichtet fühlt.⁶⁴ Bundesweit zählt die Organisation etwa 1.000 Mitglieder. Im Freistaat Sachsen existiert ein JLO-Landesverband Sachsen-Niederschlesien. Sowohl der Bundesverband als auch einzelne Landesverbände der JLO, darunter der von Sachsen-Niederschlesien, stellen sich im Internet vor. Die JLO gibt in unregelmäßigen Abständen ihre Mitgliederzeitung Fritz heraus. Diese Zeitung wurde bereits 1997 als rechtsextremistisch eingeschätzt.

In der JLO kann laut Satzung jeder im Alter von 14 bis 35 Jahren Mitglied werden, unabhängig von einer parteilichen oder konfessionellen Bindung.

Im Jahre 1999 ergaben sich Anhaltspunkte dafür, dass es innerhalb des JLO-Landesverbandes extremistische Strömungen gibt, die durchaus in der Lage sind, die Aktivitäten des Landesverbandes entscheidend zu beeinflussen. Diese beziehen sich aber nicht auf alle Mitglieder.

Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen in der JLO

In der Vereinssatzung der Organisation lassen sich keine rechtsextremistischen Zielsetzungen erkennen. Anhaltspunkte für solche Bestrebungen ergeben sich jedoch aus der engen und mit deutlichen Sympathiehinweisen verbundenen Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Gruppierungen und Personen. Auch in Veröffentlichungen der JLO sind rechtsextremistische Positionen enthalten.

Der JLO-Landesverband Sachsen-Niederschlesien unterhält enge Beziehungen zur neonationalsozialistischen WANDERJUGEND GIBOR (WJG), die sich Mitte der neunziger Jahre im Raum Cottbus (Brandenburg) gebildet hatte und ihren Wirkungskreis 1998 auf den Freistaat Sachsen ausdehnte (siehe Beitrag zur WJG). Bereits im Februar 1999 beteiligte sich die WJG an einem von der JLO organisierten Trauermarsch in Dresden. Die enge Zusammenarbeit wird auch durch gegenseitige Werbung in Druckerzeugnissen und im Internet deutlich. So gratuliert der JLO-Landesverband Sachsen-Niederschlesien der WJG zu deren „gelungenen Netzseiten“ und ermuntert diese: „Macht weiter so und laßt Euch trotz Hohn und Spott der Nichtswürdigen in Eurem Handeln und Tun nicht beeinflussen“. Auch ein „Liederheftlein der deutschen Gibor-Jugend“ wurde unter sächsischen JLO-Mitgliedern verteilt. Das Liederheft enthält u. a. das Lied der „Hitlerjugend“ (HJ). Außerdem werden gemeinsame Veranstaltungen geplant und durchgeführt.

Die JLO-Chemnitz hatte im Juni den bekannten Neonationalsozialisten Frank SCHWERDT eingeladen. Er referierte dort zum Thema „Die Justiz als politische Waffe“. SCHWERDT ist Geschäftsführer der rechtsextremistischen VORTRAG-BUCHREISE-(VBR-)VERLAGS GmbH sowie Mitglied des NPD-Bundesvorstandes. Die JLO stellt ihn als einen Referenten vor, der „auch heute wegen seiner publizistischen Tätigkeit von der Gesinnungsjustiz verfolgt“ werde. Dieser Hinweis zielt offenbar darauf ab, dass SCHWERDT mehrfach wegen Ver-

⁶⁴ Die JLO war die Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen. Diese hat sich mit Wirkung vom 29.01.2000 von der JLO getrennt.

tung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung verurteilt worden ist.

Für eine andere Vortragsveranstaltung der JLO in Chemnitz im September 1999 wurde ein weiterer rechtsextremistischer Referent angekündigt. In der Einladung heißt es: der Referent „(...) war in den 70er Jahren während seines Studiums stv. Kreisvorsitzender der NPD in Mainz und Abgeordneter des Nationaldemokratischen Hochschulbundes im Studentenparlament“⁶⁵. Heute publiziere er regelmäßig „in der Deutschen Stimme“⁶⁶, dem Eckartboten, dem freiheitlichen Magazin 'Aula' aus Österreich (wo er kürzlich mit seinem Artikel die Kapitalismuskritik im nationalen Lager eröffnete) und weiteren wertkonservativen Presseorganen. Der Vortrag wird die Zinsfreiheit ebenso ansprechen wie die Auseinandersetzung mit Kapitalismus und Demokratie in Deutschland“.

Die Art und Weise der Vorstellung der genannten Referenten macht deutlich, dass es der JLO nicht um eine kritische Auseinandersetzung mit den von den Referenten vertretenen politischen Ansichten geht.

Am 22. November 1999 organisierte der JLO-Landesverband Sachsen-Niederschlesien einen „Ostpreußischen Abend“ im „Café Germania“ in Dresden, der von einem bekannten Rechtsextremisten musikalisch umrahmt wurde.

Darüber hinaus vertreibt die JLO auch rechtsextremistische Publikationen. Der JLO Landesverband Sachsen-Niederschlesien war am Tag der Sachsen in Riesa mit einem Informationsstand vertreten. Zu den Auslagen gehörte ein Rundschreiben der in Schleswig-Holstein ansässigen rechtsextremistischen ARNDT-BUCHDIENST/EUROPA-BUCHHANDLUNG, die vorrangig Bücher, Ton- und Bildträger bekannter Rechtsextremisten vertreibt.

Die Neue Rechte

In der Öffentlichkeit wird im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Intellektualisierung des Rechtsextremismus der Begriff „Neue Rechte“ gebraucht.

Diese Bezeichnung wird auch für demokratische konservative Positionen und deren Vertreter verwendet. Eine allgemein verbindliche Definition für diesen Begriff gibt es nicht. Je nach Blickwinkel und Interessenlage wird er als politisches Schlagwort inhaltlich unterschiedlich verwendet.

Wegen dieser Unschärfe eignet sich der Begriff „Neue Rechte“ grundsätzlich nicht für die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden, denn er erlaubt keine hinreichend klare Trennung zwischen extremistisch und nicht extremistisch.

Innerhalb des Rechtsextremismus lässt sich gleichwohl eine publizistische Strömung mit dem Begriff „Neue Rechte“ in Verbindung bringen, in der sich Intellektuelle um die theoretische Fundierung und Modernisierung antidemokratischen Gedankengutes bemühen.

Ihre Ideen werden von unterschiedlichen rechtsextremistischen Gruppierungen, Publizisten und Autoren aufgegriffen und in intellektuellen Zirkeln und Schriften diskutiert. Beispielsweise von:

- GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V. (GFP) mit Sitz in München/Bayern, Publikationsorgan: Das Freie Forum
- DEUTSCH-EUROPÄISCHE STUDIEN-GESELLSCHAFT (DESG) mit Sitz in Hamburg, Publikationsorgan: DESG-inform
- THULE-SEMINARE e. V. mit Sitz in Kassel/Hessen
- Nation & Europa – Deutsche Monatshefte aus der NATION-EUROPA VERLAG GmbH in Coburg/Bayern
- EUROPA VORN VERLAG des Manfred ROUHS in Eschweiler/Nordrhein-Westfalen
- Staatsbriefe vom Verlag CASTEL DEL MONTE in München/Bayern.

Die rechtsextremistische „Neue Rechte“ unterliegt bezüglich ihrer Methoden einem starken Einfluss der Ende der 60er Jahre in Frankreich entstandenen rechtsextremistischen Bewegung „Nouvelle Droite“ und ihres Vordenkers Alain de BENOIST.

Die „Nouvelle Droite“ fand bereits in den 70er Jahren Anhänger unter den Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland, trat aber später wieder in den Hintergrund.

Gegenwärtig erleben die Vorstellungen der „Nouvelle Droite“ eine Neubelebung. Gleiches gilt für die antidemokratischen Ideen der „Konservativen

⁶⁵ Interpunktion wie im Original.

⁶⁶ Die Deutsche Stimme ist das Parteiorgan der NPD.

Revolution“⁶⁷.

Intellektuelle Rechtsextremisten haben – wohl nicht zuletzt wegen der ausgebliebenen Wahl- und Öffentlichkeitserfolge in den vergangenen Jahren – den vorpolitischen Raum für sich wieder entdeckt. Diese Strategie haben sie von dem italienischen Marxisten Antonio GRAMSCI (1891-1937) übernommen. Dessen Vorstellungen zielten darauf ab, die „kulturelle Hegemonie“ zu erlangen, da die politische Herrschaft zunächst in den Köpfen errungen werde. Zur Durchsetzung der politischen Ziele müsse somit auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss gewonnen werden, damit das Ideengut langfristig in möglichst weiten Kreisen der Bevölkerung verankert werden kann.

Mit diesem Ziel bemühen sich nun auch Rechtsextremisten, die eigenen Ansätze in den nicht extremistischen Bereich des politischen Spektrums in der Bundesrepublik Deutschland hineinzutragen. Es besteht die Gefahr der schleichenden Ausbreitung rechtsextremistischer Gedankengüter. Eine Etablierung als politische Organisation und die Teilnahme an Wahlen spielen für die Umsetzung dieser Ideen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Berichtszeitraum führte der bekannte Hamburger Rechtsextremist und Vertreter der „Neuen Rechten“, Dr. Reinhold OBERLERCHER, eine Veranstaltung in Sachsen durch. Der promovierte Soziologe bezeichnet sich selbst als „Nationalmarxist“. Am 9. November 1999 stellte er gemeinsam mit Horst MAHLER⁶⁸ in Leipzig verschiedene Reichsverfassungsentwürfe sowie „Thesen zur Reichsstatthalterschaft“ vor. Die Veranstaltung stand unter dem Thema „Deutschland auf dem Weg zu einer Reichsordnung“.

Die Staatskonzeption von OBERLERCHER ist ein auf völkisch-rassistischer Grundlage antiliberal und antidemokratisch aufgebautes Reich in einem „Europa der Vaterländer“. Darin fordert er u. a. auch den „Zwangsexport der importierten ausländischen Arbeitskraft“. Zur Umsetzung seiner Ziele setzt er auf einen nationalen Umsturz unter Zuhilfenahme eines Staatsnotstandes, die Außerkraftsetzung des Grundgesetzes mittels Art. 146 GG oder eine Revolution. Dieser Reichsgedanke, der schon seit Jahren von Rechtsextremisten wie OBERLERCHER vertreten wird, erfährt durch MAHLER neue Unterstützung.

OBERLERCHERs Thesen wurden bereits im September 1999 in Bielefeld anlässlich einer Beratung von „Publizisten des nationalen Lagers“ veröffentlicht. In der Veröffentlichung heißt es: „(...) Die BRD ist faktisch das in seiner Handlungsunfähigkeit konservierte Dritte Reich und das handlungsunfähige Unrechtsgebilde der Westmächte. Der einzige völkerrechtliche Weg zur Wiederherstellung des öffentlich-europäischen Rechts (...) führt über die innere Legitimität und auch Legalität des Dritten Reiches als Ausgangspunkt für ein Viertes Reich (...)“.

MAHLERs Kommentierung dieser Thesen umfasst im Wesentlichen den Handlungsablauf zur Errichtung einer Reichsstatthalterschaft. Er begründet deren Notwendigkeit mit einem offenbaren Staatsbankrott der Bundesrepublik Deutschland. Das Deutsche Volk sei derzeit „in einen Stand der völkischen Notwehr versetzt“, der u. a. durch das Doppelpassgesetz und die damit einhergehende Ghettoisierung der deutschen Städte hervorgerufen worden sei.

⁶⁷ Als „Konservative Revolution“ wird eine antiliberaler Denkrichtung in der Weimarer Republik bezeichnet. Vertreter dieser Denkrichtung waren Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck und Edgar Julius Jung. Gemeinsam war den Vertretern der „Konservativen Revolution“ ihr Anspruch, das politische System der Weimarer Republik durch einen revolutionären Akt zu überwinden, um dadurch andere gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die dann konserviert werden sollten. Dieser doppelte Anspruch und die damit verbundene Strategie, über Denkkreise einen kulturellen und damit auch politischen Wandel einzuleiten, sind so herausragende Besonderheiten, dass deren Vertreter bei aller Differenzierung unter die gemeinsame Sammelbezeichnung „Konservative Revolution“ gefasst werden können.

Vgl. dazu: Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1 Köln 1989, S. 136 ff.

⁶⁸ Horst MAHLER, ehemals Mitglied des linksextremistischen SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN STUDENTENBUNDES (SDS), als Gründungsmitglied der linksterroristischen ROTE ARMEE FRAKTION verurteilt.

Rechtsextremistische Publikationen (Auswahl)

(im Freistaat Sachsen herausgegebene Publikationen sind grün gedruckt)

Publikation	Herausgeber	erscheint	Auflage (geschätzt)	abrufbar im Internet
Der Foiersturm	Skinheads	unregelmäßig	unbekannt	nein
DER Neue REPUBLIKANER	REP	monatlich	20.000	nein
Deutsche National- Zeitung	DVU	wöchentlich (bis Sept. 1999)	37.000	ja (bis Sept. 1999)
Deutsche Stimme	NPD	monatlich	10.000	ja
Deutsche Wochen- Zeitung/Deutscher Anzeiger	DVU	wöchentlich (bis Sept. 1999)	20.000	ja (bis Sept. 1999)
echt knorke!	WJG	unregelmäßig	100	auszugsweise
Freie Zukunft	WJG	unbekannt	unbekannt	nein
Fritz	JLO	unregelmäßig	5.000	nein
Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht	FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN e. V.	zweimonatlich	4.000	nur Hinweis
Märkische Jugendwarte	WJG	unbekannt	unbekannt	nein
NACHRICHTEN DER HNG	HNG	monatlich	500	nein; angekündigt mit dem Hinweis „Zur Zeit nicht abrufbar“
Nation & Europa – Deutsche Monatshefte	Peter DEHOUST Harald NEUBAUER	monatlich	15.000	ja
National Zeitung/ Deutsche Wochen- Zeitung	DVU	wöchentlich (ab Sept. 1999)	48.000	ja
NS KAMPFRUF	NSDAP/AO	unregelmäßig	500	ja
SACHSEN STIMME	NPD-Landesver- band Sachsen	unregelmäßig	unbekannt	nein

Publikation	Herausgeber	erscheint	Auflage (geschätzt)	abrufbar im Internet
Sachsens Glanz	Skinheads	unregelmäßig	unbekannt	nein
Signal - Das patriotische Magazin	Europa Vorn Vertrieb	vierteljährlich	5.000	ja
Staatsbriefe	Hans-Dietrich SANDER	monatlich	1.000	ja
Unabhängige Nachrichten	Freundeskreis Unabhängige Nachrichten	monatlich	10.000	ja

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der linksextremistischen Bestrebungen

Linksextremistische Autonome besitzen keine geschlossene Ideologie. Sie verfügen über kein einheitliches ideologisches oder strategisches Konzept. Ihr politisches Selbstverständnis besteht in der Schaffung „herrschaftsfreier Räume“. Darunter verstehen sie eine selbstbestimmte Lebensweise ohne Bevormundung durch jedwede Staatsform. Mit der Ablehnung jeglicher „Fremdbestimmung“ ist noch nicht ohne weiteres eine verfassungsfeindliche Zielsetzung verbunden. Erst dann, wenn Anhaltspunkte auf die aktive Bekämpfung der Verfassungsgrundsätze hinweisen, ist eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz gerechtfertigt.

Zum ideologischen Konzept der **marxistisch-leninistischen Bestrebungen** gehören vor allem orthodox-kommunistische Denkansätze marxistisch-leninistischer Prägung wie beispielsweise die Thesen vom Klassenkampf und von der Diktatur des Proletariats. Das Ziel dieser Zusammenschlüsse ist eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung. Deshalb soll die freiheitliche demokratische Grundordnung auf revolutionärem Wege „überwunden“, d. h. beseitigt, werden. Orthodoxe Kommunisten beanspruchen für sich, die einzig wahre und wissenschaftliche Weltanschauung zu besitzen. Aus diesem Grund sind vom Marxismus-Leninismus abweichende politische Vorstellungen nach ihrem ideologischen Ansatz erwiesenermaßen falsch. Die parlamentarische Demokratie lehnen marxistisch-leninistische Bestrebungen ab. Eine Beteili-

gung an parlamentarischen Wahlen kommt nur unter strategischen Gesichtspunkten in Betracht. In der gemeinsamen Vision, eine angeblich bestehende „konservative Hegemonie“ zu brechen, sind marxistisch-leninistische Parteien und Vereinigungen bemüht, bestehende soziale Konflikte aufzugreifen, zu verschärfen, ideologisch umzudeuten und im Sinne ihrer Strategie zu instrumentalisieren.

Im Bereich des **linksextremistischen Terrorismus** gibt es in der Bundesrepublik Deutschland derzeit folgende Bestrebungen:

- **ANTIIMPERIALISTISCHER WIDERSTAND (AIW)**
Angehörige dieser Struktur favorisieren in ihrem Bemühen um die Entwicklung neuer revolutionärer Politik die RAF-Konzepte aus den 70er und 80er Jahren. Zur Umwälzung der bestehenden politischen, sozialen und ökonomischen Ordnung halten sie den Aufbau einer avantgardistischen Guerilla und den bewaffneten Kampf für unverzichtbar.
Der AIW stellt ein politisch heterogenes Gefüge aus Zusammenschlüssen und Einzelpersonen dar. Es ist auch 1999 nicht gelungen, ein für alle Teile des AIW verbindliches revolutionäres Handlungskonzept zu entwickeln.
- **REVOLUTIONÄRE ZELLEN (RZ) / ROTE ZORA**
Sowohl die RZ als auch die ROTE ZORA, eine aus RZ-Zusammenhängen entstandene Frauengruppe, wollen das bestehende Staats- und Gesellschaftssystem auf sozialrevolutionärem Weg überwinden.
Ihre Vorgehensweise beruht auf dem Konzept, den bewaffneten Kampf nicht aus dem Untergrund, sondern aus konspirativen Strukturen in der „Legalität“ zu führen.

Überblick in Zahlen

1999 gehörten bundesweit ca. 34.200 Personen⁶⁹ linksextremistischen Bestrebungen an. Damit war im Vergleich zu 1998 (ca. 34.700) ein Rückgang um ca. 1,4 % zu verzeichnen.

Die Summe setzt sich, abzüglich der Mehrfachmitgliedschaften, aus den militanten Linksextremisten mit 7.000 Personen (davon etwa 6.000 Autonome) sowie 27.700 Anhängern marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen zusammen.

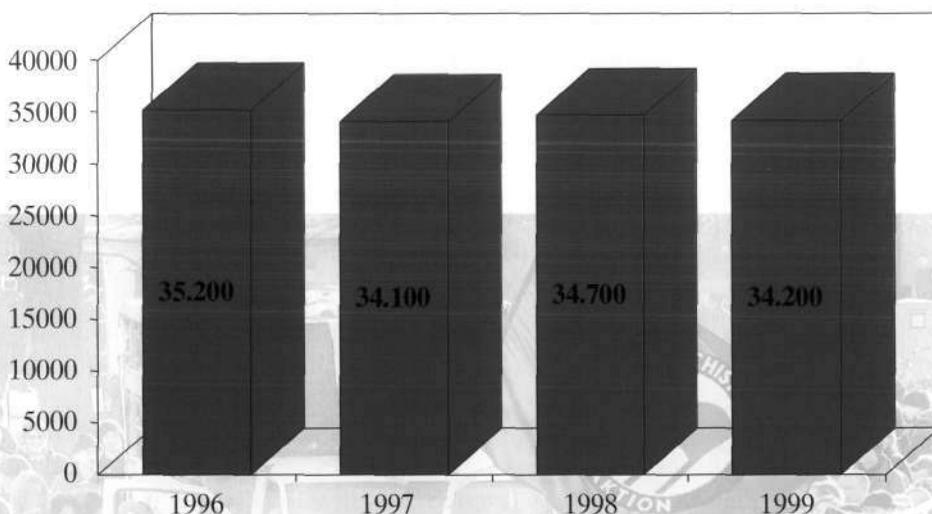
Während die Anzahl der linksextremistischen Autonomen gegenüber 1998 unverändert geblieben ist, gab es im Bereich der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen einen Mitglie-

derrückgang. Diesen Zusammenschlüssen gehörten 1998 ca. 28.400 Personen an.

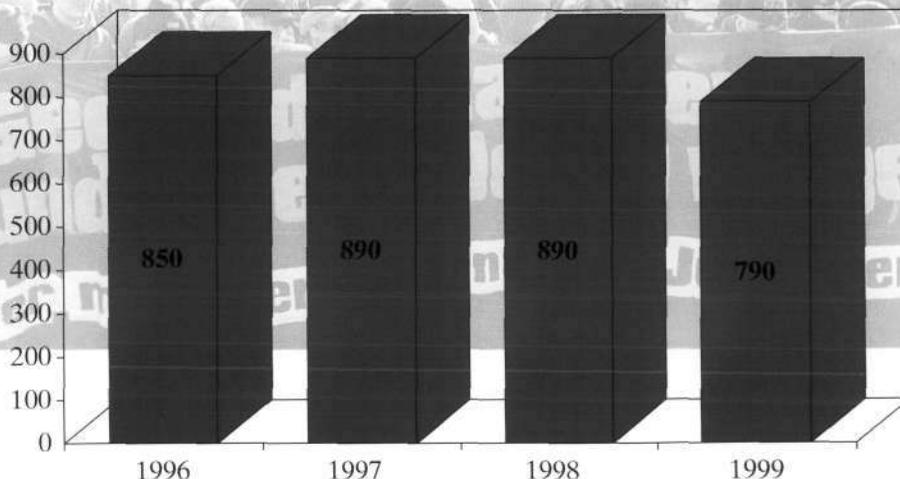
Im Freistaat Sachsen gestaltete sich die Entwicklung im Jahr 1999 ähnlich. Etwa 790 Personen (1998: 890) wurden linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet. Dies bedeutet gegenüber 1998 einen Rückgang um 11 %. Zwar blieb auch im Freistaat Sachsen die Zahl der linksextremistischen Autonomen konstant bei ca. 450. Ein Rückgang erfolgte jedoch bei den marxistisch-leninistischen Bestrebungen. DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG) löste sich 1998 auf Bundesebene auf.

Auch im Freistaat Sachsen entfaltete sie 1999 keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. Gleichwohl verfügt sie hier noch über einige kleine Regionalgruppen.

Linksextremisten in der Bundesrepublik Deutschland



Linksextremisten im Freistaat Sachsen



Ca. 57 % der Linksextremisten im Freistaat Sachsen, etwa 450 Personen, gehören der gewaltbereiten linksextremistischen autonomen Szene an.

Ca. 340 Personen, etwa 43 % aller Linksextremisten, sind Mitglied in einer marxistisch-leninistischen Bestrebung.

1998 betrug die Verteilung noch 51 % zu 49 %. Die Erhöhung des Anteils der linksextremistischen Autonomen an der Zahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen ist auf den Mitgliederrückgang im marxistisch-leninistischen Bereich zurückzuführen.

Zu den marxistisch-leninistischen Zusammen-

schlüssen im Freistaat Sachsen gehören:

- die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD),
- die MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD),

sowie die linksextremistischen Strömungen in der PDS:

- die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF der PDS),
- das MARXISTISCHE FORUM DER PDS (MF) und
- die ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG).

Die KPF hat ca. 100 Mitglieder. Sie ist damit die größte marxistisch-leninistische Gruppierung im Freistaat Sachsen.

Stellt man die Anzahl der Personen in den einzelnen Teilbereichen des Linksextremismus in Relation zu 100.000 Einwohnern, ergibt sich folgender Vergleich:

Anzahl der Linksextremisten in der Bevölkerung auf jeweils 100.000 Einwohner bezogen ⁷⁰	bundesweit		Freistaat Sachsen	
	1999	1998	1999	1998
Personen in marxistisch-leninistischen Bestrebungen	35	35	8	10
Militante Linksextremisten	9	9		
davon linksextremistische Autonome	7	7	10	10
Summe (abzüglich Mehrfachmitgliedschaften)	42	42	18	20

⁷⁰ Gesamtbevölkerung:
 Bundesrepublik Deutschland: 82.037.011 (aus: Statistisches Jahrbuch Sachsen 1999; Stand: 30.10.1999).
 Freistaat Sachsen: 4.489.415 (aus: Statistisches Jahrbuch Sachsen 1999; Stand: 30.10.1999).

Linksextremisten im Freistaat Sachsen

insgesamt: ca. 790 (1998: ca. 890)
bundesweit: ca. 34.200 (1998: ca. 34.700)⁷¹

Linksextremistischer Terrorismus

Linksextremistische Autonome

Marxistisch-leninistische Bestrebungen

Mitglieder:

Sachsen:
ca. 450 (1998: ca. 450)

bundesweit: über 6.000
(1998: über 6.000)

Mitglieder:

Sachsen:
ca. 340 (1998: ca. 440)

bundesweit: ca. 27.700
(1998: ca. 28.400)

davon:

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

Sachsen: weniger als 80
(1998: weniger als 80)
bundesweit: 200 (1998: 200)

MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)

Sachsen: ca. 40
(1998: ca. 40)
bundesweit: 2.000
(1998: weniger als 2.500)

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF DER PDS)

Sachsen: etwa 100
(1998: ca. 100)
bundesweit: ca. 2.000
(1998: ca. 2.000)

MARXISTISCHES FORUM (MF)

Sachsen: Einzelne
(1998: Einzelne)
bundesweit: keine Angaben.

ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG)

Sachsen: Einzelne kleine Gruppen
(1998: 100)
bundesweit: Dachorganisation
aufgelöst

Sonstige Gruppen und Parteien:

ROTE HILFE e. V.
Trotzkistische Gruppen
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
(DKP)

Sachsen: unter 120
(1998: unter 120)
bundesweit: keine Angaben

⁷¹ Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften.
Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Entwicklungstendenzen im Bereich Linksextremismus

Für die **linksextremistischen Autonomen** (nachfolgend: Autonome) war 1999 die Teilnahme rechtsextremistischer Parteien an der sächsischen Kommunal- und der Landtagswahl sowie an der Europawahl das Ereignis von zentraler politischer Bedeutung.

Verschiedene Kampagnen der Autonomen nahmen sich des Themas „Wahlkampf“ an. So startete die ANTIFASCHISTISCHE AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO) die „Antifa- Offensive 99“. Mit einer Vielzahl von Aktionen sollte bundesweit einem Erstarken der rechtsextremistischen Wahlparteien entgegengewirkt werden. Sachsens Autonome schufen mit „TargeT - wähle nicht Rassismus“ eine eigene Kampagne, mit der der Einzug von Rechtsextremisten in die Parlamente verhindert werden sollte. Da die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) im Wahlkampf auf Großveranstaltungen verzichtete, gab es für die Autonomen keine Plattform für Auseinandersetzungen wie sie sich im Vorjahr am 1. Mai in Leipzig anlässlich der NPD-Kundgebung entzündet hatten. Im Januar 1999 war eine Halle in Mulda Ziel eines Brandanschlages ohne nähere Bekennung. In dieser Halle fand der NPD-Bundestag statt.

Auch wenn die überregionalen Kampagnen keine große Wirkung erzielten, blieben die Autonomen im direkten Wahlkampfgeschehen nicht untätig. Einige Angriffe auf Informationsstände, insbesondere der rechtsextremistischen NPD, lassen deutliche Anhaltspunkte für einen linksextremistischen Hintergrund erkennen.

Wie ein roter Faden zog sich das Schlagwort vom Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ durch die „antifaschistischen“ Aktivitäten der Autonomen im Jahr 1999. Diese Auseinandersetzung zielt auf die Eroberung gesellschaftlicher Räume, aus denen der politische Gegner verdrängt werden soll. „Den Nazis keine Räume zu lassen, ihnen keinen Fußbreit zu gönnen, sie rauszuwerfen, sie zu schlagen, wo wir sie treffen, (...)“⁷² war das Credo der Autonomen. Höhepunkt der Aktivitäten zu diesem Thema war ein bundesweiter Kongress in Leipzig. Auf der dreitägigen Veranstaltung wurden insbesondere Positionen der militanten AA/BO und ihrer Vertretergruppen kontrovers diskutiert. Der Kongress griff auch die in Leipzig, wie

anderorts in der Bundesrepublik, in autonomen Kreisen geführte Kampagne gegen „akzeptierende Jugendarbeit“ auf. Durch diese Jugendarbeit wird versucht, Einfluss auf problembehaftete Jugendliche und Heranwachsende zu gewinnen. Soweit es sich dabei um rechtsextremistische Personen handelt, sehen die Autonomen in dieser Jugendarbeit eine staatliche Unterstützung von Faschisten und den Beleg für einen faschistischen Konsens in der Gesellschaft. Als Beispiel stand das Kirschberghaus in Leipzig-Grünau, das nach Meinung der Autonomen hauptsächlich von „Faschisten“ genutzt wurde, weshalb man sich berechtigt sah, militant gegen dieses Objekt vorzugehen.

Neben dem deutlich im Vordergrund stehenden „Antifaschismuskampf“ war auch der „Antirassismus“ ein Reizthema für die Autonomen.

Die „Asylpraxis und Ausländerpolitik“ gelangte Anfang August 1999 während des „Antirassistischen Grenzcamp 99“ in den Mittelpunkt des autonomen Interesses. Mit dem Camp versuchten in der Flüchtlingsarbeit aktive Gruppen, darunter insbesondere Autonome, die Abschiebep Praxis in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und die Arbeit des BGS zu diskreditieren. Wie bereits im Vorjahr errichteten sie ein einwöchiges Zeltlager, von dem Aktionen mit „Happening-Charakter“, aber auch gezielte Störungen der Grenzsicherungsanlagen ausgingen. Wie bereits im Jahr zuvor kam es im Zusammenhang mit dem Camp zu Straftaten. Insbesondere drohten Auseinandersetzungen mit lokalen rechtsextremistischen Gruppen zu eskalieren.

Als methodische Erweiterung der Aktionsformen hat im Jahr 1999 neben militanten und demonstrativen Aktionen die Desinformation an Bedeutung gewonnen. Dies wurde insbesondere im Zusammenhang mit dem zuvor genannten Grenzcamp deutlich. Flugblätter, lancierte Leserbriefe oder gefälschte öffentliche Bekanntmachungen mit fingierten Informationen sollten den politischen Gegner diskreditieren und Unruhe in der Bevölkerung verbreiten. Beispielsweise wurde eine gefälschte Mitteilung des Innenministeriums verbreitet, nach der sich die Bevölkerung darauf vorbereiten solle, dass das Gebiet von Zittau im Jahr 2001 an Polen abgetreten werde. Der in der Szene für solche Täuschungsmanöver verwendete Begriff ist „Kommunikationsguerilla“. Tipps dazu wurden als Broschüre ins Internet eingestellt und erreichten so einen großen Verbreitungsgrad.

⁷² CEE IEH, # 57, S. 6.

Regionaler Schwerpunkt der Autonomen im Freistaat Sachsen ist nach wie vor Leipzig. Dort existiert ein arbeitsteilig funktionierendes Netzwerk autonomer Gruppierungen. Auch die autonome Szene in Dresden zeigte sich ambitioniert, eine im bundesweiten Maßstab handlungsfähige Struktur zu entwickeln. Als Gegengewicht zu Leipzig ist die Dresdner Szene bemüht, sich als Zentrum einer sachsenweiten Vernetzung kleinerer Antifa-Gruppen zu etablieren. Bei größeren Aktionen gab es bisher jedoch kaum Erfolge. Eine beabsichtigte Mobilisierung der autonomen Szene zur Be- bzw. Verhinderung des „Holger-MÜLLER-Gedenkmarsches“ der NPD in Zittau scheiterte insbesondere an logistischen Unzulänglichkeiten.

Bei den **linksextremistischen Strömungen in der PDS** war eine geringe Aktivität festzustellen. Der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS (KPF) wie auch dem MARXISTISCHEN FORUM (MF) gelang es im Berichtszeitraum kaum, sich erfolgreich in die innerparteiliche Diskussion um die zukünftige Programmatik einzubringen. Allerdings haben Mitglieder der KPF wichtige Funktionen in Gremien der PDS. Die ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG), die ursprünglich als ein Bindeglied zwischen der Partei und außerparlamentarischen, insbesondere autonomen Strukturen verstanden wurde, löste sich auf Bundesebene auf. Die AG JG besteht nun (auch im Freistaat Sachsen) vor allem in regionalen Gruppen fort. Ihr Wirken ist in Sachsen nicht mehr so sehr wie bisher von der Beteiligung an Aktivitäten Autonomen geprägt.

Im übrigen **marxistisch-leninistischen Bereich** waren im Jahr 1999 trotz der Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen kaum Aktivitäten zu verzeichnen.

Die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) beteiligte sich an der sächsischen Landtagswahl und warb mit dem Slogan „Arbeit, Brot und Völkerfrieden“. Sie erzielte jedoch nur 0,1 % der Stimmen und blieb insgesamt bedeutungslos.

Die MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) trat vor dem Hintergrund des NATO-Einsatzes im Kosovo, den sie auf das Schärfste verurteilte, an die Öffentlichkeit. Hierbei hatte sie allerdings insbesondere die Mitgliederwerbung im Auge. Ihr Bestreben wurde jedoch nur am Rande wahrgenommen.

Im Bereich des **linksextremistischen Terrorismus** waren nach dem Niedergang der ROTEN ARMEE FRAKTION (RAF) und der Inhaftierung und Verurteilung von Mitgliedern der ANTIMPERIALISTISCHEN ZELLE (AIZ) keine Aktivitäten mit terroristischer Qualität zu verzeichnen.

Linksextremistische Autonome

Potenzial

Ein großer Teil der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen besteht aus linksextremistischen Autonomen (nachfolgend in diesem Beitrag: Autonome). 450 von insgesamt 790 Linksextremisten gehören dieser Szene an. Trotz ständiger Fluktuation ist die Zahl der Autonomen im Freistaat Sachsen 1999 gegenüber 1998 konstant geblieben. Abwanderungen konnten offenbar durch Zulauf vor allem jüngerer Personen wieder ausgeglichen werden. Es mehren sich jedoch die Anzeichen, dass die Schwierigkeiten, junge Leute zu gewinnen, für die Autonomen zunehmen.

Hervorzuheben ist die Gewaltbereitschaft unter den Autonomen. Es ist davon auszugehen, dass die 1999 im Freistaat Sachsen verübten 201 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund überwiegend von Autonomen begangen wurden. Aber auch andere linksextremistische Aktivitäten, z. B. öffentliche Protestkundgebungen, gehen überwiegend von Autonomen aus.

Im Jahr 1999 gab es Aktionen hauptsächlich in Dresden, Plauen, Freiberg, im Raum Zittau/Görlitz, in Wurzen und im besonderen Maße in Leipzig.

Charakteristik

Autonome verfolgen kein einheitliches ideologisches oder strategisches Konzept. Viele orientieren sich an diffusen anarchistischen oder kommunistischen Ideologiefragmenten. Sie sehen sich in einer totalen Opposition zum „System“ und streben nach einem freien, selbstbestimmten Leben innerhalb herrschaftsfreier Räume. Staatliche und gesellschaftliche Normen lehnen sie ab. Die Propagierung des aktiven Kampfes gegen den Staat und dessen praktische Umsetzung in Form von Aktionen verleiht dem Streben Autonomen ei-

nen linksextremistischen Charakter. Gewalt, sowohl gegen Personen wie auch gegen Sachen, wird zur Durchsetzung der Ziele weitgehend befürwortet. So resümierten Anfang des Jahres 1999 „einige Antifas“ zu dem Thema Gewalt: „(...) Natürlich lehnen wir es keineswegs ab, Nazis offensiv anzugreifen, aber wenn man (...) vor der Entscheidung zwischen einem persönlichen Angriff und der Zerstörung von Sachwerten steht, empfiehlt es sich, die erfolgversprechendere Möglichkeit zu wählen.“⁷³

Neben dieser Grundhaltung sorgt eine „antifaschistische“, „antirassistische“ und „antipatriarchale“ Einstellung für einen Konsens im autonomen Spektrum.

Die autonome Szene ist nicht fest gefügt. Sie setzt sich aus verschiedenen Gruppen mit teils unterschiedlichen Aktionsformen und Funktionen im politischen Kampf zusammen. Kleine und nach außen abgeschottete Gruppen begeben militante Aktionen; offene Plenen und Aktionsbündnisse werben neue Mitglieder, stimmen Aktionen ab und organisieren Demonstrationen. Regionale Gruppen sind in ihren Gebieten tätig. Die Gruppen stehen häufig untereinander in Verbindung und führen bestimmte Aktionen gemeinsam durch.

Im Jahr 1999 diskutierte die Szene über neue Strategien. In diesen Diskussionen kamen auch verstärkte Bemühungen um bundesweite Vernetzungen zum Ausdruck. Nicht zuletzt um die eigene Bedeutung und Wirkungskraft zu verbessern, wurden der von sächsischen Autonomen organisierte „Verstärkerkongreß“ durchgeführt und die bundesweite Kampagne „Antifa Offensive 99“, an der sich auch sächsische Autonome beteiligten, ins Leben gerufen.

Aktionsformen

Das Aktionsspektrum Autonome bewegt sich je nach Art und Vernetzung der Gruppe zwischen gewalttätigen oder demonstrativen Aktionen. Teilweise stehen die Aktionen im Zeichen überregionaler Kampagnen.

Die bereits 1998 festgestellte Zunahme militanter Aktionen setzte sich 1999 fort. Anlass für die gesteigerte Militanz im Freistaat Sachsen waren die Europa- und Kommunalwahlen im Juni und die Landtagswahl im September.

Dabei richteten sich die Angriffe vor allem gegen die rechtsextremistischen Parteien NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und DIE REPUBLIKANER (REP).

Gewalttätige Aktionen Autonome können in „Massenmilitanz“ und „klandestine Aktionen“ unterschieden werden.

Proteste in Form der „Massenmilitanz“ entwickeln sich aus Großereignissen, insbesondere Demonstrationen, heraus. Die Demonstrationen werden bewusst als Ausgangsbasis für Gewalttaten genutzt. Diese werden im Schutz der Menge verübt. Die Gewalt richtet sich dabei in aller Regel nicht nur gegen das direkte politische Angriffsziel wie z. B. Rechtsextremisten, sondern auch gegen die Polizeikräfte als Vertreter des Staates.

Während es 1998 im Freistaat Sachsen noch Demonstrationen gab, in deren Verlauf es zu Ausschreitungen kam⁷⁴, verliefen die Demonstrationen autonomer Gruppen im Berichtszeitraum größtenteils friedlich oder es kam nur zu geringen Störungen. Konzepte zur Verhinderung von Aktionen des politischen Gegners wie z. B. die Anwendung des „dezentralen Konzeptes“ (Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1998, S.109ff.) konnten nicht umgesetzt werden. Die Ursachen hierfür lagen in Organisations- und Mobilisierungsdefiziten der autonomen Szene und insbesondere in der hohen Präsenz der Sicherheitsbehörden.

Bei der „klandestinen Aktion“ erhoffen sich Autonome Schutz vor staatlichen Maßnahmen, indem die Aktion nur einem kleinen Kreis miteinander vertrauter Personen bekannt gemacht, konspirativ vorbereitet und schließlich handstreichartig ausgeführt wird.

Im Gegensatz zur „Massenmilitanz“ nahmen 1999 die „klandestinen Aktionen“ im Freistaat Sachsen erheblich zu.

Beispiele für derartige gewalttätige Aktionen im Jahr 1999 sind u. a. folgende Ereignisse:

- Am 1. März 1999 wurde das Türschloss des „Café Germania“ in Dresden mit Klebstoff unbrauchbar gemacht, nachdem in derselben Nacht eine mit Buttersäure gefüllte Flasche in die noch geöffnete Gaststätte geworfen worden war. Das „Café Germania“ ist ein Treffpunkt von Rechtsextremisten.

⁷³ INTERIM, Nr. 467, vom 14. Januar 1999, S. 7.

⁷⁴ Z. B. am 1. Mai in Leipzig gegen die NPD-Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal und am 11. Juli in Chemnitz ebenfalls gegen einen NPD-Aufzug.

- In der Berliner autonomen Szenezeitschrift *INTERIM* Nr. 471 vom 21. März 1999 war dazu ein Tatbekenntnis veröffentlicht worden. Darin heißt es: „Wir werden auch in Zukunft nicht tatenlos zusehen, wenn Nazis öffentliche Räume dazu nutzen, ihre Strukturen zu festigen (...) NAZIZENTREN ANGREIFEN WEG MIT DEM CAFE GERMANIA !!!“ Die unbekanntenen Verfasser argumentierten in ähnlicher Weise wie kurz zuvor die *ANTIFA DRESDEN* in ihrer Pressemitteilung zur Eröffnung des „Café Germania“ am 18. Februar 1999.

Bereits in der Nacht zum 17. Februar 1999 war ein erster Anschlag gegen das „Café Germania“ verübt worden. Unbekannte hatten Fensterscheiben eingeworfen, die Leuchtreklame beschädigt und an der Hauswand den Spruch „Keine Räume für Nazis“ hinterlassen. Am Eröffnungstag ging bei der Polizei eine telefonische Bombendrohung gegen das Lokal ein, in der geäußert wurde: „Keine Nazikneipen in Sachsen“.

- Am 16. Juli 1999 überfielen ca. 30 schwarz gekleidete Personen ein Lokal in Leipzig. Dabei schlugen die Täter mit Knüppeln und Steinen Fensterscheiben ein und sprühten Reizgas in die Räume. Bei der Gaststätte handelt es sich nach Auffassung der linksextremistischen autonomen Szene Leipzigs um einen Treffpunkt von Rechtsextremisten.

Über den Angriff wurde auf der Internet-Seite der Leipziger Fronte - Update News unter der Überschrift „Nazis aufs Maul“ berichtet.

Bereits im Mai 1999 war das Lokal Ziel eines Buttersäureanschlags.

- Während der Wahlkämpfe im Jahr 1999 wurden in ganz Sachsen Aktionen gegen demokratische und rechtsextremistische Parteien registriert. Diese reichten vom Unkenntlichmachen oder Entfernen der Wahlplakate bis hin zu körperlichen Angriffen auf Teilnehmer und Redner von Wahlkampfveranstaltungen und Wahlhelfer. Die Täter konnten meist unerkannt entkommen.

Besonders aggressiv war ein Angriff am 9. Juni in Leipzig auf die Betreiber eines NPD-Infostandes durch zehn verummte Personen. Der Standbetreuer wurde mit einem Schlagring verletzt.

Dieser Vorfall wurde im Internet auf der Seite der Leipziger Fronte - Update News vom 11. Juni 1999 ohne weitere Kommentierung unter der Überschrift „Infostand gleich Feuerholz gleich Beulen“ erwähnt.

Strukturen

Bundesweite Strukturen

Autonome lehnen grundsätzlich fest gefügte Organisationen und Hierarchien ab. Sie schließen sich meist nur auf örtlicher Ebene zu einer offenen, halboffenen oder klandestinen Kleingruppe zusammen. Es gibt aber auch Ansätze regionaler oder sogar bundesweiter Koordination. Insbesondere im Zusammenhang mit bestimmten Schwerpunktthemen unterstützen sich die ansonsten eigenständig agierenden Gruppen gegenseitig, z. B. bei Demonstrationsaufrufen. Darüber hinaus entwickelten sich in den letzten Jahren bundesweite Organisationsansätze.

Einer davon ist die 1992 gegründete *ANTIFASCHISTISCHE AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO)*. Mit diesem Zusammenschluss wurde eine Möglichkeit zu kontinuierlicher politischer Arbeit in festen Strukturen geschaffen.

Der AA/BO gehören elf Gruppen aus zehn Städten an. Dazu zählen u. a. die *AUTONOME ANTIFA (M)* aus Göttingen, die *ANTIFASCHISTISCHE AKTION BERLIN* sowie die *ANTIFASCHISTISCHE GRUPPE HAMBURG*. Im Jahr 1999 intensivierte eine sächsische autonome Gruppe – die im gleichen Jahr gegründete *ROTE ANTIFASCHISTISCHE AKTION LEIPZIG (R.A.A.L.)* – die Verbindung zur AA/BO. Sie besaß 1999 einen Beobachterstatus innerhalb der AA/BO.

Die bereits im Jahr 1998 von der AA/BO initiierte Diskussion über die Perspektiven „antifaschistischer“ Bewegungen hatte 1999 die Gründung der Kampagne „Antifa Offensive 99“ zur Folge. Sie startete im März 1999. In ihrem Rahmen sollten das ganze Jahr hindurch bundesweit koordinierte Aktionen gegen Rechtsextremisten und ihre „Verbündeten“ stattfinden. Dieses Vorhaben wurde auch umgesetzt. Die „Antifa Offensive 99“ sollte auch dazu dienen, die antifaschistische Organisation voranzutreiben und neue Ideen, Aktionsformen und Konzepte zu entwickeln.

Als sächsische autonome Gruppe beteiligte sich die R.A.A.L. an der „Antifa-Offensive 99“.

Während mit der AA/BO eine verbindliche Struktur existiert, die sich gegen „das System mit all seinen Übeln“ richtet und „offensiv gegen die Drahtzieher und Ideologen des Nazi-Terrors“ vorgeht, entstand im Frühjahr 1993 mit dem *BUNDESWEITEN ANTIFA-TREFFEN (B.A.T.)* eine weitere, aber weniger verbindliche Vernetzungsform. Sie soll

dem überregionalen Informationsaustausch und der Abstimmung gemeinsamer Aktionen im Rahmen des „Antifaschismuskampfes“ dienen. Das B.A.T. hat eine breitere Basis als die AA/BO. An den zweimal jährlich, u. a. auch im Freistaat Sachsen, stattfindenden Delegiertentreffen beteiligten sich seit 1993 insgesamt über 50 teils gewaltbereite autonome „Antifa“-Gruppen.

Landesweite Strukturen

Auch auf Landesebene ist eine Tendenz zur Vernetzung autonomer Gruppen feststellbar. Es finden sachsenweite „Antifa-Vernetzungstreffen“ statt. Das Leipziger BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BgR) beabsichtigt, diese Treffen nach dem Vorbild der BUNDESWEITEN ANTIFA-TREFFEN (B.A.T.) auszurichten. Es soll ein landesweites „Antifa-Netzwerk“ etabliert werden, das die Eigenständigkeit der einbezogenen Gruppen wahrt. Mit diesen Vorstellungen tritt das Leipziger BgR anderen linksextremistischen autonomen Gruppen entgegen, die eine Organisation nach dem Vorbild der militanten linksextremistischen ANTIFASCHISTISCHEN AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO) vorgeschlagen hatten.

Nach Vorstellungen des Leipziger BgR sollen die „Antifa-Vernetzungstreffen“ in erster Linie „Organisierungs- und Mobilisierungstreffen“ sein, bei denen „Diskussionsprozesse zu verschiedenen Komplexen in Gang gesetzt“ werden. Es sollen ebenso Grundsatzdiskussionen zu Themen wie Faschismus-Analyse, Bündnispolitik oder „rassistischer Konsens“ geführt werden, wie auch gemeinsame Recherche- und Analysearbeit geleistet, Fragen autonomer Strategie und Taktik diskutiert und Kampagnen und Mobilisierungen geplant und durchgeführt werden.

Leipzig

In Leipzig befindet sich die aktivste und am besten organisierte autonome Szene im Freistaat Sachsen. Zu den wesentlichen Aktionsfeldern der Leipziger Szene zählten im Jahr 1999 „Antifaschismus“ und „Antirassismus“.

Berichte, Aufrufe, Diskussionen und Meinungen der Autonomen veröffentlicht die regelmäßig monatlich erscheinende Szenezeitschrift Klarofix. Zunehmend werden von der Leipziger autonomen Szene auch elektronische Medien zur Verbreitung von Aufrufen und Terminen genutzt. So erscheint

beispielsweise die frühere Szene-Zeitschrift *Frente* seit März 1999 als *Frente-Update* im Internet.

Diese Kommunikationsmittel stellen eine Ergänzung zur Kommunikation in der Gruppe dar. Der Informationsaustausch findet vor allem auf Treffen des OFFENEN ANTIFASCHISTISCHEN PLENUMS (OAP) und des BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BgR) statt.

Auch neue Gruppierungen wie das 1997 gegründete ANTIFASCHISTISCHE SCHULNETZ Leipzig (ASN) und die 1999 erstmals in Erscheinung getretene ROTE ANTIFASCHISTISCHE AKTION LEIPZIG (R.A.A.L.) konnten sich im Jahr 1999 in Leipzig etablieren.

Das OFFENE ANTIFASCHISTISCHE PLENUM (OAP) trifft sich seit mehreren Jahren wöchentlich. Wie andere autonome „Antifa“-Gruppen widmet es sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus und befürwortet dabei auch die Anwendung von Gewalt.

1999 rief das OAP beispielsweise zu einer Kundgebung am 24. Januar gegen das Jugendzentrum „Kirschberghaus“ in Leipzig-Grünau auf, weil es als Zentrum rechter Gewalt eingeschätzt wurde. Ca. 60 Autonome kamen dem Aufruf nach. Bei den Auseinandersetzungen zwischen den Kundgebungsteilnehmern und Gästen des „Kirschberghauses“ erlitten Personen Verletzungen. Die Polizei nahm elf Personen fest.

Die Mobilisierung sächsischer autonomer Gruppen zu „antifaschistischen“ Aktionen gegen einen NPD-Aufzug am 1. Mai in Bremen unterstützte das OAP mit einer Infoveranstaltung am 29. April unter dem Motto „Naziaufmarsch verhindern!: ein Fußtritt den Faschisten!“.

Das OAP unterstützte auch eine „Antirassistische Demonstration“ am 24. Juli 1999 in Leipzig, die sich gegen die Prozesse gegen die Besetzer des Generalkonsulates der Hellenischen Republik (Griechenland) vom 16. Februar 1999 richtete.

Das OAP nutzt zur Veröffentlichung von Terminen die Internet-Seite des Infoladens Leipzig.

Auch das Leipziger BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BgR), das seit 1995 besteht, unterstützte und initiierte extremistische Aktionen.

1999 beteiligte es sich aktiv an „antifaschistischen“ Aktionen in Wurzen. Es forderte in Aufrufen zu einer Demonstration am 27. Februar „die sofortige Einstellung aller Verfahren und Ermittlungen gegen Alternative und Linke in Wurzen und Umgebung“. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen zwischen rechts- und linksextremistischen Jugendlichen in Wurzen, bei denen

ein rechtsextremistischer Jugendlicher durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt worden war.

Anlässlich des 55. Jahrestages des Todesurteiles gegen den früheren Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl Friedrich Goerdeler wurde ein ihm gewidmetes Ehrenmal vor dem Neuen Rathaus in Leipzig eingeweiht. Neben anderen linksextremistischen Gruppen kündigte insbesondere das BgR Proteste gegen die Einweihung des Ehrenmals an. Es gründete sich innerhalb des BgR eine GOERDELER-AG, die sich mit der Planung der Proteste befasste. Diese Proteste sollten auf die – nach autonomer Meinung – antisemitische Einstellung Goerdelers hinweisen. Im Aufruf der GOERDELER-AG zu Aktivitäten gegen die Denkmalseinweihung wird der Stadt Leipzig als Organisator der Einweihung unterstellt, mit der Ehrung eines „Antisemiten und Nationalsozialisten“ die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands rehabilitieren zu wollen. Während der Veranstaltung kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Ehrengästen und Protestierenden. Die Polizei nahm acht Personen vorübergehend in Gewahrsam.

Als Organisator des „Kulturellen-Hegemonie-Kongresses“⁷⁵ vom 22. bis 24. Oktober 1999 in Leipzig festigte das Leipziger BgR seine Stellung innerhalb der bundesweiten linksextremistischen autonomen Szene. Etwa 350 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen an dem Kongress teil. Ziel des Kongresses war nach Darstellung des BgR, die Debatte über verschiedene Analyse- und Politikansätze innerhalb der antifaschistischen Bewegung aufzugreifen. Im Mittelpunkt der Diskussion sollten vor allem Fragen nach dem Aufbau einer „linken Gegenkultur“ sowie die Erarbeitung von politischen Strategien und Organisationsansätzen stehen. So resümierte das BgR, im Vorfeld zum Kongress: „Den Nazis keine Räume zu lassen, ihnen keinen Fußbreit zu gönnen, sie rauszuwerfen, sie zu schlagen, wo wir sie treffen, dies blieben auch bei uns Maximalforderungen, die sich in der Realität alles andere als verwirklichen ließen.“⁷⁶ Auch wenn die erhofften kontroversen Auseinandersetzungen ausblieben und vorhandene Differenzen der Gruppen nicht ausgetragen wurden, bildete nach Ansicht des BgR der Kongress erste Ansatzpunkte der Analyse „rechter Alltagskultur“ und „Ansätze für mögliche Konzepte und Strategien linksradikaler, antifaschistischer Politik“⁷⁷.

In dem zum Kongress veröffentlichten Reader wurden unter anderem Vertreter der linksextremistischen Gruppierungen ANTIFASCHISTISCHE AKTION BERLIN, ANTIFASCHISTISCHES SCHULNETZ Leipzig, AUTONOME ANTIFA (M) Göttingen sowie der ROTEN ANTIFASCHISTISCHEN AKTION LEIPZIG als Referenten angekündigt.

Eine weitere autonome Leipziger Gruppierung ist das ANTIFASCHISTISCHE SCHULNETZ (ASN). Es gründete sich 1997. Neben der Planung und Durchführung von Aktionen gegen den politischen Gegner mit z. T. militantem Charakter sieht das ASN eine seiner Hauptaufgaben in der politischen Aufklärungsarbeit an Schulen. Tatsächliche Anhaltspunkte deuten darauf hin, dass es sich bei den Mitgliedern um linksextremistische Autonome handelt. Das ASN lehnt Gewalt zwar prinzipiell ab, „aber in bestimmten Situationen (Verteidigung) unter bestimmten Bedingungen“ sei sie legitimierbar⁷⁸.

Das ASN organisierte am 2. Juli 1999 eine Demonstration in Leipzig. Ca. 200 Personen demonstrierten unter dem Motto „Mit Lust und Laune gegen Braune“ friedlich gegen den vermeintlichen Rechtsruck in der Gesellschaft. Während der gesamten Demonstration riefen Sprechchöre u. a. „Nazis raus“ und „Braune verrecke“. Die Teilnehmer trugen Transparente mit den Aufschriften „Toleranz tötet – den rechten Konsens angreifen!“ oder „Aufs Vaterland geschissen national – total egal“.

Die ROTE ANTIFASCHISTISCHE AKTION LEIPZIG (R.A.A.L.) entstand Anfang 1999 in Leipzig. Die Gruppierung hat einen Beobachterstatus in dem bundesweiten militanten Zusammenschluss ANTIFASCHISTISCHE AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO). Die R.A.A.L. zeigt ihre militante Ausrichtung in öffentlichen Aufrufen. So warb sie in einem Flyer für die Demonstration am 1. Mai in Berlin. Darin bezog sie sich auf die dort vor einem Jahr stattgefundenen massiven Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und der Polizei, die aus autonomer Sicht als Erfolg dargestellt wurden und 1999 wiederholt werden sollten.

In Leipzig trat die R.A.A.L. erstmals offen am 7. April 1999 als Organisator einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Kunst und Kampf“ in Erscheinung, an der auch die AUTONOME ANTIFA (M) teilnehmen sollte.

⁷⁵ Auch „Postbananischer Zustände-Verstärkerkongress“ genannt.

⁷⁶ CEE-IEH - Der Conne Island Newsflyer # 57, S. 6.

⁷⁷ Pressemitteilung des BgR vom 24.10.1999.

⁷⁸ ANTIFASCHISTISCHES SCHULNETZ; Infoflyer #1 Sommer '97.

Dresden

„Antifaschismus“ und „Antirassismus“ zählten auch in der Dresdener linksextremistischen autonomen Szene zu den wesentlichen Aktionsfeldern im Jahr 1999.

Ihren organisatorischen Kern haben die Dresdner Autonomen in der ANTIFA DRESDEN. Sprachrohr der autonomen Szene einschließlich der ANTIFA DRESDEN ist die unregelmäßig erscheinende Flugschrift AUTONOMER NACHRICHTENDIENST (AND), die von ihren Herausgebern auch als „extrablatt der zeitschrift venceremos“ bezeichnet wird. Teile des AND werden von der ANTIFA-DRESDEN/INTERNETGRUPPE in die Internetseiten der ANTIFA DRESDEN eingestellt. Sowohl die ANTIFA DRESDEN als auch der AND nutzen den „Infoladen Dresden“ als Kontaktadresse.

Von der aus früheren Jahren bekannten Szenenzeitschrift venceremos sind 1999 keine Ausgaben erschienen.

Im Frühjahr wurde in Dresden das Lokal „Café Germania“ eröffnet. Es ist ein Treffpunkt von Rechtsextremisten. Die ANTIFA DRESDEN initiierte eine Kampagne gegen dieses Lokal. Ziel sollte die Schließung der Gaststätte sein. Im Rahmen dieser Kampagne kam es zu Anschlägen auf die Gaststätte. Bereits vor der Eröffnung am 18. Februar 1999 veröffentlichte die ANTIFA DRESDEN eine Pressemitteilung.

Demnach sieht sie das „Café Germania“ als Bestandteil einer „deutschlandweiten Infrastruktur von Nazi-Objekten“. Vorausschauend stellt sie fest: „Was in Berlin erreicht wurde, sollte in Dresden nicht unmöglich sein“. In Berlin musste nach mehreren Anschlägen und Demonstrationen ein Lokal mit dem Namen „Café Germania“ im Dezember 1998 schließen. Berliner Autonome rechnen es sich als Erfolg an, die Schließung durch militante Aktionen und „breiten antifaschistischen Widerstand“ bewirkt zu haben.

In der Szenenzeitschrift INTERIM, Nr. 471, vom 21. März 1999 kündigte die militante ANTIFASCHISTISCHE AKTION BERLIN (AAB) an, künftig alle „AntifaschistInnen“ im Kampf gegen gleichartige Lokale in ihrer Region unterstützen zu wollen.

Auch aus anderen Anlässen kam es in Dresden zu mehreren Straf- und Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, bei denen die Vorgehensweise auf die Täterschaft autonomer hinweist.

Ein wichtiges Thema waren die diesjährigen Kommunal- und Landtagswahlen. Die Dresdner linksextremistische autonome Szene agierte dabei im Rahmen der Kampagne „Target-Wähle nicht Rassismus“ zum einen gegen den befürchteten Einzug von Rechtsextremisten in die Parlamente und zum anderen gegen einen angeblich „rassistischen Wahlkampf“ der demokratischen Parteien. Vor allem sollte verhindert werden, „dass Nazis ungestört ihren Wahlkampf führen“. So wollte man u. a. gegen Infostände „neonazistischer Parteien“ vorgehen. Angriffe auf Wahlkampfveranstaltungen der NPD und REP folgten.

Dresdner Autonome mobilisierten ferner zur Verhinderung des Bundesparteitages der NPD am 23./24. Januar 1999 in Mulda und zur Verhinderung einer NPD-Veranstaltung am 1. Mai in Bremen.

Kommunikation

Um Aktionen unabhängig von einer zentralen Organisationsform gemeinsam planen und durchführen zu können, ist für autonome Gruppen die Kommunikation sehr wichtig. Neben unmittelbaren persönlichen Kontakten spielen dabei verschiedene Kommunikationsformen eine wichtige Rolle. Dazu zählen regelmäßig stattfindende Plena zum direkten Meinungs- und Informationsaustausch. Aber auch Kommunikationstechnologien wie Mailbox-Verbundsysteme, Internet und Info-telefone werden genutzt.

Das seit 1998 von der Leipziger autonomen Szene eingerichtete „Antifaschistische Infotelefon“ wird weiterhin als wichtiger Multiplikator zur Verbreitung von Informationen genutzt.

Sächsische Autonome sind auch im Internet mit eigenen Homepages präsent, beispielsweise mit der Homepage der Dresdner Szenenzeitschrift venceremos.

Darüber hinaus werden Infoläden, Szenekneipen, szenebetriebene Buchläden und dgl. als Treffmöglichkeiten genutzt. Im Freistaat Sachsen gibt es Infoläden in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Freiberg und Plauen. Mehr als 80 derartige „Netzknotten“ existieren bundesweit.

Ein wichtiges Informationsmittel sind – bundesweit oder auf regionaler Ebene erscheinende – Szenepublikationen. Sie veröffentlichen Berichte, Thesenpapiere, Aufrufe zu Veranstaltungen oder Demonstrationen und dienen als Diskussionsfo-

rum. Diese, bundesweit etwa 50, zum Teil konspirativ hergestellten und vertriebenen Blätter sind wichtige Multiplikatoren extremistischen Gedankengutes. Eine zentrale Bedeutung hat die vierzehntägig erscheinende Berliner Szenezeitschrift INTERIM.

Im Freistaat Sachsen ging im Jahr 1999 die Veröffentlichung von Schriften, die nur regionale Relevanz besitzen, stark zurück. Regelmäßig erschien die Leipziger Szenezeitschrift Klarofix, anlassbezogen die Flugschrift autonomer NACHRICHTEN-dienst (AND) aus Dresden.

Aktionsfelder

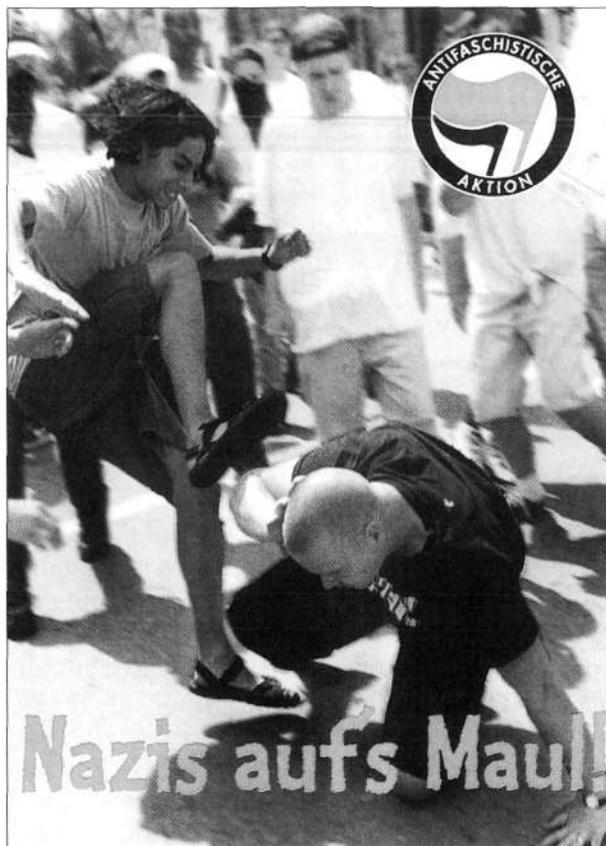
„Antifaschismus“

Der Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche rechtsextremistische Personen, Institutionen und Entwicklungen gehört zu den wesentlichen Aktionsbereichen Autonomer. Für Autonome ist der „antifaschistische Kampf“ nicht allein ein „Anti-Nazi-Kampf“. Die Wirkung soll weiter gehen und richtet sich gegen die angeblichen Wurzeln des Rechtsextremismus, die sie im System der Bundesrepublik Deutschland ausgemacht haben wollen. So sieht das Leipziger BgR den Grund für das Erstarken der „organisierten Naziszene“ in der „staatlichen nationalistisch-rassistischen Politik – fußend auf einem in der deutschen Bevölkerung ausgeprägten rassistischen Konsens (...)“⁷⁹.

Den antifaschistischen Kampf nutzen die Autonomen auch zur Politisierung und Förderung der Militanzbereitschaft ihrer Anhänger. Die Anwendung von Gewalt ist für Autonome ein wichtiges Mittel im Kampf gegen den Faschismus. Dies wird u. a. mit gezielten Anschlägen und entsprechenden Selbstbezeichnungen in Szenezeitschriften verdeutlicht.



Die unbekanntenen Verfasser eines Tatbekenntnisses zu Sachbeschädigungen am „Café Germania“ in Dresden wollen „auch in Zukunft nicht tatenlos zusehen, wenn Nazis öffentliche Räume dazu nutzen, ihre Strukturen zu festigen, um ihr menschenverachtendes Gedankengut zu verbreiten.“⁸⁰



Großdemonstrationen mit Beteiligung von Autonomen aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland fanden 1999 im Freistaat Sachsen nicht statt.

Zu den überwiegend friedlichen antifaschistischen Demonstrationen im Jahr 1999 wurde zumeist nur im Freistaat Sachsen aufgerufen. Vereinzelt unterstützten Autonome aus Sachsen Demonstrationen in anderen Bundesländern. Deutlich zugenommen haben 1999 allerdings militante Aktionen Autonomer.

„Antifa“-Aktionen sächsischer Autonomer im Jahr 1999

Am 23. Januar 1999 war der Bundesparteitag der rechtsextremistischen NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) in Mulda Ziel von „Antifa“-Aktionen Autonomer.

⁷⁹ Redebeitrag des Leipziger BgR auf der Demonstration gegen den NPD-Bundesparteitag am 23.01.1999 in Mulda/Sachsen.

⁸⁰ INTERIM, Nr., 471, vom 11.03.1999, S. 19.



Schmierereien an öffentlichen Gebäuden in Mulda gegen den NPD-Parteitag
Foto: LfV Sachsen

Sie beteiligten sich an einer Demonstration in Mulda. Unter dem Motto „Kein Frieden mit Nazis“ demonstrierten ca. 550 Personen gegen den Bundesparteitag der NPD.

Bereits an der Mobilisierung zu der Demonstration, die auch von nicht extremistischen Gruppen ausging, hatten sich Autonome aus dem Freistaat Sachsen intensiv beteiligt, namentlich das BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BgR) und Autonome, die im ANTI-FASCHISTISCHEN AKTIONSBÜNDNIS FREIBERG mitwirkten.

Im Verlauf der Demonstration beschädigten Demonstranten das Fahrzeug eines Delegierten des NPD-Parteitages. Ferner kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Bereits in der Nacht zum 21. Januar war ein Brandanschlag auf die Halle verübt worden, in der der Parteitag durchgeführt werden sollte. In Freiberg wurden in der Nacht zum 24. Januar die Reifen an Fahrzeugen zerstochen, die Teilnehmern des NPD-Parteitages gehörten.

Diese Taten entsprechen der erklärten Vorgehensweise von Autonomen, den politischen Gegner an der An- und Abreise zu hindern und ihm erheblichen materiellen Schaden zuzufügen.

Weitere „antifaschistische“ Aktionen im Freistaat Sachsen richteten sich gegen den von der NPD organisierten „Holger-MÜLLER-Gedenkmarsch“ am 3. Juli 1999 in Zittau.

Autonome planten, diesen Aufzug zu verhindern. Dazu sollte das dezentrale Konzept angewendet werden. Dieses Konzept steht für eine Strategie,

mit der Autonome versuchen, in Kleingruppen unmittelbar an den politischen Gegner heranzukommen und ihn anzugreifen (vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1998, S. 109 ff.). Schwächen in der eigenen Mobilisierung und starke Polizeipräsenz ließen das Konzept scheitern.

In der linksextremistischen autonomen Szene wurden auch Auseinandersetzungen zwischen Besuchern eines Punkkonzertes und Besuchern der nahe gelegenen Diskothek „La Belle“ am 1. Oktober 1999 in Hohenstein-Ernstthal thematisiert. In deren Folge nahm die Polizei mehrere Personen wegen des Verdachts auf schweren Landfriedensbruch fest. In den frühen Morgenstunden des darauf folgenden Tages wurde ein Punker schwer verletzt aufgefunden. Er verstarb kurz darauf an den Folgen seiner Kopfverletzungen. Die Tat wurde in den Medien Skinheads zugeordnet.

Am Abend des 3.10.1999 formierte sich in Hohenstein-Ernstthal eine Spontandemonstration. Die 150 bis 200 Teilnehmer – überwiegend Autonome – besprühten Häuserfassaden, bewarfen Autos mit Steinen und schossen Leuchtraketen ab. Dabei wurden Parolen wie „Nazis raus“ und „Tod allen Faschos“ gerufen.

Auch in den folgenden Tagen kam es zu mehreren Strafhandlungen. So besprühten unbekannte Täter am 5. Oktober 1999 in Freiberg eine Hausfassade mit dem Text „Rache für Patrick – am 3.10.1999 (!) von Nazis ermordet“. Am 12. Oktober 1999 verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf die Diskothek „La Belle“.

Antifa-Aktivitäten von Autonomen im Wahlkampf

Die „Antifa“-Aktivitäten der Autonomen im Freistaat Sachsen richteten sich insbesondere gegen die Wahlkampfveranstaltungen zu den Europa- und Kommunalwahlen und zur Landtagswahl.

Nach Auffassung der sächsischen Autonomen wurde „(...) mit Rassismus Wahlkampf gemacht (...), also auf dem Rücken von Flüchtlingen und MigrantInnen. Dieser Wahlkampf bringt uns eine Vielzahl von Veranstaltungen, die eigentlich bekämpft, gestört und sabotiert werden müssten“.⁸¹

Zu diesem Zweck rief die linksextremistische autonome Szene Dresdens im Herbst 1998 die Kampagne „Keine Nazis in die Parlamente“ ins Leben. Anfang 1999 wurde sie in „Target-Wähle nicht Rassismus - eine Initiative sächsischer Antifa-Gruppen“ umbenannt. Mit dieser Kampagne sollte eine Gegenposition zu den im Wahlkampf erwarteten „rassistischen Inhalten“ bezogen werden. Am 1. April 1999 wurde die Kampagne in einer Sendung des Dresdner „ColoRadio“ vorgestellt. Dabei wurde bekundet, dass sie sich nicht nur gegen rechtsextremistische, sondern auch gegen „etablierte“, d. h. demokratische Parteien richte. Auf der Demonstration am „Jorge-Gomondai-Gedenktag“⁸² am 6. April 1999 in Dresden erklärte eine Vertreterin der Kampagne: „Die Parteien werden gezielt Themen aufgreifen, die die Bevölkerung vorgibt, und das sind Innere Sicherheit, Asylrecht und andere, inzwischen rechts besetzte Themen. Damit wird der Wahlkampf an sich zum Problem. (...) der Wahlerfolg der NPD hängt auch davon ab, inwieweit es die CDU schaffen wird, die neonazistischen Wähler an sich zu binden. (...) Angesichts dessen ist klar, wer und was die Schwerpunkte unseres Protestes sein müssen. Würde sich unser Widerstand auf die Neonazis beschränken, würden wir damit die Gefährlichkeit der Extremisten der neuen Mitte unterschätzen. (...) Mit der Kampagne wollen wir in die Offensive gehen (...). Es wird unsere Aufgabe sein, Gegenpositionen in die Öffentlichkeit zu bringen und Naziaufmärsche, Naziinfostände, Saalveranstaltungen sowie auf Aktionen und Veranstaltungen der etablierten Parteien zu reagieren (...)“.⁸³

Am 13. April 1999 wurde eine Wahlveranstaltung der CDU in Dresden massiv gestört.

Am 30. August wurde ein Informationsstand der NPD in Dresden überfallen. Etwa zehn verummte Personen attackierten die Standbetreuer mit Faustschlägen und Fußtritten. Besonders aggressiv war ein Angriff auf einen NPD-Infostand am 9. Juni 1999 in Leipzig (siehe oben).

Beteiligung sächsischer Autonomen an „Antifa“-Aktionen außerhalb Sachsens

Zum 1. Mai 1999 mobilisierten Autonome bundesweit zu einer Demonstration gegen eine von der NPD angemeldete Demonstration in Bremen.

Das Leipziger BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BöR) begann bereits im März mit der Mobilisierung zu der von einem Bremer BÜNDNIS KEIN NAZI-AUFMARSCH IN BREMEN! angemeldeten Demonstration.

Die Polizei beschlagnahmte jedoch am Morgen des 1. Mai vier Busse in Leipzig, mit denen Autonome nach Bremen fahren wollten, weil sowohl die Demonstration der NPD als auch der Aufzug des BÜNDNIS KEIN NAZI-AUFMARSCH IN BREMEN! verboten worden waren.

Aus Protest gegen diese polizeilichen Maßnahmen versammelten sich am 1. Mai 60 bis 80 Personen in Leipzig zu einer Spontandemonstration. Nach einer kurzen Sitzblockade löste sich der Demonstrationszug auf. In der Nacht zum 2. Mai beschädigten unbekannte Täter mit Pflastersteinen elf

Naziaufmarsch in Bremen verhindern!
: ein Fußtritt den Faschisten!

Busfahrkarten gibt's im Conne Island Cafe, im Infoladen, im B12, in der Lichtwirtschaft & im Infobüro

28 DM
Preis für Frühentschlossene: bis 20.4. 25 DM

Infoveranstaltungen: 23.4. im B12 20.00 und am 29.4. beim OAP

⁸¹ Autonomer NACHRICHTENdienst No. 40, S. 1.

⁸² Der Mosambikaner Jorge Gomondai wurde am 31. März 1991 in einer Straßenbahn in Dresden von drei Jugendlichen, die der rechtsextremistischen Szene angehörten, dermaßen attackiert, dass er sich in Panik aus der fahrenden Straßenbahn stürzte. Einige Tage später verstarb er an den Folgen des Sturzes.

⁸³ Sendung des ColoRadio vom 8. April 1999.

Scheiben des Leipziger Regierungspräsidiums. Auf dem Bürgersteig vor dem Gebäude sprühten die Täter Losungen wie „für Bremen“ und „Bremen“. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von 20.000 DM.

Die Aktionen zum „revolutionären 1. Mai“ in Berlin waren auch 1999 von schweren Ausschreitungen gekennzeichnet.

Am Abend des 1. Mai fand die Demonstration unter dem Motto „Es gibt keine Alternative zur Revolution! International kämpfen! Gegen Ausbeutung und Unterdrückung!“ statt, an der sich sich ca. 8.000 Personen beteiligten. Die Demonstration wurde im Wesentlichen von der militanten ANTIFASCHISTISCHEN AKTION BERLIN (AAB) initiiert. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen Polizeibeamte und Einsatzfahrzeuge massiv mit Flaschen, Steinen und Eisenstangen attackiert wurden. Nach der vorzeitigen Beendigung der Demonstration eskalierten die Krawalle. Die bis nach Mitternacht in Kleingruppen agierenden Randalierer demolierten Schaufensterscheiben und Autos, errichteten Barrikaden, setzten Container und Bauwagen in Brand und plünderten einen Drogeriemarkt. Die Polizei nahm insgesamt 380 Personen vorläufig fest; 159 Polizeibeamte wurden verletzt.

Für diese Demonstration wurde auch im Freistaat Sachsen mobilisiert. Am 22. April 1999 fand im Leipziger Szenetreff „Conne Island“ eine Informationsveranstaltung zum 1. Mai in Berlin statt. Organisator war die R.A.A.L. Im dazu veröffentlichten Flugblatt äußerte die R.A.A.L., dass eine Doppelmobilisierung erforderlich wäre, um einen erfolgreichen revolutionären 1. Mai in Berlin und eine effektive Verhinderung des Nazi-Aufmarsches in Bremen durchführen zu können. Auch im „Antifaschistischen Infotelefon Leipzig“ und auf Plakaten, welche u. a. in Leipzig und Freiberg festgestellt wurden, rief man zur Beteiligung an Aktionen zum 1. Mai auf.

„Antirassismus“

Autonome bekämpfen die nach ihrer Auffassung rassistische deutsche Ausländerpolitik. Ihre „antirassistisch“ motivierten Aktionen richten sie zum einen gegen staatliche Behörden und politische Entscheidungsträger aber auch gegen Unternehmen, die z. B. mit der Versorgung von Asylbewerbern befasst sind. Autonome beziehen sich dabei vor allem auf eine als menschenunwürdig bezeichnete Abschiebep Praxis. Asylbewerber sind nach dem Verständnis der Autonomen „Opfer der

ausbeutungsbedingten Verelendung in den Heimatländern oder der politischen 'Vasallen' des Imperialismus“. Daher gelte die Unterstützung den „Opfern“ des hier „herrschenden politischen Systems“ und der Kampf diesem System.

Die bundesweit agierende Kampagne KEIN MENSCH IST ILLEGAL organisierte 1999 erneut ein Grenzcamp. Es fand in der Zeit vom 7. bis zum 15. August in der Nähe von Zittau statt. Die Kampagne wird von extremistischen und nicht extremistischen Gruppen getragen. An den Vorbereitungen waren auch sächsische linksextremistische autonome Gruppen beteiligt. Im Camp waren ständig etwa 300 bis 350 Personen anwesend, darunter zahlreiche Autonome aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland.



Foto: Internetseite der Kampagne KEIN MENSCH IST ILLEGAL

Ziel des Camps war es, die „Grenz- und Flüchtlingsproblematik“ zu thematisieren. Mit möglichst spektakulären Aktionen sollte die Bevölkerung auf dieses Thema aufmerksam gemacht werden. Zu diesem Zweck eröffneten Camp-Teilnehmer am 10. August symbolisch Grenzübergänge, indem sie mit Seilen und Schlauchbooten eine Verbindung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen herstellten. Ferner wurde die BGS-Station Hirschfelde/Rosenthal von Campteilnehmern teilweise blockiert.

Im weiteren Verlaufe des „Grenzcamp“ verlagerten sich die Schwerpunkte vom „Antirassismus“ zum „Antifaschismus“. Ziel der Aktionen waren u. a. Personen der regionalen „rechten“ Szene, deren Namen und Adressen in der bundesweit vertriebenen Szenezeitschrift INTERIM, im Internet und in der Campzeitschrift veröffentlicht worden waren. U. a. schütteten Camp-Teilnehmer Fäkalien vor die Räume einer Rechtsanwaltskanzlei, in der ein Anwalt ansässig ist, der zum NPD-Bundvorstand gehört. Am 13. August 1999 bewarfen Camp-Teilnehmer ein Hotel in Ostritz mit Farbbeutel. In dem Hotel hatten 1998 die von Rechtsextremisten veranstalteten „Mitteldeutschen Vortragstage“ stattgefunden.

In der Nacht zum 14. August 1999 verhinderten die Polizei und der BGS einen Angriff von Camp-Teilnehmern auf Rechtsextremisten, die sich in Jugendclubs in Zittau und Glossen aufhielten.

Ein Brandanschlag am 20. April 1999 auf ein Asylbewerberheim in Freiberg, der nach autonomer Ansicht von Rechtsextremisten verübt wurde, war Anlass für eine nicht angemeldete Demonstration am 25. April 1999. Die ca. 30 bis 40 hauptsächlich der Freiburger autonomen Szene angehörenden Personen führten Transparente mit Aufschriften wie „Solidarität mit den Emigranten“ und „Frauen Lesben gegen Volk und Vaterland – wir scheißen auf euren nationalen Konsens“ mit. Ein Funkstreifenwagen wurde von den Teilnehmern leicht beschädigt. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Demonstranten, in deren Verlauf eine Beamtin leicht verletzt wurde. An das Rathaus wurden die Schriftzüge „20.04. rassistischer Normalzustand in Deutschland“ und „Kampf dem Rassismus“ gesprüht. Die Polizei nahm mehrere Personen vorläufig fest.

Freiberg war am 31. Juli 1999 Ort einer „Antirassistischen Demonstration“, an der sich ca. 150 Personen – überwiegend Linksextremisten – beteiligten.

Mit der Demonstration, die von einem ANTIFASCHISTISCHEN UND ANTIRASSISTISCHEN AKTIONSBÜNDNIS FREIBERG veranstaltet worden war, wurde an den Unfall eines Schleuserfahrzeuges ein Jahr zuvor erinnert. Bei dem Unfall starben sieben illegal Eingereiste, weitere wurden zum Teil schwer verletzt. In dem Aufruf zur Demonstration wurde der BGS für den Tod verantwortlich gemacht und als „Menschenjäger“ diffamiert. Es wurde die Auflösung des BGS gefordert.

Unter dem Motto „Kampf dem rassistischen und sexistischen Normalzustand“ demonstrierten am 12. Juni 1999 in Neuss vor der Frauenhaftanstalt etwa 800 Personen, darunter auch sächsische Autonome, friedlich gegen die derzeitige Abschiebepaxis. In der Justizvollzugsanstalt sind auch ausländische Frauen untergebracht, die abgeschoben werden sollen. Zu dieser Demonstration war innerhalb der Leipziger autonomen Szene umfangreich mobilisiert worden.

Seit März 1999 erschienen Veröffentlichungen in den Leipziger Szenezeitschriften Klarofix und CEE IEH. Das „Antifaschistische Infotelefon Leipzig“ berichtete seit April über die geplante Demonstration.

Die Aufrufe enthielten Forderungen wie z. B.

„Schluß mit den Abschiebungen! Weg mit den Abschiebeknästen! Grenzen auf für alle!“.

Die Verfasser der Aufrufe kritisieren zugleich die bisherige Arbeit „antirassistischer Gruppen“, welche ihrer Meinung nach die Unterdrückung der Frauen im Kampf gegen Staat und aggressiven Rassismus bisher kaum wahrgenommen haben.

Kampf um Freiräume/„Kampf gegen Umstrukturierungen“

Ein weiteres Aktionsfeld stellte der „Kampf gegen Umstrukturierungen“ dar. Unter maßgeblicher Beteiligung Autonomer fanden im Jahr 1999 in Dresden mehrere Ereignisse statt:

„Nehmt den Autos die Straßen weg – Reclaim the streets“ – lautete das Motto einer Aktion am 10. April 1999 in Dresden. Die Aktion wurde auf Handzetteln und im Dresdner Veranstaltungskalender Terminal angekündigt. Demonstranten forderten u. a. den Baustopp der Autobahn 17. Als in der Dresdner Neustadt eine Kreuzung mittels Bauzäunen und anderen Gegenständen von ca. 65 Personen blockiert wurde, kam es zur Ingewahrsamnahme von drei Personen. In der darauf folgenden Nacht errichteten ca. 40 bis 50 Personen erneut Hindernisse in dem Kreuzungsbereich und versuchten diese anzuzünden. Zwei Personen wurden vorläufig festgenommen.

Am 28. August 1999 besetzten ca. 20 Personen ein leer stehendes Gebäude in Dresden. Sie zeigten Transparente mit folgendem Inhalt:

„Dieses Haus ist besetzt, Anarchie forever“,
„Hüser bsetze Nazis schletze“,
„MACHT DIE WIRKLICHKEIT KAPUTT“,
„Im Spannungsfeld von Kultur und Politik Freiräume und Knotenpunkte erkämpfen“,
„Wir haben keine Chance Nutzen wir sie“.

Die Polizei räumte das Gebäude und nahm die Besetzer vorläufig fest.

Anschließend versammelten sich im Zentrum von Dresden etwa 30 Personen zu einer Spontandemonstration, um die Freilassung der Festgenommenen zu erwirken.

In der Nacht vom 29. zum 30. August wurden wiederum ein leerstehendes Wohnhaus in Dresden besetzt und vereinzelt Fenster und Türen verbarrikadiert. Auf Transparenten forderten die Besetzer diesmal u. a.:

„Mietfrei ins nächste Jahrtausend“,
„Räumt die Knäste, nicht die Häuser“,
„Lieber Leben Anarchie besetzen Chaos“ und
„Gehorsam verweigern – Räumbescheid ins Klo“. Auch dieses Haus wurde von der Polizei geräumt.

Marxistisch-leninistische Bestrebungen

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

Gründung:	Januar 1990
Sitz:	Berlin
Strukturen im Freistaat Sachsen:	Landesorganisation Sachsen
Mitglieder 1998	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	weniger als 80
Mitglieder 1999	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	weniger als 80
Publikationen:	Die Rote Fahne Trotz alledem
Präsenz im Internet:	eigene Homepage

Die KPD ging im Jahr 1999 gefestigt aus den parteiinternen Streitigkeiten des Vorjahres hervor. Die Partei führte ihren 20. Parteitag in Berlin durch, auf dem sie ein neues Programm sowie ein neues Statut verabschiedete. Sie beteiligte sich im Freistaat Sachsen erstmals an der Landtagswahl und erreichte mit ihrer Landesliste ein Ergebnis von 0,1 % (1.839 Stimmen).

Die KPD wurde 1990 in Ostberlin von ehemaligen Mitgliedern der SED gegründet⁸⁴.

Sie sieht sich in der Nachfolge der 1918 gegründeten KPD, die 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) aufgegangen war und deren revolutionär-marxistische Traditionen sie fortführen will.

Das Mitgliederpotenzial ist seit der Parteigründung stark zurückgegangen; von den ca. 5.000 Mitgliedern in der Anfangszeit der Partei ist heute

nur noch ein Bruchteil übrig. Der Versuch der KPD, ihren ursprünglich auf die neuen Bundesländer begrenzten Wirkungskreis auch auf die alten Bundesländer auszuweiten, verlief wenig erfolgreich. Zwar gelang es ihr, dort ebenfalls Organisationsstrukturen aufzubauen, dahinter stehen aber keine nennenswerten Mitgliederzahlen.

Im Freistaat Sachsen hat sich die Mitgliederzahl seit 1994 auf niedrigem Niveau eingependelt. Obwohl es weniger als 80 Mitglieder geben dürfte, stellt Sachsen damit den stärksten Landesverband. Seit der Umstrukturierung des Landesverbandes Sachsen im Jahr 1995 bildet der Raum Dresden den Schwerpunkt für Aktivitäten der Partei. Die 1996 gegründete Stadtorganisation Dresden wurde jedoch nach den parteiinternen Streitigkeiten im Jahr 1998 wieder aufgelöst.

Politische Zielsetzung

Die KPD bekennt sich zu den Lehren von MARX, ENGELS und LENIN und strebt „die revolutionär-demokratische Überwindung des Kapitalismus“ an. Den Kapitalismus charakterisiert sie – LENIN folgend – als monopolisiert, parasitär, faulend und sterbend⁸⁶. Sie betrachtet den „Sozialismus als einzige Alternative“⁸⁷ zur momentan bestehenden Gesellschaftsform. Der Weg zum Sozialismus sei ein Kampf, bei dem die Sieger und auch die Verlierer schon feststünden, da „angesichts des katastrophalen Imperialismus (...) der Marxismus-Leninismus eine dringlichere Lebensnotwendigkeit für die Menschen (sei, d. Verf.) als je zuvor“⁸⁸.

Nach wie vor verklärt die KPD die DDR, wobei sie die Ansicht vertritt, dass die DDR das Beste gewesen sei, „was die deutsche Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter der Führung der marxistisch-leninistischen SED je erkämpft hat“⁸⁹.

Aktivitäten

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Partei standen im Jahr 1999 die Vorbereitungen für die Landtagswahl im Freistaat Sachsen. Da es der KPD 1998 nicht gelungen war, die für die Zulassung zur Bundestagswahl erforderlichen Unterstützer-Un-

⁸⁴ Das Verbot der KPD entspr. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. August 1956 bezieht sich nicht auf die neugegründete KPD.

⁸⁵ Trotz alledem, 1/95.

⁸⁶ Die Rote Fahne, 5/99, S. 3.

⁸⁷ Die Rote Fahne, 3/97, S. 2.

⁸⁸ Die Rote Fahne, 7/98, S. 6.

⁸⁹ Die Rote Fahne, 9/99, S. 8.

terschriften zu sammeln, hatte sie – eigenen Aussagen zufolge – bereits im Herbst 1998 eine Wählerinitiative in Dresden gegründet. Deren Hauptaufgabe war es, das Sammeln der Unterstützer-Unterschriften für die Landtagswahl im Freistaat Sachsen abzusichern⁹⁰.

Die Partei organisierte zu diesem Zweck mehrere Informationsstände, so z. B. am 1. Mai 1999 auf der Hauptstraße in Dresden. Nach eigenen Angaben hat sie in den Städten Dresden, Chemnitz, Leipzig, Zittau, Weißwasser und Görlitz sogar weit mehr als die erforderlichen Unterschriften gesammelt.

Der Wahlkampf zur Landtagswahl im Freistaat Sachsen stand unter dem Motto „Arbeit, Brot und Völkerfrieden, das ist unsere Welt“. In einem TV-Wahlwerbespot forderte die KPD besonders die Arbeiter auf, sie zu wählen.

Zur Landtagswahl trat die KPD mit einer sechs Kandidaten umfassenden Landesliste an.

Die Partei erreichte einen Stimmenanteil von 0,1 % (1.839 Stimmen).

Am 27. und 28. März 1999 fand in Berlin der 20. Parteitag der KPD statt. Dort wurden ein neues Programm und ein neues Statut verabschiedet. Beide erlangten jedoch erst am 7. Oktober 1999 (dem 50. Jahrestag der ehemaligen DDR) ihre Gültigkeit. Das Programm beinhaltet den Beschluss, „die KPD (...) zu einer revolutionären, marxistisch-leninistischen, kommunistischen Partei Leninschen Typs zu entwickeln“⁹¹.

Die KPD ist im Internet mit einer eigenen Homepage vertreten.

**MARXISTISCH-LENINISTISCHE
PARTEI DEUTSCHLANDS
(MLPD)**

Gründung:	1982
Sitz:	Gelsenkirchen
Neben-organisationen:	Kinder- und Jugendorganisation ROTFÜCHSE und REBELL
Strukturen im Freistaat Sachsen:	Bezirk Elbe-Saale (zusammen mit Thüringen und Sachsen-Anhalt), Ortsgruppen in Leipzig und Dresden
Mitglieder 1998	
bundesweit:	2.500
Sachsen:	etwa 40
Mitglieder 1999	
bundesweit:	2.000
Sachsen:	etwa 40
Publikationen:	Rote Fahne Revolutionärer Weg lernen und kämpfen Jugendzeitschrift Rebell
Präsenz im Internet:	eigene Homepage

Kennzeichen:



Im Zentrum der Aktivitäten der MLPD stand im Jahr 1999 die Vorbereitung ihres VI. Parteitages, der unter konspirativen Bedingungen Mitte Dezember 1999 stattfand. Auf diesem Parteitag wurde – nach vorausgehenden umfangreichen Diskussionen – ein neues Parteiprogramm verabschiedet.

Die Partei ging 1982 aus dem KOMMUNISTISCHEN ARBEITERBUND DEUTSCHLANDS (KABD) hervor.

⁹⁰ Die Rote Fahne, 10/98, S. 15.

⁹¹ Die Rote Fahne, 8/99, S. 2.



Sie bekennt sich zu den Lehren von MARX, LENIN und MAO TSE-TUNG.

In den Jahren nach 1989 blieb die Partei im Gegensatz zu fast allen anderen orthodox-marxistischen Organisationen von krisenhaften Entwicklungen verschont und konnte ihr Mitgliederpotenzial zunächst steigern. Seit 1997 ist die Mitgliederzahl bundesweit jedoch rückläufig. Die Mitgliederzahl im Freistaat Sachsen ist demgegenüber auf niedrigem Niveau nahezu konstant geblieben.

Bis einschließlich 1997 war die MLPD im Freistaat Sachsen nur mit einem Landesaufbauverband etabliert, der mit den Parteistrukturen in Thüringen und Sachsen-Anhalt in einem gemeinsamen Aufbaubezirk zusammengefasst war. Dieser Aufbaubezirk wurde im Zusammenhang mit der von der Partei geführten Kampagne für die Bundestagswahl 1998 in „Bezirk Elbe-Saale“ umbenannt und besteht seitdem unter dieser Bezeichnung fort. Der Vorsitzende des MLPD-Bezirks Elbe-Saale stammt aus Leipzig und ist Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der MLPD.

In Leipzig und Dresden ist die Partei mit Ortsgruppen vertreten.

Zur MLPD gehören der Jugendverband REBELL und die Kinderorganisation ROTFÜCHSE.

Die MLPD ist im Internet mit einer eigenen Homepage vertreten.

⁹² Programm (Entwurf) der MLPD, Januar 1999, S. 29.

⁹³ Ebenda, S. 42.

⁹⁴ Rote Fahne 01/99 vom 08.01.1999, S. 16.

Politische Zielsetzung

Die MLPD gehört zu den revolutionär-marxistischen Gruppen. Innerhalb dieses Spektrums ist sie jedoch relativ isoliert. Charakteristisch für die MLPD ist ihre maoistische Ausrichtung.

Die Partei ist davon überzeugt, dass nach dem von ihr angestrebten „Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten und der Eroberung der Staatsmacht die Diktatur des Proletariates (...)“⁹² errichtet werden müsse. Nach Auffassung der marxistischen Gruppierungen kann das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft nur über den Umweg autoritär-staatlicher Strukturen erreicht werden. Während dieser Übergangsphase, der so genannten Diktatur des Proletariates, soll der Widerstand von Gegnern der Revolution gebrochen werden, notfalls nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution von 1917 mit Terror und Verfolgung.

Grundlage dieser revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft sei jedoch „die Höherentwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse bis zum sozialistischen Bewußtsein“ als Ergebnis „der Überlegenheit der proletarischen Denkweise im Kampf gegen die kleinbürgerliche Denkweise“⁹³. Als „kleinbürgerlich“ wird derjenige beschrieben, der sich von bürgerlichem Ehrgeiz leiten lasse, d. h. sich selbst für unentbehrlich halte, nach individueller Auszeichnung strebe und somit die eigene Person in den Mittelpunkt stelle.

Aktivitäten

Das Jahr 1999 war für die MLPD vor allem ein ideologisch-politisches Schulungsjahr. In Vorbereitung ihres VI. Parteitages hatte die Partei im Januar den Entwurf für ein neues Parteiprogramm vorgelegt und zur Diskussion gestellt. Diese Diskussion erfolgte bundesweit in großem Stil, Diskussionsgruppen trafen sich regelmäßig auch in Leipzig und Dresden.

Im Ergebnis hielt die MLPD ein neues Parteiprogramm für notwendig, da das alte aus dem Jahr 1982 historisch überholt sei. Es beziehe sich auf ein geteiltes Deutschland und könne somit neue Entwicklungen wie z. B. den Aufbau der MLPD in Ostdeutschland gar nicht enthalten⁹⁴. Außerdem sei bereits auf dem V. Parteitag 1996 die „Lehre von der Denkweise“ (Unterscheidung zwischen der „proletarischen“ und der „kleinbürgerlichen Denkweise“, s. o.) als Weiterentwicklung der ideologisch-politischen Grundlagen der Partei beschlossen worden. Auch dies müsse in einem neuen Parteiprogramm zum Ausdruck kommen.

Linksextremistische Strömungen in der PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS (PDS)

Die Ausführungen des Programmentwurfs zu Strategie und Taktik folgen den bündnispolitischen Konzepten der MLPD und ihrer starken Fixierung auf den ideologischen Kampf der „proletarischen“ gegen die „kleinbürgerliche Denkweise“.

So habe die MLPD die Aufgabe, „die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen“⁹⁵, sie zur „proletarischen Einheitsfront“⁹⁶ zusammenzuschließen und ihre Kämpfe auf das sozialistische Ziel auszurichten. Letztlich müsse sich „die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei zum bewaffneten Aufstand erheben“⁹⁷. Vorher sei jedoch ein revolutionäres Bündnis mit Teilen der „kleinbürgerlichen Zwischenschichten“ zu schmieden. Hierzu zählt die MLPD die technische Intelligenz, Handwerker, Bauern und Beamte. Voraussetzung sei allerdings, dass die MLPD in diesen Zwischenschichten die „proletarische Denkweise“ durchsetze und ihnen die Einsicht vermitteln, dass Kapitalismus letztlich auch die Vernichtung ihrer Existenz bedeute.⁹⁸

Um diese Ziele zu erreichen, versuchte die MLPD auch im Jahr 1999 ihre Isolierung zu durchbrechen. War sie 1998 zu diesem Zweck durch verschiedene Wahlkampfveranstaltungen in Erscheinung getreten, so versuchte sie nun, sich vor allem im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt in der Öffentlichkeit darzustellen und „Massen“ zu mobilisieren, was ihr jedoch nicht gelang. Mit dem Ziel der Mitgliedergewinnung veranstaltete die MLPD am 22./23. Mai in Gelsenkirchen ihr mittlerweile 9. Pfingstjugendtreffen.

Hatte sie schon 1997 beim 8. Treffen die Teilnehmerzahl mit 14.000 deutlich überhöht angegeben (tatsächlich waren es etwa 3.000), so sprach sie diesmal sogar von 28.000 Besuchern. Tatsächlich dürfte die Veranstaltung nicht mehr Besucher als 1997 angezogen haben. Diese waren fast ausschließlich der MLPD und ihren ausländischen „Bruderparteien“ zuzurechnen.

Die PDS ist eine Strömungspartei. Laut Parteiprogramm⁹⁹ haben in der PDS sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden. Auf der Grundlage dieser programmatischen Aussage können sich Zusammenschlüsse unterschiedlichster Couleur bilden, bei denen – laut Parteistatut¹⁰⁰ – sowohl eine politisch-ideologische als auch eine themenorientierte Ausrichtung vorherrschen kann. Bei einigen dieser Zusammenschlüsse ergeben sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass sie Ziele verfolgen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Sie stellen linksextremistische Bestrebungen dar, die vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden.

Es handelt sich um:

- KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF der PDS)
- MARXISTISCHES FORUM DER PDS (MF)
- ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG)

Verglichen mit der Gesamtmitgliederzahl der Partei – bundesweit ca. 94.000 Personen¹⁰¹ (davon ein Viertel im Freistaat Sachsen) – ist die Anzahl derer, die den als linksextremistisch eingestuften Zusammenschlüssen angehören, relativ gering und von der Tendenz her sogar rückläufig. So löste sich die AG JG im Jahr 1998 auf Bundesebene auf. Der weiter bestehende sächsische Landesverband entfaltete 1999 kaum noch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Das Statut der PDS gestattet den Zusammenschlüssen jedoch, sich „auf allen Ebenen der Parteigliederung unmittelbar in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß“¹⁰² einzubringen. Da zudem einige Mitglieder der extremistischen Zusammenschlüsse wichtige Funktionen in

⁹⁵ Programm (Entwurf) der MLPD, Januar 1999, S. 41.

⁹⁶ Ebenda, S. 41.

⁹⁷ Ebenda, S. 44.

⁹⁸ Ebenda, S. 47-49.

⁹⁹ Programm der PDS. Beschlossen auf der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993, Stand: 5. Mai 1997, S. 25.

¹⁰⁰ Statut der PDS. Beschlossen von der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS; bestätigt durch die Urabstimmung vom 19. August bis 20. September 1991; verändert durch die 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS, 17. bis 19. Januar 1997, S. 34.

¹⁰¹ TAZ vom 5. Oktober 1999.

¹⁰² Statut der PDS. Beschlossen von der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS; bestätigt durch die Urabstimmung vom 19. August bis 20. September 1991; verändert durch die 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS, 17. bis 19. Januar 1997, S. 34.

der Partei innehaben, ist es den Zusammenschlüssen so möglich, ihren politischen Vorstellungen in der Partei Ausdruck zu verleihen und zu aktuellen Themen und Grundsatzfragen Akzente zu setzen.

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF der PDS)	
Gründung:	Dezember 1989
Sitz:	Berlin
Strukturen im Freistaat Sachsen:	Landesverband Regionalverbände in Chemnitz, Leipzig, Zwickau
Mitglieder 1998	
bundesweit:	etwa 2.000
Sachsen:	etwa 100
Mitglieder 1999	
bundesweit:	etwa 2.000
Sachsen:	etwa 100
Publikationen:	Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS
Präsenz im Internet:	Vorstellung der KPF auf der PDS-Homepage
Kennzeichen:	

Die am 30. Dezember 1989 in Buckow bei Berlin gegründete KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (nachfolgend KPF genannt) verkörpert innerhalb der PDS eine linksextremistische Strömung mit marxistisch-leninistischer Weltanschauung.

Die KPF konnte 1999 ihre Stellung innerhalb der PDS festigen. Erstmals seit 1995 wurde wieder eines ihrer Mitglieder in den Parteivorstand der PDS gewählt. Intensiv beteiligte sie sich an der Debatte über ein neues Parteiprogramm der PDS, da sie

durch eine Veränderung des derzeit gültigen Programms eine Schwächung ihrer eigenen Position befürchtete. Die in allen neuen sowie in fünf alten Bundesländern vertretene KPF gliedert sich in den Bundesverband sowie in Landesverbände¹⁰³. Der KPF-Landesverband Sachsen unterhält organisatorische Strukturen in Leipzig, Chemnitz und Zwickau. Auf Bundesebene wird die KPF von einem Bundeskoordinierungsrat (BKR) geleitet und vom Bundessprecherrat vertreten. Alle Landesverbände müssen nach der Satzung im BKR vertreten sein. Über Aufbau und Zusammensetzung des BKR entscheidet das höchste Gremium, die Bundeskonferenz. Diese wählt auch die Mitglieder des BKR und die des Bundessprecherrates. Die Bundeskonferenz ist mindestens einmal jährlich einzuberufen und beschließt die „politischen Grundorientierungen für die Tätigkeit“ der KPF. Dem Bundeskoordinierungsrat der KPF gehören nach eigenen Angaben seit 1999 23 Personen an; vier davon sind Mitglieder im Landesverband der KPF Sachsen. Im vierköpfigen Bundessprecherrat¹⁰⁴ ist die KPF Sachsen nicht vertreten.

Auf Kreis- und Regionalebene können Koordinierungsorgane gewählt werden, auf Landesebene werden Koordinierungs- und Sprecherräte gewählt. Sie haben die Aufgabe, die Aktivitäten auf Kreis-, Regional- und Landesebene zu koordinieren und arbeiten eng mit den Vorständen der PDS zusammen. Sprecher bzw. Sprecherräte sind autorisiert, den Standpunkt der KPF der jeweiligen Organisationsebene zu erläutern und zu vertreten. Grundsätzlich steht die KPF laut Satzung auch Personen offen, die nicht Mitglieder der PDS sind. Sie können gemäß Statut der PDS durch Mehrheitsbeschluss ihrer KPF-Gliederung alle Mitgliederrechte der PDS wahrnehmen¹⁰⁵.

Politische Zielsetzung

Ziel der marxistisch-leninistisch orientierten KPF ist es, eine sozialistische Alternative zum bestehenden kapitalistischen System und eine grundlegend andere Gesellschaft zu schaffen.

Sie handelt dabei auf den theoretischen Grundlagen von MARX und ENGELS, fortgeführt unter anderem von LENIN, TROTZKI, Rosa LUXEMBURG, GRAMSCI, LIEBKNECHT und THÄLMANN, BRANDLER und THALHEIMER¹⁰⁶.

Die KPF strebt dabei nicht eine andere Regierung innerhalb des demokratischen Wandels an, son-

¹⁰³ Satzung der KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS, S. 35 f (beschlossen auf der 2. Tagung der 6. Bundeskonferenz der KPF der PDS am 25./26. Februar 1995).

¹⁰⁴ Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 7/1999, S. 20.

¹⁰⁵ Satzung der KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS, S. 35 f (beschlossen auf der 2. Tagung der 6. Bundeskonferenz der KPF der PDS am 25./26. Februar 1995).

¹⁰⁶ Was wollen Kommunisten heute, Berlin, Juni 1996.

dem die Systemüberwindung. Einer der Sprecher der KPF stellte dazu 1997 fest, dass nicht die aktuelle Regierung weg müsse, sondern das bestehende System zu ändern sei. Mit diesem System könne es keinen Frieden geben. Der zentrale Punkt sei und bleibe Widerstand.

Die KPF Sachsen sieht die Regierung als „Exekutivorgan“ und „Service-Institution des Großkapitals“ an. Die Gewaltenteilung in der Bundesrepublik Deutschland wird aus Sicht der KPF als die „arbeitsteilige Verwirklichung konservativer Machtausübung“ beschrieben. Diese gelte es von innen aufzubrechen. Zu diesem Zweck sei es wichtig, im Rahmen der Gewaltenteilung Institutionen von Gegenmacht zu installieren und in ihnen Einfluss zu gewinnen.¹⁰⁷

Aktivitäten

Auf der 1. Tagung des 6. Parteitages der PDS im Januar 1999 wurde erstmals nach 1995 wieder ein Mitglied der KPF in den Bundesvorstand der PDS gewählt. Die KPF gewann dadurch innerhalb der Partei an Gewicht und kann nunmehr ihre Positionen effektiver in die Parteiarbeit einbringen.

In der auf dem Parteitag eingesetzten Programmkommission ist die KPF ebenfalls mit einem Mitglied vertreten. Diese Kommission soll die – bereits im Herbst 1998 vom Parteivorstand der PDS beschlossene – „programmatische Debatte“ organisieren.

Im Zuge der Programmdebatte bezogen KPF-Mitglieder während des gesamten Jahres 1999 immer wieder Stellung. Dabei konzentrierten sich die Veröffentlichungen im Wesentlichen auf drei Punkte des gültigen Parteiprogramms, welche nach Meinung der KPF „keinesfalls in Frage gestellt werden dürfen“¹⁰⁸:

- Die strikt antikapitalistische Orientierung müsse erhalten bleiben. Dies schließe die Position zur Eigentumsfrage ein, dass nämlich „(...) die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden muß“¹⁰⁹.
- Jede Denunziation der DDR sei abzulehnen. Dies schließe ein, zu formulieren, „was am sozialistischen Versuch zukunftsweisend war“¹¹⁰, nämlich die „(...) Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinaus-

gehenden Entwicklung auf deutschem Boden (...)“¹¹¹

- Außerdem dürfe „(...) nicht die geringste Abschwächung der im geltenden Programm fixierten Antikriegsposition zustande (...)“¹¹² kommen.

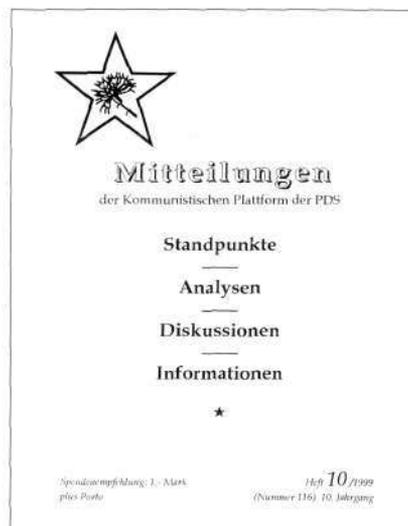
Diese Forderungen wurden auf der 2. Tagung der 9. Bundeskonferenz der KPF am 19. Juni 1999 durch eine Sprecherin der KPF nochmals bekräftigt. Sie äußerte jedoch auch Befürchtungen, eine Änderung des Parteiprogramms könne auf eine Ausgrenzung der KPF hinauslaufen.

Als symptomatisch hierfür betrachtete sie die Entscheidung auf der 2. Tagung des 6. Parteitages der PDS am 6./7. März 1999 in Suhl, André BRIE und nicht Hans MODROW auf Platz zwei der Liste der PDS für die Europawahl zu setzen. Obwohl BRIE in einem Interview die DDR als partiell totalitärer als den deutschen Faschismus bezeichnete, sei seine Kandidatur vom Parteivorstand akzeptiert worden.

Die Sprecherin konstatierte, dies habe an der Parteibasis Unbehagen ausgelöst.

Unter dem Motto „Entschuldigung, wir gratulieren ...“ führte die KPF am 9. Oktober 1999 in Berlin eine Veranstaltung anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der DDR durch. Ein Mitglied des BKR der KPF äußerte bereits vor der Veranstaltung „der Untergang der DDR – wie auch anderer sozialistischer Staaten – war ein schwerwiegender zivilisatorischer Rückschritt“¹¹³.

Die KPF ist im Internet nicht mit einer eigenen Homepage präsent. Allerdings wird die KPF auf der Homepage des PDS kurz vorgestellt.



¹⁰⁷ Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 2/1997, S. 14 ff.

¹⁰⁸ Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 1/1999, S. 28.

¹⁰⁹ Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, S. 11 (beschlossen auf dem 3. Parteitag Januar 1993).

¹¹⁰ Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 1/1999, S. 28.

¹¹¹ Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, S. 10 (beschlossen auf dem 3. Parteitag Januar 1993).

¹¹² Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 7/1999, S. 9.

¹¹³ junge Welt vom 7. Oktober 1999.

MARXISTISCHES FORUM DER PDS (MF)	
Gründung:	Juli 1995
Sitz:	Berlin
Mitglieder 1998	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	Einzelne
Mitglieder 1999	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	Einzelne
Struktur:	Koordinierungs- gruppe des MF ¹¹⁴ MARXISTISCHES FORUM SACHSEN
Publikationen:	Marxistisches Forum Marxistische Lesehefte
Präsenz im Internet:	keine

Die 1995 gegründete Gruppe „marxistischer Intellektueller“¹¹⁵ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Politik der PDS mit wissenschaftlichen Arbeiten zu begleiten. Unter Nutzung des MARXschen Erbes will das MF einen Beitrag zur theoretischen Profilierung der Politik der PDS leisten. Einfluss nehmen will das MF insbesondere auf die Diskussionen um das „Verhältnis von Opposition und Regierungsbeteiligung“, das „Verhältnis von Politik - Partei - Ideologie“, das „Sozialismusbild“ und den „Pluralismus in der PDS“¹¹⁶. Es sieht sich als Mittler zwischen Wissenschaft und Politik.

Die bereits Ende 1998 innerhalb der PDS begonnene Debatte über ein neues Parteiprogramm veranlasste das MF im Berichtsjahr erneut zu ausführlichen Stellungnahmen.

In diesem Zusammenhang befassten sich einzelne Mitglieder des MF kritisch mit den „Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus“, die

vom Fraktionsvorsitzenden der PDS im Deutschen Bundestag, Gregor GYSL, am 3. August 1999 vorgestellt worden waren.

Politische Zielsetzung

Das ideologische Konzept des MF ist an marxistisch-leninistischen Denkanätzen orientiert. Zu diesen zählt unter anderem die Theorie vom Klassenkampf, der nach MARX unausweichliche Konsequenz der antagonistischen Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat im Kapitalismus ist.

Das Endziel ist der Kommunismus. Um dieses zu erreichen, müsse das derzeit herrschende kapitalistische System, dem man sämtliche sozialen Missstände als systembedingte Fehler anlastet¹¹⁷, durch die Errichtung des Sozialismus überwunden werden.

Dies kann aber nach Auffassung des MF nicht im Rahmen der parlamentarischen Demokratie geschehen, denn in Wahlen und dem bürgerlichen Parlamentarismus – beide als höchster Ausdruck der Demokratie gelobt – trage man in Wirklichkeit die Freiheit zu Grabe.¹¹⁸

Der Sozialismus sei nur auf revolutionärem, nicht aber auf demokratischem Weg erreichbar. Die hierfür erforderlichen revolutionären Bedingungen würden letztlich durch die Zuspitzung der „letzten Krise des Kapitalismus“ geschaffen werden. Nur dann könne schließlich auch der Arbeiter selbst revolutionär sein.¹¹⁹

Aktivitäten

Die im August 1999 veröffentlichten „Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus“, die von ihren Verfassern als Diskussionsbeitrag für die programmatische Debatte der PDS gedacht waren, veranlassten Mitglieder des MF, öffentlich Stellung zu beziehen.

Unter der Überschrift „Zwölf Thesen – aber nichts als Prothesen“ bezeichnete ein MF-Mitglied das Papier als schwerwiegende ideologische Fehlentwicklung. Es sei weit vom Sozialismus entfernt und einer sozialistischen Partei unwürdig.¹²⁰

Visionen und Zukunftsziele des „Kommunistischen Manifests“ seien zwar noch als Zitate in den

¹¹⁴ Leipzigs Neue Nr. 2/96 vom 26. Januar 1996.

¹¹⁵ So das eigene Verständnis des MF, laut Marxistisches Forum, Heft 3/1995, S. 1.

¹¹⁶ So beschrieb das MF die an sich selbst gestellte Aufgabe. In: Marxistisches Forum, Heft 3/1995, S.1.

¹¹⁷ Gerhard Branstner: Paradoxien der Weltgeschichte. In: Mitteilungen der KPF, Heft 7/1998, S. 14.

¹¹⁸ Ebenda, S. 16.

¹¹⁹ Ebenda, S. 19.

¹²⁰ Gerhard Branstner: Zwölf Thesen - aber nichts als Prothesen. In: junge Welt, Nr. 198 vom 26.08.1999, S. 11.



Thesen enthalten, aber auf die von MARX geforderten praktischen Bedingungen zu ihrer Verwirklichung werde nicht mehr eingegangen. MARX setzte „die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums, die Überwindung

der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen (...)“¹²¹ also „(...) die revolutionäre Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse (...)“¹²² voraus. Dieser Bedingungs-zusammenhang werde von den Thesen zerrissen.

Ein MF-Mitglied fragt deshalb: „Ist dieses Papier das Glockengeläut des endgültigen Abschieds der PDS von dem Antikapitalismus und Sozialismus, wie er sich noch im jetzigen Parteiprogramm findet?“¹²³ Ein anderes Mitglied formuliert schon endgültiger: „Und es bereitet ihnen (den Verfassern der Thesen, d. A.) keinerlei Probleme, sich vom gültigen Programm der PDS und des in ihm formulierten Sozialismusbildes zu verabschieden“¹²⁴ und fordert, hier Paroli zu bieten und in der Programmdebatte der PDS auf radikal antikapitalistische Reformen zu setzen. Dies verlange zunächst zwingend die Brechung der Dominanz des Profits - auch durch Eingriffe in die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums.

Sehr intensiv befasste sich das MF im Berichtsjahr mit dem „historischen Platz“ der DDR. Es führte im Januar eine Veranstaltung mit dem Thema „Zehn Jahre Forschungen zur Geschichte der DDR“ in Berlin durch. Die Beiträge der Debatte wurden im Juni in einem Heft der Schriftenreihe Marxistisches Forum veröffentlicht. Diskutiert wurden u. a. die Wirtschaftsgeschichte, die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepu-

blik Deutschland, die Rechtsordnung der DDR sowie deren Militärpolitik. Man kam zu dem Schluss, dass zehn Jahre nach dem Ende der DDR noch kein abschließendes Urteil über das Scheitern des sozialistischen Versuchs gefällt werden könne. Die historische Legitimität der DDR stehe jedoch außer Zweifel.

Weiterhin fand im Juni in Leipzig eine Vortragsveranstaltung zur Perspektive „der Linken“ im vereinigten Deutschland statt, die von einer MF-Gruppe Leipzig initiiert worden war. Der Vortrag war bereits im Heft Nr. 1 der Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS veröffentlicht worden.¹²⁵ Der Referent ging insbesondere auf den „Rang des Sozialismusversuchs DDR für die Linke der Berliner Republik“ ein und kam zu dem Schluss, dass eine innerhalb der PDS geführte Diskussion um die Analyse und Bewertung des Sozialismusversuchs nicht nur Vergangenes betreffen dürfe. Es ginge vielmehr um die Frage, ob die PDS die Haltung zur DDR als Totalabsage oder als Ansatz für sozialistische Politik nach dem „Anschluss“ der DDR verstehe. Eine Totalkritik sei politisch verhängnisvoll.

Am 1. Dezember 1999 konstituierte sich das MARXISTISCHES FORUM SACHSEN als landesweite Organisation des MF in Sachsen.

In seinem Gründungsaufwurf konstatierte das MF SACHSEN „eine Negierung marxistischer und sozialistischer Grundpositionen bei einigen führenden Vertretern von Parteigliederungen und Mandatsträgern“¹²⁶. Eine oft ungenügende Beschäftigung mit marxistischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Fragestellungen führe auf verschiedenen Ebenen der Partei zu einer Zunahme wissenschaftlich nicht vertretbarer bzw. wissenschaftsfeindlicher pragmatischer Einschätzungen und politischer Verhaltensweisen. Marxisten sollten deshalb künftig ihre spezifischen Positionen deutlicher zum Ausdruck bringen, um auf allen Parteiebenen das sozialistische Profil der PDS stärker wissenschaftlich zu untersetzen.

Das MF-SACHSEN rief deshalb alle Marxisten in Sachsen dazu auf, in den Kommunen und Regionen eigenständige marxistische Gruppen in und bei der PDS zu bilden und sich am MF SACHSEN zu beteiligen.

¹²¹ Heinz Kallabis: Fragen zum „freiheitlichen, modernen und demokratischen Sozialismus“. In: junge Welt, Nr. 198, vom 26.08.1999, S. 10.

¹²² Michael Benjamin: Zu wenig für eine Vision für das 21. Jahrhundert. In: Neues Deutschland vom 20.08.1999, S. 14.

¹²³ Heinz Kallabis: Fragen zum „freiheitlichen, modernen und demokratischen Sozialismus“. In: junge Welt, Nr. 198, vom 26.08.1999, S. 10.

¹²⁴ Ingo Wagner: Umbruch der Moderne - weder sozialistisch noch modern. In: junge Welt, Nr. 193, vom 20.08.1999, S. 11.

¹²⁵ Ekkehard Lieberam: Die Berliner Republik und die Perspektive der Linken. In: Mitteilungen der KPF, Heft 1/1999, S. 12 - 24.

¹²⁶ Opp!, Nr. 1/2000, S. 2.

Linksextremistische Publikationen (Auswahl)

(im Freistaat Sachsen herausgegebenen Publikationen sind grün gedruckt)

Publikation	Herausgeber	erscheint	Auflage (geschätzt)	abrufbar im Internet
Angehörigeninfo	Angehörige und FreundInnen der politischen Gefan- genen in der BRD	monatlich	unbekannt	ja
autonomer NACHRICHTENdienst	linksextremis- tische autonome Szene Dresden	unregelmäßig	unbekannt	ja
Die Rote Fahne	KPD	monatlich	4.000	ja
Die Rote Hilfe	ROTE HILFE e. V.	vierteljährlich	3.800	ja
direkte Aktion	FREIE ARBEI- TERINNEN- UNION/ IAA (FAU)	zweimonatlich	3.000	ja
Gegenstandpunkt	MARXISTISCHE GRUPPE (MG)	vierteljährlich	7.000	ja
graswurzelrevolution FÜR EINE GEWALT- FREIE, HERR- SCHAFTSLOSE GE- SELLSCHAFT	GRASWURZEL- REVOLUTION e. V.	monatlich	4.000	ja
INTERIM	linksextremis- tische autonome Szene Berlin	vierzehntägig	1.000	ja
junge Welt	organisations- unabhängig	täglich	14.000	ja
Klarofix	linksextremis- tische autonome Szene Leipzig	monatlich	unbekannt	nein
Lernen und Kämpfen	MLPD	vierteljährlich	1.000	nein
Linke Offensive – Für Arbeiter- demokratie und Internationalen Sozialismus	INTERNATIO- NALE SOZIALISTEN ORGANISATION (ISO)	monatlich	unbekannt	nein

Publikation	Herausgeber	erscheint	Auflage (geschätzt)	abrufbar im Internet
Linksruck – jung – sozialistisch – aktiv	SOZIALISTI- SCHE ARBEITER- GRUPPE (SAG)	monatlich	6.000	ja
Marxistisches Forum	MF	unregelmäßig	unbekannt	nein
Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS	Bundeskoordi- nierungsrat der KPF	monatlich	1.000	nein
radikal	autonome und antiimperialis- tische Gruppen	unregelmäßig	5.000	ja
Rebell – Jugend- magazin des Jugendverbandes Rebell	MLPD	zweimonatlich	unbekannt	ja
Revolutionärer Weg – Probleme des Mar- xismus-Leninismus	MLPD	unregelmäßig	unbekannt	nein
Rote Fahne	MLPD	wöchentlich	7.500	ja
SoZ - Magazin	VEREINIGUNG FÜR SOZIALIS- TISCHE POLITIK (VSP)	3mal im Jahr	2.000	nein
Sozialismus von unten	SOZIALISTI- SCHE ARBEITER- GRUPPE (SAG)	zweimonatlich	3.500	nein
Spartakist	SPARTAKIST- ARBEITER- PARTEI DEUTSCHLANDS (SPAD)	monatlich	1.500	nein
Trotz alledem	KPD	unregelmäßig	unbekannt	nein
Unsere Zeit	DEUTSCHE KOMMUNISTI- SCHE PARTEI (DKP)	wöchentlich	10.000	ja
VORAN – Zeitung der „Sozialistischen Alternative VORAN“ (SAV)	SOZIALISTI- SCHE ALTER- NATIVE VORAN (SAV)	monatlich	3.000	ja

Ausländerextremismus

Allgemeines

Der Ausländerextremismus war im Jahr 1999 geprägt durch die Flucht, Festnahme und Verurteilung des Vorsitzenden der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK), Abdullah ÖCALAN, genannt APO. Erstmals seit 1996 kam es in der Bundesrepublik Deutschland wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen der PKK, wovon auch der Freistaat Sachsen betroffen war.

Der Krieg im Kosovo führte auch in der Bundesrepublik Deutschland zu Solidaritätsaktionen von Serben und Kosovo-Albanern. Im Freistaat Sachsen wurden Spenden gesammelt und Kämpfer für die BEFREIUNGSMEE VON KOSOVO (UCK) rekrutiert.

Öffentlichkeitswirksame Aktionen wurden allerdings im Gegensatz zum Jahr 1998 nicht durchgeführt.

Andere ausländerextremistische Organisationen versuchten hauptsächlich, mit Informationsständen auf die Probleme in ihrer Heimat aufmerksam zu machen oder sie beteiligten sich an europaweiten Veranstaltungen. Die Demonstranten hielten sich dabei im Wesentlichen an die Gesetze des Gastlandes. Im Freistaat Sachsen waren keine von diesen Organisationen ausgehenden Gewalttaten zu verzeichnen.

Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Die politisch motivierte Ausländerkriminalität lag 1999 mit 20 Delikten wesentlich unter dem Niveau des Vorjahres (33 Delikte). Die Aktivitäten in diesem Bereich wurden 1999 vor allem von zwei Straftaten geprägt, an denen der Hauptteil der insgesamt 139 ermittelten Tatverdächtigen beteiligt war: 75 Tatverdächtige wurden im Zusammenhang mit der Besetzung des Hellenischen Generalkonsulats am 16.02.1999 ermittelt (Landfriedensbruch/Geiselnahme). 44 Tatverdächtige wurden bei einer Propagandaaktion (Zeigen von Symbolen und Fahnen der PKK) am 18.02.1999 in Chemnitz festgestellt. Gegen sie wurde wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz ermittelt.

Kurdischer Extremismus

ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)

Gründung: November 1978

**Sitz bis
Oktober 1998:** Damaskus/Syrien

Betätigungsverbot¹²⁷: 26. November 1993

**Organisation im
Freistaat Sachsen:** Strukturen
vorhanden

**Mitglieder/
Anhänger 1998**
bundesweit: ca. 11.500
Sachsen: ca. 350

**Mitglieder/
Anhänger 1999**
bundesweit: ca. 12.000
Sachsen: ca. 350

Publikationen: Serxwebun

Präsenz im Internet: mit einer eigenen
Homepage vertreten

Kennzeichen:



Die PKK wurde 1978 unter Führung von Abdullah ÖCALAN gegründet, der noch heute – trotz Inhaftierung – ihr Generalvorsitzender ist. Sie ist die militanteste und anhängerstärkste Kurdenvereinigung. Seit 1984 führt sie einen bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat. Auch außerhalb der Türkei bediente sie sich terroristischer Mittel, um ihre Forderung nach Anerkennung der Kurden als nationale Minderheit in der Türkei durchzusetzen. In der Bundesrepublik Deutschland ist die PKK aufgrund ihrer Gewalthandlungen seit 1993 mit einem Betätigungsverbot belegt.

¹²⁷ In der Bundesrepublik Deutschland.

Folgende Teilorganisationen der PKK sind in der Bundesrepublik Deutschland vom Betätigungsverbot betroffen:

- die VOLKSBEFREIUNGSMILITÄR KURDISTANS (ARGK) als militärischer Arm der PKK. Sie nahm am 15. August 1984 den Guerillakrieg im Südosten der Türkei auf.
- Die NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK). Sie ist die streng hierarchisch gegliederte und in zahlreiche Unterorganisationen aufgeteilte Propagandaeinheit der PKK. Ihre konspirativ agierenden Kader führen die Anhänger der PKK in Westeuropa.

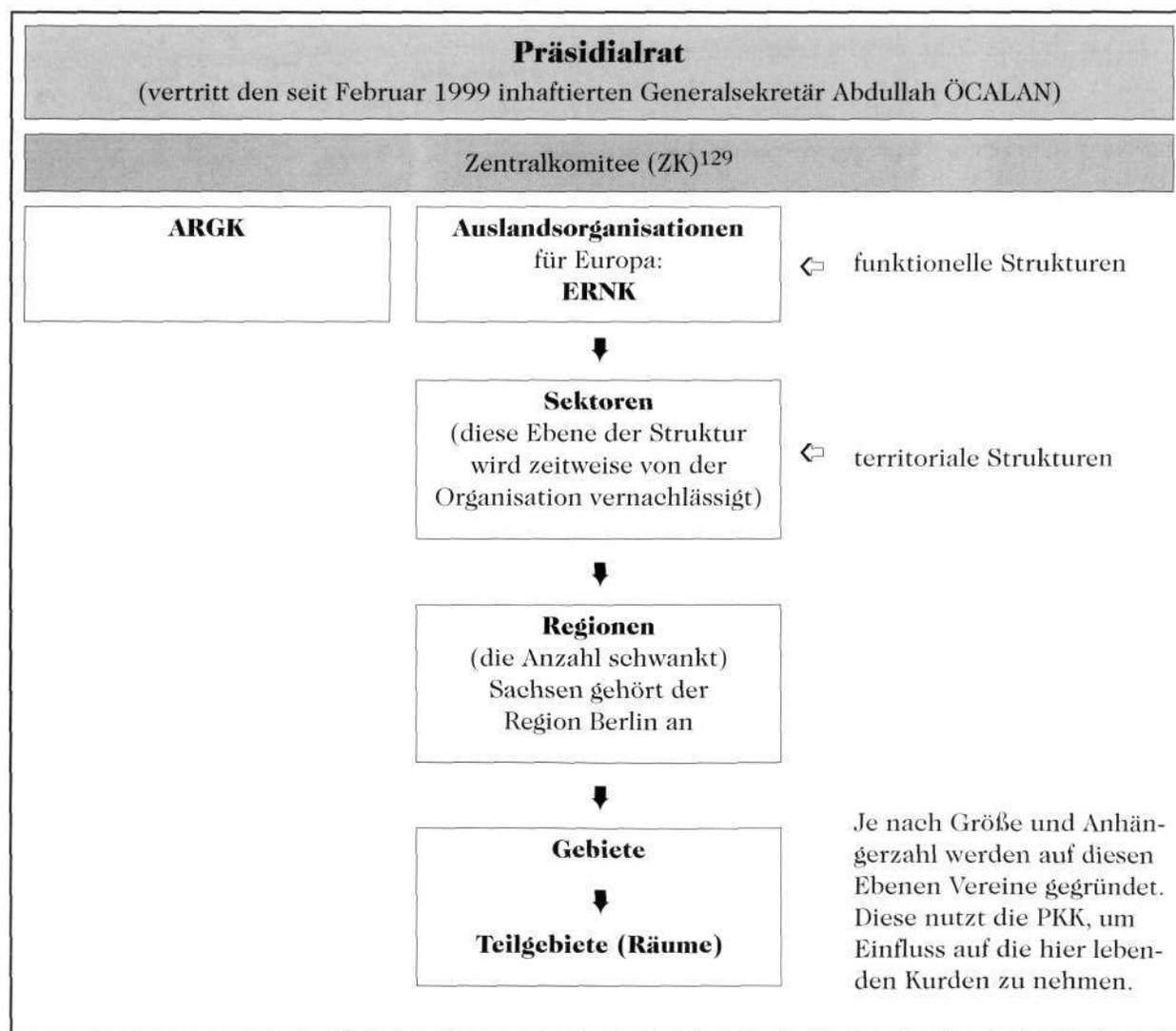
Darüber hinaus existieren rechtlich selbständige Nebenorganisationen, die nicht vom Betätigungsverbot der PKK betroffen sind.

Die PKK bemüht sich in diesen Fällen, die personellen und organisatorischen Verflechtungen zu tarnen.

Zu diesen Vereinigungen zählen z. B.:

- die UNION DER JUGENDLICHEN AUS KURDISTAN (YCK) als Jugendorganisation der PKK,
- die FÖRDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM) als Dachverband örtlicher der PKK zuzurechnender Vereine. Gleichartige Föderationen existieren auch in anderen europäischen Staaten. Ihr Dachverband ist die KONFÖRDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA (KON-KURD) mit Sitz in Brüssel.

Struktur der PKK¹²⁸



¹²⁸ Eine Umorganisation der PKK ist in Planung.

¹²⁹ Gegenwärtig ist die Funktion des ZK in der PKK nicht einschätzbar.

Im Freistaat Sachsen wurden auf der Ebene Gebiete/Teilgebiete Vereine in Leipzig und in Dresden gegründet. Wegen der Beteiligung von Mitgliedern des Vereins in Leipzig an der Besetzung des Griechischen Generalkonsulats in Leipzig im Februar 1999¹³⁰ schloss das Ordnungsamt Leipzig die Räume des Vereins.

Nach einer Meldung der PKK-nahen Tageszeitung ÖZGÜR POLITIKA (Freie Politik) vom 19. Juli 1999 ist der bislang als Frauenorganisation der PKK tätige FREIE FRAUENVERBAND KURDISTANS (YAJK) in der am 13. Juli 1999 gegründeten PARTEI KURDISCHER ARBEITE FRAUEN (PJJK) aufgegangen.



Emblem des KNK

In Anlehnung an die ERNK habe sie auch eine FRONT FREIER FRAUEN KURDISTANS (EJAK) ins Leben gerufen. Am 24. Mai 1999 konstituierte sich in Amsterdam (Niederlande) der KURDISCHE NATIONALKONGRESS (KNK). Ihm gehören 29 kurdische Parteien und Organisationen an. Ebenso sind hochrangige Mitglieder der PKK vertreten. Abdullah ÖCALAN wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Ziel des KNK sei, die nationale Einheit der in Kurdistan und der „Diaspora“ lebenden Kurden zu fördern sowie eine politische Lösung für das Kurdenproblem zu finden.

Auf seiner 11. Vollversammlung in Brüssel erklärte das von der PKK beeinflusste KURDISCHE EXILPARLAMENT (PKDW)¹³¹, seine Mission sei mit der Schaffung des KNK erfüllt und trat dem KNK bei.

In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa 500.000 Kurden. Etwa 50.000 von ihnen kann die PKK zu besonderen Anlässen für Großdemonstrationen mobilisieren. Ca. 12.000 Kurden sind Mitglieder oder aktive Anhänger der PKK.

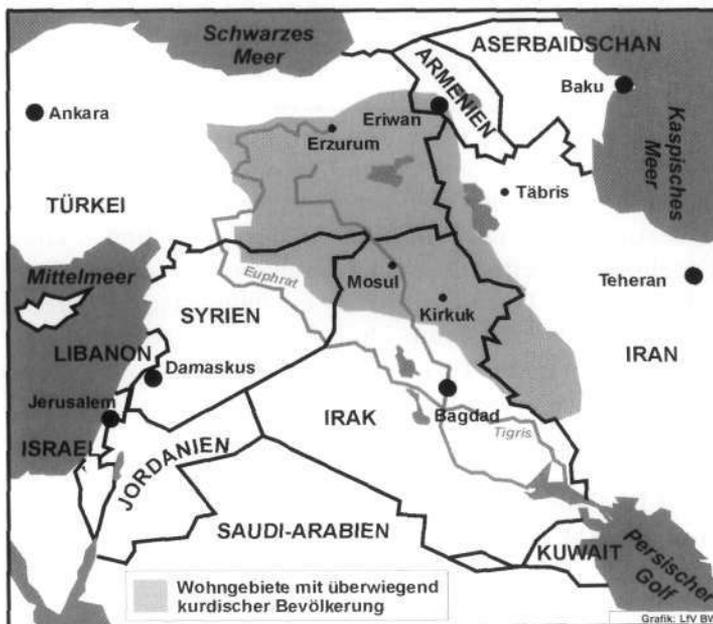
Die Chronik des Kampfes der PKK unter ihrem Führer Abdullah ÖCALAN

Die PKK führt seit 1984 mit Hilfe ihres militärischen Arms, der ARGK, in den Kurdengebieten im Südosten der Türkei einen bewaffneten Kampf für ein autonomes Kurdistan. Die türkische Regierung unterwarf daraufhin 1987 das Kampfgebiet der Notstandsgesetzgebung.

Seit 1994 erhöhte sich die Anzahl der Kurden, die aus den umkämpften Gebieten in die Westtürkei und nach Westeuropa flohen, erheblich.

Unter dem Eindruck eines 14 Jahre währenden Kampfes, der bis zu 30.000 Menschenleben gefordert haben soll, begann ÖCALAN 1998 mit dem Versuch, die PKK in eine politische Kraft umzuwandeln und unterbreitete mehrfach Waffenstillstandsangebote. Die türkische Regierung lehnte jedoch jegliches Gespräch mit Vertretern der PKK ab. Vielmehr forderte sie Anfang Oktober 1998 Syrien ultimativ dazu auf, den PKK-Führer Abdullah ÖCALAN und seine Organisation nicht länger zu unterstützen¹³².

Nach Flucht, Verhaftung und Verurteilung zum Tode¹³³ forcierte ÖCALAN den Strategiewechsel der Organisation. Die PKK sollte als politischer Verhandlungspartner anerkannt werden. Aus der Haft richtete ÖCALAN im Sommer 1999 mehrere Aufrufe an die Verantwortlichen von PKK und ARGK und forderte die Einstellung des bewaffneten Kampfes. Das Zentralkomitee (ZK) der PKK



Siedlungsgebiete der Kurden

¹³⁰ Siehe Abschnitt „Ereignisse im Freistaat Sachsen“.

¹³¹ Siehe auch Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1996, Seite 74 ff.

¹³² Siehe auch Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1998, Seite 66.

¹³³ Siehe Abschnitt: Flucht und Festnahme des PKK-Führers.

stellte sich hinter diese Forderungen und plante einen außerordentlichen Parteikongress zur Modifizierung des Parteiprogramms im Sinne der neuen Linie. Vor dem Parteikongress erklärte das ZK der PKK¹³⁴: „(...) auch wenn der bewaffnete Kampf seine Berechtigung und Notwendigkeit hat, so zeigen uns die letzten 100 Jahre, dass er an Stellenwert verloren hat. Statt dessen hat der politische Widerstand an Bedeutung gewonnen. Diejenigen Kräfte, die sich nicht gemäß den neuen Anforderungen anpassen können, werden in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. (...) Bei einer möglichen Umsetzung des Projekts einer Demokratischen Republik wird gemeinsamer Dialog und Zusammenarbeit angestrebt, was auch von der Gegenseite ermöglicht werden sollte. In Zukunft wird sich der Widerstand auf die politische Ebene und auf das Demokratieprojekt konzentrieren.“

Am 1. September 1999 erklärte der Bruder des Generalvorsitzenden der PKK und Mitglied des ZK der PKK, Osman ÖCALAN, den bewaffneten Kampf für beendet. Bereits einige Tage zuvor waren Meldungen über den Beginn des Rückzuges der ARGK von türkischem Gebiet verbreitet worden.

Eine im Sinne der PKK positive Reaktion der türkischen Regierung blieb jedoch aus.

Ebenso wenig wie der Rückzug wurde die symbolische Geste zweier Abordnungen der PKK, die sich freiwillig in die Hände der türkischen Armee begeben hatten und verhaftet wurden, akzeptiert.

Nach Auffassung des Präsidialrates der PKK hat der türkische Staat seine Anstrengungen zur Liquidierung des kurdischen Freiheitskampfes seit November 1999 sogar noch verstärkt.

In verschiedenen Erklärungen zum Ende des Jahres 1999 wiesen hochrangige Vertreter der PKK darauf hin, dass die Organisation angesichts positiver Ansätze für ein Umdenken in der türkischen Gesellschaft weiterhin zum Gewaltverzicht entschlossen sei. Dennoch wird in einzelnen Passagen die taktische Option einer Wiederaufnahme des Kampfes in der Türkei offen gehalten.

Flucht und Festnahme des PKK-Führers

Am 9. September 1998 verließ ÖCALAN unter dem Druck der syrischen Regierung sein Aufenthaltsland. Zunächst reiste er nach Moskau, später weiter nach Rom, wo er bei seinem Eintreffen am 12. November 1998 festgenommen wurde. Die Anwälte ÖCALANs beantragten für ihren Mandan-

ten in Italien politisches Asyl¹³⁵.

Wegen anhaltender diplomatischer Auseinandersetzungen mit der Türkei forderte Italiens Ministerpräsident den PKK-Führer am 6. Januar 1999 auf, das Land zu verlassen. Andernfalls kündigte er ihm einen Prozess auf der Grundlage der Antiterrorkonvention des Europarates an.

Seit dem 16. Januar 1999 befand sich ÖCALAN wieder auf der Suche nach einem Zufluchtsort. Er fand diesen schließlich in der Griechischen Botschaft in Nairobi (Kenia). Am 16. Februar 1999 wurde er aus Nairobi in die Türkei entführt.

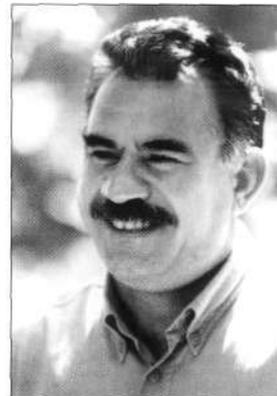
Am 31. Mai 1999 begann auf der Gefängnisinsel Imrali im türkischen Marmara-Meer der Prozess gegen den PKK-Führer. In einer ersten Stellungnahme erklärte ÖCALAN, dass er bereit sei, für eine friedliche Lösung des Kurdenproblems mit der türkischen Regierung zusammenzuarbeiten. Am 29.

Juni 1999 fällte das Staatssicherheitsgericht das Todesurteil über ÖCALAN. Er wurde des Hochverrats und tausendfachen Mordes für schuldig befunden. Das türkische Kassationsgericht bestätigte am 25. November 1999 das Urteil.

Die Regierungen der Europäischen Union brachten gegenüber der Türkei zum Ausdruck, dass das Todesurteil ein Verstoß gegen die Menschenrechte sei und die Beziehungen zwischen Europa und der Türkei belaste. Die Bundesrepublik Deutschland forderte die Türkei auf, das Urteil nicht zu vollstrecken. Der türkische Staatspräsident versuchte die Situation zu entschärfen, indem er auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verwies, der nach den Entscheidungen der verschiedenen türkischen Instanzen immer noch die Möglichkeit hätte, die Vollstreckung des Urteils zu verhindern. Der endgültige Richterspruch des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ist nicht vor Mitte des Jahres 2000 zu erwarten.

Ereignisse in Westeuropa und in der Bundesrepublik Deutschland

Die Nachricht über die Festnahme und Verschleppung ihres Führers APO löste bei der PKK-Anhängerschaft in Westeuropa eine Welle gewalttätiger



Abdullah Öcalan

¹³⁴ Vom KURDISTAN INFORMATIE CENTRUM (KIC) NEDERLAND am 9. August 1999 über Internet verbreitete Meldung.

¹³⁵ Dieses wurde ÖCALAN durch das italienische Zivilgericht am 4. Oktober 1999 gewährt.

Aktionen aus. Am 16. und 17. Februar 1999 wurden zahlreiche diplomatische Einrichtungen der Türkei, Griechenlands, Israels und Kenias, in Einzelfällen auch Parteibüros der SPD, besetzt. Die Besetzer nahmen Geiseln und verübten erhebliche Sachbeschädigungen. Besonders dramatisch endete die versuchte Besetzung des Israelischen Generalkonsulats in Berlin, bei der vier Kurden durch Sicherheitskräfte des Konsulats erschossen wurden.

In der Folgezeit brachten die Sympathisanten ÖCALANs ihren Protest vorwiegend mit friedlichen Mitteln wie Demonstrationen, Mahnwachen und Petitionsübergaben zum Ausdruck.

Zu einem erneuten Ausbruch von Gewalttätigkeiten kam es zur Monatswende Juni/Juli 1999 nach der Verkündung des Todesurteils gegen ÖCALAN. Nach vier Tagen wurden die Anschläge eingestellt und der Protest in friedlicher Form fortgesetzt. Die Lage ÖCALANs sollte durch Gewalttätigkeiten nicht negativ beeinflusst werden. Strenge Hierarchien ermöglichten es der Parteiführung, ihre Entscheidungen in der Basis durchzusetzen. Das Image als Terrororganisation sollte auf jeden Fall abgebaut werden.

Höhepunkte der friedlichen Proteste in der Bundesrepublik Deutschland waren öffentlichkeitswirksame Großdemonstrationen in Bonn, Dortmund, Frankfurt am Main und Köln.

Während sich im April 1999 noch ca. 80.000 Personen in Bonn versammelten, waren es im August 1999 in Dortmund nur noch etwa 50.000. Nach Frankfurt am Main kamen im Oktober 1999 weniger als 30.000 Teilnehmer. An der Demonstration im Dezember 1999 in Köln beteiligten sich nach offiziellen Angaben lediglich 9.000 PKK-Anhänger. Das nachlassende Engagement kann zum Teil auf die behördlichen Maßnahmen zurückgeführt werden. Viele der an den gewalttätigen Ausschreitungen beteiligten Kurden wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt. Sie fürchten, ihren Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik Deutschland zu verlieren. Maßgebliche Funktionäre müssen Haftstrafen verbüßen. Die so entstandenen Hierarchielücken müssen erst wieder geschlossen werden, um die „Parteiarbeit“ fortsetzen zu können.

Der neue Kurs der PKK-Führung dürfte viele PKK-Mitglieder und -Anhänger verunsichert haben. Nach Jahren des bewaffneten Kampfes ist es in Teilen der PKK-Basis schwer vermittelbar, dass nun friedlicher politischer Widerstand zum Erfolg führen soll. Sowohl Resignation als auch Hinwendung zu anderen, sich militanter gebenden links-

extremistischen Organisationen kann die Folge sein. Die Parteiführung versucht deshalb intensiv, die Basis auf die neue friedliche Phase im Kampf einzuschwören.

Ereignisse im Freistaat Sachsen

Besetzung des Griechischen Generalkonsulats

In den Morgenstunden des 16. Februar 1999 drangen 73 Kurden gewaltsam in das Gebäude Kommandant-Truffanow-Straße 29 in Leipzig ein. In dem Gebäude befindet sich das Generalkonsulat der Griechischen Republik (seit April 1999 wird die Bezeichnung Hellenische Republik verwendet). Zu diesem Zeitpunkt hielten sich in einem im Gebäude befindlichen, aber nicht zum Generalkonsulat gehörenden Büro drei Personen auf, die von den mutmaßlichen Anführern der Konsulatsbesetzung als Geiseln genommen wurden.

Mit der Besetzung des Generalkonsulats sollte eine Stellungnahme des Parlaments der Hellenischen Republik zur Festnahme ÖCALANs erzwungen werden.

Die Besetzer verursachten erhebliche Sachbeschädigungen im Treppenhaus sowie in den Räumen der konsularischen Vertretung. Im Tagesverlauf zeigten sie Symbole der PKK und Bilder ÖCALANs. In Sprechhören forderten sie die Freilassung ÖCALANs.

Einige der Besetzer drohten, sich zu verbrennen, falls die Polizei in das Gebäude eindringe. Um eine Erstürmung des Hauses zu verhindern, wurden die Geiseln am Fenster gezeigt.

Gegen 17.45 Uhr gelang es dem Spezialeinsatzkommando der Polizei des Freistaates Sachsen, die Geiseln zu befreien und die Konsulatsbesetzung zu beenden. Die 73 Kurden wurden festgenommen.

Am 22. Juni 1999 begannen die Hauptverhandlungen gegen die Konsulatsbesetzer vor dem Amtsgericht Leipzig. Das Gericht verurteilte bisher 66 Angeklagte zu Freiheitsstrafen, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. In einem Fall wurde zusätzlich eine Geldstrafe verhängt. Am 8. Dezember 1999 begann die Hauptverhandlung gegen sieben Konsulatsbesetzer vor dem Landgericht Leipzig. Den Angeklagten wird gemeinschaftliche Geiselnahme vorgeworfen.

Staatsanwaltschaft und Polizei gelang es, weitere hochrangige PKK-Funktionäre zu ermitteln und



Kurdische Besetzer des Griechischen Generalkonsulats in Leipzig. Foto: dpa

festzunehmen. Diese Funktionäre sollen zu den mutmaßlichen Drahtziehern der Konsulatsbesetzung gehören und sie von außen geleitet haben. Die Strafverfahren gegen diese Personen sind bisher noch nicht abgeschlossen.

Besetzung der Geschäftsstelle des Unterbezirks der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Leipzig

Am frühen Nachmittag des 17. Februar 1999 betraten etwa 50 Kurden die Geschäftsstelle des Unterbezirks der SPD in Leipzig. Die Gruppe forderte die Rücknahme der am 17. Februar 1999 erfolgten Schließung der Vereinsräume des JIYAN-VEREIN FÜR DEUTSCH-KURDISCHE FREUNDSCHAFT LEIPZIG e. V. und den Schutz vor Strafverfolgung durch die deutsche Polizei. Diese Personen wurden vorläufig festgenommen.

Demonstration in Chemnitz

Am Karl-Marx-Monument demonstrierten am 18. Februar 1999 etwa 50 Kurden für die Freilassung ÖCALANS. Die Polizei löste die Veranstaltung auf und nahm die Teilnehmer vorübergehend in Gewahrsam. Fünf Demonstrationsteilnehmer wurden vom Amtsgericht Chemnitz wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz verurteilt.

Plakatierungen und Farbschmierereien

Anhänger des inhaftierten PKK-Führers sprühten im Februar 1999 in Chemnitz und Dresden Parolen, die neben Freiheit für ÖCALAN auch die Freiheit Kurdistans und die Abschaffung des PKK-Verbots forderten.

Im März 1999 wurde in Dresden auf Plakaten zum Tourismusboykott gegen die Türkei aufgerufen. Für eine europaweite Veranstaltung der YCK im August 1999 in den Niederlanden waren in Dresden Werbeplakate geklebt worden.

¹³⁶ Kalif: wörtlich Nachfolger, "Stellvertreter". Im religiös-historischen Kontext: Nachfolger des gesandten Gottes, des Propheten Mohammed. Der Kalif war sowohl religiöses als auch weltliches Oberhaupt der muslimischen Urgemeinschaft.

¹³⁷ Laizistisch = die Trennung von Kirche und Staat fördernd.

¹³⁸ Antisemitisch = jüdenfeindlich.

¹³⁹ Antizionistisch = feindlich gegenüber national-jüdischer Weltanschauung.

Islamischer Extremismus

VERBAND DER ISLAMISCHEN VEREINE UND GEMEINDEN (ICCB) seit 1998: KALIFATSSTAAT (HILAFET DEVLETI)

Gründung:	November 1984
Sitz:	Köln
Leitung:	Metin KAPLAN
Mitglieder 1998	
bundesweit:	ca. 1.200
Sachsen:	nicht bekannt
Mitglieder 1999	
bundesweit:	ca. 1.100
Sachsen:	nicht bekannt
Publikationen:	Ümmet-i-Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds)
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Im November 1984 gründete der türkische Staatsangehörige Cemalettin KAPLAN in Köln den VERBAND DER ISLAMISCHEN VEREINE UND GEMEINDEN e. V., KÖLN (ICCB). Nach der Selbsternennung des Verbandsführers zum „Emir der Gläubigen und Kalif¹³⁶ der Muslime“ im März 1994 trat die Bezeichnung ICCB immer mehr in den Hintergrund. Der Verband nennt sich seit 1998 KALIFATSSTAAT. Seit dem Tod des Gründers im Mai 1995 versteht sich dessen Sohn Metin KAPLAN als sein Nachfolger. Kompromisslos fordert die Organisation eine islamische Republik in der Türkei nach dem Vorbild des Iran. Sie zielt auf den Sturz des laizistischen¹³⁷ türkischen Staates. Als Endziel strebt sie die Weltherrschaft des Islam an. Sie lehnt Demokratie und Parteienpluralismus als völlig unvereinbar mit dem Islam ab. Der Verband polemisiert gegen Juden, den israelischen Staat und gegen die westliche Demokratie. Die Verbandszeitschrift ist mit antisemitischen¹³⁸ und antizionistischen¹³⁹ Hetzparolen durchsetzt.

Auf Grund solcher Äußerungen sprach die Stadt Köln gegen Metin KAPLAN 1996 ein Verbot der politischen Betätigung aus. Gegen dieses Verbot verstieß er laufend. Im Mai 1998 verkündete er eine „allgemeine Mobilisierung“ und forderte seine Anhängerschaft zum „Jihad“¹⁴⁰ auf.

Der KALIFATSSTAAT bedient sich zu Propagandazwecken auch des Satellitenfernsehens, die Sendungen werden unter der Bezeichnung „HAKK-TV“¹⁴¹ ausgestrahlt.

Den 75. Jahrestag¹⁴² der türkischen Republik nahm der Leiter des KALIFATSSTAAT zum Anlass, erneut seine islamistischen Positionen und Hetzparolen gegen den türkischen Staat zu verbreiten. Es besteht in zunehmendem Maße die Gefahr, dass seine Anhänger dies als Aufforderung zum Handeln verstehen und sich zur Vorbereitung und Durchführung militanter Aktionen verleiten lassen.

Ende Oktober 1998 nahmen türkische Sicherheitskräfte mehrere Personen in der Türkei fest, denen vorgeworfen wurde, an der Planung der Besetzung der Fatih-Moschee in Istanbul und an der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages auf das ATATÜRK-Mausoleum in Ankara am 75. Jahrestag der Gründung der Türkischen Republik beteiligt gewesen zu sein. Unter den Festgenommenen sollen sich auch KAPLAN-Anhänger befunden haben, die sich zuvor in Deutschland aufhielten.

Der Generalbundesanwalt (GBA) der Bundesrepublik Deutschland hat aufgrund der Vorfälle ein bereits im September 1997 gegen Metin KAPLAN und weitere Personen eingeleitetes Ermittlungsverfahren erweitert. Dem ursprünglichen Vorwurf, Rädelführerschaft bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a StGB und öffentliche Aufforderung zu Straftaten, wurde der Vorwurf der Vorbereitung von Anschlägen auf staatliche Einrichtungen in der Türkei hinzugefügt.

Ende März 1999 wurde Metin KAPLAN verhaftet.

Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland / im Freistaat Sachsen

Bis auf die Veranstaltungen zum islamischen Neujahrsfest entwickelte der KALIFATSSTAAT in letzter Zeit nur wenig öffentliche Aktivitäten. Lediglich die Verhaftung des „Kalifen“ veranlasste seine Anhänger zu Protestkundgebungen. Insgesamt ist festzustellen, dass das Mobilisierungspotenzial von ehemals 8.000 auf 2.000 bis 3.000 Personen zurückgegangen ist.

Im Freistaat Sachsen wurden bisher keine Aktionen dieser Organisation bekannt.

¹⁴⁰ Jihad: sinngemäß „besondere Anstrengung“ oder „Heiliger Krieg“.

¹⁴¹ HAKK-TV: sinngemäß „wahres islamisches Feuer“.

¹⁴² Gründung der Türkischen Republik am 29. Oktober 1923.

ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT – MILLI GÖRÜS (IGMG)

Gründung:	1995 (1985 als VEREINIGUNG DER NEUEN WEITSICHT IN EUROPA e. V. (AMGT) in Köln)
Sitz:	Bonn
Organisation im Freistaat Sachsen:	Strukturen vorhanden
Mitglieder 1998	
bundesweit:	ca. 27.000
Sachsen:	Einzelne
Mitglieder 1999	
bundesweit:	ca. 27.000
Sachsen:	Einzelne
Publikationen:	u. a. Milli Görüs & Perspektive
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

Die IGMG strebt die Aufhebung der laizistischen Staatsordnung und die Errichtung eines islamischen Gesellschaftssystems in der Türkei und, als Fernziel, weltweit an.

In der Türkei unterhält sie zwar selbst keine organisatorischen Gliederungen, war aber der im Januar 1998 verbotenen islamistischen WOHLFAHRTSPARTEI (RP) eng verbunden.

In der Bundesrepublik Deutschland ist sie die zahlenmäßig bedeutendste ausländerextremistische Organisation und verfügt über weitverzweigte zielgruppenorientierte Strukturen.

Sie versucht, die hier lebenden Muslime, vor allem türkischer Herkunft, an sich zu binden und ihnen – entsprechend ihrer Identität – ein Leben ausgerichtet nach den Regeln des Islam zu ermöglichen. Koran und Scharia¹⁴³ gelten als einzige verbindliche Handlungsrichtlinie.

Die IGMG beruft sich in der Bundesrepublik Deutschland auf den Artikel 4 des Grundgesetzes, der Freiheit der religiösen Überzeugung und der Religionsausübung als Grundrecht garantiert. Das politische Ziel der IGMG ist gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet.

Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland

Am 22. Mai 1999 versammelten sich etwa 40.000 Anhänger der IGMG aus der Bundesrepublik Deutschland und den westeuropäischen Nachbarstaaten in Köln zur 5. Jahreshauptversammlung. Neben Koranrezitationen und Folkloredarbietungen wurde in den Reden die Erteilung islamischen Religionsunterrichtes an deutschen Schulen thematisiert.

Ereignisse im Freistaat Sachsen

In Leipzig hatte sich im September 1996 der IGMG – ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS, ORTSVEREIN LEIPZIG gegründet. Gemäß seiner Satzung soll er in der Messestadt eine Moschee unterhalten. Öffentlichkeitswirksame Aktionen gingen von diesem Verein bislang nicht aus.

Iraner

NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI)

Gründung:	1981
Sitz:	Köln
Mitglieder 1998	
bundesweit:	ca. 900
Sachsen:	Einzelne
Mitglieder 1999	
bundesweit:	ca. 900
Sachsen:	Einzelne
Publikationen:	u. a. Modjahed (Glaubenskämpfer)
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Kennzeichen:



Der NWRI – Vertretung der VOLKSMODJAHEDIN IRAN (MEK) – unterstützt von der Bundesrepublik Deutschland aus die Bestrebungen der Volksmodjahedin, die in Opposition zum Mullah-Regime im Iran stehen. Der NWRI sieht sich als demokratische Alternative zur gegenwärtigen Regierung und strebt den gewaltsamen Sturz der iranischen Regierung an. Dazu gründete er die im Irak stationierte NATIONALE BEFREIUNGSMEE (NLA). Ab 1994 erfolgte unter der Leitung des NWRI die Gründung bundesweiter oder auch nur regional auftretender Neben-/Tarnvereine¹⁴⁴ mit dem Ziel der Agitation und der Organisation von Protestveranstaltungen gegen die iranische Regierung sowie der Geldbeschaffung (Straßen- und Haussammlungen), um den bewaffneten Kampf der MEK zu unterstützen.

In der Bundesrepublik Deutschland leben über 100.000 iranische Staatsangehörige. In den Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunter-

¹⁴³ Scharia = der Weg; gemeint ist das religiöse Gesetz der Muslime.

¹⁴⁴ Siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1997, S. 75.

künften des Freistaates Sachsen sind etwa 1.000 iranische Asylbewerber untergebracht¹⁴⁵. Unter ihnen befinden sich regimetreue sowie zur Opposition gehörende Iraner. Gewalttätigkeiten gingen bisher nicht von ihnen aus. Die iranischen Regimegegner nutzen in Deutschland überwiegend Demonstrationen zur Bekundung ihrer Ziele.

Ereignisse in Westeuropa und der Bundesrepublik Deutschland

Während des G 8-Gipfels in Köln im Juni 1999 protestierten mehrere Tausend oppositionelle Iraner gegen die Unterstützung des Irans durch die G8-Staaten. Die Demonstrationen verliefen überwiegend friedlich.

Im Zusammenhang mit den Studentenunruhen in Teheran fanden am 13. Juli 1999 und den darauf folgenden Tagen in verschiedenen Großstädten des Bundesgebietes Kundgebungen und Demonstrationen von Exiliranern vor diplomatischen Einrichtungen des Iran statt. Sie protestierten friedlich gegen die massiven Polizeieinsätze im Iran und forderten Meinungsfreiheit und Demokratie im Iran. Unter den Teilnehmern befanden sich auch Anhänger des NWRI aus dem Freistaat Sachsen.

Am 7. September 1999 veranstaltete der NWRI in Den Haag eine zentrale Großkundgebung. Die Teilnehmer forderten die Beendigung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Iran und riefen zur Solidarität mit den studentischen Protesten vom Juli 1999 auf. Unter den Beteiligten war wiederum eine größere Anzahl von NWRI-Anhängern aus dem Freistaat Sachsen. Eine Delegation des NWRI übergab an Mitglieder des niederländischen Parlaments eine Unterschriftenliste. Die Unterzeichner forderten demokratische Reformen im Iran.

Ereignisse in Sachsen

Am 25. Januar 1999 unterhielt der NATIONAL COUNCIL OF RESISTANCE OF IRAN¹⁴⁶ in Dresden auf der Wilsdruffer Straße einen Informationsstand. Er warb dort für die Volksmodjahedin. Die Veranstaltung verlief friedlich und ohne Störungen.

¹⁴⁵ Stand: August 1999.

¹⁴⁶ NATIONAL COUNCIL OF RESISTANCE OF IRAN ist die englische Bezeichnung für den NWRI.

¹⁴⁷ UCK: kosovo-albanische Untergrundarmee, die politisch, moralisch und finanziell von der VOLKSBEWEGUNG VON KOSOVO (LPK) unterstützt wird.
Siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1998, Seite 73.

¹⁴⁸ Zur Kontaktgruppe gehörten die Außenminister der USA, Russlands, Italiens, Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland.

Kosovo-Albaner

Kosovo, eine Region im Süden Serbiens, ist seit Jahrhunderten Schauplatz ethnischer Auseinandersetzungen, in der serbischer Nationalismus und albanisches Selbstbestimmungsrecht aufeinander prallen. Der latent schwelende Konflikt zwischen Serben und Kosovo-Albanern trat seit Anfang 1998 wieder offen zu Tage.



Geografische Lage des Kosovo-Gebietes

Es kam zu blutigen Kämpfen zwischen Sondereinheiten serbischer Sicherheitskräfte und der BEFREIUNGSARMEE VON KOSOVO (UCK)¹⁴⁷. Dabei wurden nahezu zwei Drittel der Dörfer in den Kampfgebieten zerstört. Eine Welle der Gewalt gegen die albanische Bevölkerung im Kosovo setzte ein. Zehntausende Kosovo-Albaner wurden aus ihrer Heimat vertrieben oder flohen.

Verhandlungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern im Frühjahr 1999 unter Beteiligung einer internationalen Kosovo-Kontaktgruppe¹⁴⁸ konnten den Konflikt nicht lösen. Um die jugoslawische Regierung zur Einstellung der Angriffe gegen die Kosovo-Albaner zu zwingen, begann die NATO am 24. März 1999 eine Militäraktion.

Nachdem der Abzug jugoslawischer Einheiten begonnen hatte, wurde ein Friedensplan unterzeich-

net, der u. a. die Demilitarisierung der UCK regelte. Zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung wurde die internationale Friedenstruppe KFOR im Krisengebiet stationiert. Nach Kriegsende verließ ein großer Teil der rund 150.000 im Kosovo lebenden Serben aus Angst vor Racheakten der UCK ihre Heimat.

Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland

Während des Krieges kam es in der Bundesrepublik Deutschland nur in wenigen Fällen zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Kosovo-Albanern und Serben. Funktionäre serbischer wie auch kosovo-albanischer Organisationen sprachen sich gegen militante Aktionen in der Bundesrepublik Deutschland aus. Die Kosovo-Albaner nutzen die Bundesrepublik Deutschland als Ruhe- und Finanzbasis zur Unterstützung ihrer Heimat. Eine Hauptquelle dieser Finanzierung ist der von der Demokratischen Liga von Kosovo (LDK)¹⁴⁹ eingerichtete „Fonds der Republik Kosovo“. Im Ausland lebende Landsleute sollen bis 3 % ihres Einkommens für humanitäre Maßnahmen sowie zur Betreuung von sozialen und kulturellen Institutionen in der Heimat spenden.

Die VOLKSBEWEGUNG VON KOSOVO (LPK)¹⁵⁰ ruft regelmäßig zu Spenden für den Fonds „Das Vaterland ruft“ in ihrem Organ „Zeri i Kosoves“ auf. Diese Gelder wurden auch für den bewaffneten Widerstand der UCK verwendet.

In der Bundesrepublik Deutschland versuchten Vertreter der „Exilregierung Kosovos“, jugoslawische Asylbewerber für den Kampfeinsatz in den Reihen der UCK zu werben.

Ereignisse im Freistaat Sachsen

In Sachsen fanden während der NATO-Luftangriffe zahlreiche Protestkundgebungen gegen den Krieg statt. Dabei vertraten die Initiatoren und Teilnehmer dieser friedlich verlaufenden Aktionen die unterschiedlichsten politischen Gruppierungen.

Strukturen kosovo-albanischer oder serbischer extremistischer Organisationen sind im Freistaat Sachsen bisher nicht bekannt geworden.

Auch im Freistaat Sachsen wurden Geldspenden gesammelt und Kosovo-Albaner für Kampfeinsätze der UCK geworben.

¹⁴⁹ Die LDK ist kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden.

¹⁵⁰ Siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1998, Seite 73.

SCIENTOLOGY-ORGANISATION

SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)	
Gründung:	1954
Sitz:	Los Angeles/USA („Church of Scientology International“)
Mitglieder 1998	
bundesweit:	ca. 6.000
Sachsen:	Einzelne
Mitglieder 1999	
bundesweit:	5.000 bis 6.000
Sachsen:	mehrere Dutzend
Publikationen:	FREIHEIT IMPACT u. a.
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten (mehrsprachig)
Kennzeichen:	

Die SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO) konnte 1999 ihre Position im Freistaat Sachsen nicht ausbauen. Auch in der einzigen sächsischen, formal als Verein eingetragenen Mission in Dresden wurden keinerlei öffentliche Aktivitäten mehr entfaltet. Werbeaktivitäten konnten nur sporadisch festgestellt werden. Im Internet wird Salzburg als Anlaufadresse für diese Mission angegeben¹⁵¹.

Durch eine verbesserte Erkenntnislage konnten gegenüber 1998 weitere Personen im Freistaat Sachsen festgestellt werden, die der SO zugerechnet werden können.

Die seit 1972 auch in Deutschland tätige Organisation hat ihren Ursprung in den USA. Dort wurde 1954 mit der Gründung der ersten offiziellen „Church of Scientology“ durch den Science-fiction-Autor Lafayette Ron HUBBARD (1911-1986) der Grundstein für die mittlerweile weltweit ak-

tive SCIENTOLOGY-ORGANISATION gelegt. Die Nachfolge des Gründers HUBBARD trat nach dessen Tod 1986 David MISCAVIGE an. Er ist Vorstandsvorsitzender des RELIGIOUS TECHNOLOGY CENTER (RTC).

Die SCIENTOLOGY-ORGANISATION versteht sich als Glaubensgemeinschaft. Sie selbst beschreibt sich als eine „Erlösungsreligion“ in der Tradition ostasiatischer Religionen.

Nichtsdestoweniger weisen tatsächliche Anhaltspunkte darauf hin, dass die SO Ziele verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele verfügt die SO über eine Struktur aus so genannten „Kirchen“, „Missionen“ und „Celebrity-Centern“¹⁵². In der Bundesrepublik Deutschland ist die SO hauptsächlich in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg vertreten.

Nach bisherigen Erkenntnissen verfügt die SO bundesweit über etwa 5.000 bis 6.000 Mitglieder. Im Freistaat Sachsen gehören mehrere Dutzend Personen der Organisation an, Schwerpunkte sind Dresden und Leipzig.

Anhaltspunkte für politisch-extremistische Bestrebungen der SO

Die Verfassungsschutzbehörden gehen tatsächlichen Anhaltspunkten nach, wonach Programmatik und Praxis der SO gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass sich die SO nicht nur selbst totalitär organisiert, sondern dies langfristig auch auf Staat und Gesellschaft übertragen will. Sowohl die theoretischen Konzepte als auch die tatsächlichen Aktivitäten von Mitgliedern weisen darauf hin, dass die Organisation die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung durch eine Gesellschaft mit scientologisch bestimmten Normen ersetzen will.

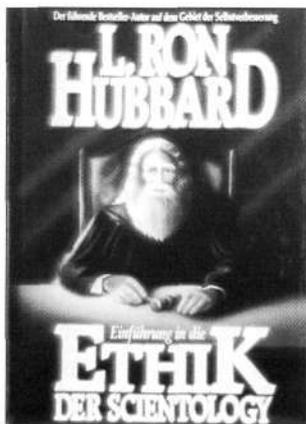
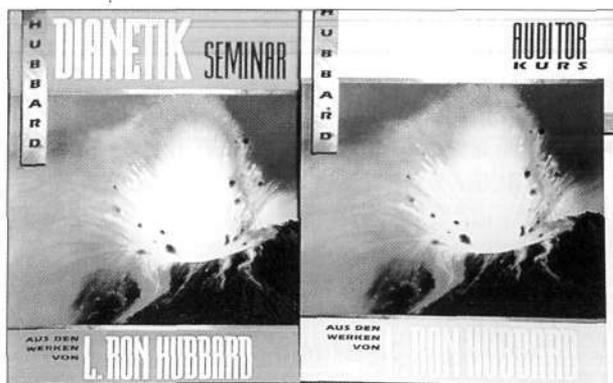
Der zentrale Inhalt der scientologischen Lehre findet sich in verschiedenen Büchern des Gründers HUBBARD. Beispiele dafür sind: das Standardwerk der SO „Dianetik“¹⁵³, „Das Handbuch für den ehrenamtlichen Geistlichen“ und „Ein-

¹⁵¹ Stand: 3. November 1999.

¹⁵² „Kirchen“ und „Missionen“ sind territoriale Einrichtungen der SO (allg. als Org bezeichnet), die mit der Ausbildung und Schulung von Scientologen, dem Werben von Mitgliedern und der Verbreitung der SO-Ideologie betraut sind. „Celebrity-Center“ gehören auch zu den Org's und dienen als Treffpunkt und Podium für Künstler, die ebenfalls für die Verbreitung von SO eintreten.

¹⁵³ Das von Lafayette Ronald HUBBRAD (LRH) verfasste Werk ist theoretische Grundlage und zentraler Ausgangspunkt für die Organisation. Der vollständige Titel des Werkes lautet: „Dianetik – Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit“.

führung in die Ethik der Scientology“. HUBBARD gab darüber hinaus Richtlinien heraus, die so genannten „Hubbard Communication Office Policy Letters“ (HCOPL) und „Hubbard Communication Office Bulletins“ (HCOB). Diese zwar oftmals schon jahrzehntealten Anweisungen werden dennoch ständig neu aufgelegt und dienen als Kurs- und Schulungsmaterial. Sie haben nach wie vor volle Gültigkeit und sind für jeden Scientologen bindend.



In diesen Schriften wird die Notwendigkeit einer völligen „Scientologisierung“ der Gesellschaft damit begründet, dass die Welt zum Untergang verurteilt sei. Nur durch die Anwendung der Scientology-Technologie könne sie gerettet werden. Ganze Länder sollen nach dem Willen der Organisation „clear“¹⁵⁴ werden.

Für die Bundesrepublik Deutschland hat die SO den Slogan „Clear Germany“ herausgegeben.

Das Ziel, den Planeten „clear“ zu machen, steht in direktem Zusammenhang mit der Frage der Kontrolle über die Regierungsgewalt, über gesellschaftliche Einrichtungen und die Wirtschaft. Es ist ein politisches Ziel. Die Organisation geht davon aus, dass ausschließlich mit Hilfe der scientologischen Ideologie und Technik die Gesellschaft geleitet werden kann. Um das umzusetzen, hält

die SO die Besetzung entscheidender Positionen durch Scientologen in allen Bereichen für notwendig. Wörtlich heißt es dazu:

„(...) Erobern sie, egal wie, die Schlüsselpositionen, die Position als Vorsitzende des Frauenverbandes, als Personalleiter einer Firma, als Leiter eines guten Orchesters, als Sekretärin des Direktors, als Berater der Gewerkschaft – irgendeine Schlüsselposition.“¹⁵⁵

„(...) Wenn Sie sich in der Nähe einer Machtposition befinden, sorgen Sie dafür, daß Ihnen ein Teil dieser Macht delegiert wird, und zwar genug, damit Sie ihren Job erledigen und sich selbst sowie ihre Interessen schützen können; (...)“¹⁵⁶

Der Weltansicht der SCIENTOLOGY-ORGANISATION liegt ein ganz bestimmtes Menschenbild zugrunde. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Gedankenwelt der Scientologen eine Aufteilung der Menschheit in den „Clear“ auf der einen Seite und den geisteskranken Rest auf der anderen. Da nach scientologischer Auffassung nur der „Clear“ geistig gesund ist und vernünftig denken kann, soll man ihm alle Rechte zugestehen, um sich gegenüber der übrigen Menschheit durchzusetzen.

Die SCIENTOLOGY-ORGANISATION hält es für erstrebenswert, nur dem „nichtaberrierten“, d. h. dem nach der scientologischen Lehre geheilten („geklärten“) Menschen, Rechte zuzugestehen. Dazu heißt es: „Vielleicht werden in ferner Zukunft nur dem Nichtaberrierten die Bürgerrechte verliehen. Vielleicht ist das Ziel irgendwann in der Zukunft erreicht, wenn nur der Nichtaberrierte die Staatsbürgerschaft erlangen und davon profitieren kann. Dies sind erstrebenswerte Ziele, deren Erreichung die Überlebensfähigkeit und das Glück der Menschheit erheblich zu steigern vermöchten“¹⁵⁷. „Eines Tages wird es vielleicht ein viel vernünftigeres Gesetz geben, das nur Nichtaberrierten erlaubt, zu heiraten und Kinder in die Welt zu setzen.“¹⁵⁸

Solche Vorstellungen sprechen dem Nicht-Scientologen grundlegende Menschenrechte ab.

Die SO verfolgt das Ziel, die bestehende Rechtsordnung durch „die wirkliche Gerechtigkeit“ zu ersetzen:

„Wenn wir einen überlegenen Gesetzkodex und ein überlegenes Gesetzssystem haben, das den

¹⁵⁴ Ziele der SO sind: „Clear Germany“, „Clear Europe“, „Clear Planet“. „Clear Germany“ bedeutet, dass in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich im Sinne von SO gehandelt wird.

¹⁵⁵ Vgl. HCO-Bulletin vom 10.06.1960 (Original in englisch).

¹⁵⁶ Zitat aus L. Ron HUBBARD, Einführung in die Ethik der Scientology, S. 269 ff.

¹⁵⁷ Vgl. L. Ron HUBBARD, Dianetik, Kopenhagen 1989, S. 487.

¹⁵⁸ Vgl. L. Ron HUBBARD, Dianetik, Kopenhagen 1989, S. 378.

Menschen wirkliche Gerechtigkeit bringt, werden wir uns einfach leicht über die Gesellschaft ausbreiten, und jeder wird gewinnen.“¹⁵⁹

„Die ganze Aufgabe des Rechts liegt darin, den ehrlichen Menschen zu schützen. Daher ist es das Ziel des Rechts, eine geistig gesunde (Anm.: eine nichtaberrierte, aus 'clears' bestehende; d. Verf.) Gesellschaft zu errichten. Für uns ist die Rechtspflege die Aktion, die notwendig ist, um die Geisteskranken in Schranken zu halten, (...)“.¹⁶⁰

Mit dem aus ihrer Lehre resultierenden Absolutheitsanspruch sieht sich Scientology berechtigt, jede Form von Kritik an ihren Positionen zu unterdrücken und Gegenmeinungen aus der Welt zu schaffen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, der Schutz von Minderheiten sind dieser Denkweise fremd. Letztlich bringe Scientology die „totale Freiheit“ und habe deshalb auch die Macht und Autorität, „totale Disziplin“ zu fordern. Entsprechend gehen Scientologen konsequent und rücksichtslos gegen Kritiker, die so genannten „unterdrückerischen Personen“, vor und geben ihren Mitarbeitern folgende Handlungsanweisungen:

„Das ist die richtige Handlungsweise:

- (1) Finde heraus, wer uns angreift.
- (2) Beginne sofort, den Angreifer auf VERBRECHEN oder Schlimmeres zu untersuchen, arbeite dabei mit eigenen Spezialisten und nicht mit Leuten von draußen!
- (...)
- (4) Füttere die Presse mit tatsächlichen Beweisen gegen die Angreifer, also mit ihren dunklen, blutigen, sexuellen und verbrecherischen Machenschaften.“¹⁶¹

Da nach Auffassung der SCIENTOLOGY-ORGANISATION der wahre, mit Rechten ausgestattete Mensch erst noch erschaffen werden muss, herrscht im Augenblick keine „wahre Demokratie“. Die SCIENTOLOGY-ORGANISATION will eine (scientologische) Gesellschaft aufbauen, in der eine „wahre Demokratie“ an die Stelle der heutigen Gesellschaftsordnung tritt.

„Wir können (...) den Schluß ziehen, dass die erste wahre Demokratie dann auftauchen wird, wenn wir jedes Individuum von den bössartigeren reaktiven Impulsen befreit haben. Solche Wesen können vernünftig denken, können über anständige, angemessene und praktisch durchführbare

Maßnahmen übereinstimmen, und man kann sich bei ihnen darauf verlassen, dass sie nützliche Maßnahmen entwickeln.“¹⁶²

Über Demokratie und Parlamente führt HUBBARD aus: „Hüten Sie sich jedoch vor diesen Damen und Herren parlamentarischer Vorgehensweisen, die sämtliche rechtlichen und zeitverschwenderischen Verfahren kennen, aber irgendwie niemals irgendetwas anderes als Chaos erreichen. Eine fähige, erfolgreiche Führungsperson ist eine Million eindrucksvolle Bauertölpel wert. Demokratien hassen Verstand und Können. (...) Demokratie ist nur in einer Nation von Clears möglich – und selbst sie können Fehler machen. Wenn die Mehrheit herrscht, leidet die Minderheit. Die Besten sind immer eine Minderheit.“¹⁶³

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten der SO

Seit Beginn der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden unternimmt die SO vielfältige Versuche, sich als Religion zu verteidigen und die angebliche religiöse Intoleranz und Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland der Öffentlichkeit kundzutun. In ausführlichen Schriften und bei öffentlichen Veranstaltungen konstruiert die SO sogar Ähnlichkeiten zur Judenverfolgung im Dritten Reich.

Mit sehr kostenintensiven Propaganda- und Werbekampagnen überzog die SO auch im Jahr 1999 die Bundesrepublik Deutschland. Für einen Ende Februar 1999 angekündigten „Kreuzzug“ investierte die INTERNATIONAL ASSOCIATION OF SCIENTOLOGISTS (IAS)¹⁶⁴ angeblich 40 Millionen Dollar. Zu den Aktionen zählt in diesem Zusammenhang eine in verschiedenen Großstädten der Bundesrepublik Deutschland gezeigte Ausstellung „Was ist Scientology?“, die mit einer Kampagne zur Verbreitung eines gleichnamigen Buches einherging.

In einer bundesweiten „Bibliotheken-Kampagne“, die inzwischen auch den Freistaat Sachsen erreicht hat, werden Bibliotheken kostenlos SO-Materialien mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt, diese öffentlich auszulegen. Werbe- und „Aufklärungsmaterial“ geht auch an Regierungsbehörden.

¹⁵⁹ HCO PL vom 27 März 1965; in: „Der Organisationsführungskurs-Grundlegender Mitarbeiter-Hut“, Band 0, S. 791 ff.

¹⁶⁰ Vgl. HUBBARD, Das Handbuch für den Ehrenamtlichen Geistlichen, 2. Auflage, Kopenhagen, 1983, S. 280.

¹⁶¹ Vgl. HCO Exekutive Letter v. 5. September 1966, zitiert nach Haack: Magie des 20. Jahrhunderts, München 1991, S. 238.

¹⁶² HCO PL vom 13. Februar 1965; in: „Der Organisationsführungskurs-Grundlegender Mitarbeiter-Hut“, Band 0, S. 652 ff.

¹⁶³ HCO PL vom 2. November 1970; in: „Der Organisationsführungskurs-Grundlegender Mitarbeiter-Hut“, Band 0, S. 124.

¹⁶⁴ IAS: Internationale Dachorganisation der Scientologen mit Sitz in England.

den im Freistaat Sachsen, darunter die Broschüre „Effektive Hilfe im Dienste der Allgemeinheit“. Darin gibt sich die SO den Anstrich sozialer Kompetenz in verschiedenen Lebensbereichen und bietet Hilfestellung bei der Behebung „gesellschaftlicher Missstände“.

Im Gegensatz zu solchen Image-Kampagnen ist jedoch – zumindest im Freistaat Sachsen – die öffentliche Werbung von Mitgliedern und auch der Straßenverkauf von SO-Materialien weitestgehend unterblieben. Dagegen betreibt Scientology unvermindert Werbung im Internet. Auf verschiedenen Internetseiten sind u. a. Selbstdarstellungen der Organisation zu finden, werden Lehrinhalte vermittelt und Organisationsstrukturen aufgeführt. Darüber hinaus nutzt die SO das Internet zur Werbung für die Teilnahme an Demonstrationen u. ä..



Gegen ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz demonstrierten SO-Mitglieder vor Verfassungsschutzbehörden verschiedener Bundesländer und verteilten eine Broschüre mit dem Titel „Verfassungsschutz als Rufmordinstrument“.

Bei Veranstaltungen tritt die SCIENTOLOGY-ORGANISATION vielfach nicht selbst als Veranstalter in Erscheinung, sondern bedient sich ihrer verschiede-

nen Unterorganisationen, wie z. B. der KOMMISSION FÜR VERSTÖßE DER PSYCHIATRIE GEGEN MENSCHENRECHTE (KVPM)¹⁶⁵. Diese veranstaltete am 7. August 1999 in Hamburg eine Kundgebung mit etwa 1.000 Teilnehmern, um gegen den dort stattfindenden XI. Kongress der Weltvereinigung für Psychiatrie (WPA) und die angeblich menschenverachtenden Methoden der Psychiater zu demonstrieren.

Die für ihre weitreichenden und weltumspannenden Aktivitäten erforderlichen finanziellen Mittel beschafft sich die SO durch eine umfassende finanzielle Verpflichtung ihrer Mitglieder (Kurse, Auditing, Spenden u. dgl.) und den Verkauf von Büchern.



Von Scientologen geleitete Unternehmen finden sich insbesondere im Bereich der Immobilien- und Baubranche, der Wirtschafts- und Unternehmensberatung sowie in zunehmendem Maße in der Computerbranche.

Auf dem Immobiliensektor betätigen sich Scientologen auch im Freistaat Sachsen. In Zwickau war eine Firma, die von hochrangigen Scientologen geleitet wird, in erheblichem Umfang auf dem Immobilienmarkt tätig. Diese versuchte, insbesondere durch kulturelle Aktivitäten, weiteren Einfluss in Zwickau zu gewinnen. Der Geschäftsführer leistete den von der SO veröffentlichten Listen zufolge bis einschließlich 1999 erhebliche Spenden und belegte eine Reihe von Kursen bei der SO. Nach SO-Unterlagen aus dem Jahr 1999 nahm er an einem einwöchigen Intensivkurs auf dem Flaggschiff der SO „Freewinds“ teil. Die dort durchgeführten Kurse haben einen besonderen Stellenwert bei der Ausbildung von hochrangigen Scientologen.

In einem weiteren SO-Magazin, herausgegeben 1999, ist dieser in einer „IAS-Ehrenstatus“-Liste genannt, d. h. er hat entweder 20.000 Dollar

¹⁶⁵ Nach Publikationen der SCIENTOLOGY-ORGANISATION ist die KVPM als „deutsche Ortsgruppe“ ihrer Teilorganisation CITIZENS COMMISSION ON HUMAN RIGHTS (CCHR) anzusehen, die 1969 in den USA gegründet worden war und deren Ziel es sei, gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen der modernen Psychiatrie vorzugehen. Sie ist in Deutschland in fünf eingetragenen Vereinen (Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Stuttgart) organisiert. Die Bundesleitung hat ihren Sitz in München.

gespendet oder 20 Personen als IAS-Mitglied erworben.

Sein Name taucht ebenfalls in einer so genannten „EHRENLISTE DER CORNERSTONE-MITGLIEDER“ von 1999 auf. Dort sind Personen aufgeführt, die für den Bau eines neuen Objektes in Clearwater (Florida/USA), des „Super Power Expansionsprojektes“, gespendet haben.

Ebenso lassen sich indirekte Verbindungen der Firma zu der SO-Wirtschaftsorganisation WISE feststellen. So ist in dem Unternehmen ein Scientologe als Verkaufsleiter tätig, der in einer WISE-Mitgliederliste von 1999 aufgeführt ist.

Darüber hinaus waren Gesellschafter der Firma bis 1995 zugleich Gesellschafter eines Schulungsunternehmens außerhalb von Sachsen, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Gedankengut HUBBARDs in allen Unternehmen zu verbreiten, die mit Ausbildung befasst sind.

Anfang 2000 wurde bekannt gemacht, dass der Sitz der Zwickauer Firma in ein anderes Bundesland verlegt werden soll. Ob durch die beabsichtigte Verlagerung der Firma die scientologischen Aktivitäten in Zwickau beendet sind oder eine Einflussnahme über bestehen bleibende Strukturen und geknüpfte Kontakte weiterhin erfolgt, wird zu beobachten sein.

Zur Koordinierung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten hat die SO im Jahre 1979 das WORLD INSTITUTE OF SCIENTOLOGY ENTERPRISES (WISE) gegründet. Die hauptsächlich dem Gelderwerb dienende Vereinigung hat die Aufgabe, die standardmäßige Verwaltungstechnologie von L. R. HUBBARD in der Wirtschaft einzusetzen. Damit sollen HUBBARDs Verständnis von Ethik und die von ihm entwickelten Kontrollmechanismen in Wirtschaftsunternehmen zur Anwendung gelangen. Sowohl Einzelpersonen als auch Firmen können

die WISE-Mitgliedschaft erwerben. In entsprechenden Lizenzverträgen ist geregelt, dass WISE-Mitglieder regelmäßige Abgaben an die Organisation entrichten müssen.

Dass neben dem finanziellen Ertrag auf diese Weise auch scientologisches Gedankengut in die Gesellschaft transportiert und die angestrebte Veränderung der Gesellschaft vorangebracht wird, dürfte dem Anliegen des Sektengründers HUBBARD entsprechen:

„Der Maßstab für Erfolg auf der Erde ist eine Menge an Power, Autorität, Leute, Reichtum, Grundstücke, die man kontrolliert.

Der Grund, warum wir an Erfolg in diesen Bereichen interessiert sind, ist, daß dies das nötige Kleingeld ist, um das Ziel zu erreichen und den Job getan zu bekommen.“¹⁶⁶

Ein „clear Deutschland“ ist trotz derzeitiger Stillhalte-Taktik neben dem Ausbau ihrer Strukturen eines der nächstliegenden und permanenten Ziele von Scientology. Um dorthin zu gelangen, rekrutiert die Organisation Menschen, die sie nicht nur finanziell ausnutzt, sondern vor allem psychisch vereinnahmt. Nachlassende Aufmerksamkeit des Staates gegenüber der SCIENTOLOGY-ORGANISATION könnte den Weg zu einer Unterwanderung unserer Gesellschaft durch die SO ebnen.

Von Scientology Betroffene, Opfer oder Aussteiger, können sich mit ihren Erfahrungen und Problemen an das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen wenden. Hier ist ein vertrauliches Telefon mit der Telefonnummer

(0351) 8590920

eingerrichtet. Anrufern ist konsequente Vertraulichkeit zugesichert.

¹⁶⁶ HCO POLICY LETTER OF 21. JANUARY 1965R, in: „The Organization Executive Course-Volume 2“, S. 122.

Spionageabwehr im Freistaat Sachsen

Zum gesetzlichen Auftrag des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen gehört es, Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht zu sammeln und auszuwerten¹⁶⁷. Die Aufdeckung von Strukturen, Arbeitsmethoden und Zielsetzungen fremder Nachrichtendienste sowie die Verhinderung von Spionagetätigkeiten und die Enttarnung von Agenten stehen dabei im Vordergrund. In das gesetzliche Beobachtungsfeld sind auch nachrichtendienstliche Sabotage und Subversion¹⁶⁸ sowie die Ausspähung und Verfolgung von Regimegegnern durch andere Staaten in der Bundesrepublik Deutschland eingeschlossen.

Insbesondere von jenen Staaten, die als Krisenländer¹⁶⁹ bezeichnet werden, aber auch von den so genannten Schwellenländern¹⁷⁰ gehen Aktivitäten der nachrichtendienstlich gesteuerten Proliferation¹⁷¹ aus. Nachrichtendienste aus den Krisenländern des Nahen Ostens sind für die Durchsetzung ihrer Interessen auch zur Anwendung von Gewalt bis hin zu staatsterroristischen¹⁷² Aktivitäten bereit. Die Verfassungsschutzbehörden haben daher auch die Aufgabe der Beobachtung, Sammlung und Auswertung in diesen Bereichen.

Aktivitäten fremder Nachrichtendienste sind in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin zu verzeichnen. Die besondere geographische Lage, die politische und wirtschaftliche Brückenfunktion, die wirtschaftliche Leistungskraft und die wissenschaftlich-technischen Ressourcen sind Gründe hierfür. Ein Ziel für fremde Nachrichtendienste bildet in diesem Rahmen auch der Freistaat Sachsen als traditioneller und stetig an Bedeutung gewinnender Wirtschafts-, Wissenschafts- und Messestandort.

Im Zeitalter der immer umfassender werdenden internationalen Kooperation ist die Sensibilität für Spionage stark zurückgegangen, ganz im Ge-

gensatz zu den Aktivitäten fremder Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland. Status- bzw. rechtswidrige Aktivitäten sind auch von Nachrichtendiensten einiger Staaten zu verzeichnen, mit denen die Bundesrepublik Deutschland freundschaftliche zwischenstaatliche Beziehungen pflegt.

Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation sowie weiterer Republiken der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)¹⁷³ gehören weiterhin zu den aktivsten der zahlreichen fremden Nachrichtendienste, die in der Bundesrepublik Deutschland operieren.

Spionageziele

Bevorzugte Ziele fremder Nachrichtendienste sind Bereiche mit einer hohen Konzentration an Informationen. Hierzu gehören Behörden, Verbände, Forschungseinrichtungen und Technologie-Unternehmen einschließlich innovativer mittelständischer Firmen. Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sind Ziele der klassischen Spionage. Dabei reicht die Palette der Ausspähungsziele von globalen Zielen im Bereich der Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik (z. B. Außenhandel, NATO- und EU-Osterweiterung) über wissenschaftliche Grundlagenforschungen bis hin zu konkreten Produkten aus der Wirtschaft und deren Vermarktung.

Im Freistaat Sachsen gehören vor allem Forschungseinrichtungen, mittelständische Unternehmen, Ausstellungen, Bildungsgesellschaften, staatliche Einrichtungen und politische Organisationen zu den Zielen fremder Nachrichtendienste. Das Interesse gilt dabei besonders der Beschaffung von Informationen und Produkten sowie der Auf- und Abklärung von Strukturen und Personen.

¹⁶⁷ Vgl. § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Sächsisches Verfassungsschutzgesetz, vom 16. Oktober 1992.

¹⁶⁸ Unter Subversion versteht man das Einwirken auf den Meinungs- und Willensbildungsprozess durch die Verbreitung von Halb- und Unwahrheiten.

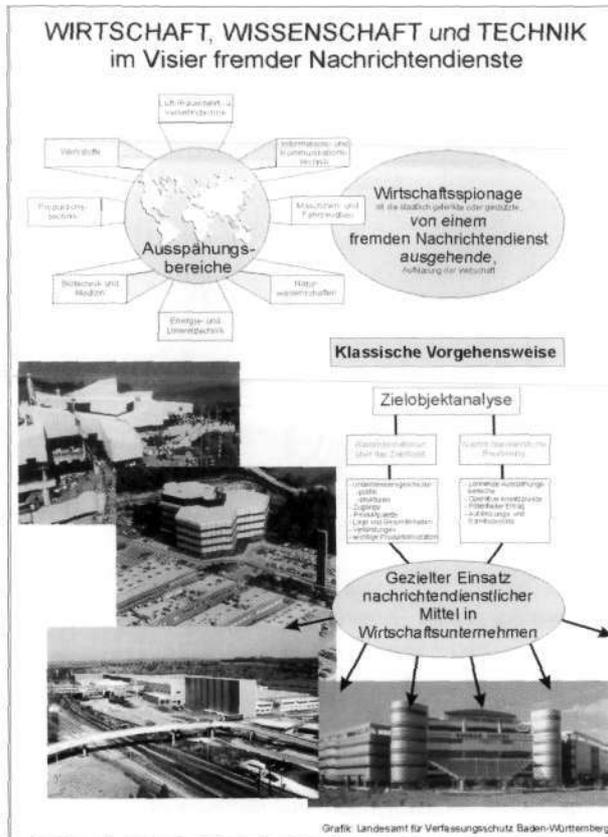
¹⁶⁹ Als Krisenländer werden Staaten bezeichnet, von denen zu befürchten ist, dass von dort aus atomare, biologische und chemische (ABC-) Waffen bei Konflikten eingesetzt werden oder ihr Einsatz zur Durchsetzung politischer Ziele angedroht wird (z. B. Iran, Irak, Libyen, Nord-Korea, Pakistan und Syrien).

¹⁷⁰ Das sind Länder, die zu den fortgeschritteneren Entwicklungsländern gehören, da sie auf Grund hoher wirtschaftlicher Eigendynamik beachtliche Industrialisierungsfortschritte erzielen konnten und in ihrem Entwicklungsstand deutlich gegenüber den Industrienationen aufgeholt haben (z. B. China).

¹⁷¹ Die ungenehmigte Weitergabe oder das Beschaffen von Massenvernichtungswaffen, einschließlich der Mittel und des Know-how zu deren Herstellung sowie der zum Einsatz erforderlichen Trägersysteme, wird als Proliferation bezeichnet.

¹⁷² Von Staatsterrorismus wird gesprochen, wenn Länderregierungen zur Durchsetzung politischer Ziele Terrorakte inszenieren und/oder unterstützen.

¹⁷³ Zur GUS gehören Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, die Russische Föderation, Tadschikistan, Turkmenistan, die Ukraine und Weißrussland.



Mittel und Methoden fremder Nachrichtendienste

Fremde Nachrichtendienste wenden weiterhin alle bekannten traditionellen Mittel und Methoden der klassischen Spionage an.

Einen Schwerpunkt bilden die Beschaffung, Auswertung und Analyse von allgemein zugänglichen Informationen in Form von Medienberichten, Publikationen, Messen, Ausstellungen und Seminaren.

Bei der offenen Gesprächsabschöpfung wird durch methodische Gesprächsführung das Wissen von Personen erschlossen, ohne dass der Betroffene den nachrichtendienstlichen Hintergrund erkennen soll. Die oft geringe Sensibilität für nachrichtendienstliche Ausforschung bei den Gesprächspartnern ermöglicht zunehmend vorbehaltlose und offene Kontakte. Der Erstkontakt entsteht oft scheinbar zufällig, z. B. bei offiziellen Veranstaltungen, und wird dann Schritt für Schritt intensiviert und bei anhaltendem nachrichtendienstlichen Interesse weiter auf die private Ebene verlagert.

Wenn eine Zielperson über gute Zugangsmöglichkeiten zu einem relevanten Interessenbereich ei-

nes fremden Nachrichtendienstes verfügt, wird versucht, sie perspektivisch als Agent zu gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden in der Regel Geld- oder Sachleistungen in Aussicht gestellt, aber auch zum Teil aggressive Methoden eingesetzt.

Fremde Nachrichtendienste nutzen neben der Anwerbung von Agenten in Unternehmen sowie in Behörden und sonstigen Organisationen auch die Möglichkeit, Informationen über Studenten, Praktikanten oder Austauschwissenschaftler aus Universitäten und Forschungseinrichtungen zu erlangen.

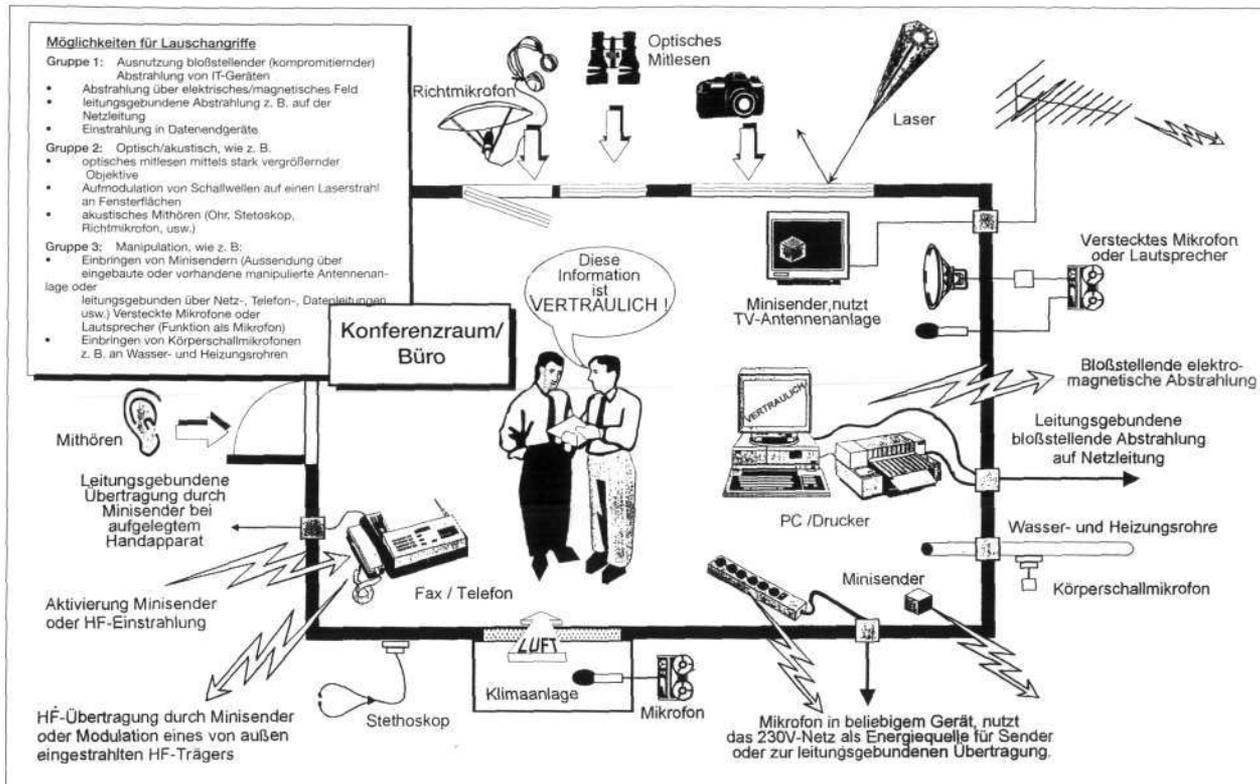
Die Führung der Agenten erfolgt durch die Zentrale des Nachrichtendienstes oder dessen Stützpunkte im Operationsgebiet. Hierzu werden neben persönlichen Treffen nach wie vor so genannte „tote Briefkästen“¹⁷⁴ und verschlüsselte Funksprüche genutzt. Auch moderne Kommunikationssysteme, wie z. B. das Internet, bieten dafür gute Voraussetzungen.

Eine weitere nachrichtendienstliche Informationsbeschaffungsmethode ist die technische Aufklärung. Sie hat sich von den traditionellen Formen – klassische Funküberwachung und Abhörmaßnahmen – in Richtung einer umfassenden elektronischen Aufklärung entwickelt mit Spionagesatelliten, leistungsfähigen Abhörstationen und dem Internet. Damit besteht nicht nur die Möglichkeit, unverschlüsselte Fernmeldeverbindungen und Abstrahlungen von Datenverarbeitungsanlagen aufzufangen, sondern auch in interne EDV-Systeme einzudringen und sie auszuforschen. Unverschlüsselte Datenübermittlungen per Telefon, Fax oder E-Mail mittels ungeschützter ISDN-Anschlüsse, Mobiltelefone und Internet-Verbindungen sind dabei besonders gefährdet.

Die Zunahme des elektronischen Datenaustausches birgt angesichts der internationalen Kooperation und der Verlagerung von Forschungs- und Produktionseinrichtungen ins Ausland für die Unternehmen zunehmend das Risiko der Ausspähung von Firmeninterna.

Spionage kann auch im Internet betrieben werden. Gefährdungen bestehen vor allem durch so genannte Hacker, die sich unberechtigt Zugang zu Daten verschaffen. Sicherheitslücken in Hard- und Softwareprogrammen können den unberechtigten Zugriff begünstigen.

¹⁷⁴ „Tote Briefkästen“ sind vereinbarte geheime Verstecke, in denen ein Agent Material deponiert, das dann später von einem Nachrichtendienstangehörigen abgeholt wird. Im Gegenzug kann auf diese Weise die Übergabe von „Agentenlohn“ und Instruktionen durch den Nachrichtendienst an den Agenten erfolgen.



Möglichkeiten für Lauschangriffe

Grafik: Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

Sofern der Datenverkehr über Satelliten oder Funkstrecken läuft, ist die Kommunikation weltumspannend abhörbar.

In der Russischen Föderation obliegt nachrichtendienstlich tätigen Behörden die Kontrolle der elektronischen Medien und das Genehmigungsrecht für die Einrichtung von Kommunikationseinrichtungen. Russische Behörden sollen eine lückenlose Kontrolle über Verschlüsselungstechniken, Zugang zu E-Mail-Boxen und die Kontrolle über die Nutzung des Internets erhalten. Begründet wird dies mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität. Jedoch ist auch die Nutzung für Spionagezwecke denkbar.

Stützpunkte fremder Nachrichtendienste

Die Zentralen der Nachrichtendienste im Heimatland oder deren getarnte Stützpunkte im Operationsgebiet sind bevorzugte Ausgangspunkte für nachrichtendienstliche Operationen.

Die getarnten Stützpunkte fremder Nachrichtendienste befinden sich überwiegend in exterritorialen Einrichtungen, z. B. an offiziellen staatlichen Vertretungen wie Botschaften, Generalkonsulaten

und Handelsvertretungen, und werden als Legalresidenturen bezeichnet. In diesen Einrichtungen nehmen die Nachrichtendienst-Mitarbeiter u. a. als Diplomaten getarnt ihre nachrichtendienstlichen Aufgaben wahr.

Die grundlegende Bedeutung von Legalresidenturen für fremde Nachrichtendienste basiert auf dem völkerrechtlich anerkannten Status der offiziellen Vertretung eines Staates im Gastland. So stellen Botschaften exterritoriales Gebiet¹⁷⁵ dar, was zur Folge hat, dass die Polizei mit ihren exekutiven Befugnissen dort nicht tätig werden kann. Ausdruck der Exterritorialität ist außerdem die Immunität von Diplomaten. Sie unterliegen nicht der Strafverfolgung durch das Gastland. Für fremde Nachrichtendienste folgt daraus, dass sie durch den Diplomatenstatus ihrer Mitarbeiter vor Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden des jeweiligen Gastlandes sicher sind. Diese Tatsache wird nach wie vor von fremden Nachrichtendiensten ausgenutzt.

Des Weiteren kommen für nachrichtendienstliche Zwecke Niederlassungen staatlicher oder halbstaatlicher Unternehmen wie z. B. Reisebüros, Presseagenturen, Fluggesellschaften und Im-/Exportfirmen und gemischte Firmen wie Joint Ven-

¹⁷⁵ Unter Exterritorialität ist die Unabhängigkeit bestimmter ausländischer Personen von der Gerichtsbarkeit des Aufenthaltsstaates oder auch die Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit von Diplomaten im Gastland zu verstehen.

tures¹⁷⁶ in Betracht. Dabei können auch geschäftliche Beziehungen einen nachrichtendienstlichen Hintergrund erhalten.

Wirtschafts- und Konkurrenzspionage

Wirtschaftsspionage ist die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Aufklärung von Wirtschaftsunternehmen, das heißt Ausspähung des wirtschaftlichen bzw. wissenschaftlichen Potenzials und der wirtschaftlichen bzw. wirtschaftspolitischen Strategien. Gesetzliche Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Abwehr der nachrichtendienstlich bzw. staatlich gesteuerten Wirtschaftsspionage, die in der Regel langfristiger Natur ist und neben offenen Methoden auch durch den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden geprägt wird. Die Nachrichtendienste der Russi-

schen Föderation haben einen gesetzlichen Auftrag zur Wirtschaftsspionage. Die Ausforschung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik erfolgt jedoch auch in Form von Konkurrenzspionage. Darunter ist die Ausforschung, die konkurrierende Unternehmen gegeneinander betreiben, zu verstehen. Die Bekämpfung der Konkurrenzspionage, auch Industrie-, Betriebs-, Werks- bzw. Wettbewerbsspionage genannt, liegt nicht im Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes.

Proliferation und Wissenstransfer

Die Beschaffungsinteressen hinsichtlich proliferationsrelevanter Produkte, Materialien und Technologien sowie der Know-how-Sammlung für Programme zum Bau von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen konzentrieren sich besonders in den Krisen- und Schwellenländern. Dazu werden u. a. Tarnfirmen bzw. -organisationen sowie Wissenschaftler und Studenten an Forschungseinrichtungen und in Firmen mit einem proliferationsrelevanten Profil zur Beschaffung genutzt. Die proliferationsrelevanten Exporte in diese Länder erfolgen dann direkt oder indirekt über deren Nachrichtendienste oder zumindest staatlich gelenkt mit konspirativen, nachrichtendienstlichen Methoden. Dabei wird u. a. versucht, mit Exporten über Drittländer die tatsächlichen Auftraggeber bzw. den Verwendungszweck zu verschleiern. Ein besonderes Problem für die Kontrolle stellen dabei Dual-Use-Technologien und -Produkte¹⁷⁷ dar. So verschärften z. B. die USA

Schäden durch Wirtschaftsspionage
Internationaler Wettbewerb kämpft mit harten Bandagen / Von Peter Fritsch

Fremde Geheimdienste gründen Spionagefirmen
Ausforschung besonders in der Hochtechnologie - Russischer Geheimdienst hält offiziell Firmenanteile

Hochtechnologien als Objekte der Begierde
Verfassungsschutz bietet Hilfe bei Abwehr von Wirtschaftsspionen

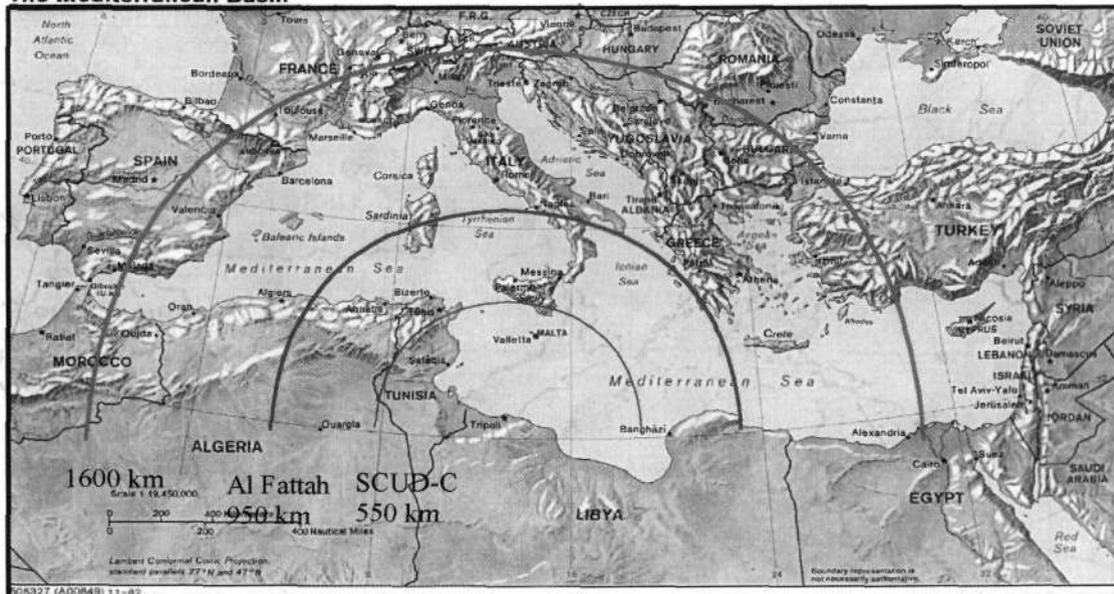
wirtschaftsspionage
Ost- und West-Maulwürfe
Goldene Regeln gegen Wirtschaftsspionage
Verfassungsschützer geben neue Broschüre heraus: Sicherheit ist Chefsache

Deutschland im Visier der Geheimdienste
Risiko der Ausspähung von Unternehmen wächst - Selbst interne EDV-Systeme sind nicht mehr sicher

Aus Top-Agenten werden High-Tech-Spione
Nachrichtendienste unterwandern zunehmend Forschungs- und Entwicklungsfirmen

Zeitungsmeldungen zur Wirtschaftsspionage

The Mediterranean Basin



Übersicht Raketenreichweite am Beispiel Libyen

Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz

¹⁷⁶ Joint Ventures sind vorübergehende oder dauernde Zusammenschlüsse von Unternehmen zum Zweck der gemeinsamen Ausführung von Projekten, die von einem Unternehmen allein nicht realisiert werden können.

¹⁷⁷ Das sind Technologien und Produkte, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendet werden können und deshalb hinsichtlich ihrer tatsächlichen Nutzung schwer kontrollierbar sind.

ihre Kontrollen bei Technologietransfers in die Russische Föderation, da bekannt wurde, dass mehrere russische Firmen und Institute den Iran bei der Entwicklung und Herstellung von Trägersystemen mit einer Reichweite bis zu 2.000 km unterstützen, die für den Einsatz von Massenvernichtungswaffen geeignet sind. Krisenländer wie Irak, Iran, Libyen und Syrien sollen schon jetzt über Raketensysteme mit einer Reichweite bis 950 km verfügen. Einige dieser Raketen könnten eine Nutzlast bis zu 700 kg, auch in Form von Massenvernichtungswaffen, transportieren und mit weiterreichenden Systemen in Zukunft grundsätzlich eine Bedrohung für mitteleuropäische Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland darstellen.

Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Die KGB-Nachfolgedienste SWR (Ziviler Auslandsnachrichtendienst), FAPSI (Föderale Agentur für Regierungskommunikation und Information) und FSB (Föderaler Schutzdienst) sowie der militärische Nachrichtendienst GRU betreiben Auslandsaufklärung für die Russische Föderation u. a. gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Des Weiteren nehmen die Verwaltung Aufklärung des Föderalen Dienstes für Grenzschutz und der

Schutzdienst des Präsidenten der Russischen Föderation Abwehr- und Aufklärungsaufgaben wahr. Die Bedeutung der Nachrichtendienste für die russische Politik kommt u. a. darin zum Ausdruck, dass deren Leiter wiederholt mit führenden politischen Funktionen betraut worden sind.

Spionage: Ein russischer General im deutschen Operationsgebiet

Die unsichtbare Front steht noch

Geheimpapiere nach Moskau Rüstungsspione für Russland aufgeflogen

Verdacht auf Handel mit hochmoderner Wehrtechnologie erhärtet

Totale Überwachung
Rußland will alle Nutzer des Internets kontrollieren

Moskau liest mit
Russischer Geheimdienst kennt geheime deutsche Rüstungspläne / Pönnel warnt: Standort gefährdet

Russen spionierten bei deutscher Raketenfirma Altes Feindbild bleibt gültig
Russische Spionage

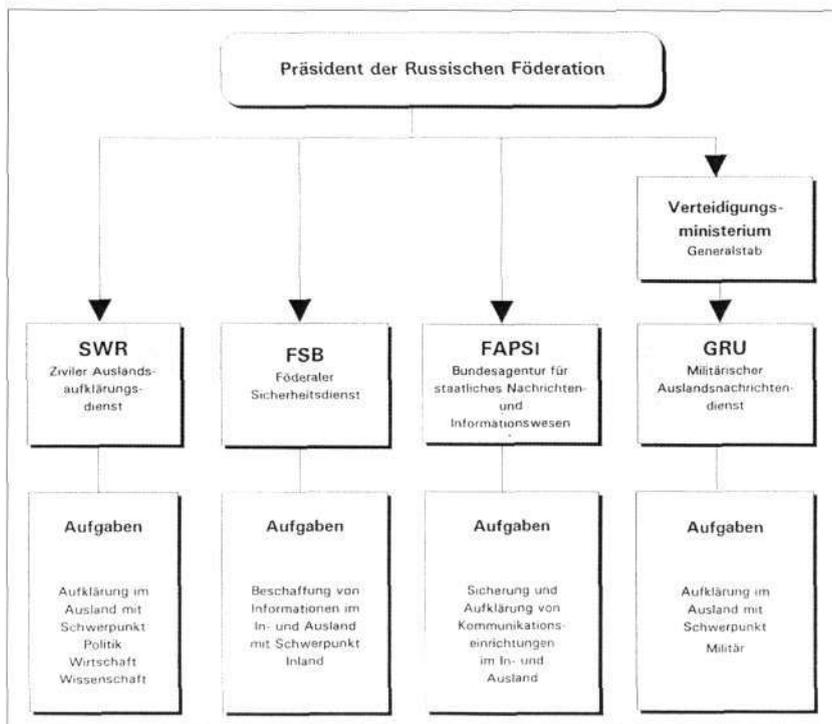
Russen-Mafia unterstützt Moskauer Spione
Insgesamt für Verfassungsschutz: Verbrechenssyndikate und Geheimdienste arbeiten eng zusammen

Zeitungsmeldungen zu Spionageaktivitäten der Russischen Föderation

Weitere Nachrichtendienste der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)

Alle GUS-Staaten haben inzwischen eigene nationale Nachrichtendienste gegründet, die trotz der Trennung weiterhin zusammenarbeiten. Die Basis dafür schafft ein gemeinsames Datenverbundsystem, das beim russischen FSB eingerichtet ist.

Von den GUS-Staaten sind neben der Russischen Föderation u. a. auch Kasachstan, die Ukraine und Weißrussland an vielseitigen Informationen aus der Bundesrepublik Deutschland interessiert.



Die wichtigsten Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Nachrichtendienste der Krisen- und Schwellenländer

Für die Nachrichtendienste der Krisen- und Schwellenländer im Nahen, Mittleren und Fernen Osten sowie Nordafrika ist die Bundesrepublik Deutschland, und in diesem Rahmen auch der Freistaat Sachsen, ein interessantes Ausspähungziel. Neben klassischer Spionage erstrecken sich die Aktivitäten dieser fremden Nachrichtendienste vor al-

lem auf die Beobachtung von Regimegegnern, die Unterwanderung und Ausspähung von Oppositionsvereinigungen sowie die Proliferation. Besonders aktiv in der Bundesrepublik Deutschland sind die Nachrichtendienste aus den Staaten Iran, Syrien, Libyen, Irak, Algerien, China und Nordkorea.

„Irak-Raketen könnten uns bedrohen“
Schröder und BND warnen vor Gefahren für Deutschland durch Saddams neue Waffen

<p>Iraner unter Spionageverdacht festgenommen <small>Bereits der zweite Fall innerhalb weniger Monate</small></p>	<p>Saddams deutsche Helfer <small>Viele Firmen lieferten Irak Raketen Teile zu Noch nicht alle angeklagt</small></p>	<p>Nordkorea plant offenbar neuen Raketest <small>Generalbundesanwalt Deutscher wegen Spionage für Irak angeklagt</small></p>
<p>Furcht vor der islamischen Bombe <small>Geheimdienste warnen vor Atom-Pakt Pakistans mit dem Iran</small></p>		<p><small>Syrer wegen Spionage angeklagt</small></p>

Zeitungsmeldungen zu Proliferation der Krisen- und Schwellenländer



Emblem des wichtigsten iranischen Nachrichtendienstes MOIS

Vereine der iranischen Opposition, die grundsätzlich im Blickfeld der iranischen Nachrichtendienste stehen, sind auch im Freistaat Sachsen bekannt.

Nachrichtendienste westlicher Staaten

Die USA, Großbritannien und Frankreich sollen im Zuge der Neuorientierung ihre Nachrichtendienste auch mit Wirtschaftsspionage betraut haben. Im Freistaat Sachsen konnten bisher keine dahin gehenden Erkenntnisse gewonnen werden.

Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen und fortwirkende Strukturen

Die mögliche Reaktivierung von ehemaligen Mitarbeitern und Helfern des MfS und des KGB durch fremde Nachrichtendienste für Spionagezwecke gegen die Bundesrepublik Deutschland steht ebenfalls im gesetzlich abgesteckten Blickfeld des Verfassungsschutzes, um eine mögliche Gefahr abzuwehren. Eine Gefährdung besteht grundsätzlich auch, wenn ehemalige Mitarbeiter der Aufklärungs- und Abwehrdienste der DDR fortwirkende Strukturen aufbauen und diese gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik

Deutschland einsetzen.¹⁷⁸ Im Freistaat Sachsen sind im Jahr 1999 keine tatsächlichen Anhaltspunkte für solche Bestrebungen angefallen.

Schutz vor Spionage

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen hat die vordringliche Aufgabe, Bürger und Institutionen im Freistaat Sachsen gegen Angriffe fremder Nachrichtendienste zu schützen. Der personelle und materielle Geheimschutz, wozu u. a. Sicherheitsüberprüfungen und der Schutz von Verschlusssachen gehören, sowie die Sensibilisierung von Wirtschaftsunternehmen sind des Weiteren wesentliche Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft. Dazu werden den Unternehmen und Wirtschaftsverbänden Informationsmaterial und Beratung als Hilfe zur Selbsthilfe zum Schutz vor Wirtschaftsspionage angeboten.¹⁷⁹

Der Schaden, der durch die erfolgreiche Spionagetätigkeit fremder Nachrichtendienste jährlich in der Bundesrepublik Deutschland verursacht wird, ist beachtlich und rechtfertigt die Aufwendungen für den Geheimschutz.

Kontaktaufnahme zur Spionageabwehr

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen ist auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen und bittet die Bürgerinnen und Bürger, die Kenntnisse über Aktivitäten fremder Nachrichtendienste haben, diese - auf Wunsch vertraulich - den Mitarbeitern der Spionageabwehr mitzuteilen.

Jeder kann ohne eigenes Verschulden Ziel eines fremden Nachrichtendienstes sein und nachrichtendienstlich verstrickt werden. Die Betroffenen erkennen häufig zu spät, wofür sie missbraucht werden. Wer Verrat begeht, schadet nicht nur der Bundesrepublik Deutschland, sondern macht sich auch strafbar.

Eine wichtige Aufgabe sieht das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen darin, den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, die mit fremden Nachrichtendiensten in Kontakt geraten sind. Selbst wenn eine Person schon von einem fremden Nachrichtendienst in Spionageaktivitäten verwickelt wurde, ist es für eine Offenbarung nicht zu spät.

Bitte wenden Sie sich vertrauensvoll an die Spionageabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen
Abteilung 3
Neuländer Str. 60, 01129 Dresden
Telefonnummer (03 51) 8 58 50.

¹⁷⁸ Vgl. § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Sächsisches Verfassungsschutzgesetz vom 16. Oktober 1992.

¹⁷⁹ Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1998, S 113 ff.

Ereignisse

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ging 1999 im Vergleich zum Vorjahr sowohl bundesweit als auch im Freistaat Sachsen wiederum leicht zurück.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahr 1999 10.037 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund (1998: 11.049), davon 746 Gewalttaten (1998: 708), registriert.¹⁸⁰ Bundesweit gingen die Straftaten insgesamt um ca. 9 % zurück, die Gewalttaten stiegen um rund ca. 5 %.

Im Freistaat Sachsen ist im Jahr 1999 mit 1.291 Straftaten (1998: 1.422) ein Rückgang von ca. 9 % zu verzeichnen. Die Anzahl der darin enthaltenen 86 Gewalttaten sank gegenüber 1998 (89) - entgegen dem bundesweiten Anstieg - um ca. 3 %.

Die 1.058 Propagandadelikte stellen mit 82 % wiederum den höchsten Anteil an der Gesamtzahl

der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen. Im Vergleich zu 1998 (1.168 Delikte) ist ein leichter Rückgang von ca. 9 % zu verzeichnen.

Entgegen dem Vorjahrestrend war 1999 ein Anstieg der fremdenfeindlichen Straftaten zu verzeichnen. Insgesamt waren 133 Delikte, darunter 47 Gewalttaten, gegen Ausländer gerichtet. Die Gesamtzahl der fremdenfeindlichen Delikte stieg gegenüber 1998 (113) um rund 18 %. Die Zahl der Gewalttaten blieb ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres 1998 (46). Die Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund haben mit rund 55 % weiterhin den größten Anteil an der Gesamtzahl der Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Körperverletzungen (32 Fälle).¹⁸¹

Regionale Schwerpunkte für Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in Sachsen waren die Stadt Leipzig und der Raum Pirna.

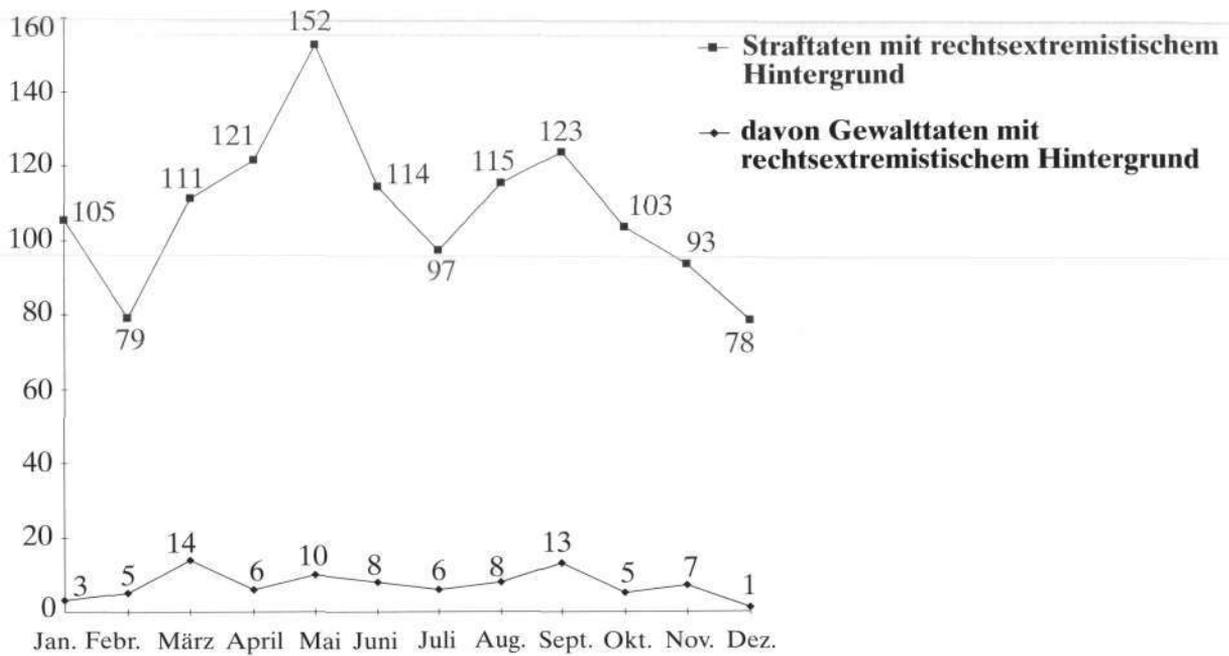
¹⁸⁰ Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

¹⁸¹ Angaben des LKA Sachsen (Stand: 21.01.2000).

Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen

Zeitraum 01.99-12.99

(Straftaten gesamt: 1.291 · davon Gewalttaten gesamt: 86)

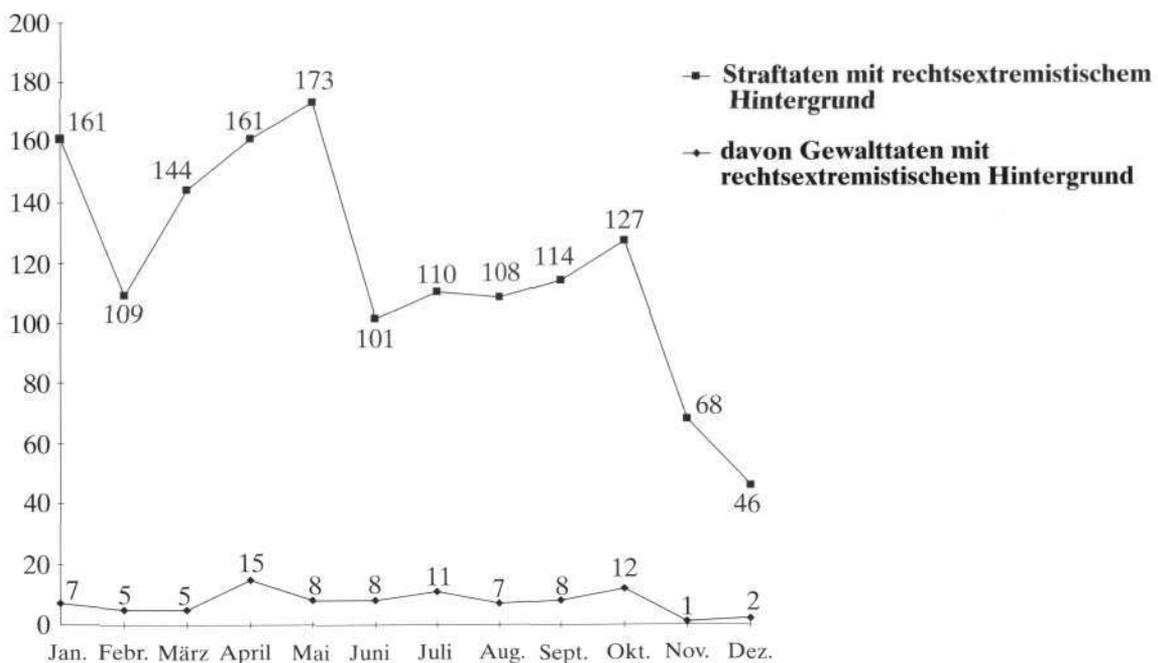


Quelle: LKA Sachsen

Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen

Zeitraum 01.98-12.98

(Straftaten gesamt: 1.422 · davon Gewalttaten gesamt: 89)



Quelle: LKA Sachsen

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

In der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahr 1999 3.055 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund (1998: 3.201), davon 711 Gewalttaten (1998: 783), begangen.¹⁸² Das entspricht einem Rückgang der Straftaten bundesweit um etwa 5 %. Die Anzahl der Gewalttaten sank um etwa 9 %. Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der Straftaten ging bundesweit gegenüber 1998 (ca. 24 %) auf ca. 23 % zurück.

Im Freistaat Sachsen wurden im Jahr 1999 201 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund (1998: 157), davon 30 Gewalttaten (1998: 40), registriert.¹⁸³

Die Gesamtzahl der Straftaten stieg damit im Vergleich zu 1998 um 28 % an. Die Anzahl der Gewalttaten nahm um 25 % ab.

Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der Straftaten sank 1999 im Vergleich zu 1998 (ca. 25 %) auf 15 % ab.

Straftaten werden aus dem Spektrum der Linksextremisten fast ausschließlich von Autonomen verübt. Schwerpunkte sind bestimmte Aktionsfelder der linksextremistischen Autonomen (im Folgenden: Autonome), so vor allem der „Antifaschismus“ (Näheres zu den Aktionsfeldern im Beitrag „Linksextremistische Autonome“).

Die 1999 registrierten Straftaten richteten sich vorrangig wieder gegen die klassischen Ziele bzw. Feindbilder der Autonomen, d. h. gegen Rechtsextremisten und vermeintliche Rechtsextremisten sowie gegen staatliche Institutionen. Letztere werden u. a. deshalb angegriffen, weil der Staat nach Auffassung der Autonomen „faschistische

Kräfte“ unterstützt und weil Autonome das „System“ – also den Staat – für die „Repressionen“ gegen das linksextremistische Spektrum verantwortlich machen.

Während 1998 die meisten Straftaten in den Monaten April und Mai begangen wurden, verteilten sie sich 1999 relativ gleichmäßig auf die Monate Januar bis September, wobei in den Monaten Februar, April und September leicht überdurchschnittlich viele Straftaten begangen wurden.

Die Häufigkeit der Straftaten hängt stark von den jeweiligen „Reizthemen“ ab, auf die linksextremistische Autonome mit Straftaten reagieren.

1997 und 1998 wurden besonders viele Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund aus Anlass der rechtsextremistischen Aktivitäten zum 1. Mai begangen. 1999 gab es einen solchen Anlass in Sachsen nicht.

1999 war die Landtagswahl ein „Reizthema“, das linksextremistische Autonome vermehrt zum Anlass für Straftaten nahmen. Über die Hälfte (14) der insgesamt 26 Straftaten im September standen im Zusammenhang mit der Wahl. Dabei galten die Angriffe vor allem den rechtsextremistischen Parteien wie der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD). Sie reichten von Sachbeschädigungen und Entfernen von Wahlplakaten bis hin zu körperlichen Angriffen auf Wahlhelfer, Teilnehmer und Redner bei Wahlkampfveranstaltungen. Auch demokratische Parteien waren Ziel von Angriffen.

Im Gegensatz zu 1998, als über die Hälfte der Straftaten in Leipzig begangen worden waren (83 von insgesamt 157), wurden 1999 in Leipzig und Dresden je ca. ein Viertel aller Straftaten begangen (Leipzig 59 und Dresden 53 von insgesamt 201).

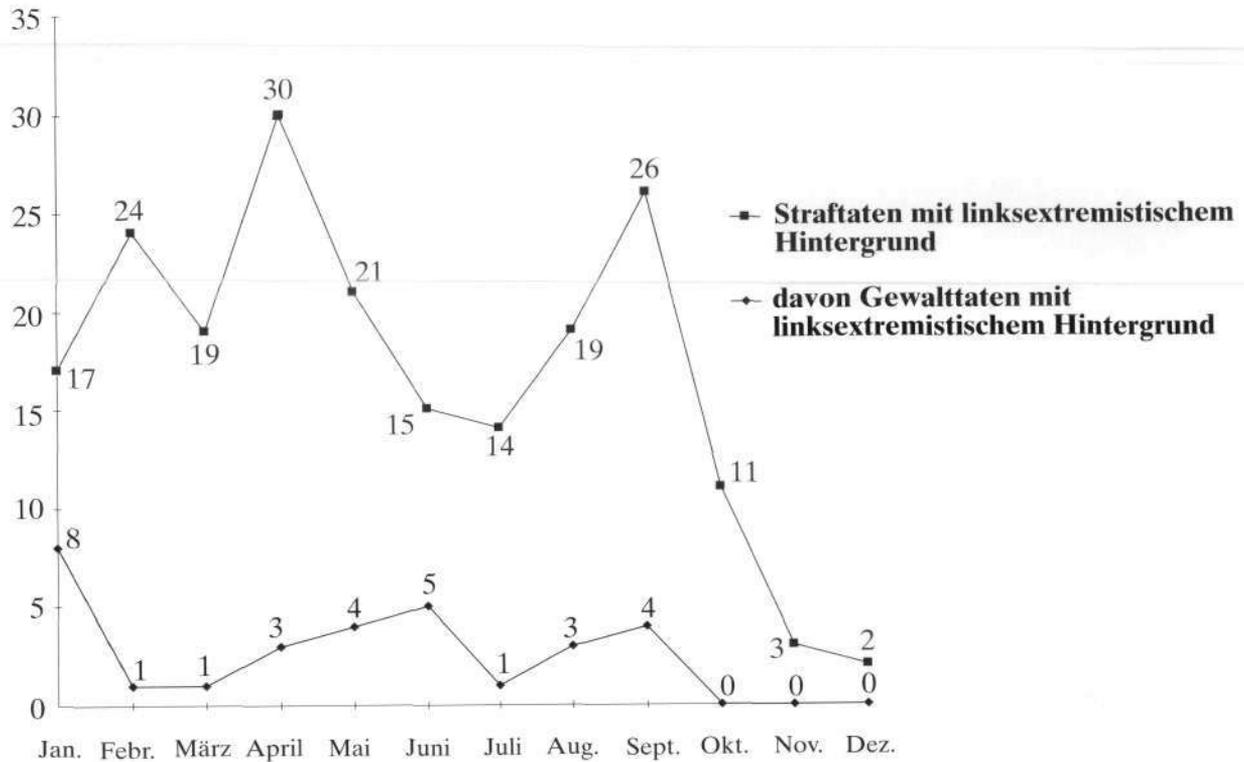
¹⁸² Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

¹⁸³ Angaben des LKA Sachsen (Stand 19.01.2000).

Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen

Zeitraum 01.99-12.99

(Straftaten gesamt: 201 · davon Gewalttaten gesamt: 30)

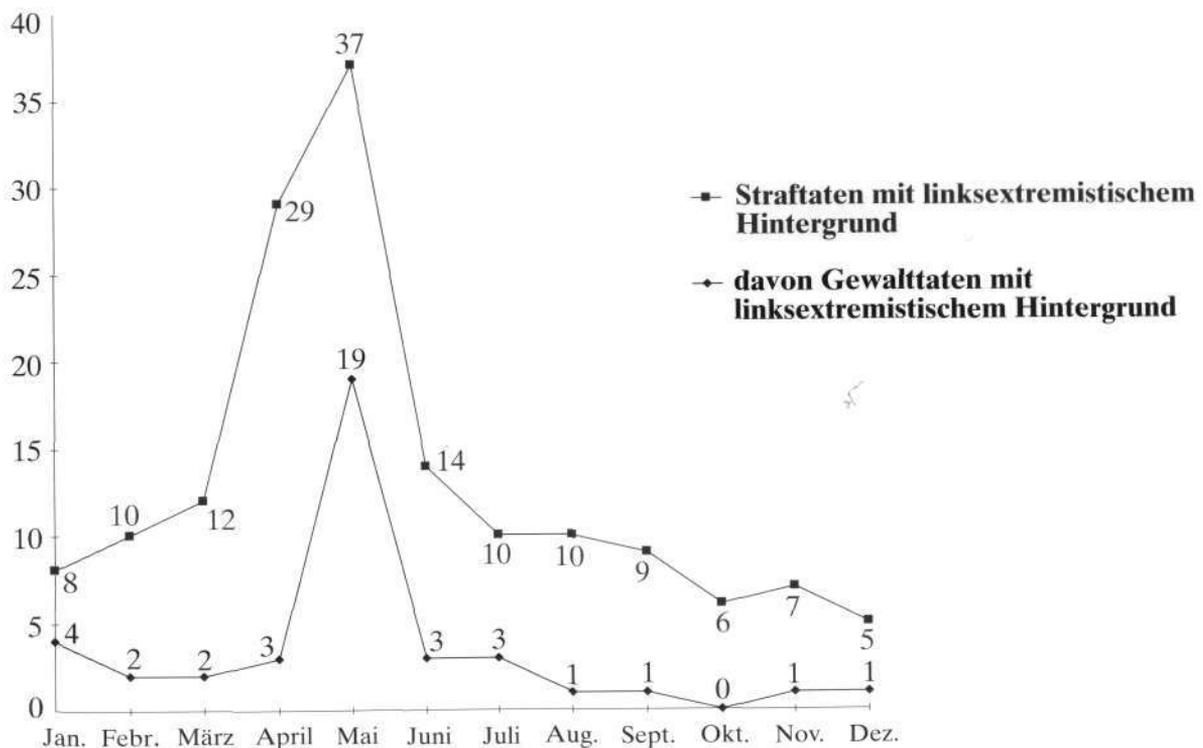


Quelle: LKA Sachsen

Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen

Zeitraum 01.98-12.98

(Straftaten insgesamt: 157 · davon Gewalttaten insgesamt: 40)



Quelle: LKA Sachsen

Chronik

Dokumentation ausgewählter Ereignisse sowie verbotener Veranstaltungen mit extremistischem Hintergrund 1999¹⁸⁴

= mit linksextremistischem Hintergrund/Anhaltspunkten für die Beteiligung von Linksextremisten

= mit rechtsextremistischem Hintergrund/Anhaltspunkten für die Beteiligung von Rechtsextremisten

= mit ausländerextremistischem Hintergrund/Anhaltspunkten für die Beteiligung ausländischer Extremisten

Januar

23.-24.01.1999 Mulda (Lkr. Freiberg)

Außerordentlicher Bundesparteitag der NPD

Während der Veranstaltung wählen die Delegierten insgesamt 15 Kandidaten für die Europawahl. Spitzenkandidat wird der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT. Den ehemaligen Dozenten der Fachrichtung Marxismus/Leninismus, Prof. Dr. NIER, wählen die Delegierten auf den fünften Platz der Liste. Peter KLOSE, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Zwickau, wird auf Platz 13 gewählt.

Aktionen gegen den NPD-Bundesparteitag

In der Nacht vom 20. zum 21.01.1999 verüben unbekannte Täter auf den NPD-Tagungsort einen Brandanschlag. Trotz erheblichen Sachschadens findet der Bundesparteitag dort statt. Am 23.01.1999 demonstrieren ca. 550 Personen unter dem Motto „Kein Frieden mit Nazis“ gegen den Bundesparteitag der NPD. An der Demonstration beteiligen sich überwiegend linksextremistische autonome Gruppen aus Sachsen. Es kommt zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstrationsteilnehmern und der Polizei. Außerdem werden Fenster eines Hotels, in dem Mitglieder des NPD-Vorstandes übernachten und der Pkw eines NPD-Delegierten beschädigt. In Freiberg werden in der Nacht vom 23. zum 24.01.1999 von unbekannten Tätern die Pkw-Reifen weiterer NPD-Parteitagsteilnehmer zerstochen.

Februar

13.02.1999 Dresden

Kranzniederlegungen

Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen legen anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens Kränze nieder. Zuvor nahmen ca. 100 NPD-Mitglieder und Sympathisanten an einer internen Veranstaltung teil.

16.02.1999 Leipzig

Besetzung des Griechischen¹⁸⁵ Generalkonsulats

In den Morgenstunden besetzen 73 Kurden das Griechische Generalkonsulat in Leipzig.

In einem nicht zum Konsulat gehörigen Bürobereich befinden sich zu diesem Zeitpunkt drei Personen, die von



Foto: dpa

den Besetzern als Geiseln genommen werden. Mit der Aktion wollen die Kurden eine Stellungnahme des Griechischen Parlaments zur Festnahme ÖCALANs erzwingen. Einem Spezialeinsatzkommando der sächsischen Polizei gelingt es, das Gebäude zu stürmen, die Geiseln unverletzt zu befreien und die Besetzer festzunehmen. Am folgenden Tag erlässt das Amtsgericht Leipzig gegen alle 73 Täter Haftbefehle.

27.02.1999 Wurzen (Muldentalkreis)

Antifaschistische Demonstration

Das linksextremistische Leipziger BUNDNIS GEGEN RECHTS organisiert eine Demonstration gegen rechtsextremistische Strukturen in Wurzen. Unter dem Motto „Weg mit dem Nazispuk“ demonstrieren ca. 400 Personen in der Stadt. Bei einem Zwischenfall während der Demonstration werden 22 Demonstrationsgegner vorübergehend festgenommen.

¹⁸⁵ Die offizielle Bezeichnung für Griechenland ist nunmehr „Hellenische Republik“.

März

20.03.1999 Halle (Sachsen-Anhalt)

PKK-Demonstration

Etwa 1.200 Personen – auch aus dem Freistaat Sachsen – nehmen an einer Demonstration anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes teil. Die Veranstaltung wird unter dem Motto "Freiheit für ÖCALAN – Frieden für Kurdistan – Heraus zu Newroz" angemeldet. Nach den gewalttätigen Ausschreitungen im Februar versuchen nun die Anhänger ÖCALANs mit friedlichen Aktivitäten, die Öffentlichkeit auf das Kurdenproblem aufmerksam zu machen.

25.03.1999 Zittau (Lkr.Löbau-Zittau) und

27.03.1999 Dresden

Protestaktionen der NPD anlässlich des NATO-Einsatzes in Jugoslawien

Vier Mitglieder der NPD verteilen in Zittau Flugblätter gegen den Einsatz deutscher Bundeswehrsoldaten in Jugoslawien. Darin heißt es, dass der Kriegseinsatz deutscher Soldaten von den USA aufgezwungen sei und gegen das Grundgesetz verstoße.

In Dresden führen aus gleichem Anlass 20 NPD-Mitglieder eine Mahnwache vor dem Verteidigungsbezirkskommando durch.

April

03.04.1999 Kleinpelsen (Lkr. Döbeln)

Rechtsextremistisches Skinhead Konzert

An der als Großkonzert angekündigten Veranstaltung nehmen ca. 1.000 Personen teil. Publikumsmagnet ist die australische Skinheadband „Fortress“.

Das Konzert gehört zu den größten Veranstaltungen der rechtsextremistischen Skinhead Szene im Jahr 1999.

06.04.1999 Dresden

Demonstration anlässlich des Jorge-Gomondai-Gedenktages

An der Veranstaltung anlässlich des 8. Todestages des 1991 von Rechtsextremisten in den Tod getriebenen Mosambikaners Jorge Gomondai nehmen ca. 200 Personen teil. Einige linksextremistische Autonome nutzen diesen Anlass, um die Antifa-Kampagne „Target - Wähle nicht Rassismus EINE KAMPAGNE SÄCHSISCHER ANTIFA-GRUPPEN“ der Öffentlichkeit vorzustellen. Sie erklären, dass die Kampagne nicht nur gegen den Wahlkampf rechtsextremistischer Parteien, sondern auch gegen den der „etablierten“ Parteien gerichtet sei. Auch bei diesem werde es sich um einen „sehr rassistischen Wahlkampf“ handeln.

Mai

01.05.1999 Leipzig

Aktionen von Extremisten anlässlich des 1. Mai

Rechtsextremisten führen nach dem Verbot der NPD-Großdemonstration in Bremen bundesweit vereinzelte Aktionen sowie kleinere Spontandemonstrationen durch.

In Leipzig-Grünau formieren sich ca. 60 Rechtsextremisten zu einem Marschblock. Sie führen ein Transparent mit der Aufschrift „1. Mai – Tag der nationalen Arbeit“ mit. Die Polizei spricht Platzverweise aus und nimmt eine Person in Gewahrsam.

Am frühen Morgen verhindert die Polizei die Abfahrt von vier Bussen, mit denen ca. 200, zum Teil dem linksextremistischen autonomen Spektrum angehörende Personen zu ebenfalls verbotenen Aktionen gegen die NPD-Demonstration nach Bremen reisen wollen. Aus Protest gegen diese polizeiliche Maßnahme versammeln sich am gleichen Tag ca. 60 bis 80 Jugendliche zu einer unangemeldeten Demonstration und fordern vor dem Polizeipräsidium Leipzig eine schriftliche Erklärung. Nach einer kurzzeitigen Sitzblockade löst sich der Demonstrationzug auf.

In der folgenden Nacht kommt es zu einer weiteren Protestaktion. Unbekannte Täter zerbrechen mit Pflastersteinen 11 Scheiben des Leipziger Regierungspräsidiums und sprühen die Losungen „für Bremen“ und „Bremen“ auf den Bürgersteig.

31.05.1999 Türkei

Beginn des Prozesses gegen den PKK-Vorsitzenden ÖCALAN

Auf der Gefängnisinsel Imrali wird der Prozess gegen Abdullah ÖCALAN eröffnet. Die Verhandlung führt das Staatssicherheitsgericht. ÖCALAN erklärt in einer ersten Stellungnahme vor Gericht, dass er für eine friedliche Lösung des Kurdenproblems zu einer Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung bereit sei. Er bittet die PKK-Opfer um Entschuldigung. Im gesamten Monat finden in der Bundesrepublik Deutschland Solidaritätskundgebungen statt, die friedlich verlaufen.

Juni

13.06.1999 Freistaat Sachsen

Kommunalwahlen

Den rechtsextremistischen Parteien gelingt es, in 10 Städten und Gemeinden sowie einem Landkreis insgesamt 12 Mandate für die Kommunalparlamente zu erringen.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Europawahlen können die rechtsextremistischen Parteien im Freistaat Sachsen insgesamt 3,7 % der Stimmen auf sich vereinen und erreichen damit prozentual den bundesweit höchsten Stimmenanteil.

Linksextremistische Parteien beteiligen sich weder an der Kommunal- noch an der Europawahl.

22.06.1999 Leipzig

Beginn der Prozesse gegen die Besetzer des Griechischen Generalkonsulats

Vor dem Amtsgericht Leipzig beginnt die erste Hauptverhandlung gegen fünf Besetzer des Griechischen Generalkonsulats. Das Gericht befindet die Angeklagten des schweren Land- und Hausfriedensbruchs und der gemeinschaftlichen Freiheitsberaubung für schuldig. Die Angeklagten werden zu Bewährungsstrafen von zehn Monaten bis zu 14 Monaten verurteilt. Verhandlungen gegen weitere 61 Beschuldigte folgen bis Anfang August.

Juli

Juli 1999

Antirassistische Aktionen

Anlässlich der Prozesse gegen die kurdischen Konsulatsbesetzer demonstrieren am 24.07.1999 in Leipzig ca. 100 Personen unter dem Motto „Abschiebung ist kriminell“. In ihrem Aufruf setzen sich die Initiatoren für die PKK ein. Sie fordern: „Weg mit dem Versammlungsverbot und den politischen Betätigungsverboten!“, „Sofortige Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen!“ und „Offene Grenzen für alle!“.

Als Unterstützer treten das linksextremistische OFFENE ANTIFASCHISTISCHE PLENUM (OAP) und das linksextremistische BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BGR) auf.

Ebenfalls gegen die staatliche Asylpolitik und deren Durchsetzung durch staatliche Institutionen richten sich Ende Juli 1999 zwei Aktionen Freiburger Autonomer Gruppen, denen auch linksextremistische Autonome angehören.

An den Unfall eines Schleuserfahrzeuges Ende Juli 1998, bei dem 7 illegal Eingereiste starben, erinnern ca. 25 Jugendliche am 30.07.1999 mit einer Mahnwache. Auf einem mitgeführten Transparent ist zu lesen: „Bundesgrenzschutz ist gleich Menschenjäger, wir vergessen nichts und niemanden.“

Aus gleichem Anlass meldet das ALTERNATIVE JUGENDZENTRUM FREIBERG e. V. (AJZ) für den 31.07.1999 eine „Antirassistische Demonstration“ in Freiberg an. Daran nehmen ca. 150 Personen teil. Als Veranstalter fungiert ein ANTIFASCHISTISCHES UND ANTIRASSISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS FREIBERG. Als Kontaktadresse ist der autonome Szenetreff „AZ Barrikade“ angegeben. Für die Veranstaltung wird mit Plakaten und Aufrufen geworben. Auch überregional wird in der linksextremistischen Berliner Szenezeitschrift INTERIM Nr. 480 auf die Demonstration hingewiesen.

03.07.1999 Zittau (Lkr. Löbau-Zittau)

Gedenkmarsch von Rechtsextremisten

Rund 300 Rechtsextremisten nehmen an der von der NPD organisierten Veranstaltung anlässlich des 7. Todestages von Holger MÜLLER teil. Dieser war 1992 bei einer Auseinandersetzung mit Ausländern tödlich verletzt worden. Erstmals wird vom NPD-Kreisverband Löbau/Zittau im Internet zur Teilnahme aufgerufen, der NATIONALE JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB) wird als Unterstützer genannt. Außerdem wird bundesweit über Infotelefone für die Veranstaltung geworben.

August

07.-15.08.1999 Zittau (Lkr. Löbau-Zittau)

„Antirassistisches Grenzcamp '99“

Im Rahmen der bundesweit agierenden Kampagne KEIN MENSCH IST ILLEGAL findet in Ost-sachsen zum zweiten Mal ein „antirassistisches Grenzcamp“

statt. Daran beteiligen sich ca. 300 bis 350 sich ständig im Lager aufhaltende Personen aus dem gesamten Bundesgebiet



Foto: Internetseite der Kampagne
KEIN MENSCH IST ILLEGAL

und dem Ausland, darunter eine Vielzahl linksextremistischer Autonome. Das Camp sei ein Versuch antirassistischer Gruppen – so die Veranstalter – gegen das herrschende Grenzregime wirksame Maßnahmen zu entfalten. Es werden verschiedene Aktionen durchgeführt, die sich unter Zuhilfenahme unterschiedlichster Aktionsformen mit dem Thema Grenze und Grenzsicherung auseinandersetzen, z. B. symbolische Eröffnung von Grenzübergängen auf der Neißة bzw. gezielte Desinformation von Bürgern durch eine fingierte Behördenmitteilung.

Reaktionen der rechtsextremistischen Szene auf das Grenzcamp '99

Die sich während des Grenzcampes häufenden Straftaten der Campteilnehmer versucht die NPD für eigene Propaganda zu nutzen, um die Stimmung aufzuheizen. So mobilisiert z. B. die regionale rechtsextremistische Szene im Rahmen eines eigenen „Friedencamps“ Sympathisanten in verschiedenen Jugendeinrichtungen, um diese angeblich vor dem „roten Terror“ zu schützen.

28.08.1999 Frohburg, Ortsteil Benn- dorf (Lkr. Leipziger Land)

Skinhead Konzert

An der Veranstaltung nehmen 500 - 700 Personen teil. Die Veranstaltung wird von der Polizei aufgelöst.

September

07.09.1999 Den Haag (Niederlande)

Großdemonstration des NWRI

An der von den VOLKSMODJAHEDIN IRAN organisierten Veranstaltung beteiligen sich etwa 2.500 Personen, darunter auch NWRI-Anhänger aus dem Freistaat Sachsen. Die Demonstranten fordern die Beendigung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Iran und rufen zur Solidarität mit den studentischen Protesten vom Juli dieses Jahres auf.

08.09.1999 Leipzig

Proteste gegen die Einweihung des Ehrenmals für Dr. Carl Friedrich Goerdeler

Anlässlich des Jahrestages des Todesurteils gegen den ehemaligen Oberbürgermeister von Leipzig wird ein ihm gewidmetes Ehrenmal vor dem Neuen Rathaus in Leipzig eingeweiht. Die Veranstaltung wird durch 20 - 30 zum Teil der linksextremistischen autonomen Szene Leipzig zugehörige Personen massiv gestört. Sie begründen ihre Proteste damit, dass die Stadt Leipzig nach autonomer Auffassung mit Goerdeler einen Antisemiten und Nationalsozialisten ehre.

11. - 18.09.1999 Altenberg (Weißeritzkreis)

23. Gästewoche des FREUNDESKREISES ULRICH VON HUTTEN e. V. und der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG)

Die geschlossene Veranstaltung steht unter dem Motto „Die Lebensordnung der Arterhaltung der Art in Natur und Kultur“. Wie in den vergangenen Jahren nehmen an der Veranstaltung zwischen 100 und 150 überwiegend ältere Personen teil.

Oktober

Oktober 1999 Hohenstein-Ernstthal (Lkr. Chemnitzer Land)

Gewalttätige Auseinandersetzungen

Am späten Abend des 1.10.1999 kommt es zu Auseinandersetzungen vor dem Gebäude des Kreisjugendringes, in dem ein Punkkonzert stattfindet. In deren Folge nimmt die Polizei mehrere Personen wegen des Verdachts auf schweren Landfriedensbruch fest. Der am folgenden Tag aufgefundene schwer verletzte Punker Patrick T. verstirbt kurz darauf an den Folgen seiner Kopfverletzungen. Die Tat wird in der Öffentlichkeit Skinheads zugeordnet.

Am späten Abend des 3.10.1999 demonstrieren in Hohenstein-Ernstthal Jugendliche, die überwiegend der linksextremistischen autonomen Szene zuzurechnen sind. Die 150 bis 200 Demonstrationsteilnehmer besprühen Häuserfassaden, werfen Autos mit Steinen und schießen Leuchtraketen ab. Es werden Parolen wie „Nazis raus“ und „Tod allen Faschos“ gerufen.

In den folgenden Tagen kommt es zu mehreren strafbaren Handlungen, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte auf eine Urheberchaft aus der autonomen Szene hindeuten. So sprühen unbekannte Täter am 5.10.1999 in Freiberg auf eine Hausfassade „Rache für Patrick – am 3.10.1999 von Nazis ermordet“. Am 12.10.1999 verüben unbekannte Täter einen Brandanschlag auf eine Diskothek in Hohenstein-Ernstthal. Den Abschluss der Proteste zum Tod des Punkers bildet die als Trauermarsch angemeldete Demonstration am 16.10.1999 in Hohenstein-Ernstthal. An der friedlich verlaufenden Veranstaltung beteiligen sich etwa 400 Personen, darunter auch Personen der linksextremistischen autonomen Szene in Sachsen. Für die Veranstaltung wurde auf Flugblättern, im Internet und über das Antifa-Infotelefon Berlin geworben. Außerdem wurde der Aufruf zum „Antifaschistischen Trauermarsch“ auf den Internetseiten der militanten ANTIFASCHISTISCHEN AKTION BERLIN (Mitglied der AABO) veröffentlicht.

September

19.09.1999 Freistaat Sachsen

Landtagswahl

Mit 1,4 % der Stimmen für die NPD und 1,5 % für die REP bleiben beide Parteien bei der Landtagswahl hinter ihren Erwartungen zurück. Teilerfolg ist aber das Erreichen der für die staatliche Teilfinanzierung der Parteien (Wahlkampfkostenerstattung) erforderliche 1 % Marke.



Die linksextremistische KPD erzielt 0,1 % der Stimmen.

Oktober

02.10.1999 Hirschstein, OT Prausitz (Lkr. Riesa-Großenhain)

Parteitag des NPD-Landesverbandes Sachsen

An der Veranstaltung nehmen rund 100 Personen teil. Es werden mehrere Funktionäre neu in den Landesvorstand gewählt.

09.10.1999 Frankfurt a. M. (Hessen)

Großveranstaltung

Die FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM) veranstaltet eine Großdemonstration unter dem Motto „Nein zur Todesstrafe – Frieden jetzt sofort – Freiheit für Abdullah ÖCALAN“. An der Veranstaltung nehmen etwa 20.000 Anhänger und Sympathisanten ÖCALANS teil, darunter auch im Freistaat Sachsen ansässige Personen.

22.-24.10.1999 Leipzig

„Kultureller-Hegemonie-Kongreß“

An der vom Leipziger linksextremistischen BÜNDNIS GEGEN RECHTS organisierten Veranstaltung zu Themen wie „Nazidominanz in öffentlichen Räumen“ und „Möglichkeiten linksradikaler und antifaschistischer Strategien“ nehmen etwa 350 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil.

November

09.11.1999 Leipzig

Veranstaltung von Rechtsextremisten

Unter dem Motto „Deutschland auf dem Weg zu einer Reichsordnung“ stellen das ehemalige RAF-Mitglied Horst MAHLER und der promovierte Soziologe und „Nationalmarxist“ Reinhold OBERLERCHER ihre „Reichsverfassungsentwürfe zur Errichtung eines Vierten Deutschen Reiches“ vor. An der Veranstaltung nehmen etwa 40 Personen teil. Zum Verlesen eines Offenen Briefes an den Bundeskanzler mit der Aufforderung, ins Exil zu gehen, kommt es infolge einer Bombendrohung nicht mehr.

Geplante Gegenaktionen von Linksextremisten

Bereits die Aufrufe des linksextremistischen BÜNDNIS GEGEN RECHTS zu einer Demonstration unter dem Motto „Kein Vergeben – Kein Vergessen! Kein Friede in Deutschland! – Wir gedenken der Opfer des antisemitischen Pogroms vom 09. November 1938“ lassen erkennen, dass diese Demonstration als Ausgangspunkt für Aktionen gegen die Veranstaltung der Rechtsextremisten dienen soll. Auf der Internet-Seite der linksextremistischen Szenezeitschrift FRENTE fordern Autonome: „Na denne, mal eineinhalb Jahre nach dem 01. Mai in L.E.¹⁸⁶ mal wieder richtig schöne Straßenriots.“ Zu gewalttätigen Aktionen gegen die Veranstaltung oder ihre Besucher kommt es auf Grund des großen Polizeiaufgebots nicht. In den späten Abendstunden geht über den öffentlichen Telefonanschluss des Polizeireviere Süds die Bombendrohung eines „antifaschistischen Sprengkommandos“ gegen die Veranstaltung der Rechtsextremisten ein. Daraufhin wird der Veranstaltungsraum von der Polizei geräumt.

**20.11.1999 Wildenhain
(Lkr. Riesa Großenhain)**

Geplantes Skinhead Konzert

Ein für diesen Tag geplantes rechtsextremistisches Skinhead Konzert wird durch intensive Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bereits im Vorfeld verhindert. Die Veranstaltung, bei der u. a. auch die rechtsextremistische Skinhead Band „Proissenheads“ auftreten soll, wird von der zuständigen Behörde verboten.

Dezember

02.12.1999 Leipzig

Demonstration anlässlich der möglichen Hinrichtung von Mumia ABU JAMAL

Angesichts der drohenden Hinrichtung des in den USA wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilten ehemaligen Angehörigen der „Black Panther“-Bewegung Mumia ABU JAMAL kommt es zu bundesweiten Protestaktionen. In Leipzig findet unter dem Motto „Freiheit für Mumia Abu Jamal“ eine Demonstration statt. An der friedlich verlaufenden Veranstaltung beteiligen sich ca. 150 Personen, darunter eine Vielzahl linksextremistischer Autonome.

Bereits im Vorfeld wurde mit Flugblättern, Info- und Benefizveranstaltungen und im Internet in der linksextremistischen autonomen Szene für diese Veranstaltung mobilisiert. Einen Demonstrationsaufruf unterstützten u. a. das linksextremistische OFFENE ANTIFASCHISTISCHE PLENUM (OAP) und das linksextremistische BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BgR).

Mittlerweile wurde der Hinrichtungstermin ausgesetzt.

¹⁸⁶ Gemeint ist Leipzig.

Hintergründe

Wahlkampf und Wahlergebnisse extremistischer Parteien im Frei- staat Sachsen bei den Wahlen 1999

Bündnisbestrebungen und Wahlabsprachen

Im Jahr 1999 traten zu den Wahlen im Freistaat Sachsen die **rechtsextremistischen Parteien** DIE REPUBLIKANER (REP) und die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) an.

Nachdem die rechtsextremistischen Parteien (NPD, REP, DVU) zur Bundestagswahl 1998 mit bundesweit 3,3 % der Stimmen ihre hoch gesteckten Erwartungen nicht erfüllen konnten, wurde in allen Parteien die Forderung nach Wahlbündnissen für die im Jahr 1999 anstehenden Wahlen lauter.

Am 17. November 1998 einigten sich die Vorsitzenden der Parteien REP und DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU), SCHLIERER und FREY, bei künftigen Wahlen eine unnötige Konkurrenz zwischen beiden Parteien zu vermeiden. In der Folge verständigte man sich offenbar auf eine Teilnahme der DVU an der Bürgerschaftswahl in Bremen und eine Teilnahme der REP an der Landtagswahl in Hessen.

Weiterhin verzichtete die DVU auf einen Wahlantritt zu den Senatswahlen am 10. Oktober 1999 in Berlin, während die REP sich nicht an der Landtagswahl am 5. September 1999 in Brandenburg beteiligten.

Von diesen Wahlabsprachen konnte allerdings nur die DVU profitieren. Ihr gelang sowohl der Einzug in die Bremer Bürgerschaft (ein Mandat) als auch der Einzug mit fünf Mandaten in den Brandenburger Landtag. Die REP scheiterten in Hessen und in Berlin an der 5 %-Klausel.

Für die Landtagswahl im Freistaat Sachsen wurden keine Wahlabsprachen bekannt. NPD, REP und DVU hatten zunächst ihre Absicht zur Teilnahme an der Landtagswahl im Freistaat Sachsen bekundet. Die DVU trat jedoch letztlich im Freistaat Sachsen 1999 zu keiner Wahl an.

Die Partei dürfte sich auf Grund ihrer finanziell sehr aufwendig geführten Wahlkämpfe auf diejenigen Bundesländer beschränkt haben, in denen sie sich Erfolge versprach. Im Freistaat Sachsen war die NPD eine starke Konkurrenz, die hier einen besonders mitgliederstarken Verband hat.

Während REP und NPD bei den Kommunalwahlen mit insgesamt 12 Mandaten einzelne Achtungserfolge erzielen konnten, blieben sie bereits zur Europawahl und später zur Landtagswahl deutlich hinter ihren Erwartungen zurück.

Von den **linksextremistischen Parteien** trat lediglich die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) zur Landtagswahl im Freistaat Sachsen an. An den Kommunal- und Europawahlen beteiligten sich im Freistaat Sachsen keine linksextremistischen Parteien.

Europawahl am 13. Juni 1999

An der Europawahl nahmen REP und NPD teil. Mit bundesweit 2,1 % der Stimmen wurden die Hoffnungen dieser Parteien bei der Europawahl enttäuscht. Nach dem amtlichen Endergebnis konnten die REP 1,7 % und die NPD 0,4 % der Stimmen auf sich vereinen.

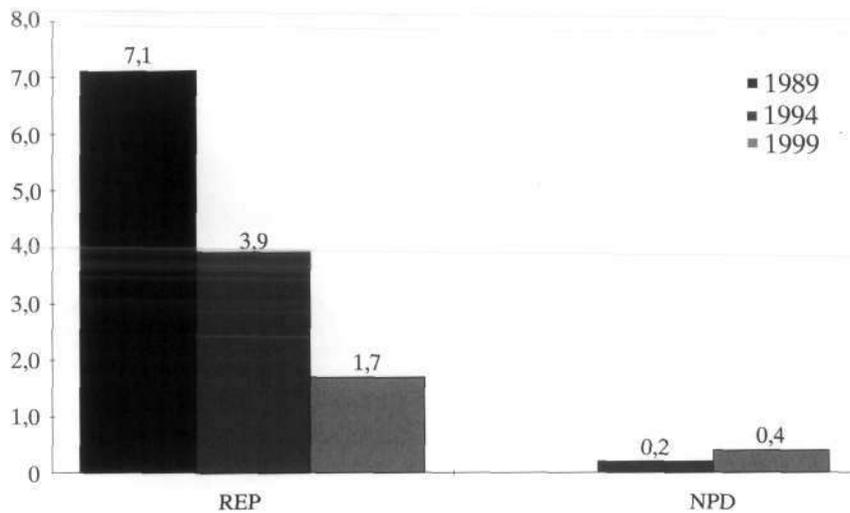
Das bedeutet für die REP einen deutlichen Verlust von 2,2 Prozentpunkten und für die NPD einen geringen Gewinn von 0,2 Prozentpunkten gegenüber der letzten Europawahl 1994.

Wie schon zur Bundestagswahl 1998 verfehlte die NPD die für die staatliche Teilfinanzierung der Parteien (Wahlkampfkostenerstattung) wichtige 0,5 %-Grenze.

Im Vergleich zu den alten Bundesländern (1,82 %) schnitten REP und NPD in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) mit 2,56 % deutlich besser ab.

An der Europawahl beteiligte sich keine linksextremistische Partei.

Wahlergebnisse von REP und NPD bei Europawahlen



Ergebnisse der Europawahl im Freistaat Sachsen

Mit zusammen 3,7 % der Stimmen erreichten die rechtsextremistischen Parteien im Freistaat Sachsen das bundesweit beste Ergebnis. Auf die REP entfielen 2,5 % (gegenüber 3,5 % 1994) und auf die NPD 1,2 % (gegenüber 0,2 % 1994) der Stimmen.

Etwa 10 % aller Stimmen für die REP und etwa 20 % aller Stimmen für die NPD sind im Freistaat Sachsen abgegeben worden.

Trotz des Nichtantritts der DVU und der geringen Wahlbeteiligung von nur etwa 54 % bei der Europawahl konnten weder die REP noch die NPD einen absoluten Stimmenzuwachs gegenüber der Bundestagswahl im September 1998 erzielen.

Die REP verloren im Freistaat Sachsen knapp 10.000 Wählerstimmen und die NPD sogar knapp 13.000. Keine der beiden Parteien konnte offenbar die über 75.000 Wähler, die sich bei der Bundestagswahl 1998 für die DVU entschieden hatten, für sich gewinnen.

Spitzenergebnisse erzielten die REP im Freistaat Sachsen in der Gemeinde Mühlental (Vogtlandkreis) mit 7,0 % sowie in den Gemeinden Elsnig (Lkr. Torgau-Oschatz) und Hainichen (Lkr. Mittweida) mit jeweils 6,8 % der Stimmen.

Die NPD erzielte insbesondere im Landkreis Sächsische Schweiz überdurchschnittliche Ergebnisse. Ihr Spitzenergebnis erzielte sie in der Gemeinde Hirschfelde (Lkr. Löbau-Zittau) mit 7,7 % der Stimmen.

Knapp 10 % aller Jungwähler (18 bis unter 25 Jahre) im Freistaat Sachsen wählten zur Europawahl eine rechtsextremistische Partei. 4,3 % der Jungwähler entschieden sich für die REP und 5,3 % für die NPD.

Die rechtsextremistischen Parteien konnten vor allem in den ländlichen Regionen des Freistaates Sachsen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen.

Situation vor der Europawahl

Auf der Europawahlliste der NPD kandidierten 15 Personen, davon 2 aus dem Freistaat Sachsen. Platz 5 der Liste belegte der besonders bei der Parteibasis wegen seines Sozialismuskurses umstrittene Prof. Dr. Michael NIER. Auf Platz 13 wurde der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Zwickau Peter KLOSE nominiert.

Wie bereits im Bundestagswahlkampf 1998 standen bei der NPD wirtschaftliche und sozialpolitische Themen im Mittelpunkt der Agitation. So warb die NPD unter den Schlagworten:

- „Wir sind die echte Opposition! Radikal, Sozial, National“,
- „Ausländerrückführung statt Integration“,
- „Arbeit statt Profite“ oder
- „Gegen Globalisierung & Überfremdung“.



Bei den REP kandidierten 20 Personen auf der Europawahlliste. Vom sächsischen REP-Landesverband wurde nur der Landesschriftführer Ottokar SCHIMKAT auf die Liste (Platz 4) nominiert. Als Spitzenkandidat trat der REP-Bundvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER an. Während die NPD vorwiegend in ihren Schwerpunktregionen plakatierete und dort, wo sie auch zu den Kommunalwahlen antrat, warben die REP nahezu im gesamten Freistaat.

Mit speziell auf ihre Europapolitik zugeschnittenen Wahlslogans wie:

- „EU-Korruption stoppen – Nur mit uns!“,
 - „Politik für Deutschland – Nur mit uns!“,
 - „Agenda 2000 – Nicht mit uns!“,
 - „Brüssel praßt, Deutschland zahlt! – Nicht mit uns!“,
 - „Macht braucht Kontrolle – Nur mit uns!“,
 - „Deutschland für alle? Nee für uns!“
- begannen die REP in Sachsen bereits Anfang Mai 1999 mit Plakatierungen.



Kommunalwahlen am 13. Juni 1999

Zeitgleich mit der Europawahl fanden im Freistaat Sachsen die Kommunalwahlen statt. Von den rechtsextremistischen Parteien beteiligten sich die REP und die NPD.

Linksextremistische Parteien traten nicht zu den Kommunalwahlen an.

Nach den amtlichen Endergebnissen ist es den rechtsextremistischen Parteien im Freistaat Sachsen in 10 Städten und Gemeinden sowie in einem Landkreis gelungen, insgesamt 12 Mandate für die Kommunalparlamente zu erringen.

Im Einzelnen konnten folgende Mandate erreicht werden:

REP

Ort	Landkreis	Ergebnis	Sitze
Chemnitz	Chemnitz	2,0 %	1
Freital	Weißeritzkreis	4,2 %	1
Hainichen	Mittweida	5,9 %	1

NPD

Ort	Landkreis	Ergebnis	Sitze
Meißen	Meißen	3,3 %	1
Wurzen	Muldentalkreis	5,1 %	1
Trebsen	Muldentalkreis	6,6 %	1
Riesa	Riesa-Großenhain	3,1 %	1
Hirschfelde	Löbau-Zittau	7,9 %	1
Sebnitz	Sächsische Schweiz	6,5 %	1
Königstein	Sächsische Schweiz	11,8 %	2

Bei den Kreistagswahlen konnte die NPD ein Mandat im Landkreis Sächsische Schweiz erzielen.

Partei	Anzahl der Kandidaten zur Kommunalwahl 1994	Anzahl der erzielten Mandate zur Kommunalwahl 1994	Anzahl der Kandidaten zur Kommunalwahl 1999	Anzahl der erzielten Mandate zur Kommunalwahl 1999
REP	47	7	21	3
NPD	5	0	64	9

Die Orte, in denen REP und NPD ihre Kommunalwählerfolge erzielten, sind im Wesentlichen auch die Schwerpunktregionen der beiden Parteien. Während die NPD insbesondere in den Landkreisen Sächsische Schweiz, Meißen sowie im Muldentalkreis erfolgreich war, erzielten die REP vor allem im Landkreis Torgau-Oschatz und im Regierungsbezirk Chemnitz ihre besten Wahlergebnisse. In diesen Regionen haben die Parteien hohe Mitglieder- und Sympathisantenzahlen und entfalten dort die meisten Aktivitäten.

Die NPD-Kandidaten in Königstein (Lkr. Sächsische Schweiz) erreichten mit 11,8 % der Stimmen eines der landesweit besten Ergebnisse. Für die NPD wurden Uwe LEICHSENRING sowie Matthias WIEGAND in den Stadtrat gewählt. LEICHSENRING war mit 447 Stimmen der zweiterfolgreichste Bewerber für den Stadtrat in Königstein.

Für den Sebnitzer Stadtrat und gleichzeitig für den Kreistag Sächsische Schweiz wurde der Arzt Johannes MÜLLER nominiert. MÜLLER erreichte mit 6,5 % für den Stadtrat und 8,1 % für den Kreistag herausragende Ergebnisse.

Im Kurort Rathen (Lkr. Sächsische Schweiz) konnte die NPD bei der Kreistagswahl 16,6 % der Stimmen erreichen.

Die REP sind in Hainichen (5,9 %), Freital (4,2 %) und Chemnitz am erfolgreichsten gewesen. In Chemnitz kandidierte der stellvertretende Landesvorsitzende Martin KOHLMANN, der bereits bei der Bundestagswahl 1998 als Direktkandidat angetreten war.

Die rechtsextremistischen Parteien im Freistaat Sachsen waren in 3 Landkreisen und 30 Städten und Gemeinden mit ihren Wahlvorschlägen zu den Kommunalwahlen zugelassen worden.

Die NPD trat in 3 Landkreisen und 21 Städten an. Die REP wurden in 9 Kommunen zugelassen.

Während die NPD im Vergleich zur Kommunalwahl 1994 im Jahr 1999 deutlich mehr Kandidaten nominierte, stellten die REP 1999 nicht halb so viele Kandidaten wie 1994 auf.

Zusammenfassung der Europa- und Kommunalwahlen

- Von den Jungwählern, die sich für die Wahl einer rechtsextremistischen Partei entschieden, konnte besonders die NPD profitieren.
- Dort, wo rechtsextremistische Parteien über gute Organisationsstrukturen und aktive Mitglieder verfügen, sind ihre Erfolgchancen größer.
- Aktive Wahlwerbung spiegelte sich in den Ergebnissen wieder. Die REP hatten z. B. intensiv im Landkreis Bautzen plakatiert, in dem sie vorher weder Aktivitäten noch erkennbare Strukturen hatten. Mit 3,2 % der Stimmen zur Europawahl erreichten sie in diesem Landkreis ein deutlich über dem Landesdurchschnitt (2,5 %) liegendes Wahlergebnis.
- Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Erfolg bei den Kommunal- und den Europawahlen. In den Orten oder Landkreisen, in denen die REP oder die NPD auch zu den Kommunalwahlen antraten und mit ihren Kandidaten die Wähler überzeugen konnten, entschieden sich diese auch bei der Europawahl für die entsprechende Partei.

Landtagswahl am 19. September 1999 im Freistaat Sachsen

Mit zusammen 2,9 % der Stimmen wurden die Erwartungen von NPD und REP nicht annähernd erfüllt. Nach den amtlichen Endergebnissen erreichten die REP 1,5 % (32.793 Stimmen) und die NPD 1,4 % (29.593 Stimmen).

Beide rechtsextremistische Parteien überschritten die für die Teilnahme an der staatlichen Teilfinanzierung (Wahlkampfkostenerstattung) wichtige 1,0 %-Grenze.

Die Direktkandidaten von REP und NPD blieben erfolglos.

Die linksextremistische Partei KPD scheiterte ebenfalls. Sie erreichte gerade 0,1 % der Stimmen (1.814).

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Die NPD hatte ihren Willen zur Teilnahme an der Landtagswahl im Freistaat Sachsen bereits im Herbst 1998 erklärt und ihre 23 Kandidaten umfassende Landesliste aufgestellt.

**Besser Leben,
Wohnen und
Arbeiten!**
Landeswahlprogramm
der NPD-Sachsen

Mehr Lehrstellen! Mehr Arbeitsplätze!
Mehr Umweltschutz! Weniger Drogen!

Am 19. September:
National aus sozialer
Verantwortung!

NPD
Die Nationalen

Auf den ersten Plätzen kandidierten der sächsische NPD-Landesvorsitzende Winfried PETZOLD und der ehemalige Dozent der Fachrichtung Marxismus/Leninismus Prof. Dr. Michael NIER. Auf weitere Spitzenplätze wurden Uwe LEICHSENRING und Matthias PAUL gewählt, die bereits zur Bundestagswahl als NPD-Direktkandidaten in ihren Wahlkreisen überdurchschnittliche

Ergebnisse erzielt hatten. LEICHSENRING war darüber hinaus bei der Kommunalwahl in den Stadtrat von Königstein gewählt worden. Weiterhin trat die NPD mit 21 Direktkandidaten an. Ihr ursprüngliches Ziel, in allen 60 Wahlkreisen Direktkandidaten zu stellen, verfehlte sie deutlich.

Ergebnis

Die NPD, die zur Landtagswahl 1994 wegen fehlender Unterstützungsunterschriften nicht angetreten war, wird erstmals im Freistaat Sachsen an der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien (Wahlkampfkostenerstattung) beteiligt, die für sie in den nächsten fünf Jahren jährlich rund 30.000,- DM betragen wird.

Gegenüber der Europawahl im Juni 1999 konnte die NPD ihr Ergebnis bei der Landtagswahl um 0,2 Prozentpunkte (8.083 Stimmen) steigern.

Ihr Spitzenergebnis erreichte die Partei mit 10,4 % der Stimmen im Kurort Rathen (Lkr. Sächsische Schweiz).

Weitere deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse gab es in:

Königstein (Lkr. Sächsische Schweiz)	8,0 %
Reinhardtsdorf-Schöna (Lkr. Sächsische Schweiz)	7,4 %
Hirschfelde (Lkr. Löbau-Zittau)	6,0 %
Gohrisch (Lkr. Sächsische Schweiz)	5,3 %
Rathmannsdorf (Lkr. Sächsische Schweiz)	5,3 %

Wie bereits bei den Kommunal- und den Europawahlen zeigt sich deutlich, dass sich die Erfolge der NPD auf bestimmte Regionen konzentrieren. Bei den Landtagswahlen sticht besonders der Lkr. Sächsische Schweiz hervor.

Das höchste Ergebnis der NPD-Direktkandidaten erzielte mit 5,5 % der Stimmen Johannes MÜLLER im Wahlkreis Sächsische Schweiz 2.

Wahlkampf

Die NPD setzte ihren Schwerpunkt auf die Landtagswahl im Freistaat Sachsen. Vor allem der Bundesvorstand der Partei wies immer wieder auf die Bedeutung dieser Wahl hin. Gestärkt durch die punktuellen Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen hoffte die Partei auf den Einzug ihres mitgliederstärksten Landesverbandes in das sächsische Landesparlament.

Ihren Wahlkampf zur Landtagswahl begann die NPD etwa Mitte August. Bereits nach der Bundestagswahl 1998 hatte sie angekündigt, bis zur Landtagswahl auf Aufsehen erregende Großdemonstrationen zu verzichten. Man setzte stattdessen vor allem auf Plakatierungen, Info-Tische und die Verteilung von Handzetteln.

Als größtes Problem für die sächsische NPD stellte sich die prekäre Finanzsituation dar. Nachdem ein NPD-Hauptsponsor seine finanzielle Unterstützung weitgehend eingestellt hatte und der NPD-Bundesvorstand zwar personelle Unterstützung organisierte, aber nur zögerlich Zahlungen für den sächsischen Landtagswahlkampf bereitstellte, war die Materialausstattung für den Wahlkampf ungenügend. Insbesondere bei Plakatierungen konzentrierte man sich deshalb auf die Schwerpunktregionen der Landkreise Riesa-Großenhain, Sächsische Schweiz sowie auf Dresden.

Vor allem in den letzten beiden Wochen vor der Landtagswahl forcierte die NPD ihren Wahlkampf.

Sie plakatierte verstärkt und verteilte weiteres Propagandamaterial wie z. B. eine spezielle Wahlausgabe der SACHSEN STIMME und ihr Landtagswahlprogramm. Eigenen Angaben zufolge hat die NPD rund 30.000 Plakate im Freistaat Sachsen aufgehängt. Zusätzlich wurden Lautsprecherwagen sowie Rundfunk- und Fernsehwerbung eingesetzt.

Neben Aussagen mit sozialistischer Tendenz wie beispielsweise „Arbeit statt Profite!“ agierte die NPD in ihrem Wahlkampf mit Slogans wie:

- „Volksbetrüger abwählen – darum: NPD Die Nationalen“
- „Neue Leute braucht das Land: NPD Die Nationalen
Weil Arbeitsplätze mit LINKS nicht zu schaffen sind!
Weil soziale Gerechtigkeit ohne nationale Solidarität nicht machbar ist!“
- „Auch für Sachsen: Arbeit, Sicherheit und Zukunft!
NPD in den Landtag! Am 19. September: Denktettel-Wahl!“
- „Deutschland zuerst!“
- „Volksgemeinschaft statt EU-Diktatur!“
- „Endlich deutsch wählen: NPD-Die Nationalen“.

Zielgruppen der NPD-Wahlwerbung waren zum einen die Jugend und zum anderen die „(...) ums Überleben kämpfenden kleinen und mittleren Unternehmen (...)“.¹⁸⁷

Wie bereits im Bundestagswahlkampf 1998 arbeitete die NPD auch im Landtagswahlkampf mit Neonationalsozialisten zusammen. So erhielt die sächsische NPD u. a. vom führenden Neonationalsozialisten Christian WORCH aus Hamburg sowie vom ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen FREIHEITLICHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (FAP) aktive Wahlkampfunterstützung.

Bewertung

Die anfängliche Euphorie innerhalb des sächsischen Landesverbandes, ausgelöst durch die kommunalen Wahlerfolge, konnte die Partei nur vereinzelt in eine entsprechende Mobilisierung ihrer Mitglieder für Wahlkampfeinsätze umsetzen.

Der Bundesparteivorstand versuchte deshalb, mit dem Einsatz von NPD-Mitgliedern aus anderen Bundesländern die Wahlkampfmüdigkeit der sächsischen Parteimitglieder zu kompensieren. So sollte jeder sächsische NPD-Kreisverband durch einen so genannten Patenschaftsverband

¹⁸⁷ SACHSEN STIMME, August/September 1999, S. 3.

aus den westdeutschen Bundesländern Wahlkampfunterstützung erhalten.

Zwar ist es der NPD gelungen, einzelne Achtungserfolge zu erzielen, dennoch hat die Partei ihr Wahlziel mit dem Ergebnis von 1,4 % der Stimmen verfehlt. Als Teilerfolg der NPD ist aber zumindest das Erreichen der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien (Wahlkampfkostenerstattung) zu betrachten.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Motivation der Parteimitglieder weiter abnehmen und die Mitgliederzahl weiter zurückgehen wird.

DIE REPUBLIKANER (REP)

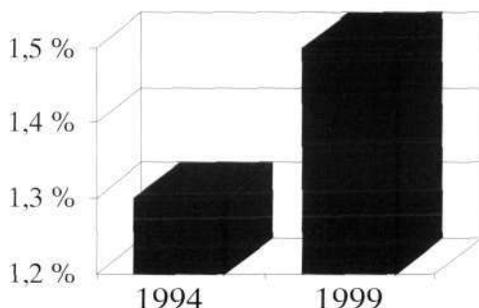
Die REP hatten eine Landesliste mit 13 Kandidaten aufgestellt. Auf die Spitzenplätze wurden Kerstin LORENZ (amtierende REP-Landesvorsitzende), Martin KOHLMANN (stellvertretender REP-Landesvorsitzender und Beisitzer im REP-Bundesvorstand) und Herbert NEHRING (ehemaliger REP-Landesvorsitzender) gewählt. Martin KOHLMANN hatte bereits am 13. Juni 1999 zur Kommunalwahl kandidiert und ein Mandat für den Stadtrat in Chemnitz erhalten.

Außerdem nominierte die Partei insgesamt 25 Direktkandidaten vor allem in ihren Schwerpunktregionen Torgau-Oschatz und im Regierungsbezirk Chemnitz.

Ergebnis

Mit dem Ergebnis von 1,5 % der Stimmen steigerten sich die REP im Vergleich zur Landtagswahl 1994 (1,3 %) um 0,2 Prozentpunkte.

Vergleich der Wahlergebnisse der REP bei den Landtagswahlen im Freistaat Sachsen



Auch die REP werden an der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien (Wahlkampfkostenerstattung) beteiligt. Erhielt der sächsische REP-Landesverband in den letzten fünf Jahren jährlich 26.177,- DM, so wird er künftig auf Grund seines Stimmenzuwachses gegenüber der Landtagswahl von 1994 rund 6.600,- DM mehr erhalten.

Ihr Spitzenergebnis erzielte die Partei mit 7,1 % der Stimmen in Eichigt im Vogtlandkreis. Weitere überdurchschnittliche Ergebnisse wurden erzielt in:

Striegistal (Lkr. Mittweida)	6,4 %
Mühlental (Vogtlandkreis)	6,3 %
Bösenbrunn (Vogtlandkreis)	5,7 %
Tirpersdorf (Vogtlandkreis)	5,6 %
Großtreben-Zwethau (Lkr. Torgau-Oschatz)	5,3 %

Die von den REP aufgestellten 25 Direktkandidaten scheiterten. Das beste Erststimmenergebnis erzielte mit 4,3 % der Stimmen Silvio HAGEN im Wahlkreis Plauen.

Das stärkste Wählerpotenzial der REP lag nicht im Jungwählerbereich, sondern bei den 35- bis 60-Jährigen. Rund 53 % aller REP-Wähler (Zweitstimmen) gehörten zu dieser Altersgruppe.

Wahlkampf

Nach eigenen Angaben sollten 12.000 Plakate, 1 Mio. Flugblätter und weiteres Propagandamaterial verteilt werden. Die REP plakatierten im gesamten Freistaat. Die Aussagen auf den Plakaten waren im Vergleich zum Bundestagswahlkampf moderater. Mit Slogans wie:

- „REParieren!“
- „Wählen statt meckern!“
- „Richtung wechseln!“

warb die Partei um die Wählerstimmen.

Deutlicher wurden die REP in ihren Flugblättern. Mit Losungen wie „In Sachsen droht die Unterwelt zur Oberwelt zu werden“ versuchte man dem Wähler eine „gigantische Verbrechenindustrie“ und damit mangelnde innere Sicherheit zu suggerieren.

Zusätzlich setzten die REP mehrfach Rundfunk- und Fernsehwerbung ein. Mit ihren Wahlsots versuchten sie, insbesondere Jungwähler anzusprechen.

DER *Neue*
REPUBLIKANER

Sonderseite zur Landtagswahl in Sachsen – Seite 3

Offizielles Organ der Republikaner
Nummer 17/1998 DM 1,75/1,50

Die Abzocker sind überall

Affären, Skandale, Gaunereien – der Staat als Selbstbedienungsladen



Auf einen Blick:

- Außenpolitik:** Der Bundesratsminister...
Seite 2: Flucht vor der...
Seite 3: Rückkehr von...
Seite 4: Rückkehr von...
- Ausländer:** Die...
Seite 5: Rückkehr von...
Seite 6: Rückkehr von...
- Ausgliederung:** Die...
Seite 7: Rückkehr von...
Seite 8: Rückkehr von...
- Ausverkauf:** Die...
Seite 9: Rückkehr von...
Seite 10: Rückkehr von...

Endlich eine Frau für das Landratsamt

Der tägliche Steuerwahn
Die hohe Belastung der Arbeitseinkommen muß sinken



Unter den Steuernehmern...
Die hohe Belastung der Arbeitseinkommen muß sinken

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

Von den linksextremistischen Parteien im Freistaat Sachsen beteiligte sich nur die KPD an der Landtagswahl.

Da die Partei zur Bundestagswahl 1998 wegen fehlender Unterstützerunterschriften nicht zugelassen worden war, gründete sie bereits im Herbst 1998 eine Wählerinitiative, um die erforderlichen 1.000 Unterschriften für die Wahlzulassung zur Landtagswahl zu sammeln. Nach eigenen Angaben hat die Partei weit mehr als die erforderlichen Unterschriften gesammelt.

Die Partei trat mit einer Landesliste an, auf der sechs Personen kandidierten.

Trotz des Einsatzes von Wahlwerbespots im Fernsehen, in denen die KPD insbesondere Arbeiter aufforderte, sie zu wählen, erreichte die Partei nur ein Ergebnis von 0,1 % der Stimmen (1.814 Stimmen).

Zum „Tag der Sachsen“ am 4. und 5. September in Riesa führten die REP Wahlwerbung mit einem Flugzeug durch.

Wahlkampfunterstützung erhielten die REP vor allem durch ihren Bundesvorsitzenden. So trat SCHLIERER auf mehreren öffentlichen Wahlkampfveranstaltungen im Freistaat Sachsen u. a. in Hainichen, Zwickau und Oschatz auf.

Bewertung

Die REP haben gegenüber der letzten Landtagswahl 1994 leicht Stimmen hinzugewonnen. Insbesondere in ihren Schwerpunktgebieten (Regierungsbezirk Chemnitz sowie Lkr. Torgau-Oschatz) konnten sie überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen.

Trotz des ausgeprägten Jungwähler-Wahlkampfes ist es der Partei nicht gelungen, die Wähler in dieser Altersgruppe zu überzeugen. Von ihrem Wahlziel, dem Einzug in den sächsischen Landtag, ist die Partei weit entfernt geblieben.

Damit reiht sich das Wahlergebnis in die Kette der Wahlniederlagen der Partei in letzter Zeit ein.

Nutzung des Internet durch Extremisten

Allgemeines

Das Internet hat sich zu einem der bedeutendsten Kommunikationsmedien der 90er Jahre entwickelt. Mit dem Internet kann sich der Einzelne nicht nur ein nahezu grenzenloses Informationsangebot erschließen, sondern auch weltweit kommunizieren.

Der wichtigste Dienst des Internets ist das „world wide web“ (www). Dieser von den Nutzern am häufigsten frequentierte Bereich bietet grafisch sehr ansprechend gestaltete Homepages¹⁸⁸. Im www ist eine Übertragung multimedialer Elemente (Bild-, Ton- und Videobeiträge) ebenso möglich wie die Verbreitung von Textdokumenten.

Nutzung des Internets durch Extremisten

Politische Extremisten haben das Internet für ihre Zwecke entdeckt.

188 Titelseite eines Anbieters im Internet.

Hintergründe

Es gibt derzeit hunderte Websites deutscher Rechts- und Linksextremisten. Eine weitere Expansion ist für die kommenden Jahre zu erwarten. Schließlich bietet ihnen dieses Medium nahezu uneingeschränkte Möglichkeiten, um politische Propaganda jeder Art bis hin zu Aufrufen zur Gewalt oder Anleitungen zum Sprengmittelbau zu verbreiten.

Für **Rechtsextremisten** entwickelt sich das Internet zunehmend zum Propagandaforum. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat von 1996 bis 1999 eine Zunahme von 32 auf 330 Websites von Rechtsextremisten im Internet festgestellt.

Extremistische Parteien wie die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD), die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) und DIE REPUBLIKANER (REP) nutzen es für Aufrufe und Mobilisierungen zu Veranstaltungen, zur Darstellung ihrer extremistischen Standpunkte und Programme sowie zu Wahlkampfzwecken.

Rechtsextremistische Skinheads versuchen, mit aufwendig gestalteten Homepages, auf denen rechtsextremistische Musik in technisch hoher Qualität abgerufen werden kann, Jugendliche für die Skinhead-Szene zu gewinnen. Auf ihren Seiten sind auch indizierte CDs abrufbar, die sich als Text- oder Tondateien herunterladen lassen.

Ebenso sind Homepages mit revisionistischen oder neonationalsozialistischen Inhalten über das Internet zugänglich.

Eine Verfolgung von Personen, die strafrechtlich relevante Propaganda verbreiten, ist erheblich erschwert. In vielen Fällen weichen Extremisten mit ihren Homepages zu Internet-Anbietern im Ausland aus (z. B. USA oder Kanada), weil dort beispielsweise die Verbreitung nationalsozialistischer Symbole und die Leugnung des Massenmordes an Juden nicht strafbar sind.

Auch für **Linksextremisten** spielt die Nutzung des Internet eine zunehmend größere Rolle. Neben linksextremistischen Parteien wie der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP), der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) oder der MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) sind weitere Organisationen, z. B. trotzkistische Gruppen, im Internet mit einer eigenen Homepage vertreten.

Einen großen Stellenwert hat dieses Medium für die militante autonome Szene. In ihm präsentieren sich die einzelnen Gruppen. Sie veröffentlichen Szene-Zeitschriften und kommunizieren und diskutieren per E-Mail¹⁸⁹ miteinander. Schließlich mobilisieren linksextremistische Autonome im Internet zu Aktionen.

Das weltweite Datennetz wird von **ausländischen Extremisten** zur Verbreitung von programmatischen Erklärungen und umfangreichen Selbstdarstellungen genutzt. So verfügt u. a. die türkische linksextremistische Organisation DHKP-C über eine Homepage, auf der auch Texte in deutscher Sprache verbreitet werden. Auch islamistische und kurdische extremistische Organisationen nutzen dieses Medium intensiv.

Die meisten der in Deutschland aktiven extremistischen Ausländerorganisationen haben auch erkannt, dass das Internet die Möglichkeit zu schnellem internationalem Informationsaustausch ohne gefährliche Reisen und ohne Risiko einer Festnahme oder einer Grenzkontrolle bietet.

Vorteile des Internets und Bedeutung dieses Mediums für sächsische Extremisten

Für sächsische Extremisten hat im Jahr 1999 das Internet und insbesondere das www an Bedeutung gewonnen. Die Ursache dafür liegt vor allem in den Vorteilen, die das Internet Extremisten bietet:

preiswerte Nutzung, schnelle Informationsübermittlung, Erreichen einer breiten Öffentlichkeit

Internetangebot 21.06.1999

Das Internet bietet die Möglichkeit, relativ preiswert über Entwicklungen in der NPD und den einzelnen Kreisverbänden zu berichten. Der Landesverband Sachsen besitzt geschlossene Strukturen, auch wenn es rein organisatorisch noch Kreise gibt, in denen noch kein KV gegründet wurde. Vielfach sind in den Regionen, z.B. Kamenz Ortsgruppen vorhanden, welche die Arbeit eines KV übernehmen.

Nun haben wir uns entschlossen, da der Auftritt im Internet der einzelnen KV's noch nicht flächendeckend erfolgt ist, dies zu übernehmen, da wir gerade unsere äußerliche Form der KV-Seiten verändern.

Die Kreisverbände in Sachsen werden hiermit aufgefordert, zur Entstehung ihrer KV's und eventuell Bilder, an uns zu schicken. Im Text enthalten sollte das Gründungsdatum und die Aktivitäten sein. Eine Benachrichtigung über dieses Vorhaben wird noch vom LV Sachsen übermittelt.

Die sächsischen Verbände der rechtsextremistischen Parteien NPD und REP nutzen dieses Medium verstärkt zur Selbstdarstellung. Mehrere Orts- und Kreisverbände stellen sich im Internet vor. Dabei kommt ihnen entgegen, dass es sich um ein effektvolles und zugleich billiges Medium handelt.

Linksextremistische Autonome nutzen dieses Medium ebenfalls seit 1999 verstärkt. Vorteile werden vor allem in der – im Vergleich zu anderen

Kommunikationsmitteln – schnelleren und flexibleren Einsetzbarkeit gesehen.

Aus diesem Grund wird die bisher als unregelmäßige Druckschrift erschienene Leipziger Sze-
nezeitschrift *frente* als *frente update* seit Februar 1999 im Internet verbreitet. In ausführlichen Hinter-
grundbeiträgen wird über die „faschistische
Szene“ im Freistaat Sachsen berichtet.

Andere autonome Gruppen haben die Vorteile
dieses Mediums ebenfalls erkannt. Sie folgten im
Laufe des Jahres dem Beispiel der *frente update*.
U. a. haben das „Antifa-Infotelefon“ Leipzig und
der INFOLADEN LEIPZIG eigene Homepages einge-
richtet. Auf der Website des Infotelefon Leipzig
kann z. B. der Ansagetext in schriftlicher Form
nachgelesen werden.

Das Internet als Kommunikations- und Diskussionsforum

Das Internet bietet Extremisten die fast uneinge-
schränkte Möglichkeit, ihre verfassungsfeindlichen
Zielsetzungen und Ideen zu verbreiten. Sie
können an der angeblich „gleich geschalteten“
Presse vorbei Diskussionen führen und ihre Sicht
auf Ereignisse darzustellen.

Sächsische NPD-Kreisverbände nutzen ihre Inter-
net-Seiten häufig zur Verbreitung von Beiträgen
zu aktuellen Themen. Der NPD-Kreisverband Lö-

bau-Zittau ist besonders aktiv im Internet. Er ver-
öffentlichte z. B. Stellungnahmen und Meinungen
zum Bundesparteitag der NPD im Januar 1999 in
Mulda, zum „antirassistischen Grenzcamp 99“ im
August in Zittau und zu den Landtagswahlen im
September 1999.

Auch der sächsische Landesverband der REP hat
im Jahr 1999 das Internet als Kommunikations-
und Diskussionsforum genutzt.

Im Mittelpunkt der Präsenz linksextremistischer
Autonomer im Internet steht die Berichterstat-
tung über Aktivitäten rechtsextremistischer Orga-
nisationen. Bei Berichten der *frente update* liegt
das Hauptaugenmerk auf Aktivitäten rechtsextre-
mistischer Parteien und der Skinhead Szene in-
nerhalb und außerhalb des Freistaates Sachsen.
Auch eigene „antifaschistische“ Aktionen werden
dokumentiert.

Daneben verbreitete der INFOLADEN LEIPZIG aus-
führliche Informationen über einen im Oktober
1999 in Leipzig stattgefundenen Kongress: „zu
den Themenkomplexen Nazidominanz in öffentli-
chen Räumen, kulturelle Hegemonie und Möglich-
keiten linksradikaler und antifaschistischer Stra-
tegien“.

Diese bundesweite Veranstaltung auf Initiative
des BÜNDNIS GEGEN RECHTS Leipzig sollte der Stra-
tegiediskussion in der autonomen Szene dienen.
Die Diskussionen und die Ergebnisse dieser Ta-
gung waren auf der Internet-Seite abrufbar.

DIE REPUBLIKANER
Landesverband
Sachsen

Herzlich willkommen auf den Seiten des Landesverbandes
"DIE REPUBLIKANER" - Sachsen!

Wir machen uns stark für Deutsche Interessen

- ☐ Übersicht über alle Themen des LV Sachsen
- ☐ Kreis- und Ortsverbände im LV Sachsen
- ☐ Bundesseiten
- ☐ Ich will Mitglied werden

**Die postbananischen Zustände - Verstärkerkongress
vom 22. - 24. Oktober in Leipzig**

das große Danach...

So, der Kongress ist nun gelaufen, bei dem Können wir uns die
Auswertung machen.

Wir als Vorstreckengruppe benötigen nun natürlich auch erst einmal
Zeit zur Auswertung und zur Debatte, deshalb gibt es momentan nur
unserer Pressemitteilung als erste öffentliche Reaktion zurück.

Aktuelle Texte und Reaktionen sowie später auch der
Nachberichterstattung werden dann von hier veröffentlicht.

Neu	<u>Aufruf - Über den Kongress</u>
Mobilisierungstext des Vorberichterstattungskreises	<u>Fahrlblatt</u>
Kongressvorbereitungstexte	<u>Programm / Ablauf / Organisation</u>
Kontakt	<u>Artikel und Reaktionen zum Kongress</u>

Kontakt, Infos und Feedback über:

Bündnis gegen Rechts (Leipzig)
c/o VL
PF 54
04251 Leipzig

Fax: 0341 / 30 13 269

e-mail:

- unverschlüsselt: verstärker@bgr.de
- verschlüsselt: db@bndline.de
- PGP-Schlüssel

Das Internet als Mittel der propagandistischen Auseinandersetzung

Im Internet finden intensive propagandistische Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen Autonomen und Rechtsextremisten statt.

„Antirassistisches Grenzcamp“

Das „Antirassistische Grenzcamp“ fand in der Zeit vom 7. bis 15. August 1999 im Rahmen der bundesweit agierenden Kampagne KEIN MENSCH IST ILLEGAL in der Nähe von Zittau statt. Daran beteiligten sich 300 bis 350 Personen, unter ihnen zahlreiche linksextremistische Autonome. Themen dieser Veranstaltungstage waren „Grenz- und Flüchtlingsproblematik“, „Flucht und Migration“ sowie „antifaschistischer Kampf“. Unter diesen Gesichtspunkten fanden verschiedene Aktionen wie z. B. eine symbolische Grenzöffnung auf der Neiße oder Angriffe gegen Einrichtungen, die den Angreifern der rechtsextremistischen Szene zugeordnet werden, statt.

Der NPD-Kreisverband Löbau-Zittau griff in mehreren Beiträgen diese neuntägige Veranstaltung und die polizeilichen Aktionen im Umfeld zum Teil sehr polemisch an: „(...) fanden im Beisein von Einsatzkräften Überfälle auf das Hotel (...), wie auch die Kameraden in Görlitz statt. (...) Diese terroristischen Überfälle, angekündigt und nun im Beisein der Polizei abgehalten, erinnern an die Zeit von 1933. Das Maß ist voll! Der Widerstand wird entgegenschlagen (...) NIE WIEDER ROTER TERROR.“

Aus Sicht der Veranstalter beleuchtete die ANTIFA GÖRLITZ das Grenzcamp auf ihrer Internet-Seite. Die Internet-Seite der linksextremistisch beeinflussten Kampagne KEIN MENSCH IST ILLEGAL berichtete ausführlich über den Ablauf des Camps aus „antifaschistischer“ und „antirassistischer“ Sicht. Dort war auch eine vollständige Fotodokumentation der Camp-Tage abrufbar.

Folgendes Beispiel belegt, wie Linksextremisten das Internet als Mittel für eine Drohkaktion nutzen. Auf den Internet-Seiten der Kampagne KEIN MENSCH IST ILLEGAL wurde anlässlich der Proteste gegen ein Hotel ein Flugblatt veröffentlicht, auf dem es u. a. hieß: „Wir fordern den Betreiber des Hotels auf, den rechten Mummenschanz für's

nächste Jahr auszuladen. Andernfalls weisen wir vornehm darauf hin, dass wir im nächsten Jahr wieder hier sind. Heute tanzen wir nur auf dem Marktplatz, das nächste mal geht der Sturm der Entrüstung in Form einer Antifa-Polonaise durch alle Zimmer des Hotels.“

Das Hotel war bereits 1998 Ziel eines Angriffes der autonomen Szene. Es geriet auch 1999 wieder in den Mittelpunkt des Protestes. In diesem Hotel fanden 1998 die „Mitteldeutschen Vortragstage“ statt, eine Veranstaltung von Rechtsextremisten.

Aktionen anlässlich der Landtagswahl im Freistaat Sachsen

Anlässlich der Landtagswahl im Freistaat Sachsen ging die frente update auf ihren Seiten ausführlich auf die rechtsextremistischen Parteien ein. Sie analysierte den Wahlkampf und die Wahlergebnisse von NPD und REP und berichtete über eigene Antifa-Aktionen gegen diese rechtsextremistischen Organisationen: „Dabei wurden eigens für diese Wahl angefertigte Wahlkampfplakate und Aufkleber eingesetzt („Die NPD ins Landesparlament“).

Diese wurden teilweise von Bürgern wieder entfernt (in Döbeln z. B. rund 50 Plakate). Auch Informationsstände wurden aufgebaut und diese von Antifas abgebaut (z. B. Leipzig, Riesa, Annaberg).

Die Wahlergebnisse (...) waren jedoch (...) sehr enttäuschend. Die NPD kam gerade mal auf 1,4 Prozent, das höchste Ergebnis war 3,5 Prozent (Sächsische Schweiz). (...) Aber das Ergebnis darf über eine weitere statistische Zahl nicht hinwegtäuschen. Etwa 9 Prozent (!) der Erstwähler (zwischen 18 und 21 Jahren) wählte die NPD.“

Der NPD-Kreisverband Dresden bewertete die Wahlergebnisse der NPD zur Landtagswahl folgendermaßen:

Wahlergebnisse

DANKE, SACHSEN!

**Wir hatten selbst in unseren kühnsten Träumen,
nicht mit so einem Ergebnis gerechnet!
Da es leider nicht für den Einzug in den Landtag
gereicht hat, werden wir weiterhin die stärkste
außerparlamentarische Opposition bilden.
Auch in Zukunft werden wir mit all unserer Kraft
für ein besseres Deutschland kämpfen!
Und dies ist keine Drohung sondern ein!
Versprechen**

*Da dieses System und seine Medien uns hassen,
können Sie auch keine positive Berichterstattung über uns
erwarten.*

*Deshalb informieren Sie sich auch in unseren Medien, nur so
ist es Ihnen möglich ein klares Bild vom Zeitgeschehen zu
erhalten.*

Unsere Veröffentlichungen:

Presse - Deutsche Stimme

- Sachsen Stimme

und natürlich das Internet (siehe Verweise)

Die REP im Freistaat Sachsen nutzten ihre Internet-Seiten ebenfalls für den Landtagswahlkampf. So präsentierte sich die Partei auf ihren Seiten mit jungen Parteimitgliedern und propagierte ihre Forderungen.

Fazit

Extremisten jeglicher Couleur nutzen das Internet intensiv zur Selbstdarstellung, Kommunikation und zur politischen Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Gegner. Dabei kommt ihnen die relativ einfache Handhabung dieses Mediums sehr entgegen.

Auch kleinen Gruppen ermöglicht das Internet eine weltweite Eigendarstellung. Extremisten haben auch erkannt, dass sie die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung verringern können, indem sie ihre Internetangebote über ausländische Provider ins Netz stellen. Dies erhöht die Gefahr, dass solche Propagandaangebote weiter zunehmen werden.

Das Internet entwickelt sich auch im Freistaat Sachsen zu einem bedeutenden Medium für extremistische Bestrebungen

Rechtsextremisten und der Sozialismus

Einleitung

„Wir glauben fest daran; Sozialismus ist machbar!“ Auf den ersten Blick könnte dies der Slogan einer „linken“ Partei sein. Diese Aussage ist aber in der Deutschen Stimme, der Parteizeitung der rechtsextremistischen NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD), zu finden.¹⁹⁰

Seit 1996 ist die NPD bemüht, sich von anderen rechtsextremistischen Parteien wie der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) und der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) abzugrenzen, um sich zunehmend als nationale „System-Alternative“ zu profilieren und zu präsentieren. Dazu braucht sie neue politische Inhalte. Gleichzeitig ist die Partei bemüht, ihren politischen Einfluss auszuweiten. Deshalb favorisierte die NPD seit 1996 die Teilnahme an Wahlen und bereitete die Wahlkämpfe entsprechend vor. Die Vorbehalte in Teilen der Bevölkerung ausnutzend, versuchte sie mit antikapitalistischen Parolen, zusätzliches Wählerpotenzial für sich zu gewinnen.

Sowohl der Bundesvorstand als auch der sächsische Landesvorstand entdeckten in der Folge den Sozialismusbegriff für ihre Politik. Die NPD verbindet dabei die Ideologieelemente Sozialismus und Volksgemeinschaft zu dem Schlagwort eines „volksbezogenen deutschen Sozialismus“. Dass Rechtsextremismus mit Elementen des Sozialismus verbunden wird, ist nicht neu. Bereits in den 20er Jahren gab es unter den Nationalsozialisten Anhänger dieser Idee. Insofern ist die NPD wenig innovativ, schöpft sie doch aus einem bereits vorhandenen Ideologiereservoir und versucht, dieses für ihre Politik nutzbar zu machen.

Historische Wurzeln des „nationalen Sozialismus“

Bereits das Parteiprogramm der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP) macht solche Tendenz deutlich. Die Schlagworte „Verstaatlichung“, „Gewinnbeteiligung“ oder „Brechung der Zinsknechtschaft“¹⁹¹ zeugen von der antikapitalistischen Zielrichtung. Dieser Anspruch ließ innerhalb der NSDAP einen soziali-

¹⁹⁰ Deutsche Stimme 4 – 5/98, S. 1.

¹⁹¹ Programm der NSDAP, in: Albrecht TYRELL: Führer befiehlt..., Bindlach 1991, S. 23/24.

stisch orientierten Flügel entstehen, der von Gregor und Otto STRASSER angeführt wurde. Jedoch fand die kapitalismuskritische Strömung keine Mehrheit in der NSDAP, so dass Otto STRASSER im Juli 1930 aus der Partei austrat und 1933 ins Exil ging. Gregor STRASSER versuchte, die Partei 1932 mit einem sozialistisch orientierten Wirtschaftsprogramm, in dem er u. a. die Verstaatlichung von Grund und Boden, Bodenschätzen und Produktionsmitteln forderte, zu überzeugen. Er scheiterte jedoch, schied aus allen Parteiämtern aus und wurde 1934 im Zuge des so genannten Röhm-Putsches ermordet.

Nationalrevolutionäre Positionen wurden aber nicht nur von Nationalsozialisten vertreten. Beispielsweise verband auch Ernst NIEKISCH (1889-1967), ein linker Theoretiker, die Idee des Sozialismus und der Revolution mit der Idee des Nationalismus. Nach Kriegsende arbeitete er für die KPD und wurde Professor für Politik an der Berliner Humboldt-Universität. NIEKISCH sah im Bolschewismus der Sowjetunion eine geglückte Symbiose von Nationalismus und Sozialismus. Er lehnte den Parlamentarismus ab und plädierte für einen starken Staat. Er forderte die Schaffung einer Volksgemeinschaft und einen „Sozialismus in den jeweiligen Landesfarben“. Seine unorthodoxe Interpretation der Sozialismusauffassung führte zu Konflikten mit der SED.

Zwar finden sich keine direkten oder wörtlichen Zitate aus den Schriften STRASSERS oder NIEKISCHS, gleichwohl lassen aber Programmatik und Parteipresse der NPD erkennen, dass die Partei die wesentlichen Grundaussagen des „nationalen Sozialismus“ in ihre Ideologie und politischen Aussagen aufgenommen hat.

Die Sozialismuskritik der NPD und ihre Entwicklung

Der Kurswechsel der Partei

Die Wahl Udo VOIGTs zum Bundesvorsitzenden der NPD auf dem Sonderparteitag in Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz) am 24. März 1996 war eine entscheidende Zäsur für die Entwicklung der Partei. Die Politik der NPD war seit 1996 von einer

neuen Strategie geprägt, die mit bedeutsamen ideologischen Veränderungen einherging:

- Die NPD strebte eine themen- und aktionsbezogene Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten verschiedener Couleur an.
- Deutlicher als zuvor wurden Wahlen in die politischen Zielvorstellungen einbezogen. Die Wahlteilnahme – so die NPD – werde vom Bürger als entscheidendes Kriterium für die Glaubwürdigkeit einer politischen Gruppierung angesehen. Darüber hinaus sollten Mittel aus der Wahlkampfkostenerstattung zum Ausbau der Parteistrukturen verwendet werden.

Mit dieser neuen Strategie wollte die NPD ihren politischen Einfluss ausweiten und möglichst viele Wähler ansprechen. Für ihre Bündnispolitik brauchte sie eine „inhaltliche Klammer“, um die unterschiedlichen rechtsextremistischen Kräfte (insbesondere Neonationalsozialisten und Skinheads) zu mobilisieren und sich gleichzeitig von anderen rechtsextremistischen Organisationen abzugrenzen. Deshalb hob die NPD beispielsweise im Gegensatz zu anderen rechtsextremistischen Parteien deutlicher und unverhohlener eine „antikapitalistische“ Haltung hervor, die sich in ihrem neuen Parteiprogramm von 1997 deutlich widerspiegelte.

Davor zeigte sich die neue inhaltliche Orientierung – wenn auch erst in Ansätzen – bereits in einem programmatischen Artikel im Parteiorgan Deutsche Stimme Nr. 4/96. Danach soll sich die Wirtschaft dem Primat der Politik unterordnen. Nur eine nationale Politik garantiere eine nationale Volkswirtschaft und Arbeitsplätze für Deutsche.

„Wir Nationaldemokraten wollen eine neue Ordnung, in der nicht Zins und Kapital, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht (...).“¹⁹³ Mit einer zunehmenden revolutionären und antibürgerlichen Attitüde förderte die NPD außerdem ein militantes Politikverständnis, das besonders Neonationalsozialisten eigen ist. Der Kampf gegen das „liberalkapitalistische System“, wie ihn sich die NPD auf ihre Fahnen geschrieben hatte, bildete die inhaltliche Klammer zu revolutionären neonationalsozialistischen Gedanken.

Mit ihrer neuen antikapitalistischen Programmatik, einer aktionistischen Konzeption („Kampf um die Straße“) sowie der zunehmenden organisato-

¹⁹² Zu Ernst NIEKISCH siehe ausführlich Friedrich Kabermann: Widerstand und Entscheidung eines deutschen Revolutionärs. Leben und Denken von Ernst Niekisch, Köln 1993.

¹⁹³ Deutsche Stimme, 4/96.

rischen Präsenz sicherte sich die NPD eine wichtige Position im Rechtsextremismus. Allerdings ging der verbal scharfe antikapitalistische Diskurs zunächst noch nicht mit einem Bekenntnis zu einem – wie auch immer gearteten – Sozialismus einher.

Entwicklungen 1997/98

In dieser Periode wird das Bemühen der NPD sichtbar, sich als Partei innerhalb des rechtsextremistischen Lagers weiter zu profilieren und sich deutlicher von anderen rechtsextremistischen Parteien abzugrenzen.

Forderte sie 1996 noch „(...) den politischen Widerstand zu organisieren und die Partei der sozialen Gerechtigkeit, die NPD stark zu machen“¹⁹⁴ – so wurde dieser Kurs 1997 verschärft. In der Deutschen Stimme Nr. 6/97 heißt es: „Die NPD muß nun ihre politische Position als die nationale Alternative unmißverständlich aufbauen, um beim Wähler nicht ständig mit den 'Auch Nationalen' verwechselt zu werden (...)“¹⁹⁵

Diese Bemühungen gingen mit einer Akzentuierung ihrer antikapitalistischen Standpunkte einher, die stärker mit nationalistischen Vorstellungen verbunden wurden. So heißt es: „Die NPD lehnt die in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab.“¹⁹⁶

Erste Ansätze machten sich bemerkbar, die wirtschaftlichen Grundpositionen mit dem Sozialismusbegriff zu verbinden. Das geschah – zunächst noch verhalten – mit einem Rekurs auf die DDR. Das Bundesvorstandsmitglied Per Lennart AAE behauptet beispielsweise in einem Artikel, dass die vorhandene Substanz der DDR-Wirtschaft nicht in einem organischen Konvergenzprozess beider Wirtschaftssysteme aufgegangen sei.¹⁹⁷

Unterschwellig kommt in diesem Artikel der Gedanke eines „Sozialismus in den Farben Deutschlands“ zum Ausdruck. Denn die Übernahme von Wirtschaftssubstanzen der DDR hätte – so AAE – zu einem „deutschen Sonderweg“ und zum Ende der Westintegration geführt. Um dies durchzusetzen, fordert er, „eine auf Belange von Land und

Volk ausgerichtete nationale Volkswirtschaft in der harmonischen Einheit von Land (Umwelt), Volkstum und nationaler Identität“ wieder herzustellen.¹⁹⁸

Entwicklung 1998/99

1998 koppelte die NPD ihre wirtschaftspolitischen Überlegungen unmittelbar mit dem Sozialismusbegriff. Als eine wesentliche Ursache kann der verstärkte Wahlkampf, den die NPD in diesen Jahren führte, angesehen werden. Die Partei versuchte, die in den neuen Bundesländern vorhandenen antikapitalistischen Ressentiments zu nutzen und über antikapitalistische/sozialistische Slogans besonders in Ostdeutschland eine Wahlklientel zu gewinnen. Wie wichtig der NPD antikapitalistische Positionen für den Wahlkampf in Mitteldeutschland sind, zeigte sich in einem Artikel in der Deutschen Stimme Nr. 4-5/98. Dort heißt es: „Die NPD hat unzweifelhaft die Jugend auf ihrer Seite und sie definiert ihre Position immer mehr über antikapitalistische Grundsätze und Inhalte, was gerade in Mitteldeutschland auf fruchtbaren Boden fällt.“¹⁹⁹

Daneben versuchte die NPD, sich deutlicher als bisher auch inhaltlich von anderen rechtsextremistischen Parteien abzugrenzen, um sich den Wählern als einzige nationale, aber auch sozialistische Alternative zu präsentieren. Dazu kommentiert die Parteizeitschrift: „Zudem wollte Udo Voigt auch nicht mit 'Alten Rechten' zusammenwirken, deren Ziel es sei, systemangepaßt mit den Schwarzen zu kungeln. Soweit machte die NPD aus der Not eine Tugend und ruft auf zur sozialistisch-nationalen Fundamentalopposition.“²⁰⁰

Waren in den vergangenen Jahren nur partiell Ansätze für ein Sozialismusbild erkennbar, so forderte die NPD 1998/99 ein sozialistisches Gesellschaftsmodell als Ideal. So heißt es unter der Überschrift: „Eine deutsche Zukunft durch sozialistische Politik“, dass „(...) dem menschenverachtenden, ungebändigten Kapitalismus nach US-amerikanischer Art (...) deutsche Nationalisten zum Wohle des eigenen Volkes den deutschen Sozialismus entgegensetzen“²⁰¹ müssten.

¹⁹⁴ Deutsche Stimme, 9/96.

¹⁹⁵ Deutsche Stimme, 6/97, S. 3.

¹⁹⁶ Programm der NPD 1997, ohne Seitenangabe.

¹⁹⁷ Deutsche Stimme, 2/97, S. 8.

¹⁹⁸ Ebenda.

¹⁹⁹ Deutsche Stimme 4-5/98.

²⁰⁰ Deutsche Stimme 9 und 10/98, S. 4.

²⁰¹ Deutsche Stimme 7/98, S. 6.

Der Begriff des „deutschen Sozialismus“ wird deutlich als politische Alternative zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland gebraucht und geht mit Antiamerikanismus einher. Der Begriff wird dabei als „(...) gerechte Wirtschaftsordnung, in der das Privateigentum gemeinschaftsgebunden und volksbezogen ist“²⁰² definiert. Zwar fordert man ein sozialistisches Gesellschaftsmodell, betont aber gleichzeitig den inhaltlichen Unterschied zu einer politisch „linken“ Auffassung des Sozialismus, indem vor allem die internationalistische Komponente sowie der Klassenkampf abgelehnt und dagegen eine völkische Orientierung bejaht werden.

„Der Name Sozialismus gehört auf die Fahnen der nationalen Opposition und nicht auf die Fahnen der internationalen marxistischen Sektierer. Im neuen Nationalismus ist er als Volkssozialismus alternativ gegen die Ideologien des 19. Jahrhunderts, den Marxismus und den Liberalismus, den proletarischen Machtkampf (...) angetreten.“²⁰³ Obwohl die materialistische und internationalistische Ausrichtung des Sozialismusmodells nicht akzeptiert wurde, gab es dennoch einen Rekurs auf Bestandteile des offiziellen Marxismus/Leninismus der früheren DDR und deren politische Kultur. Besonders ostdeutsche Rechtsextremisten zeichnen in diesem Kontext ein durchaus positives Bild einzelner Aspekte der DDR-Vergangenheit. Exemplarisch für diese Auffassungen, nach denen die DDR auch oftmals als das „deutschere Deutschland“ angesehen wird, stehen einige Artikel in der SACHSEN STIMME, der Parteipublikation des NPD-Landesverbandes Sachsen. So stellt z. B. der ehemalige Schatzmeister des Landesverbandes Wolfgang SCHÜLER fest: „Eine kommunistische Diktatur ist keine Bedrohung mehr, dagegen wird die marxistische Kapitalismuskritik eine geistige Hilfe angesichts der bevorstehenden One-World-Diktatur. Wenn wir heute die Wahl hätten, müßten wir selbst die DDR der jetzigen BRD vorziehen, weil sich diese als systematisch volks- und kulturzerstörend entpuppt hat.“²⁰⁴

Diese inhaltliche Diskussion um den Sozialismusbegriff ging mit der Entwicklung entsprechender Strukturen einher. Im August 1998 wurde durch einen „Arbeitskreis Sozialisten in der NPD“ eine Resolution verfasst, in der ein klares Bekenntnis

zum Sozialismus in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung abgelegt wird. In der SACHSEN STIMME heißt es: „Aus der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung beseelt uns der Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft, die nach aller historischen Erfahrung nur eine sozialistische sein kann. Sozialismus ist Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit der Menschen. Sozialismus ist immer eine Aufgabe der Nationen und nur eine nationale Partei kann eine wirklich sozialistische Partei sein.“²⁰⁵ Die Resolution schließt mit der Losung: „KAMPF DEM US-IMPERIALISMUS! FÜR EINEN SOZIALISTISCHEN VOLKSSTAAT“.²⁰⁶ Einer der radikalsten Vertreter der Sozialismuslinie ist der ehemalige Dozent der Fachrichtung Marxismus-Leninismus Prof. Dr. NIER. In der Novemberausgabe der Deutschen Stimme bekennt er sich offen zu einer sozialistischen Gesellschaft. Er geht dabei davon aus, dass demokratische Parteien, vor allem CDU und SPD, nicht in der Lage seien, Konflikte zu lösen. Für NIER sind nur Volksbewegungen in der Lage, einen politischen Wandel oder sogar einen **radikalen Elitewechsel** (Hervorhebung durch den Verfasser) zu vollziehen.²⁰⁷

Angesichts der zunehmenden Sozialismuskussion in der NPD reflektierte der Bundesvorsitzende Udo VOIGT, inwieweit die NPD überhaupt noch eine „rechte Partei“ sei, und meint: „Ich gehe sogar soweit, daß es einer innerparteilichen Diskussion bedarf, ob die NPD eigentlich noch eine Partei eines ominösen 'rechten Lagers' ist, oder es etwa an der Zeit wäre, sich als Partei des modernen Nationalismus jenseits des Alt-Rechten-Klüngels zu positionieren.“²⁰⁸

Obwohl die stärkere Anlehnung an die DDR vorrangig durch ostdeutsche NPD-Funktionäre favorisiert wird, konstatiert nunmehr auch der Bundesvorsitzende, dass „(...) wir auch nicht davor zurückschrecken, positive Aspekte der untergegangenen DDR – gerade in der Sozialpolitik – aufzugreifen und positiv zu nutzen“.²⁰⁹

Die NPD schnitt bei den Bundestagswahlen 1998 in den neuen Bundesländern besser ab als in Westdeutschland. Sie konnte im Osten durch ihre antikapitalistischen und sozialistischen Slogans Wählerpotenzial mobilisieren.

²⁰² Ebenda.

²⁰³ Deutsche Stimme 3/99, S. 10.

²⁰⁴ Sachsen Stimme, August 1998, S. 4.

²⁰⁵ Sachsen Stimme, August 1998, S. 3.

²⁰⁶ Ebenda.

²⁰⁷ Vgl. Deutsche Stimme 11/99, S. 17.

²⁰⁸ Deutsche Stimme 7/98, S. 2.

²⁰⁹ Ebenda.

Jedoch zeigte sich zunehmend, dass sozialistische Optionen, wie sie vor allem im sächsischen Landesvorstand gehegt werden, keineswegs auf die ungeteilte Zustimmung des Bundesvorstandes trafen. Ebenso lehnte ein Teil der Basis die Sozialismusidee, insbesondere die stärkere Anlehnung an die DDR, ab. Die Sozialismuskussion bildete ein latentes innerparteiliches Konfliktpotenzial, welches neben anderen Ursachen besonders im Landesverband Sachsen zu einem Rückgang des Mitgliederbestandes führte.

Als Reaktion darauf verkündete der Landesvorstand in einem Aufruf an alle Mitglieder: „Die Erkenntnis, dass unsere und kommunistische Positionen ähnlich sein können, wurde vielfach als 'Linksruck' gesehen und abgelehnt. Das wird als gescheitert gesehen und beendet. Der Landesverband wird also Positionen vertreten, die von den Mitgliedern gewünscht werden. So wird der Begriff 'Sozialismus' vermieden, da er Irrungen hervorrief, obwohl wir mit Sozialismus nicht den der DDR meinen!“²¹⁰

²¹⁰ Aufruf der NPD an alle Mitglieder, abgedruckt in der Publikation „DECKERT-STIMME“, Nr. 16/Mai + Juni 1999, ohne Seitenangabe.

Verfassungsschutz allgemein

Verfassungsschutz durch Aufklärung – Öffentlichkeitsarbeit

Der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erfordert die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus. Dazu leistet der Verfassungsschutz einen wesentlichen Beitrag. Neben der Unterrichtung von Regierung und Parlament gehört auch die umfassende Information der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen für die Gefahren sensibilisiert werden, die unserer demokratischen Staatsordnung durch Extremismus drohen. Zwar lebt die Demokratie von der Verschiedenartigkeit der Meinungen und der daraus resultierenden konstruktiven Diskussion, jedoch darf dies nicht dazu führen, dass die Gegner der Demokratie diese Toleranz gegenüber dem Andersdenken dazu benutzen, um unsere Staatsordnung zu gefährden.

Auch im Berichtsjahr sah das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen eine vordringliche Aufgabe darin, besonders junge Menschen über die Absichten extremistischer Bestrebungen aufzuklären. In Fortsetzung der seit 1991 durchgeführten Aufklärungskampagne „FAIRSTÄNDNIS – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß“ gingen auch 1999 vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen vielfältige Aktivitäten aus, um über Extremismus allgemein und im Besonderen über Fremdenfeindlichkeit und Rassismus als Elemente rechtsextremistischer Ideologie und Propaganda aufzuklären.

Insbesondere geschah das durch die Wanderausstellung „Biedermänner und Brandstifter – Gewalt von rechts im Freistaat Sachsen“²¹¹, die seit 1997 bereits an 35 Bildungseinrichtungen des Freistaates sowie kommunalen Einrichtungen und Standorten der Bundeswehr gezeigt wurde. Außerdem war sie Teil von Projekten zur Gewaltprävention bzw. regionaler Aktionen gegen Extremismus und Ausländerfeindlichkeit.²¹²

Die Ausstellung stieß bei Lehrern und Schülern

gleichermaßen auf große Resonanz. Sie soll nicht nur über Zusammenhänge und Hintergründe von Rechtsextremismus und Gewalt aufklären, sondern ebenso zum Nachdenken und gegebenenfalls auch zum Umdenken anregen. Die Diskussion

Biedermänner und Brandstifter.

Gewalt von rechts im Freistaat Sachsen

Eine Ausstellung des Landesamtes für Verfassungsschutz



über Rechtsextremismus soll nachhaltig belebt und für ein Klima der Toleranz gegenüber Fremden geworben werden.

Begleitend zur Ausstellung führten Mitarbeiter des LfV Gespräche mit den Gemeinschaftskunde- und Ethiklehrern, um sie mit dem Anliegen der Ausstellung bekannt zu machen. In den Pädagogen werden besonders geeignete Multiplikatoren gesehen, die neben der Familie am ehesten in der Lage sind, positiv auf Kinder und Jugendliche einzuwirken.

Im Zusammenhang mit der Wanderausstellung, aber auch im Rahmen der sonstigen Öffentlichkeitsarbeit wurden kostenlos ca. 20.000 Broschüren (teilweise über das Internet) zu relevanten Themen des Verfassungsschutzes verteilt.

²¹¹ Der Titel ist dem Stück „Biedermann und die Brandstifter“ von Max Frisch entlehnt, das präzise eine Geisteshaltung entlarvt, die der Technik des Totalitären zum Erfolg verhilft. Herrn Biedermann zeichnet in Frischs Darstellung das kategorische Bedürfnis nach Ruhe und Frieden aus. Offenkundige Tatsachen, die auf sein eigenes Verderben hinweisen, will er nicht sehen und dementsprechend auch keine Konsequenzen ziehen. Diese spießbürgerliche Vertrauensseligkeit, die hofft, dass die Katastrophe durch die Brandstifter ausbleibt, ließe sich in unserer Gegenwart vergleichen mit dem Nichtsehenwollen und Ignorieren von extremistischen Erscheinungen in unserer Gesellschaft.

²¹² An der Ausstellung interessierte Einrichtungen wenden sich bitte an die Stabsstelle des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen, Tel: 03 51/ 8 58 50.

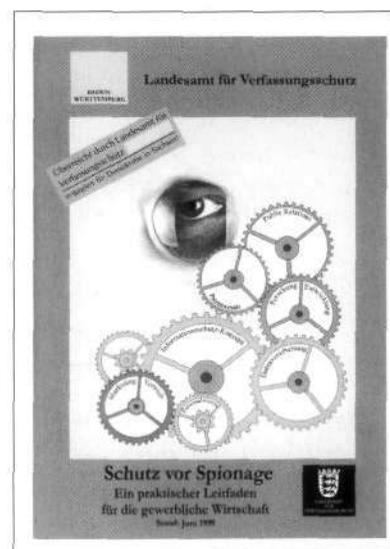


Dazu gehören u. a.:

- Jahresberichte
- „Aufgaben, Befugnisse und Rechte des Verfassungsschutzes in einem demokratischen Rechtsstaat“
- „Autonome im Freistaat Sachsen“
- „Mit Hakenkreuz und Totenkopf – Wie sich Rechtsextremisten zu erkennen geben“
- das Falblatt „Was Skinheads lesen – Rechtsextremistische Skinhead-Fanzine in Sachsen“
- „Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“
- „Strafbare Inhalte von Rechtsextremisten im INTERNET“
- „18, 88, und Blut und Ehre – Rechtsextremistische Skinheads im Freistaat Sachsen“
- das Schülerheft „BASTA – Nein zur Gewalt“ und
- das CD-ROM-Spiel „Dunkle Schatten II“.

Darüber hinaus informierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LfV Sachsen in rund 50 Vortragsveranstaltungen an Schulen, Oberschulämtern, Einrichtungen der politischen Bildung, der Verwaltung, der Justiz, der Bundeswehr und in öffentlichen Gesprächsrunden über politischen Extremismus allgemein sowie speziell über dessen Erscheinungsformen und Aktivitäten im Freistaat Sachsen.

1999 hat das LfV einen weiteren Schwerpunkt seiner Öffentlichkeitsarbeit auf die Aufklärung über Wirtschaftsspionage gesetzt. Dazu wurden etwa 1.000 Exemplare der Publikation des LfV Baden-Württemberg „Schutz vor Spionage – ein praktischer Leitfaden für die gewerbliche Wirtschaft“ an Betriebe, Interessenverbände und öffentliche Einrichtungen übersandt. Ferner wurden Vorträge bei den Industrie- und Handelskammern und in Wirtschaftsunternehmen gehalten.



Verfassungsschutz im Internet

Seit Juli 1997 präsentiert sich das LfV Sachsen unter der Adresse

<http://www.sachsen.de/verfassungsschutz>

im Internet.

Das Web-Angebot beinhaltet neben dem aktuellen Jahresbericht unter der Rubrik „Extremismus im Freistaat Sachsen“ Informationen über extremistische Parteien und Organisationen sowie deren Aktivitäten. Das „Begriffslexikon“ informiert über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes. In der Rubrik „Aktuelles“ wird über aktuelle Sachverhalte und über die Wanderausstellung „Biedermänner und Brandstifter“ berichtet. Querverweise ermöglichen die Verbindung zu Homepages anderer Landesämter für Verfassungsschutz und des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Außerdem können auch vom LfV herausgegebene Broschüren bei Bedarf aus dem Internet heruntergeladen oder online bestellt werden.

The screenshot shows the homepage of the Saxon State Office for the Protection of the Constitution (LfV Sachsen). At the top, it features the logo of the Free State of Saxony and the text 'Landesamt für Verfassungsschutz ONLINE'. Below this is a welcome message: 'Herzlich willkommen auf unserer Home-Page!'. A central text block asks: 'VERFASSUNGSSCHUTZ in Sachsen: Brauchen wir den? Was macht er? Welche Extremisten sind in Sachsen aktiv? ... und weitere Fragen wollen wir Ihnen hier beantworten.' Below this is a navigation menu with icons and labels: 'Aktuelles', 'Vorwort', 'Aufgaben, Befugnisse, Rechte', 'Extremismus in Sachsen', 'Berichte, Broschüren, DOWNLOADS', 'Begrüßungs-Lexikon', 'Senden Sie uns eine Email', 'Suchen und Finden', and 'Hilfe'. A news section contains the headline: '+++21.12.1999+++Verfassungsschutz darf politische Parteien gründen.' Below the news section is the 'SachsenOnline' logo and the text 'Schauen Sie doch mal in Sachsen vorbei'. At the bottom left, contact information is provided: '© Sächsisches Landesamt für Verfassungsschutz, 01129 Dresden, Neulander Str. 60, (la.verfassungsschutz@sz-online.de), Letzte Aktualisierung: 21.12.1999'. At the bottom right, it says 'Angaben zum Extremismus in Sachsen beruhen auf dem Stand vom 31.12.1999'. The URL 'http://www.sachsen.de/verfassungsschutz/' and the page number '17.01.00' are also visible.

Das große Interesse an der Arbeit des Verfassungsschutzes wird vor allem an den Nutzerzahlen deutlich. So wurde das Internet-Angebot des LfV im Berichtszeitraum rund 75.000-mal genutzt. Im Durchschnitt wurden von jedem Besu-

cher 17 Seiten abgerufen. Auch von der Möglichkeit zum Downloaden von Publikationen wurde in erheblichem Maße Gebrauch gemacht. 1999 wurden auf diesem elektronischen Weg ca. 4.100 Broschüren heruntergeladen.

Das Internet als modernes Kommunikationsmedium besitzt auch für politische Extremisten große Attraktivität und wird als Propaganda- und Informationsmittel genutzt, um sich weltweit zu artikulieren. Zahlreiche extremistische Organisationen verwenden das Internet, insbesondere das World-Wide-Web, bereits für Propagandazwecke. Andere beginnen mit den ersten Hompages, um sich öffentlich darzustellen. Links gestatten den Zugang zu Websites politisch nahestehender Gruppierungen und damit eine informelle Vernetzung. Da es zur Strategie der Extremisten gehört, ihren Einfluss möglichst unauffällig auszuweiten, ist der Verfassungsschutz auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Deshalb bittet das Landesamt für Verfassungsschutz alle Internet-Nutzer, die beim Surfen auf extremistische Inhalte stoßen, die entsprechenden Web-Adressen unter der E-Mail-Adresse la.verfassungsschutz@sz-online.de mitzuteilen.

Verfassungsschutz auf einen Blick

Aufgaben und Organisation

Am 3. November 1992 errichtete die Sächsische Staatsregierung das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (LfV Sachsen) im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern.

Der gesetzliche Auftrag ist in dem Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen vom 16. Oktober 1992 festgelegt (vgl. Gesetzesanhang). Danach hat das LfV Sachsen den Auftrag, die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu schützen. Diese Aufgabe hat es durch das Sammeln und Auswerten von Informationen zu erfüllen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um Informationen über:

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung

tigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben (hiermit sind insbesondere der Rechts- und Linksextremismus/-terrorismus umschrieben),

- Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht (hier sind gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete Spionageaktivitäten gemeint),
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (Aktivitäten extremistischer/terroristischer Ausländergruppen in der Bundesrepublik Deutschland sind hier zu erfassen),
- Fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Freistaat Sachsen (damit sind Aktivitäten ehemaliger Mitarbeiter des MfS gemeint, die auf extremistische Ziele hinwirken oder Spionageaktivitäten nachgehen).

Neben diesen originären Aufgaben nimmt das LfV Sachsen so genannte Mitwirkungsaufgaben wahr. Es ist u. a. beteiligt an:

- Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die

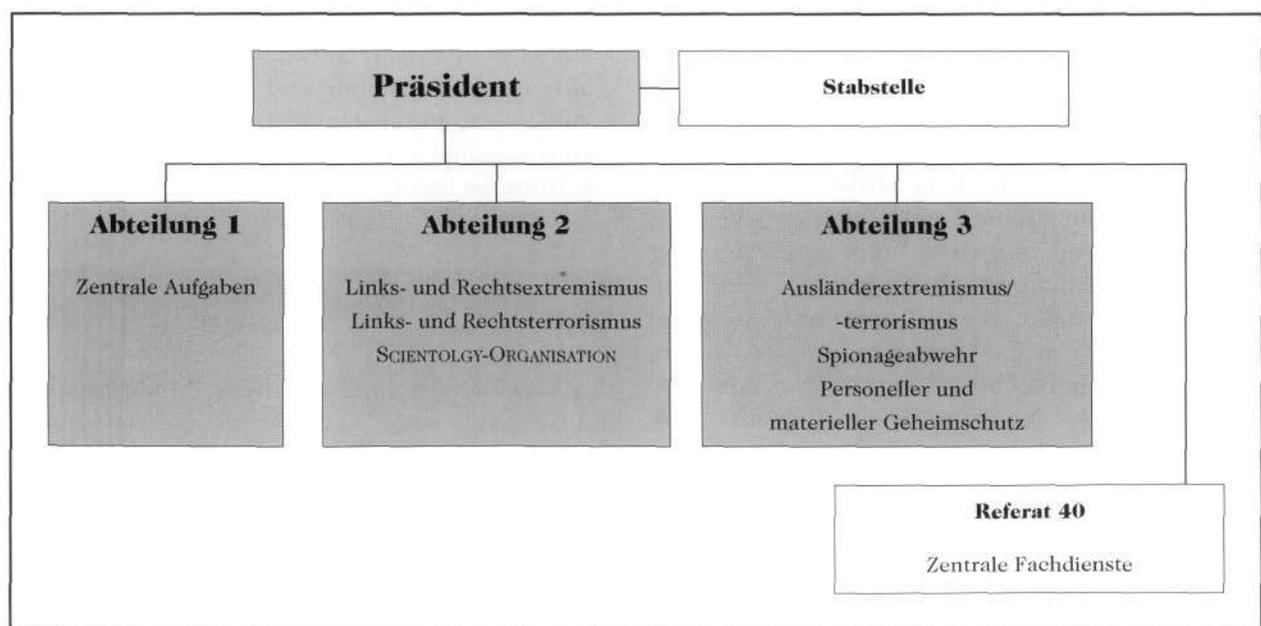
auf Grund ihrer Tätigkeit als Geheimnisträger eingestuft werden sollen,

- der Durchführung von technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen.

Ebenso wird das LfV Sachsen im Einzelfall auf Ersuchen beteiligt bei:

- der Überprüfung von Personen, die sich um die Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie bei der Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wenn der Verdacht besteht, dass der Betroffene gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstößt,
- der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern, wenn ein Verdacht der Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, der Sicherheit oder der Beeinträchtigung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland besteht,
- anderen Überprüfungen, wenn ein Gesetz dies vorsieht.

Zum 31. Dezember 1999 hatte das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 202 Mitarbeiter. Organisatorisch ist es in 3 Abteilungen sowie ein Referat „Zentrale Fachdienste“ und eine Stabsstelle gegliedert:



Mittel der Aufgabenerfüllung

Der Verfassungsschutz sammelt seine Informationen überwiegend aus für jedermann zugänglichen Quellen. Er wertet die Publikationen der extremistischen Organisationen, die Reden ihrer Funktionäre, die Inhalte der Parteiprogramme und anderes offenes Material aus. Daneben können nachrichtendienstliche Mittel zur Aufklärung eingesetzt werden, wenn z. B. eine extremistische Organisation ihre Absichten nicht öffentlich kundtut. Unter nachrichtendienstlichen Mitteln versteht man unter anderem:

- den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen (V-Leuten), das heißt von Personen, die für den Verfassungsschutz Informationen aus verfassungsfeindlichen Organisationen beschaffen, ohne ihre Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu erkennen zu geben,
- die Observation von Personen (verdeckte Beobachtung),
- die Nutzung von Tarnmitteln, mit denen verdeckt werden soll, dass der Verfassungsschutz beobachtet, wie z. B. Tarnkennzeichen,
- die Anwendung technischer Hilfsmittel wie Bild- und Tonaufzeichnungen.

Nach der Verfassung des Freistaates Sachsen unterliegt der Verfassungsschutz besonderen Kontrollen durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane, insbesondere beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel.

Der Eingriff in das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses ist in einem besonderen Gesetz geregelt (vgl. Gesetzesanhang: Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses und das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen). Telefongespräche dürfen danach nur mitgehört und aufgezeichnet, Briefe nur geöffnet und gelesen werden, wenn ein Verdacht besteht, dass bestimmte schwere Straftaten wie z. B. Betätigung in einer terroristischen Vereinigung, Hoch-/Landesverrat oder geheimdienstliche Agententätigkeit geplant sind oder begangen wurden. Die Voraussetzungen für einen solchen Eingriff sind in dem Gesetz genau bestimmt.

Der Verfassungsschutz unterliegt hierbei einer strengen Kontrolle. Eine Maßnahme zur Überwa-

chung des Brief-, Post- oder Fernmeldeverkehrs einer Person muss nach entsprechender Prüfung vom Staatsminister des Innern persönlich oder von seinem Stellvertreter angeordnet werden. Eine vom Parlament gewählte Kommission, die so genannte G-10 Kommission, ist über die Anordnung zu unterrichten, die nochmals prüft und entscheidet, ob die Voraussetzungen für die Durchführung der Maßnahme gegeben sind. Hält die Kommission eine Überwachung für unzulässig oder für nicht notwendig, darf sie nicht eingeleitet oder ggf. fortgesetzt werden.

Die Informationen, die der Verfassungsschutz auf Grund seines gesetzlichen Auftrages sammelt, werden analysiert. Über das Ergebnis seiner Analysen, sofern es erforderlich und gesetzlich zulässig ist, unterrichtet das LfV Sachsen:

- das Staatsministerium des Innern,
- andere Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder,
- Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaft und Polizei),
- Behörden, die die Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung benötigen (z. B. für Versammlungsverbote),
- die Öffentlichkeit.

Die Informationen des Verfassungsschutzes werden vor allem benötigt:

- zur Einschätzung der Sicherheitslage,
- als Grundlage für Entscheidungen über Maßnahmen wie beispielsweise Vereinsverbote oder Anträge auf Parteienverbote beim Bundesverfassungsgericht,
- zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten,
- zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung
- zur Unterrichtung der Öffentlichkeit, damit dort eine Auseinandersetzung mit dem Extremismus stattfinden kann.

Verfassungsschutz und Polizei

Der Verfassungsschutz ist in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich als Beobachtungsbehörde eingerichtet.

Er soll frühzeitig, wenn erforderlich mit nachrichtendienstlichen Mitteln, Informationen über extremistische Bestrebungen und Spionagetätigkeiten sammeln. Gefahren sollen hierdurch

rechtzeitig erkannt werden. Zwangsbefugnisse, wie sie die Polizei hat, stehen dem Verfassungsschutz nicht zu. Der Verfassungsschutz darf weder Personen festnehmen, durchsuchen, vorladen, vernehmen noch Wohnungen durchsuchen oder Gegenstände beschlagnehmen. Er darf auch keine Verbote oder Auflagen aussprechen. In der Sächsischen Verfassung wie auch im Sächsischen Verfassungsschutzgesetz ist das Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz verankert.

Kontrollorgane

Das LfV Sachsen unterliegt umfangreichen und vielfältigen Kontrollen. Es wird kontrolliert durch:

- das Sächsische Staatsministerium des Innern
Als Fachaufsichtsbehörde kontrolliert es die Recht- und Zweckmäßigkeit der Aufgabenwahrnehmung durch das LfV. Als Dienstaufsichtsbehörde wacht es zudem über den ordnungsgemäßen Dienstbetrieb.
- die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages
Sie kontrolliert die Sächsische Staatsregierung hinsichtlich der Aufsicht des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über das LfV
- die G-10 Kommission
Diese Kommission prüft insbesondere die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz.
- den Sächsischen Datenschutzbeauftragten
Er kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz, d. h. ob das LfV Sachsen personenbezogene Daten rechtmäßig erhebt und verarbeitet.
Jeder kann sich an den Datenschutzbeauftragten wenden, wenn er der Ansicht ist, das LfV Sachsen habe bei der Bearbeitung seiner personenbezogenen Daten seine Rechte verletzt.
- die Gerichte
Jeder Bürger hat die Möglichkeit, gegen Maßnahmen des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen bei Gericht zu klagen, wenn er geltend macht, durch die Maßnahme in seinen Rechten verletzt zu sein.
- die Öffentlichkeit
Durch die Berichterstattung von Presse, Rundfunk und Fernsehen wird die Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der Öffentlichkeit und damit auch ihrer Kontrolle zugänglich gemacht.

Grundlegende Unterschiede zwischen Verfassungsschutz und Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (MfS)

Verfassungsschutzbehörde	Ministerium für Staatssicherheit (MfS)
Schützt die freiheitliche demokratische Grundordnung.	Sicherte und schirmte einen totalitären Staat ab.
Aufgaben und Befugnisse sind durch das Parlament gesetzlich geregelt.	Keine rechtsstaatliche gesetzliche Grundlage
Dient keiner Partei, ist dem Mehrparteienprinzip verpflichtet.	Schild und Schwert der SED Mitarbeiter waren SED-Mitglieder
Kontrolle durch alle Staatsgewalten	Keine rechtsstaatliche Kontrolle
Keine Zwangsbefugnisse, ausschließlich beobachtende Tätigkeit	Praktisch unumschränkte polizeiliche und geheimdienstliche Befugnisse
Zivile Behörde	Bewaffnete Militärorganisation
Bundesweit 5.000 Mitarbeiter Bevölkerungszahl: 80 Mio.	91.000 hauptamtliche Mitarbeiter 175.000 inoffizielle Mitarbeiter (IM) Bevölkerungszahl: 16 Mio.
Verfassungsschutz sucht den Dialog mit der Öffentlichkeit.	Vermied jede Art der Öffnung gegenüber der Bevölkerung.

Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG)

Vom 16. Oktober 1992
(SächsGVBl. S. 459)

Der Sächsische Landtag hat am 17. September
1992 das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt: Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

- § 1 Organisation, Zuständigkeit
- § 2 Aufgaben
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Allgemeine Befugnisse
- § 5 Besondere Befugnisse und Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

Zweiter Abschnitt: Datenschutzrechtliche Bestimmungen

- § 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 7 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten
- § 8 Einrichtungsanordnung
- § 9 Auskunft an Betroffene

Dritter Abschnitt: Übermittlungsvorschriften

- § 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen
- § 11 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz
- § 13 Übermittlungsverbote
- § 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Vierter Abschnitt: Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

- § 16 Parlamentarische Kontrollkommission
- § 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission
- § 18 Einschränkung von Grundrechten

Fünfter Abschnitt: Schlußbestimmung

- § 19 Inkrafttreten

Erster Abschnitt

Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

§ 1 Organisation, Zuständigkeit

(1) Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder wird ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht als obere Landesbehörde unmittelbar dem Staatsministerium des Innern.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig

1. für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes im Freistaat Sachsen und
2. die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Freistaat Sachsen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz und Polizeibehörden oder Polizeidienststellen dürfen einander nicht angegliedert werden.

§ 2 Aufgaben

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Geltungsbereich dieses Gesetzes.

Sammlung und Auswertung von Informationen nach Satz 1 setzen im Einzelfall voraus, daß für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Satz 1 Nrn. 1 bis 4 tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,
4. auf Ersuchen der Einstellungsbehörden bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wenn der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, daß sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
5. auf Ersuchen der Einbürgerungsbehörden bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern, wenn der Verdacht der Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, der Sicherheit oder der Beeinträchtigung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland besteht,
6. bei Überprüfungen, soweit dies gesetzlich vorgesehen ist.

Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Satz 1 erfolgt in der Weise, daß es eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen der für die Überprüfung zuständigen Behörde oder

sonstiger öffentlicher Stellen auswertet. In den Fällen des Satzes 1 Nrn. 1 und 2 kann das Landesamt für Verfassungsschutz weitergehende Ermittlungen durchführen.

(3) Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Absatz 2 setzt voraus, daß Betroffene und andere in die Überprüfung einbezogene Personen über Zweck und Verfahren der Überprüfung einschließlich der Verarbeitung der erhobenen Daten durch die beteiligten Dienststellen unterrichtet werden. Darüber hinaus ist im Falle der Einbeziehung anderer Personen in die Überprüfung deren Einwilligung und im Falle weitergehender Ermittlungen die Einwilligung von Betroffenen erforderlich. Die Sätze 1 und 2 gelten nur, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet das Staatsministerium des Innern über seine Tätigkeit.

§ 3 Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Für einen Personenzusammenschluß handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen aktiv sowie ziel- und zweckgerichtet unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluß handeln, sind Bestre-

bungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretungen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
3. das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
5. die Unabhängigkeit der Gerichte;
6. der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

§ 4 Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten verarbeiten. Die Verarbeitung personenbezogener Daten richtet sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes und, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind, nach den Vorschriften des Gesetzes zum Schutze der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Datenschutzgesetz) vom 11. November 1991 (SächsGVBl. S. 401).

(2) Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit ihrer Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Betroffene sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 4 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse gegenüber anderen Behörden und Dienst-

stellen stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 5 Besondere Befugnisse und Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, insbesondere unter Beachtung des § 4 Abs. 4, Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen (nachrichtendienstliche Mittel) anwenden. Diese sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern und der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten und sonstige Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, daß

1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zum Schutz oder zur Abschirmung von Mitarbeitern, Einrichtungen, Gegenständen und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(3) Der Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich der Artikel 13 des Grundgesetzes und Artikel 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen, ohne daß eine für den Verfassungsschutz tätige Person anwesend ist, darf nur zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit erfolgen. In diesen Fällen gelten das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz

zu Artikel 10 Grundgesetz) vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949); zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes zur Neuregelung des Ausländerrechts vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354), mit Ausnahme von § 9 Abs. 6, und die Ausführungsregelungen des Freistaates Sachsen in der jeweils geltenden Fassung entsprechend. Die Abwägung der widerstreitenden Rechtsgüter hat in diesem Fall unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu erfolgen.

(4) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz bleibt unberührt.

(5) Nachrichtendienstliche Mittel, die sich gezielt gegen einen Abgeordneten des Sächsischen Landtages richten, dürfen nur angewandt werden, wenn sie zuvor vom Präsidenten des Landtages genehmigt worden sind.

Zweiter Abschnitt

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

§ 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 vorliegen,
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 tätig werden wird.

(2) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen vorbehaltlich des Satzes 2 in automatisierten Dateien nur Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden. Zur Erledigung von Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nrn. 4, 5 und 6 dürfen in automatisierten Dateien nur Daten solcher Personen erfaßt werden, über die bereits Erkenntnisse nach § 2 Abs. 1 vorliegen. Bei der Speicherung in Dateien muß erkennbar sein, welcher der in § 2 Abs. 1 und

2 genannten Personengruppe Betroffene zuzuordnen sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

(4) Eine Speicherung von personenbezogenen Daten über Minderjährige vor Vollendung des 16. Lebensjahres ist nicht zulässig. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, daß weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit angefallen sind.

§ 7 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten oder Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten ist dies zu vermerken. Wird die Richtigkeit der Daten von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß durch sie schutzwürdige Belange der Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 sind spätestens zehn Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten Information zu löschen, es sei denn, der Behördenleiter oder sein Vertreter stellt im Einzelfall fest,

daß die weitere Speicherung zur Aufgabenerfüllung oder aus den in Absatz 2 Satz 2 genannten Gründen erforderlich ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten gespeicherten personenbezogenen Daten zu sperren, wenn es im Einzelfall feststellt, daß ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden und die Daten für seine künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen. Akten, in denen personenbezogene Daten gespeichert sind, sind zu vernichten, wenn die gesamte Akte zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt wird.

§ 8 Einrichtungsanordnung

(1) Für jede automatisierte Datei des Landesamtes für Verfassungsschutz, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, ist in einer Einrichtungsanordnung, die der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern bedarf, festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Art der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen, Speicherdauer,
7. Protokollierung.

Die Zugangsberechtigung nach Nummer 5 ist auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut sind, dem die Dateien zugeordnet sind.

(2) Vor Erlass und vor wesentlichen Änderungen der Einrichtungsanordnung ist der Sächsische Datenschutzbeauftragte zu hören.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

§ 9 Auskunft an Betroffene

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt Betroffenen über die zu ihrer Person gespeicherten Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft. Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

- (2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit
1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
 2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
 3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
 4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

(3) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe für die Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, sind Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, daß sie sich an den Sächsischen Datenschutzbeauftragten wenden können. Dem Datenschutzbeauftragten ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, daß dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. Mitteilungen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten an Betroffene dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

Dritter Abschnitt

Übermittlungsvorschriften

§ 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden und Gerichte des Freistaates Sachsen, die Gemeinden, Landkreise und sonstigen der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts übermitteln von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekanntgewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Informationen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 oder zur Beobachtung von Bestrebungen erforderlich sind, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 2 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 genannten Schutzgüter gerichtet sind.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeidienststellen übermitteln darüber hinaus von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz auch alle anderen ihnen bekanntgewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

§ 11 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Die in § 10 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bekanntgewordenen personenbezogenen Daten und Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 2 erforderlich ist. Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtliche Register unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 und vorbehaltlich der in § 13 getroffenen Rege-

lung einsehen, soweit dies zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 und 2 oder zum Schutz von Mitarbeitern und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen Gefahren für Leib und Leben erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Registern den Zweck der Maßnahmen gefährden oder das Persönlichkeitsrecht von Betroffenen unverhältnismäßig beeinträchtigen würde. Über die Einsichtnahme nach Satz 1 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen.

Die Nachweise sind fünf Jahre gesondert aufzubewahren und gegen ungerechtfertigten Zugriff zu sichern und anschließend zu vernichten.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten und sonstige Informationen, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozeßordnung bekanntgeworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächlich Anhaltspunkte dafür bestehen, daß jemand eine der in § 2 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten Unterlagen findet § 7 Abs. 3 und 4 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz entsprechende Anwendung.

§ 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Behörden sowie andere öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigen. Empfänger dürfen die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt der Staatsanwaltschaft und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen von sich aus die ihm bekannt gewordenen personenbezogenen Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist. Delikte nach Satz 1 sind die in §§ 74a und 120 des

Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten sowie sonstige Straftaten, bei denen aufgrund ihrer Zielsetzung, der Motive von Tätern oder deren Verbindungen zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind. Absatz 1 bleibt unberührt.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an andere als öffentliche Stellen nicht übermitteln, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder zur Abwehr sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeit für eine fremde Macht erforderlich ist und der Staatsminister des Innern oder sein Vertreter die Zustimmung erteilt hat. Die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl gleichartiger, sachlich zusammenhängender Fälle vorweg erteilt werden. Sie ist nicht erforderlich für den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden. Er ist verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz auf Verlangen Auskunft über die vorgenommene Verwendung zu geben. Der Empfänger ist auf die Verpflichtungen nach den Sätzen 5 und 6 hinzuweisen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, Belange der Länder oder überwiegende schutzwürdige Interessen von Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Empfänger sind darauf hinzuweisen, daß die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(5) Der Empfänger prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung,

daß sie nicht erforderlich sind, hat er die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 13 Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den §§ 10, 11 und 12 unterbleibt, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, daß unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen oder überwiegende Belange der Strafverfolgung dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen.

Die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

(2) Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 16. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich, ob die ihm nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, daß sie nicht erforderlich sind, hat es die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist. In diesem Fall sind die Daten zu sperren.

(2) Erweisen sich personenbezogene Daten, nachdem sie durch das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt worden sind, als unrichtig oder unvollständig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen oder zu ergänzen,

es sei denn, daß dies für die Beurteilung eines Sachverhalts ohne Bedeutung ist.

§ 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1. Dabei dürfen auch personenbezogene Daten nur bekanntgegeben werden, wenn dies für die Unterrichtung erforderlich ist und die Informationsinteressen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse des Betroffenen überwiegen.

Vierter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

§ 16 Parlamentarische Kontrollkommission

(1) Die Sächsische Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern über das Landesamt für Verfassungsschutz und hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages. Die Rechte des Landtages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte einzeln mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Zwei Mitglieder müssen der parlamentarischen Opposition angehören. Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission kann von mindestens zwei Mitgliedern verlangt werden.

(3) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit

nach ihrem Ausscheiden. Der Sächsische Datenschutzbeauftragte kann, soweit personenbezogene Daten Gegenstand der Beratung sind, beteiligt werden; die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Satz 1 gilt nicht für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt hat.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so endet auch seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für ein ausgeschiedenes Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen.

(5) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch nach Ablauf der Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

§ 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört auch das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer sowie die Herstellung des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach § 5 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz. Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission berichtet das Staatsministerium des Innern zu konkreten Themen aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission hat das Recht auf Erteilung von Auskünften. Der Staatsminister des Innern kann einem Kontrollbegehren widersprechen, wenn es im Einzelfall die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz oder den notwendigen Schutz des Nachrichtenzugangs gefährden würde; er hat dies zu begründen. Entfallen die Gründe für Satz 2, so ist die Auskunftserteilung unverzüglich nachzuholen.

(3) Die Unterrichtung umfaßt nicht Angelegenheiten, über die das Staatsministerium des Innern das Gremium nach Artikel 10 des Grundgesetzes zu unterrichten hat.

§ 18 Einschränkung von Grundrechten

(1) Durch Maßnahmen nach § 5 Abs. 3 kann das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung nach Artikel 13 des Grundgesetzes und nach Artikel 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen eingeschränkt werden.

(2) Durch Maßnahmen nach § 2 Abs. 3, §§ 5 bis 15 kann das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung nach Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen eingeschränkt werden.

Fünfter Abschnitt

Schlußbestimmung

§ 19 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(Das Gesetz wurde am 22.10.1992 verkündet.)

Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses

(Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) (G 10)

Vom 13. August 1968

(BGBl. I S. 949), geändert durch Gesetz v. 13.9.1978 (BGBl. I S. 1546), Art. 4 Abs. 16 Poststrukturgesetz v. 8.6.1989 (BGBl. I S. 1026), Art. 11 Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts v. 9.7.1990 (BGBl. I S. 1354), Art. 2 Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, des StGB u.a. Gesetze v. 28.2.1992 (BGBl. I S. 372), Art. 2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes und zur Änderung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses v. 27.5.1992 (BGBl. I S. 997), § 38 Abs. 1 Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) v. 20.4.1994 (BGBl. I S. 867), Art. 12 Abs. 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz) v. 14.9.1994 (BGBl. I S. 2325), Art. 13 des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz) v. 28.10.1994 (BGBl. I S. 3186), Art. 2 des Gesetzes zur Änderung parlamentarischer Vorschriften v. 28.4.1995 (BGBl. I S. 582), Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz v. 28.04.1997 (BGBl. I S. 966) und Art. 2 des Begleitgesetzes zum Telekommunikationsgesetz v. 17.12.1997 (BGBl. I S. 3112), Art. 2 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über parlamentarische Gremien v. 17.6.1999 (BGBl. I S. 1334).

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 1

(1) Es sind

1. die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Amt für den Militärischen Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes einschließlich der Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutsch-

land stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantik-Vertrages,

2. der Bundesnachrichtendienst im Rahmen seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 2 des BND-Gesetzes auch zu den in § 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 bis 6 bestimmten Zwecken berechtigt, die Telekommunikation zu überwachen und aufzuzeichnen, in den Fällen der Nummer 1 auch die dem Brief- oder Postgeheimnis unterliegenden Sendungen zu öffnen und einzusehen.

(2) Wer geschäftsmäßig Postdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände des Postverkehrs zu erteilen und Sendungen, die ihm zum Einsammeln, Weiterleiten oder Ausliefern anvertraut sind, auszuhändigen. Der nach Satz 1 Verpflichtete hat der berechtigten Stelle auf Verlangen die zur Vorbereitung einer Anordnung erforderlichen Auskünfte zu Postfächern zu erteilen, ohne daß es hierzu einer gesonderten Anordnung bedarf. Wer geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände der nach Wirksamwerden der Anordnung durchgeführten Telekommunikation zu erteilen, Sendungen, die ihm zur Übermittlung auf dem Telekommunikationsweg anvertraut sind, auszuhändigen und die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation zu ermöglichen. Ob und in welchem Umfang der nach Satz 3 Verpflichtete Vorkehrungen für die technische und organisatorische Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen zu treffen hat, bestimmt sich nach § 88 des Telekommunikationsgesetzes und der dazu erlassenen Rechtsverordnung.

(3) Der nach Absatz 2 Satz 1 oder Satz 3 Verpflichtete hat vor Durchführung einer beabsichtigten Beschränkungsmaßnahme die Personen, die mit der Durchführung der Maßnahme betraut werden sollen,

1. einer einfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen zu lassen und
2. über die Pflicht zur Geheimhaltung nach Artikel 3 § 10 sowie die Strafbarkeit eines Verstoßes nach Artikel 3 § 10a zu belehren; die Belehrung ist aktenkundig zu machen.

Mit der Durchführung einer Beschränkungsmaß-

nahme dürfen nur Personen betraut werden, die nach Maßgabe des Satzes 1 überprüft und belehrt worden sind. Der nach Absatz 2 Satz 1 oder Satz 3 Verpflichtete hat sicherzustellen, daß die Geheimchutzmaßnahmen nach den Abschnitten 1.1 bis 1.4, 1.6, 2.1 und 2.3 bis 2.5 der Anlage 7 zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlusssachen vom 29. April 1994 (GMBL. S. 674) getroffen werden.

(4) Die Sicherheitsüberprüfung nach § 1 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ist entsprechend dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz durchzuführen. Für Beschränkungsmaßnahmen einer Landesbehörde gilt dies nur, soweit nicht Rechtsvorschriften des Landes vergleichbare Bestimmungen enthalten; in diesem Fall sind die Rechtsvorschriften des Landes entsprechend anzuwenden. Zuständig ist bei Beschränkungsmaßnahmen von Bundesbehörden das Bundesministerium des Innern; im übrigen sind die nach Landesrecht bestimmten Behörden zuständig. Soll mit der Durchführung einer Beschränkungsmaßnahme eine Person betraut werden, für die innerhalb der letzten fünf Jahre bereits eine gleich- oder höherwertige Sicherheitsüberprüfung nach Bundes- oder Landesrecht durchgeführt worden ist, soll von einer erneuten Sicherheitsüberprüfung abgesehen werden.

§ 2

(1) Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 dürfen unter den dort bezeichneten Voraussetzungen angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, daß jemand

1. Straftaten des Friedensverrats oder des Hochverrats (§§ 80, 80a, 81, 82 und 83 des Strafgesetzbuches),
2. Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§§ 84, 85, 86, 87, 88, 89 des Strafgesetzbuches, § 20 Abs. 1 Nr. 1, 2, 3 und 4 des Vereinsgesetzes),
3. Straftaten des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 94, 95, 96, 97a, 97b, 98, 99, 100, 100a des Strafgesetzbuches),
4. Straftaten gegen die Landesverteidigung (§§ 109e, 109f, 109g des Strafgesetzbuches),
5. Straftaten gegen die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantik-Vertrages (§§ 87, 89, 94, 95, 96, 98, 99,

100, 109e, 109f, 109g des Strafgesetzbuches in Verbindung mit Artikel 7 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes vom 11. Juni 1957 in der Fassung des Achten Strafrechtsänderungsgesetzes),

6. Straftaten nach § 129a des Strafgesetzbuches oder

7. Straftaten nach § 92 Abs. 1 Nr. 7 des Ausländergesetzes

plant, begeht oder begangen hat. Gleiches gilt, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, daß jemand Mitglied einer Vereinigung ist, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind.

(2) Eine Anordnung nach Absatz 1 ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Sie darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, daß sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder daß der Verdächtige ihren Anschluß benutzt. Abgeordnetenpost von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Parlamente der Länder darf nicht in eine Maßnahme einbezogen werden, die sich gegen einen Dritten richtet. Das gilt nicht, wenn und soweit die Kommission festgestellt hat, daß konkrete Umstände die Annahme rechtfertigen, daß die Post nicht von dem Abgeordneten stammt. § 9 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 3

(1) Außer in den Fällen des § 2 dürfen auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes Beschränkungen nach § 1 für internationale nicht leitungsgebundene Telekommunikationsbeziehungen angeordnet werden, die der nach § 5 zuständige Bundesminister mit Zustimmung des in § 9 Abs. 1 genannten Gremiums bestimmt. Sie sind nur zulässig zur Sammlung von Nachrichten über Sachverhalte, deren Kenntnis notwendig ist, um die Gefahr

1. eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland,
2. der Begehung internationaler terroristischer Anschläge in der Bundesrepublik Deutschland,
3. der internationalen Verbreitung von Kriegswaf-

fen im Sinne des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen sowie des unerlaubten Außenwirtschaftsverkehrs mit Waren, Datenverarbeitungsprogrammen und Technologien im Sinne des Teils I der Ausfuhrliste (Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung) in Fällen von erheblicher Bedeutung,

4. der unbefugten Verbringung von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge aus dem Ausland in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland,
5. im Ausland begangener Geldfälschungen sowie
6. der Geldwäsche im Zusammenhang mit den in den Nummern 3 bis 5 genannten Handlungen rechtzeitig zu erkennen und einer solchen Gefahr zu begegnen. In den Fällen der Nummer 1 dürfen Beschränkungen nach Satz 1 auch für leitungsgebundene Telekommunikationsbeziehungen und für Postverkehrsbeziehungen angeordnet werden.

(2) Für Beschränkungen im Sinne des Absatzes 1 darf der Bundesnachrichtendienst nur Suchbegriffe verwenden, die zur Aufklärung von Sachverhalten über den in der Anordnung bezeichneten Gefahrenbereich bestimmt und geeignet sind. Die Suchbegriffe dürfen keine Identifizierungsmerkmale enthalten, die zu einer gezielten Erfassung bestimmter Telekommunikationsanschlüsse führen. Satz 2 gilt nicht für Telekommunikationsanschlüsse im Ausland, sofern ausgeschlossen werden kann, daß Anschlüsse

1. deutscher Staatsangehöriger oder
2. von Gesellschaften mit dem Sitz im Ausland, wenn der überwiegende Teil ihres Vermögens oder ihres Kapitals sowie die tatsächliche Kontrolle über die Gesellschaft deutschen natürlichen oder juristischen Personen zusteht und die Mehrheit der Vertretungsberechtigten deutsche Staatsangehörige sind,

gezielt erfaßt werden. Die Suchbegriffe sind in der Anordnung zu benennen. Die Durchführung ist mit technischen Mitteln zu protokollieren; sie unterliegt der Kontrolle gemäß § 9 Abs. 2. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu löschen.

(3) Bei der Durchführung von Maßnahmen nach Absatz 1 erlangte personenbezogene Daten dürfen nur zur Verhinderung, Aufklärung oder Verfolgung von Straftaten verwendet werden, die in § 2 dieses Gesetzes und in § 138 des Strafgesetzbuches bezeichnet sind, sowie von Straftaten nach den §§ 261 und 264 des Strafgesetzbuches, § 92a des

Ausländergesetzes, § 34 Abs. 1 bis 6 und 8 und § 35 des Außenwirtschaftsgesetzes, §§ 19 bis 21 und 22a Abs. 1 Nr. 4, 5 und 7 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen oder § 29a Abs. 1 Nr. 2, § 30 Abs. 1 Nr. 1, 4 oder § 30a des Betäubungsmittelgesetzes, soweit gegen die Person eine Beschränkung nach § 2 angeordnet ist oder wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, daß jemand eine der vorgenannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. § 12 des BND-Gesetzes bleibt unberührt.

(4) Der Bundesnachrichtendienst prüft, ob durch Maßnahmen nach Absatz 1 erlangte personenbezogene Daten für die dort genannten Zwecke erforderlich sind.

(5) Die nach Absatz 1 erlangten Daten sind vollständig zu den in Absatz 3 bezeichneten Zwecken den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, dem Amt für den Militärischen Abschirmdienst, dem Zollkriminalamt, dem Bundesausfuhramt, den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeien zu übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich ist. Die Entscheidung erfolgt durch einen Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat.

(6) Sind nach Absatz 1 erlangte Daten für die dort genannten Zwecke nicht oder nicht mehr erforderlich und sind die Daten nicht nach Absatz 5 anderen Behörden zu übermitteln, sind die auf diese Daten bezogenen Unterlagen unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu vernichten und, soweit die Daten in Dateien gespeichert sind, zu löschen.

Die Vernichtung und die Löschung sind zu protokollieren. In Abständen von jeweils sechs Monaten ist zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Vernichtung oder Löschung vorliegen.

(7) Der Empfänger prüft, ob er die nach Absatz 5 übermittelten Daten für die in Absatz 3 bezeichneten Zwecke benötigt. Benötigt er die Daten nicht, hat er die Unterlagen unverzüglich zu vernichten.

Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist; eine Verwendung dieser Daten ist unzulässig.

(8) Betroffenen, deren Daten durch eine Maßnahme nach Absatz 1 erlangt worden sind, ist die Beschränkung des Fernmeldegeheimnisses mitzuteilen, sobald eine Gefährdung des Zwecks der Beschränkung und der Verwendung ausgeschlossen werden kann. Eine Mitteilung unterbleibt, wenn die Daten

1. vom Bundesnachrichtendienst innerhalb von drei Monaten nach Erlangung oder
2. von der Behörde, der sie nach Absatz 5 übermittelt worden sind, innerhalb von drei Monaten nach Empfang

vernichtet worden sind. Die Mitteilung obliegt dem Bundesnachrichtendienst, im Falle der Übermittlung nach Absatz 5 der Empfängerbehörde.

(9) Die Kommission kann dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz vor ihrer Entscheidung über die Zulässigkeit und Notwendigkeit einer Maßnahme nach § 9 Abs. 2 Gelegenheit zur Stellungnahme in Fragen des Datenschutzes geben. Die Stellungnahme erfolgt ausschließlich gegenüber der Kommission.

(10) Das in § 9 Abs. 1 genannte Gremium erstattet dem Bundestag jährlich einen Bericht über die Durchführung der Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 9.

§ 4

(1) Beschränkungen nach § 1 dürfen nur auf Antrag angeordnet werden.

(2) Antragsberechtigt sind im Rahmen ihres Geschäftsbereichs

1. in den Fällen des § 2

a) das Bundesamt für Verfassungsschutz durch seinen Präsidenten oder dessen Stellvertreter,

b) die Verfassungsschutzbehörden der Länder durch ihre Leiter oder deren Stellvertreter,

c) bei Handlungen gegen die Bundeswehr das Amt für den militärischen Abschirmdienst durch seinen Leiter oder dessen Stellvertreter,

d) bei Handlungen gegen den Bundesnachrichtendienst dieser durch seinen Präsidenten oder dessen Stellvertreter,

2. in den Fällen des § 3 der Bundesnachrichtendienst durch seinen Präsidenten oder dessen Stellvertreter.

(3) Der Antrag ist unter Angabe von Art, Umfang und Dauer der beantragten Beschränkungsmaßnahme schriftlich zu stellen und zu begründen. Der Antragsteller hat darin darzulegen, daß die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

§ 5

(1) Zuständig für die Anordnung nach § 1 ist bei Anträgen der Verfassungsschutzbehörden der Länder die zuständige oberste Landesbehörde, im übrigen ein vom Bundeskanzler beauftragter Bundesminister.

(2) Die Anordnung ergeht schriftlich; in ihr sind Art, Umfang und Dauer der Maßnahme zu bestimmen und die zur Überwachung berechnete Stelle anzugeben. Sie ist dem Antragsteller vollständig und dem nach § 1 Abs. 2 Satz 1 oder Satz 3 Verpflichteten insoweit mitzuteilen, als dies erforderlich ist, um ihm die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu ermöglichen.

Die Mitteilung an den nach § 1 Abs. 2 Satz 1 oder Satz 3 Verpflichteten entfällt, wenn die Anordnung ohne dessen Mitwirkung ausgeführt werden kann.

(3) Die Anordnung ist auf höchstens drei Monate zu befristen. Verlängerungen um jeweils nicht mehr als drei weitere Monate sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen.

(4) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet das jeweilige Landesamt für Verfassungsschutz über die in dessen Bereich getroffenen Beschränkungsanordnungen. Die Landesämter für Verfassungsschutz teilen dem Bundesamt für Verfassungsschutz die ihnen übertragenen Beschränkungsmaßnahmen mit.

(5) Beschränkungsmaßnahmen sind den Betroffenen nach ihrer Einstellung mitzuteilen, wenn eine Gefährdung des Zwecks der Beschränkung ausgeschlossen werden kann.

Läßt sich in diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilen, ob diese Voraussetzung vorliegt, ist die Mitteilung vorzunehmen, sobald eine Gefährdung des Zweckes der Beschränkung ausgeschlossen werden kann. Nach der Mitteilung steht den Betroffenen der Rechtsweg offen; § 9 Abs. 6 findet keine Anwendung.

§ 6

(1) In den Fällen des § 2 muß die Anordnung denjenigen bezeichnen, gegen den sich die Beschränkungsmaßnahme richtet, bei einer Überwachung der Telekommunikation auch die Rufnummer oder eine andere Kennung seines Telekommunikationsanschlusses.

(2) Soweit sich in diesen Fällen Maßnahmen nach § 1 auf Sendungen beziehen, sind sie nur hinsichtlich solcher Sendungen zulässig, bei denen Tatsachen vorliegen, aus welchen zu schließen ist, daß sie von dem, gegen den sich die Anordnung richtet, herrühren oder für ihn bestimmt sind.

§ 7

(1) Die aus der Anordnung sich ergebenden Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 sind unter Verantwortung der antragsberechtigten Stelle und unter Aufsicht eines Bediensteten vorzunehmen, der die Befähigung zum Richteramt hat.

(2) Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor oder sind die sich aus der Anordnung ergebenden Maßnahmen nicht mehr erforderlich, so sind sie unverzüglich zu beenden. Die Beendigung ist der Stelle, die die Anordnung getroffen hat, und dem nach § 1 Abs. 2 Satz 1 oder Satz 3 Verpflichteten, dem gegenüber die Anordnung erfolgt ist, mitzuteilen. Die Mitteilung an den nach § 1 Abs. 2 Satz 1 oder Satz 3 Verpflichteten entfällt, wenn die Anordnung ohne dessen Mitwirkung ausgeführt wurde.

(3) Die durch Maßnahmen nach § 2 erlangten Kenntnisse und Unterlagen dürfen nicht zur Erforschung und Verfolgung anderer als der in § 2 oder § 3 Abs. 3 genannten Straftaten benutzt werden.

(4) Sind die durch Maßnahmen nach den §§ 2 und 3 erlangten personenbezogenen Daten über einen an dem überwachten Verkehr Beteiligten zu den in Absatz 3 genannten Zwecken nicht mehr erforderlich und können sie im Rahmen einer gerichtlichen Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme nicht mehr von Bedeutung sein, so sind die auf diese Daten bezogenen Unterlagen unter Aufsicht eines der in Absatz 1 genannten Bediensteten zu vernichten. Über die Vernichtung ist eine Niederschrift anzufertigen. Ob die Voraussetzungen für eine Ver-

richtung vorliegen, ist nach jeweils sechs Monaten zu prüfen. Daten, die nur zum Zwecke der gerichtlichen Nachprüfung der Beschränkungsmaßnahme gespeichert werden, sind zu sperren. Sie dürfen nur für diesen Zweck verwendet werden.

§ 8

(1) Sendungen des Postverkehrs, die zur Öffnung und Einsichtnahme der berechtigten Stelle ausgehändigt worden sind, sind unverzüglich dem Postverkehr wieder zuzuführen. Telegramme dürfen dem Postverkehr nicht entzogen werden. Der zur Einsichtnahme berechtigten Stelle ist eine Abschrift des Telegramms zu übergeben.

(2) Die Vorschriften der Strafprozeßordnung über die Beschlagnahme von Sendungen des Postverkehrs bleiben unberührt.

§ 9

(1) Der nach § 5 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständige Bundesminister unterrichtet in Abständen von höchstens sechs Monaten das Parlamentarische Kontrollgremium über die Durchführung dieses Gesetzes.

(2) Der zuständige Bundesminister unterrichtet monatlich eine Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzuge kann er den Vollzug der Beschränkungsmaßnahmen auch bereits vor der Unterrichtung der Kommission anordnen. Die Kommission entscheidet von Amts wegen oder auf Grund von Beschwerden über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat der zuständige Bundesminister unverzüglich aufzuheben.

(3) Der zuständige Bundesminister unterrichtet monatlich die Kommission über von ihm vorgenommene Mitteilungen an Betroffene (§ 5 Abs. 5) oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen. Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, hat der zuständige Bundesminister diese unverzüglich zu veranlassen.

(4) Die Kommission besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muß, und drei Beisitzern. Die Mitglieder der Kom-

mission sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen. Sie nehmen ein öffentliches Ehrenamt wahr und werden von dem in Absatz 1 genannten Gremium nach Anhörung der Bundesregierung für die Dauer einer Wahlperiode des Bundestages mit der Maßgabe bestellt, daß ihre Amtszeit erst mit der Neubestimmung der Mitglieder der Kommission, spätestens jedoch drei Monate nach Ablauf der Wahlperiode endet. Die Stimme des Vorsitzenden entscheidet bei Stimmengleichheit. Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des in Absatz 1 genannten Gremiums bedarf. Vor der Zustimmung ist die Bundesregierung zu hören.

(5) Durch den Landesgesetzgeber wird die parlamentarische Kontrolle der nach § 5 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständigen obersten Landesbehörden und die Überprüfung der von ihnen angeordneten Beschränkungsmaßnahmen geregelt.

(6) Im übrigen ist gegen die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen nach den §§ 2 und 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und ihren Vollzug der Rechtsweg nicht zulässig.

Artikel 2: Änderung der Strafprozeßordnung

(Hier nicht abgedruckt)

Artikel 3

§ 10

(1) Wird die Telekommunikation nach Artikel 1 dieses Gesetzes oder nach den §§ 100a, 100b der Strafprozeßordnung überwacht, so darf diese Tatsache von Personen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(2) Wird die Aushändigung von Sendungen nach Artikel 1 § 1 Abs. 2 Satz 1 oder Satz 3 angeordnet, so darf diese Tatsache von Personen, die zur Aus-

händigung verpflichtet oder mit der Sendungsübermittlung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(3) Erfolgt ein Auskunftersuchen oder eine Auskunftserteilung nach Artikel 1 § 1 Abs. 2, so darf diese Tatsache oder der Inhalt des Ersuchens oder der erteilten Auskunft von Personen, die zu Beantwortung verpflichtet oder mit der Beantwortung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

§ 10a

Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 10 eine Mitteilung macht.

§ 11

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. einer vollziehbaren Anordnung nach Artikel 1 § 1 Abs. 2 Satz 1 oder Satz 3 zuwiderhandelt,
2. entgegen Artikel 1 § 1 Abs. 3 Satz 2 eine Person betraut oder
3. entgegen Artikel 1 § 1 Abs. 3 Satz 3 nicht sicherstellt, daß eine Geheimschutzmaßnahme getroffen wird.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu dreißigtausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 12

(1) Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird durch dieses Gesetz eingeschränkt.

(2) Die auf Grund anderer Gesetze zulässigen Beschränkungen dieses Grundrechts bleiben unberührt.

§ 13

Die nach Artikel 1 § 1 Abs. 1 berechtigten Stellen haben für die Leistungen nach Artikel 1 § 1 Abs. 2 eine Entschädigung zu gewähren, deren Umfang sich nach § 17a des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen bemißt.

§ 14

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des § 9 Abs. 4, der am Tage nach der Verkündung in Kraft tritt, am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden dritten Kalendermonats in Kraft.

(Das Gesetz wurde am 15.08.1968 verkündet.)

Anmerkung zu § 3:

Beachte dazu das Urteil d. BVerfG v. 14.07.1999 - 1 BvR 2226/96 (BGBl. I S. 1914):

„§ 3 Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 Nummer 5, Absatz 3, Absatz 4, Absatz 5 Satz 1 Absatz 7 Satz 1 und Absatz 8 Satz 2 sowie § 9 Absatz 2 Satz 3 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) (G 10) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz) vom 28. Oktober 1994 (Bundesgesetzblatt I Seite 3186), geändert durch das Begleitgesetz zum Telekommunikationsgesetz (BegleitG) vom 17. Dezember 1997 (Bundesgesetzblatt I Seite 3108), sind mit Artikel 10 des Grundgesetzes unvereinbar. § 3 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 und Absatz 5 Satz 1 ist überdies mit Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes und § 3 Absatz 8 Satz 2 außerdem mit Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes unvereinbar.“

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Abs. 2 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes Gesetzeskraft.“

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen (SächsAG G 10)

Vom 16. Oktober 1992
(SächsGVBl. S. 464)

Der Sächsische Landtag hat am 17. September 1992 das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Oberste Landesbehörde im Sinne des § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz - G 10) vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes zur Neuregelung des Ausländerrechts vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354), ist das Staatsministerium des Innern. Die Anordnung ist durch den Staatsminister des Innern oder seinen Stellvertreter zu unterzeichnen.

§ 2

(1) Das Sächsische Staatsministerium des Innern unterrichtet eine Kommission des Landtags über die nach § 1 G 10 angeordneten Beschränkungsmaßnahmen vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug kann es den Vollzug der Beschränkungsmaßnahmen bereits vor Unterrichtung der Kommission, die innerhalb von zehn Tagen nachzuholen ist, anordnen. Die Kommission entscheidet von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, sind unverzüglich aufzuheben.

(2) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet innerhalb von drei Monaten nach Einstellung einer Beschränkungsmaßnahme die Kommission über die von ihm gemäß § 5 Abs. 5 G 10 vorgenommenen Mitteilungen an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen. Läßt sich bei der Einstellung der Beschränkungsmaßnahmen noch nicht abschließend beurteilen, ob eine Gefährdung des Zwecks der Beschränkung durch die Mitteilung ausgeschlossen werden kann, so unterrichtet das Staatsministerium des Innern die Kommission weiterhin auf deren Verlangen. Spätestens nach fünf Jahren ist die Kommission über die abschließende Entscheidung zu unterrichten. Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, hat das Staatsministerium des Innern diese unverzüglich zu veranlassen.

§ 3

(1) Die Kommission besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muß oder die erste Staatsprüfung im Sinne der §§ 5 bis 6 des Deutschen Richtergesetzes oder einen nach Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 8 Buchst. y) gg) des Einigungsvertrages gleichgestellten Abschluß abgelegt hat, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder der Kommission sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen. Sie werden vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder für die Dauer einer Wahlperiode bestellt und bleiben nach Ablauf der Wahlperiode im Amt, bis eine neue Kommission bestellt ist. Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Die Beratungen der Kommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Kommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden.

§ 4

Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes auf Aufforderung, mindestens aber einmal im Jahr, über Maßnahmen nach dem Gesetz zu Artikel 10 GG und nach § 5 Abs. 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen, die von ihm angeordnet worden sind, in geheimer Sitzung.

§ 5

Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Artikel 10 des Grundgesetzes und nach Artikel 27 der Verfassung des Freistaates Sachsen und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen werden durch dieses Gesetz eingeschränkt.

§ 6

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(Das Gesetz wurde am 22.10.1992 verkündet.)

Stichwortverzeichnis

I4 Nothelfer – S. 18

- AA/BO** siehe: ANTIFASCHISTISCHE AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO) – S. 55, 58, 59, 60
AAB siehe: ANTIFASCHISTISCHE AKTION BERLIN (AAB) – S. 58, 60, 61, 65
AAE, Per Lennart – S. 123
AEG – S. 18
AG JG siehe: ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG) – S. 52, 53, 56, 70
AIW siehe: ANTIIMPERIALISTISCHER WIDERSTAND (AIW) – S. 51
AIZ siehe: ANTIIMPERIALISTISCHE ZELLE (AIZ) – S. 56, 82, 83
AKON siehe: AKTION ODER-NEIßE (AKON) – S. 38
AKTION DEUTSCHES RADIO UND FERNSEHEN (ARF) – S. 39
AKTION ODER-NEIßE (AKON) – S. 38
ALTERNATIVES JUGENDZENTRUM FREIBERG e. V. – S. 106
AND siehe: Autonomer NACHRICHTENDienst (AND) – S. 61, 62
Angehörige und Freundinnen der politischen Gefangenen in der BRD – S. 20, 24
Angehörigeninfo – S. 75
ANTIFA DRESDEN – S. 58, 61
ANTIFA GÖRLITZ – S. 120
ANTIFASCHISTISCHE AKTION BERLIN (AAB) – S. 61, 65
ANTIFASCHISTISCHE AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO) – S. 55, 58, 59, 60
ANTIFASCHISTISCHE GRUPPE HAMBURG – S. 58
ANTIFASCHISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS FREIBERG – S. 56
ANTIFASCHISTISCHES INFOTELEFON LEIPZIG – S. 65, 66
ANTIFASCHISTISCHES SCHULNETZ (ASN) – S. 60
ANTIFASCHISTISCHES UND ANTIRASSISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS FREIBERG – S. 56
ANTIIMPERIALISTISCHE ZELLE (AIZ) – S. 65, 83
ANTIIMPERIALISTISCHER WIDERSTAND (AIW) – S. 51
APO siehe: ÖCALAN, Abdullah – S. 77, 78, 79, 80, 81, 82, 103, 104, 105, 108
ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) – S. 3, 77
ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG) – S. 52, 53, 56, 70
ARF siehe: AKTION DEUTSCHES RADIO UND FERNSEHEN (ARF) – S. 39
ARNDT-BUCHDIENST/EUROPA-BUCHHANDLUNG – S. 47
ASN siehe: ANTIFASCHISTISCHES SCHULNETZ (ASN) – S. 60
AUTONOME ANTIFA (M) – S. 58, 60
Autonome siehe: Linksextremistische Autonome – S. 38, 47, 51, 52, 55, 56, 57, 59, 60, 61, 64, 65, 100, 104, 106, 118, 120, 125
autonomer NACHRICHTENDienst (AND) – S. 61
AZ Barrikade – S. 65
- B.A.T.** siehe: BUNDESWEITES ANTIFA TEFLEN (B.A.T.) – S. 13, 14, 22, 23, 55, 56, 57, 58
BDVG siehe: BILDUNGSWERK DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT (BDVG) – S. 13, 36, 38
BEFREIUNGSARMEE VON KOSOVO (UCK) – S. 77, 85
BENOIST, Alain de – S. 47
BgR siehe: BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BgR) – S. 59, 64, 63, 106, 109
BILDUNGSWERK DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT (BDVG) – S. 13, 36, 38
BLOOD & HONOUR SCANDINAVIA – S. 17
BLOOD & HONOUR-BEWEGUNG – S. 14, 16, 18
BOHEMIA HAMMERSKINS – S. 18
BRANDLER – S. 71
BRIE, André – S. 72
Bundeskoordinierungsrat der KPF – S. 52, 54, 56, 70, 71, 72, 75
BUNDESWEITES ANTIFA-TREFFEN (B.A.T.) – S. 13, 14, 22, 23, 55, 56, 57, 58
BÜNDNIS RECHTS FÜR LÜBECK – S. 26
BUSSE, Friedhelm – S. 37

Café Germania – S. 47, 57, 58, 61, 62
CASTEL DEL MONTE – S. 47
CEE IEH – S. 55, 66
Church of Scientology – S. 87
Conne Island – S. 65, 60

Das Freie Forum – S. 47
DECKERT, Günter – S. 34, 36
DECKERT-STIMME – S. 36
DEHOUST, Peter – S. 49
Der Foiersturm – S. 21, 49
DER Neue REPUBLIKANER – S. 43, 44
DESG-inform – S. 47
DEUTSCHE ALTERNATIVE (DA) – S. 59, 67, 84
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) – S. 54
DEUTSCHE KULTURGEMEINSCHAFT (DKG) – S. 107
Deutsche National-Zeitung (DNZ) – S. 39
DEUTSCHE REICHSPARTEI (DRP) – S. 31
DEUTSCHE STIMME – S. 32, 34, 35, 47, 49, 122
Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH – S. 35
DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) – S. 12, 13, 34, 38, 59
DEUTSCHE VOLKSUNION e. V. (DVU e. V.) – S. 13, 34, 38, 39
DEUTSCHE VOLKSUNION-LISTE D (DVU-Liste D) – S. 39
Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) – S. 39
DEUTSCHER SCHUTZBUND FÜR VOLK UND KULTUR – S. 39
DEUTSCH-EUROPÄISCHE STUDIEN-GESELLSCHAFT (DESG) – S. 17
DHKP-C – S. 118
Die Gemeinde Mohammeds – S. 82
DIE REPUBLIKANER (REP) – S. 12, 13, 34, 40, 41, 43, 56, 110, 116, 118, 121
Die Rote Fahne – S. 67, 68, 75
Die Rote Hilfe – S. 75
Die weißen Riesen – S. 19
DIESNER, Kay – S. 26
direkte Aktion – S. 75
DNZ siehe: Deutsche National-Zeitung (DNZ) – S. 39
DSZ-Druckschriften- und Zeitungs-Verlag GmbH (DSZ-Verlag) – S. 39
DVU- siehe Deutsche Volksunion – S. 12, 13, 34, 38, 59
DWZ/DA siehe: Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) – S. 39

echt knorke! – S. 28, 29, 49
EHRENBUND RUDEL – S. 39
ENGELS – S. 71
EUROPA VORN VERLAG – S. 47
Europa Vorn Vertrieb – S. 47
Europawahl – S. 13, 14, 30, 37, 41, 44, 45, 54, 71, 103, 109, 110, 111, 112, 114
EXPLOSIV – S. 44

FAPSI siehe: Föderale Agentur für Regierungskommunikation und Information FAPSI – S. 96
Föderale Agentur für Regierungskommunikation und Information FAPSI – S. 96
Föderaler Schutzdienst FSB – S. 96
FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM) – S. 78, 108
Fortress – S. 104
FREIE ARBEITERINNEN-UNION/ IAA (FAU) – S. 75
Freie Zukunft – S. 28, 49

FREIER FRAUENVERBAND KURDISTANS (YAJK) – S. 79
FREIHEIT – S. 87
FREIHEITLICHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI (FAP) – S. 37, 85
Frente – S. 58, 59
FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN e. V. – S. 31
FREUNDESKREIS UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN – S. 50
FREY, Dr. Gerhard – S. 39, 40, 41, 42
Fritz – S. 46, 49
FRONT FREIER FRAUEN KURDISTANS (EJAK) – S. 79
Frontschwein – S. 18
FSB siehe: Föderaler Schutzdienst FSB – S. 18, 96
FZ-Freiheitliche Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag) – S. 39, 40

Gegenstandpunkt – S. 75
GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V. – S. 47
Gestapo – S. 18
Glaubenskämpfer – S. 84
GOERDELER-AG – S. 60
GRAMSCI, Antonio – S. 71
GRASWURZELREVOLUTION e. V. – S. 75
graswurzelrevolution FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT – S. 75
GYSI, Gregor – S. 73

HAGEN, Silvio – S. 116
HÄHNEL, Jörg – S. 30
HAKK-TV – S. 83
HAMMERSKINS – S. 18
HÄNDEL, Oliver – S. 13, 36
Hass Attacke – S. 18
HEIZER, René – S. 30
HEß, Rudolf – S. 18
HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG) – S. 12, 14, 20, 22, 25, 26, 27
HNG siehe: HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG) – S. 12, 14, 20, 22, 25, 26, 27
HUBBARD, Lafayette Ron – S. 87, 89, 91
Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht – S. 49

IGMG siehe: ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT - MILLI GÖRÜS (IGMG) – S. 83
IMPACT – S. 87
INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG (I. f. A.) – S. 39
INTERIM – S. 85, 61, 62, 65, 75, 104
INTERNATIONAL ASSOCIATION OF SCIENTOLOGISTS (IAS) – S. 85, 90, 91
INTERNATIONALE SOZIALISTENORGANISATION (ISO) – S. 75
ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT - MILLI GÖRÜS (IGMG) – S. 83

JIYAN-VEREIN FÜR DEUTSCH-KURDISCHE FREUNDSCHAFT LEIPZIG e. V. – S. 82
JLO siehe: JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO) – S. 12, 29, 46
JN siehe: JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) – S. 11, 31, 36
JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO) – S. 12, 29, 46
JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) – S. 11, 31, 36
junge Welt – S. 72, 73, 75, 79

Kameradschaften – S. 9, 14, 15, 17, 21, 22
KAPLAN, Cemaleddin – S. 82
KAPLAN, Metin – S. 83
Klarofix – S. 59, 62, 66, 75
KLOSE, Peter – S. 103
KOHLMANN, Martin – S. 113, 116
KOMMISSION FÜR VERSTÖßE DER PSYCHIATRIE GEGEN MENSCHENRECHTE (KVPM) – S. 90
Kommunalwahlen – S. 105, 112, 113, 114, 115
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) – S. 53, 54, 56, 65, 67, 68, 75, 76, 108, 114, 117, 118, 122
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF DER PDS) – S. 53, 56, 70, 71, 72, 75, 76
KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND DEUTSCHLANDS (KABD) – S. 68
KONFÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA (KON-KURD) – S. 78
KOORDINIERUNGSGRUPPE DES MF – S. 73
KPD siehe: KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) – S. 53, 54, 56, 65, 67, 68, 75, 76, 108, 114, 117, 118, 122
KPF siehe: KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF DER PDS) – S. 53, 56, 70, 71, 72, 75, 76
KURDISCHER NATIONALKONGRESS (KNK) – S. 74
KURDISCHES EXILPARLAMENT (PKDW) – S. 79

Landser – S. 18
Landtagswahl – S. 108, 110, 114, 115, 116, 117, 119, 120, 121
LAUCK, Gary Rex – S. 24
LEICHSENRING, Uwe – S. 33, 113, 114
LENIN – S. 69, 71
lernen und kämpfen – S. 68, 75
LIEBKNECHT – S. 71
Linke Offensive - Für Arbeiterdemokratie und Internationalen Sozialismus – S. 75
Linksextremistische Autonome (Autonome) – S. 38, 47, 52, 55, 56, 57, 59, 60, 61, 100, 104, 106, 118, 120, 125
Linksruck - jung - sozialistisch – aktiv – S. 13, 36, 76, 125
LORENZ, Kerstin – S. 45, 116
LUXEMBURG, Rosa – S. 71

MAHLER, Horst – S. 46, 109
MAO TSE-TUNG – S. 69
Märkische Jugendwarte – S. 49
MARX – S. 69, 74
MARXISTISCHE GRUPPE (MG) – S. 75
Marxistische Lesehefte – S. 73
Marxistisches Forum – S. 54, 70, 73, 74, 76
MARXISTISCHES FORUM DER PDS (MF) – S. 53, 54, 56, 71
MARXISTISCHES FORUM SACHSEN – S. 56
MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) – S. 53, 54, 56, 118
MF siehe: MARXISTISCHES FORUM DER PDS (MF) – S. 53, 54, 56, 71
Milli Görüs & Perspektive – S. 83
MISCAVIGE, David – S. 87
Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS – S. 53, 56, 70, 71
MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN (MND) – S. 32
MLPD siehe: MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) – S. 53, 54, 56, 118
Modjahed – S. 84
MODROW, Hans – S. 72
MÜLLER, Holger – S. 22, 28, 37, 106
MÜLLER, Johannes – S. 113, 115
MÜLLER, Ursula – S. 25

NACHRICHTEN DER HNG – S. 25, 26, 27
Nation & Europa - Deutsche Monatshefte – S. 44, 47, 48
NATIONAL COUNCIL OF RESISTANCE OF IRAN – S. 85
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) – S. 11, 13, 22, 27, 30, 32, 33, 58, 63 ff
NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND (NHB) – S. 31, 34
NATIONALE BEFREIUNGSARMEE (NLA) – S. 84
NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK) – S. 78
NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB) – S. 12, 14, 27, 28, 106
NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI) – S. 84
NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI (NSDAP) – S. 9, 24, 21
NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI/AUSLANDS- UND AUFBAUORGANISATION (NSDAP/AO) – S. 10, 14, 23, 44
National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung (NZ) – S. 34, 58
NATION-EUROPA VERLAG GMBH – S. 47
NEHRING, Herbert – S. 45, 116
NEUBAUER, Harald – S. 44, 49
Neue Rechte – S. 47, 31
NHB siehe: NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND (NHB) – S. 31, 34
NIEKISCH, Ernst – S. 122
NIER, Prof. Dr. Michael – S. 36, 101, 124
NJB siehe: NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB) – S. 12, 14, 27, 28, 106
Nouvelle Droite – S. 47, 48
NPD siehe: NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) – S. 11, 13, 22, 27, 30, 32, 33, 58, 63 ff
NS KAMPFRUF – S. 23, 24, 25, 26
NSDAP siehe: NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI (NSDAP) – S. 9, 24, 21
NSDAP/AO siehe: NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI/AUSLANDS- UND AUFBAUORGANISATION (NSDAP/AO) – S. 10, 14, 23, 44
NS-Nachrichten – S. 24
NWRI siehe: NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI) – S. 84
NZ siehe: Nationalzeitung/Wochenzeitung (NZ) – S. 34, 58

OAP siehe: OFFENES ANTIFASCHISTISCHES PLENUM (OAP) – S. 59, 106, 109
OBERLERCHER, Dr. Reinhold – S. 48, 109
ÖCALAN, Abdullah – S. 77, 78, 79, 80, 81, 82, 103, 104, 105, 108
ÖCALAN, Osman – S. 80
Odessa – S. 18
OFFENES ANTIFASCHISTISCHES PLENUM (OAP) – S. 59, 106, 109
Ostara – S. 18
ÖZGÜR POLITIKA – S. 79

PAPE, Arnold – S. 42
PARTEI KURDISCHER ARBEITERFRAUEN (OJKK) – S. 79
PAUL, Matthias – S. 32, 114
PETZOLD, Winfried – S. 114
PKK siehe: ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) – S. 3, 77
politisch motivierte Ausländerkriminalität – S. 77
Proissenheads – S. 109

R.A.A.L. siehe: ROTE ANTIFASCHISTISCHE AKTION LEIPZIG (R.A.A.L.) – S. 58, 59, 60, 65
Radikal – S. 112
Rebell – S. 69
REBELL – S. 69
Rebell - Jugendmagazin des Jugendverbandes – S. 69
Rechtsextremistische Skinheads – S. 12, 15, 118, 127
RELIGIOUS TECHNOLOGY CENTER (RTC) – S. 87

REP siehe: DIE REPUBLIKANER (REP) – S. 12, 13, 34, 40, 41, 43, 56, 110, 116, 118, 121
REPUBLIKANISCHER BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENTETEN (RepBB) – S. 42
REPUBLIKANISCHE JUGEND (RJ) – S. 42
REPUBLIKANISCHER BUND DER FRAUEN (RBF) – S. 41, 42
REPUBLIKANISCHER HOCHSCHULVERBAND (RHV) – S. 42, 43
REVOLUTIONÄRE ZELLEN (RZ)/ROTE ZORA – S. 51
Revolutionärer Weg – S. 68
Revolutionärer Weg - Probleme des Marxismus-Leninismus – S. 76
ROHLEDER – S. 45
ROBMÜLLER, Sascha – S. 36
ROTE ANTIFASCHISTISCHE AKTION LEIPZIG (R.A.A.L.) – S. 58, 59, 60, 65
ROTE ARMEE FRAKTION (RAF) – S. 56
Rote Fahne – S. 68
ROTE HILFE e. V. – S. 75
ROTFÜCHSE – S. 69
RÖTTGEN, Peter – S. 41, 42
ROUHS, Manfred – S. 47

SACHSEN STIMME – S. 115, 124
Sachsens Glanz – S. 21
SANDER, Hans-Dietrich – S. 50
SCHIMKAT, Ottokar – S. 112
SCHLIERER, Dr. Rolf – S. 43, 44, 45, 110, 112, 117
SCHÖN, Jürgen – S. 23, 35, 37, 43
SCHÖNHUBER, Franz – S. 43
SCHÜLER, Wolfgang – S. 124, 126
SCHWERDT, Frank – S. 26, 46
SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO) – S. 3, 87, 88, 89, 90, 91
Serxwerbun – S. 77
Signal - Das patriotische Magazin – S. 50
SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) – S. 15, 16, 22
Skrewdriver – S. 17
SO siehe: SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO) – S. 3, 87, 88, 89, 90, 91
sonstige militante Rechtsextremisten – S. 9
SoZ - Magazin – S. 90
Sozialismus von unten – S. 76
SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN (SAV) – S. 71
SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE (SAG) – S. 76
Spartakist – S. 76
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS (SPAD) – S. 76
SSS siehe: SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) – S. 15, 16, 22
Staatsbriefe – S. 47
Staatsfeind – S. 18
Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund – S. 56, 100
Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund – S. 98
STRASSER, Otto – S. 122
STRASSER, Gregor – S. 122
STUART, Ian – S. 17
SWR siehe: Ziviler Auslandsnachrichtendienst SWR – S. 96

THALHEIMER – S. 71
THÄLMANN – S. 71
THULE-SEMINAR e. V. – S. 47
Trotz alledem – S. 67, 76
TROTZKI – S. 71

UCK siehe: BEFREIUNGSARMEE VON KOSOVO (UCK) – S. 77, 85

Ümmet-i-Muhammed – S. 82

Unabhängige Nachrichten – S. 50

UNION DER JUGENDLICHEN AUS KURDISTAN (YCK) – S. 78, 82

Unsere Zeit – S. 76

Venceremos – S. 61

VERBAND DER ISLAMISCHEN VEREINE UND GEMEINDEN e. V., KÖLN (ICCB) – S. 82

VEREINIGTE RECHTE (VR) – S. 14

VEREINIGUNG DER NEUEN WELTSICHT IN EUROPA e. V. (AMGT) – S. 83

VEREINIGUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK (VSP) – S. 76

VOIGT, Udo – S. 33, 34, 122, 123, 124

VOLKSBEFREIUNGSARMEE KURDISTANS (AGRK) – S. 78

VOLKSBEWEGUNG GEGEN ANTIDEUTSCHE PROPAGANDA (VOGA) – S. 39

VOLKSBEWEGUNG VON KOSOVO (LPK) – S. 86

VOLKSMODJAHEDIN IRAN (MEK) – S. 84, 85

VORAN - Zeitung der „Sozialistischen Alternative VORAN“ (SAV) – S. 76

Vortrag-Buch-Reise-(VBR-)Verlags GmbH – S. 46

WANDERJUGEND GIBOR (WJG) – S. 12, 14, 28, 29, 46, 49

WENDT, Hans-Christian – S. 26

Westsachsengesocks – S. 18

WHITE TERROR SKINS – S. 16

WHITE WARRIOR CREW – S. 16

WISE siehe: WORLD INSTITUTE OF SCIENTOLOGY ENTERPRISES (WISE) – S. 91

WJG siehe: WANDERJUGEND GIBOR (WJG) – S. 28, 29, 30, 46

WOHLFAHRTSPARTEI (RP) – S. 83

WORCH, Christian – S. 34, 35, 37, 115 (WISE) – S. 91

WORLD INSTITUTE OF SCIENTOLOGY ENTERPRISES (WISE) – S. 91

WULFF, Thomas – S. 35

Zeri i Kosoves – S. 86

Ziviler Auslandsnachrichtendienst SWR – S. 96